

BÜRGER & STAAT



**Vereint nach
drei Jahrzehnten?**

Direktion der Landeszentrale

Lothar Frick
Sibylle Thelen

Redaktion

Prof. Siegfried Frech, siegfried.frech@lpb.bwl.de

Redaktionsassistent

Barbara Bollinger,
barbara.bollinger@lpb.bwl.de

Anschrift der Redaktion

Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-44
Fax: 07 11/16 40 99-77

Herstellung

Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon: 07 11/44 06-0, Fax: 07 11/44 06-1 74

Gestaltung Titel

VH-7 Medienküche GmbH, Stuttgart

Gestaltung Innenteil

Schwabenverlag Media
der Schwabenverlag AG

Vertrieb

Neue Süddeutsche Verlagsgsdruckerei GmbH
Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm
Telefon: 07 31/94 57-0, Fax: 07 31/94 57-2 24
www.suedvlg.de

Druck

Neue Süddeutsche Verlagsgsdruckerei GmbH
Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm

Preis der Einzelnummer 3,33 EUR.
Jahresabonnement 12,80 EUR Abbuchung.
Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte Kundennummer an.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Titelfoto: picture alliance/dpa

Auflage dieses Heftes: 14.000 Exemplare

Redaktionsschluss: 17.04.2020

ISSN 0007-3121

Inhaltsverzeichnis

Eckhard Jesse Das letzte Jahr der DDR	4
Gerhard Sälter Die Mauer bröckelt: Die SED-Diktatur und ihr Ende im November 1989 .	13
Michael Fritsch Ökonomisch vereint? Wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland dreißig Jahre nach der Wende	19
Jo Berlien Aber in 30 Jahren redet kein Mensch mehr davon	26
Markus Decker Einsichten eines „Wessis“: Die Geschichte einer Entfremdung	32
Wolf Wagner Kulturschock oder wahrgenommene Aufstiegsblockaden?	38
Everhard Holtmann Wiederkehr eines gespaltenen Bewusstseins? – Politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf ...	46
Erik Vollmann Demokratieunterstützung und politische Kultur in Ost und West	51
Isabelle-Christine Panreck Politisch zweigeteilt? – Wahlverhalten und Parteiensystem	59
Michael Schönherr, Olaf Jacobs Wer beherrscht den Osten? Eliten in Politik, Wirtschaft und Justiz	66
Martin Kopplin Frauen in Ost und West: Angleichung nach drei Jahrzehnten?	71
Christiane Bertram „Generation 1975 – Mit 14 ins neue Deutschland“ – Blick vom Osten und Westen in die deutsche Teilungsgeschichte	81
Siegfried Wittenburg Für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde	89
Buchbesprechungen	95





Vereint nach drei Jahrzehnten? Als Symbol der deutschen Teilung ist die Mauer mittlerweile länger verschwunden als sie gestanden hat, doch die Unterschiede zwischen Ost und West sind noch existent.

picture alliance/dpa

Vereint nach drei Jahrzehnten?

Jahrestage und Jubiläen werden medial zuweilen etwas überbewertet. Sie gehören jedoch zu den wichtigen Erinnerungspunkten, die zur Reflexion anregen. Die Jahre 1989 und 1990 sind „Epochenjahre“: Der Fall der Mauer am 9. November 1989 war der Durchbruch zur Einheit und markierte einen Wendepunkt in der deutschen und internationalen Politik. Mit der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 und dem Zerfall der Sowjetunion Ende 1991 endete die Teilung der Welt in zwei Blöcke.

Die Bürgerinnen und Bürger der DDR erlebten einen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozess, dessen Nachwirkungen immer noch spürbar sind. Die Transformationserfahrungen haben Spuren hinterlassen. Eine beiderseitige Ernüchterung währt schon geraume Zeit. Bis heute treten Unterschiede zwischen dem „Osten“ und dem „Westen“ zutage, sei es in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, in (partei-)politischen Einstellungen oder in der politischen Kultur. Als Symbol der deutschen Teilung ist die Mauer mittlerweile länger verschwunden als sie gestanden hat, doch die Unterschiede zwischen Ost und West sind noch existent. Es gibt nicht nur ein ökonomisches und materielles Gefälle, sondern auch ein Gefälle mit Blick auf Selbstbewusstsein, Darstellungsvermögen und Zuhörbereitschaft. Was geschah 1989 und 1990? Das letzte Jahr der DDR gilt oft als ein vergessenes Jahr. Das 41. Jahr der DDR brachte jedoch gravierende Entscheidungen. Der Zehn-Punkte-Plan Helmut Kohls war von größerer Tragweite als der maßgeblich von DDR-Oppositionellen initiierte Aufruf „Für unser Land“. Der Zentrale Runde Tisch plädierte für schnelle Wahlen zur Volkskammer, ohne aber die Einheit Deutschlands zu propagieren. Mit überwältigender Mehrheit stellte der Ausgang dieser Wahl eine Art Plebiszit für die deutsche Einheit dar. Der Staatsvertrag, der Wahlvertrag und der Einigungsvertrag bildeten wichtige Schritte auf dem Weg zur Wiedervereinigung. Eckhard Jesse plädiert dafür, das letzte Jahr der DDR nicht als ein Jahr der verpassten Chancen zu interpretieren.

Unzufriedenheit und darauf gründende Opposition und Widerspruch sowie eine Tendenz zur Westwanderung hatte es in der Bevölkerung der DDR immer schon gegeben. Als die leitenden Parteikader der KPD 1945 aus ihrem Moskauer Exil nach Deutschland kamen, brachten sie vielleicht die Hoffnung mit, die „Befreiung der Arbeiterklasse“ in Deutschland zu vollenden, aber ihre politische Vorstellungswelt war geprägt von den Kämpfen der Weimarer Republik und der stalinistischen Atmosphäre der Angst, die ihre Persönlichkeiten überformt hatte. Statt einer sozialen Republik errichteten sie eine Diktatur, welche eine Mauer als Basis staatlicher Macht benötigte, wodurch sich die SED für weitere 28 Jahre an der Macht halten konnte, bevor sie 1989 zusammen mit ihrer Mauer unterging. Gerhard Sälter schildert die zeitgeschichtlichen Etappen des SED-Staates, beginnend mit der Durchsetzung der Diktatur nach 1945 bis zum Fall der Mauer im November 1989.

Michael Fritsch erörtert Ausmaß und Ursachen der immer noch bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Er geht zunächst auf die ökonomische Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg und auf die wirtschaftliche Entwicklung der ostdeut-

schen Wirtschaft bis zur Wiedervereinigung im Jahr 1990 ein. Des Weiteren wird der Transformationsprozess in den neuen Ländern nachgezeichnet. Die noch verbleibenden Entwicklungsunterschiede und die aktuelle Situation der ostdeutschen Wirtschaft sind auch dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung noch deutlich durch mehr als vierzig Jahre Sozialismus geprägt. Eine grundlegende Umorientierung des Wirtschaftssystems benötigt aufgrund der immensen Anforderungen schlichtweg längere Zeiträume.

Anlässlich der Volkskammerwahl reiste Jo Berlien im März 1990 auf Einladung eines CDU-Abgeordneten des Wahlkreises Calw-Freudenstadt nach Frankfurt/Oder. Er sollte den dortigen Wahlkampf beobachten und in einer Lokalausgabe der Südwest Presse darüber berichten. Dem konservativen Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ wurden 1990 nur geringe Chancen eingeräumt. Die CDU (Ost) bat daher um Unterstützung aus dem Westen. Seit dieser Zeit ist Jo Berlien beruflich wie privat immer wieder mit der Ost-West-Thematik befasst. Ob im Journalistenkolleg an der FU Berlin, in einer Begegnung mit dem Ostberliner Autor Andre Wilkens oder mit der Ostberliner Schriftstellerin Barbara Honigmann – immer geht es auch um den Unterschied zwischen Ost und West.

Knapp zweieinhalb Millionen Frauen und Männer sind seit der Wiedervereinigung in die neuen Länder gezogen. Einer von ihnen ist Markus Decker. Im Spätsommer 1992 zog der Journalist als 28-Jähriger nach Sachsen-Anhalt und „verliebte“ sich rasch in den Osten. Er erzählt, wie er die neuen Bundesländer kennen lernte, wie steinig, aber dennoch voller Überraschungen und menschlich wichtigen Begegnungen sein Weg war. In seinem einfühlsamen Porträt der ostdeutschen Gesellschaft beschreibt Markus Decker aber auch, wie seine Liebe zum Osten langsam erlosch. Er schildert sein nachlassendes Verständnis für ostdeutsche Mentalitäten, Besonderheiten der politischen Kultur und für den zu beobachtenden Rechtsruck einzelner Milieus. Die Geschichte seiner teilweisen Entfremdung zeigt, dass die innere Einheit eine immer noch reichlich fragile Angelegenheit ist.

Die Wiedervereinigung versprach Freiheits- und Wohlstandsgewinne, wurde aber aus Sicht der ostdeutschen Bevölkerung als ökonomischer Schock, als soziale und kulturelle Enteignung wahrgenommen. Mehr als die Hälfte der Ostdeutschen fühlen sich im Jahr 2019 immer noch als Bürger zweiter Klasse. Wolf Wagner zeigt an historischen Beispielen gelingende Vereinigungen als Zusammenschlüsse Gleicher und vergleicht diese mit Vereinigungen, die per Anschluss oder Beitritt erfolgten und Konflikte auslösten. Mit Bezug auf Norbert Elias und Pierre Bourdieu entwickelt Wolf Wagner ein eigenes Modell kulturellen Wandels. Anstatt eines optimistischen Modells des Kulturschocks, an dessen Ende die Verständigung steht, werden ein dauerhaft wahrgenommener Ausschluss der ostdeutschen Bevölkerung und als Folge davon eine trotzig Gegenkultur konstatiert.

Die psychologischen Nachwirkungen der Umbrüche sind immer noch gegenwärtig. Everhard Holtmann geht der Frage nach, wie sich die politischen Einstellungen in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf entwickelt haben. Denn nur im Ost-West-Vergleich lässt sich klären, ob sich die Deutschen nach der Wiedervereinigung im politischen

Denken angeglichen haben, getrennte Wege gingen oder sich divergent entwickelt haben. Indikatoren wie die Demokratiezufriedenheit, das Institutionenvertrauen, die wahrgenommene Responsivität von Politikern, die Bevorzugung des repräsentativen oder direkten Demokratiemodells, Formen politischer Partizipation sowie die Gerechtigkeitserwartungen an Staat und Politik geben Auskunft über Stand und Veränderungen der politischen Einstellungen.

Drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung dominiert das Trennende, nicht das Vereinende oder gar Vereinigte das öffentliche Bild zum Zustand der Republik. Nicht zuletzt die regionale Stärke der rechtspopulistischen bis -extremistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) im Osten gilt als Ausdruck der gesellschaftlichen Spaltung. Noch dreißig Jahre nach ihrem Beitritt zur Bundesrepublik müssen sich die Bürger und Bürgerinnen der neuen Länder des Verdachtes erwehren, sie seien nicht „demokratiefähig“. Doch wie gravierend ist die Spaltung der Gesellschaft? Erik Vollmann diskutiert, wie es um zentrale Elemente der Demokratieunterstützung in Deutschland bestellt ist. Dabei werden der Osten und der Westen nicht als monolithische Blöcke betrachtet, sondern Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern in den Blick genommen.

Haftete den neuen Ländern unmittelbar nach der Wiedervereinigung mit Blick auf die Wahlbeteiligung das Bild des Sorgenkindes an, schienen sich die Unterschiede im Lauf der Zeit einzuebnen. Die Bundestagswahl 2017 jedoch brachte, auch durch die Stimmengewinne der AfD, Bewegung in das Parteiengefüge. Isabelle-Christine Panreck fokussiert zunächst die Anfänge der bundesdeutschen Demokratie nach der Wiedervereinigung. Nach der Skizzierung der „Übernahmepolitik“, die der Bevölkerung der DDR durchaus entgegenkam, werden die westdeutschen Volksparteien sowie deren Streben in die politische „Mitte“ analysiert. Schließlich rücken diejenigen Parteien in den Vordergrund, die eindeutige Positionen in sozioökonomischen und soziokulturellen Konflikten einnehmen: zunächst der Kontrast von FDP und Die Linke als Gegenspielerinnen in sozioökonomischen Fragen, dann Grüne und AfD als Gegenpole auf der soziokulturellen Achse. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf mögliche Konsequenzen für das Parteiensystem.

Nach dem Umbruch in der DDR 1989/90 erfolgte ein enormer Elitentransfer von West- nach Ostdeutschland. Mit der Ausdehnung des politisch-rechtlichen Systems der Bundesrepublik auf die neuen Länder wurden (erfahren) Westdeutsche betraut, die in der Folge im politisch-administrativen, wirtschaftlichen und juristischen Bereich Führungspositionen besetzten. Auffallend ist, dass sich an dieser anfänglichen Lage bis heute wenig geändert hat. Die Frage einer angemessenen Repräsentation ostdeutscher Bevölkerungsgruppen in den Führungsetagen ist nicht zuletzt politisch relevant und macht sich in der aktuellen Stimmungslage in der Bevölkerung Ostdeutschlands bemerkbar. Michael Schönherr und Olaf Jacobs gehen der Frage nach, inwieweit Ostdeutsche in den Elitepositionen sowohl Deutschlands als auch Ostdeutschlands tatsächlich repräsentiert sind oder im Laufe der Zeit überhaupt in Führungspositionen nachrücken konnten.

Die gesellschaftliche Position der Frau in der DDR war durchaus zwiespältig. Die Gleichberechtigungspolitik führte zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt und zu deren rechtlicher und finanzieller Unabhängigkeit – ein Gleichstellungsvorsprung, der sich bis heute in der beruflichen Autonomie ostdeutscher Frauen niederschlägt. Möglichkeiten einer selbstbestimmten Lebensgestaltung und politischen Partizipation jedoch blieben beschränkt. Um die Verstetigung der bis heute zu konstatierenden Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Frauen erklären zu können, bedarf es der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bedingungen der Frauen in der DDR sowie mit den Umbruchserfahrungen und den Angleichungsprozessen nach der Wiedervereinigung. In den Werte- und Einstellungsmustern ostdeutscher Frauen spiegeln sich – so das Fazit von Martin Kopplin – Umbruchserfahrungen, ökonomische und soziale Unsicherheiten sowie politische Enttäuschung wider.

Der westdeutsche Blick auf die DDR, auf den Fall der Mauer, die Wiedervereinigung sowie den Transformationsprozess wird in der Geschichtswissenschaft erst in jüngster Zeit thematisiert. Will man die nach wie vor anhaltende Unzufriedenheit der Menschen in den neuen Ländern verstehen, muss man auch nach der Perspektive der „alten“ Bundesrepublik fragen. Christiane Bertram schildert das Interviewprojekt „Generation 1975“, in dem 26 Zeitzeug*innen befragt wurden, die im Jahr 1975 geboren wurden und bis zum Mauerfall im Westen bzw. im Osten Deutschlands aufgewachsen sind. Der Beitrag geht zunächst der Frage nach, ob die deutsch-deutsche Teilungsgeschichte durch asymmetrische, parallele oder verflochtene Entwicklungen charakterisiert ist. Die Schilderung der ersten Ergebnisse des Oral History-Projekts zeigt eindrücklich, wie unterschiedlich nicht nur die Zeit der Trennung, sondern auch der Mauerfall und die Wiedervereinigung samt ihren Folgen im Osten und Westen erlebt wurden.

Siegfried Wittenburg war in den 1980er-Jahren einer der wichtigsten Fotografen in der DDR. Als ausgebildeter Funkmechaniker und fotografischer Autodidakt dokumentierte er in dieser bedeutenden historischen Zeitspanne den Alltag in diesem Staat mit einem kritischen und doch liebevollen Blick. 1986 geriet er mit dem Regime in Konflikt, weil er sich einer Zensuraufforderung der SED widersetzte und nicht den Zielen des Staates folgte. Die spannenden Jahre nach der politischen Wende bis 1996 hat Wittenburg mit der Kamera festgehalten. Nach einer Zwischenphase von 15 Jahren kehrte er 2010 zu seinen künstlerischen Wurzeln zurück. Sein Thema ist wiederum der Alltag der Menschen im vereinten Deutschland. Seine Publikationen, Ausstellungen und Vorträge speisen sich aus eigenem Erleben, als folgende Werte für ihn nicht existierten: Freiheit, Demokratie und Menschenwürde.

Allen Autorinnen und Autoren, die mit ihren Beiträgen aufschlussreiche Informationen sowie Einsichten und oft auch persönliche Ansichten vermittelt haben, sei an dieser Stelle gedankt. Dank gebührt auch dem Schwabenverlag und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Druckvorstufe für die stets gute und effiziente Zusammenarbeit.

Das letzte Jahr der DDR

Eckhard Jesse

Das letzte Jahr der DDR gilt oft als ein vergessenes Jahr, obwohl gerade in diesem Zeitraum viele Weichen gestellt wurden. Wir sind fixiert auf die Freiheitsrevolution, die etwa in der Leipziger Demonstration vom 9. Oktober 1989 zum Ausdruck kommt, und die Einheitsrevolution, dokumentiert durch den Fall der Mauer am 9. November 1989. Das 41. Jahr der DDR brachte gravierende Entscheidungen. Der Zehn-Punkte-Plan Helmut Kohls war von größerer Tragweite als der maßgeblich von DDR-Oppositionellen initiierte Aufruf „Für unser Land“. Der Zentrale Runde Tisch, der in der Übergangszeit von der Diktatur zur Demokratie eine große Rolle spielte, plädierte für schnelle Wahlen zur Volkskammer, ohne aber die Einheit Deutschlands zu propagieren. Mit überwältigender Mehrheit stellte der Ausgang dieser Wahl eine Art Plebiszit für die deutsche Einheit dar. Der Staatsvertrag, der Wahlvertrag und der Einigungsvertrag bildeten wichtige Schritte auf dem Weg zur Wiedervereinigung. Es verbietet sich daher, das letzte Jahr der DDR als ein Jahr der verpassten Chancen zu interpretieren. 30 Jahre nach der deutschen Einheit will selbst der schärfste Gegner sie nicht rückgängig machen. ■

Der Mythos von den verpassten Chancen

Die DDR sei untergegangen, so die DDR-Schriftstellerin Daniela Dahn, „als sie gerade anfang, Spaß zu machen. Und zwar nicht nur für ein paar Dutzend Bürgerrechtler, sondern für Millionen Menschen, die endlich ihr Schicksal in die Hand genommen hatten, demonstrieren gingen, auf Versammlungen sprachen, Resolutionen verfassten, sich neuen Gruppen anschlossen, Plakate malten, Häuser besetzten, Parteien und Verbände gründeten, Menschenketten bildeten, unabhängige Studenten- und Betriebsräte wählten, Flugblätter druckten, die alten Chefs absetzten, in Städten und Dörfern Runde Tische einrichteten. So viel Selbstbestimmung war nie.“¹

Manche idealisieren die Entwicklung im letzten Jahr, sprechen von einem „wunderbaren Jahr der Anarchie“² und bedauern die schnelle Einigung, die nicht das demokratische Potenzial jenes Jahres genutzt habe. „Dass die anfänglichen autonomen Lernprozesse auf dem Weg von der alten in eine neue DDR abgebrochen wurden, war ein echter Mangel.“³ Und bei Stefan Bollinger heißt es: „Die DDR in ihrem 41. Jahr hatte emanzipatorische Ansätze und Chancen für ein neues Entwicklungsmodell. Sie wurden aus vielerlei Gründen nicht genutzt.“⁴ Ist damit die Situation des Jahres 1990 angemessen für die DDR beschrieben? War der Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland wirklich ein Akt der „Selbstaufgabe“? Ist die These angebracht, die deutsche Einheit sei keine konsequente Folge der Selbstbestimmung? Nein: Im Jahr 1990 wurden im Osten, nicht mehr SED-Diktatur, noch nicht mit dem Westen vereint, keine Chancen verpasst, sondern genutzt. Die Knotenpunkte des

Geschehens, von denen die Rede sein soll, legen davon Zeugnis ab.

Freiheits- und Einheitsrevolution

1989 brachen die meisten kommunistischen Systeme plötzlich und unerwartet zusammen.⁵ Dies galt auch für den zweiten deutschen Staat, die DDR.⁶ Veränderte außenpolitische Konstellationen spielten eine große Rolle. Die krisengeschüttelte Sowjetunion unter Michail Gorbatschow war nicht mehr zur Intervention in dem von ihr abhängigen Staat bereit.

Das unkoordinierte Wechselspiel von Flucht und Demonstration – von „exit“ und „voice“⁷ – förderte den Zusammenbruch der SED-Diktatur. Die Fluchtbewegung in andere Ostblockländer wie Ungarn löste im Lande eine Demonstrationsbewegung aus. Der Ruf „Wir wollen raus“ provozierte den Ruf „Wir bleiben hier“. In Leipzig hatte schon länger eine renitente Szene Wurzeln geschlagen.⁸ Die Leipziger Montagsdemonstrationen vom September 1989 im Anschluss an Friedensgebete in Kirchen entfalteten eine große Dynamik, die Sicherheitskräfte nicht unterbinden konnten. Am 2. Oktober erscholl aus den Reihen der mittlerweile etwa 20.000 Demonstranten erstmals der Ruf „Wir sind das Volk“.⁹

Der 9. Oktober 1989 gilt vielfach als der „Tag der Entscheidung“. Nach dem Montagsgebet in der Nikolaikirche zog ein friedlicher Demonstrationszug von etwa 70.000 Personen vom Karl-Marx-Platz um den Leipziger Innenstadtring. Neben „Keine Gewalt“ wurde „Wir sind das Volk“ gerufen.

picture alliance/dpa



Der 9. Oktober 1989 gilt vielfach als der „Tag der Entscheidung“¹⁰. Ein friedlicher Demonstrationzug von etwa 70.000 Personen zog um den Leipziger Innenstadtring. Neben „Keine Gewalt“ wurde „Wir sind das Volk“ gerufen. Die Angst, der Staat könne ein Blutbad anrichten, eine „chinesische Lösung“ vorsehen, war verbreitet.¹¹ Doch angesichts der schieren Menschenmasse blieben die Sicherheitskräfte in den Kasernen. An den folgenden Montagen, als die Gefahr eines Blutbades immer mehr schwand, stieg die Zahl der Demonstrationsteilnehmer auf mehrere 100.000 an. Sie betrug am 6. November nahezu 500.000, wobei die Zahlenangaben schwanken. Nach dem Fall der Mauer mutierte die Hauptparole. Nun hieß es nicht mehr: „Wir sind das Volk“, sondern „Wir sind ein Volk“.¹² Die Freiheitsrevolution schlug binnen kurzem in eine Einheitsrevolution um. Kein Jahr nach dem 40. Jahrestag der DDR war Deutschland vereint.

Dass ein gewaltsames Eingreifen des Staates aufgrund der vielen Demonstranten damals unwahrscheinlich war, zeigt u. a. eine seinerzeit nicht öffentlich bekannte Äußerung des Innenministers Friedrich Dickel, die zugleich belegt, dass die Passivität der staatlichen Organe nicht auf Humanität zurückgeht: „Natürlich ist das in dem Moment ein Zurückweichen, aber ich sage Euch noch einmal, bei Größenordnungen von 20, 30, 80 oder gar 100.000 ist gar nichts anderes möglich. Am Montag ist das gleiche wieder in Leipzig, das geht jetzt schon wochenlang, und wir schlagen uns hier die Nächte um die Ohren. [...] Ich würde am liebsten hingehen und diese Halunken zusammenschlagen, dass ihnen keine Jacke mehr passt. Ich war 1953 verantwortlich hier in Berlin. Mir braucht keiner zu sagen, was die weiße Brut veranlasst. Ich bin als Jungkommunist nach Spanien und habe gegen die Halunken, dieses faschisti-

sche Kropppzeug gekämpft. [...] Mir braucht keiner zu sagen, wie man mit dem Klassenfeind umgeht. Ich hoffe bloß, dass ihr das genau wisst. Umzugehen, Schießen liebe Genossen und dass die Panzer dann vor der Bezirksleitung und vor dem ZK stehen, das wäre noch die einfachste Sache. Aber solch eine komplizierte Situation nach 40 Jahren DDR?“¹³ Die DDR-Oberen sahen die Aussichtslosigkeit ihrer Lage ein.

Die Feiern zum 40-jährigen Gründungstag der DDR am 7. Oktober 1989 in bewährter – und bewehrter – Form mit Militärparade offenbarten eine gespenstische Atmosphäre. „Drinne“ wurde gefeiert, „draußen“ protestiert. In der Folge eskalierte die öffentliche Unzufriedenheit zusehends. Egon Krenz wollte nach dem Sturz Honeckers eine „Bremserpolitik“ betreiben, weshalb er und die Partei darum bemüht waren, die Spitze der Reformbewegung zu bilden. Bis 1989 hatten ungefähr drei Millionen Menschen, darunter zahlreiche bürgerliche Eliten, die DDR in Richtung Bundesrepublik verlassen (bis zum Mauerbau etwa zweieinhalb Millionen). So konnte keine deutliche Systemopposition, getragen von bürgerlichen Positionen, entstehen, wobei der Berufung auf „sozialistische Ideen“ zum Teil freilich eine legitimatorisch-absichernde Funktion innewohnte. Zudem schob das kommunistische Regime Widerspenstige zum „Klassenfeind“ ab. Nach dem Zusammenbruch der Diktatur wussten sich die Oppositionellen nur einig in dem, was sie nicht wollten (eine kommunistische Diktatur), aber nicht einig in dem, was sie wollten.

Die Staatssicherheit verhielt sich in der Phase des Umbruchs abwartend und griff nicht aktiv in den politischen (Verfalls-)Prozess ein, hatte allerdings in den oppositionellen Gruppierungen ihre Informanten untergebracht. Sie war kein „Staat im Staate“, sondern unterstand der allmächtigen SED. Da diese am Ende der DDR ideologisch entkräftet und gelähmt war, agierte auch die Staatssicherheit nicht. Sie, die alle oppositionellen Gruppierungen unschädlich machen sollte, blieb eigentümlich passiv, wohl auch deshalb, weil die ostdeutsche Diktatur offenkundig nicht mehr auf die Bajonette der Sowjetunion vertrauen konnte. Die partielle (politische) Abwendung der DDR von der Sowjetunion ist aber nur der eine Aspekt. Der andere liegt in der partiellen (ökonomischen) Hinwendung der DDR – die 1971 proklamierte „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ hatte in eine Sackgasse geführt – zum geschmähten „Klassenfeind“, zur Bundesrepublik. Die DDR-Führung konnte nicht mehr hart durchgreifen. Versuchte die Staatssicherheit zunächst, den Niedergang der DDR aufzuhalten, wollte sie ihn später abbremsen. Schließlich schien es ihr Bestreben, als der Umbruch unabwendbar war, die eigene Arbeit durch mehr oder weniger systematische Aktenvernichtung möglichst zu vertuschen.

Kohls Initiative und die Initiative „Für unser Land“

Binnen kurzem trat nach Öffnung der Mauer ein Konstellationswandel ein. Die Situation in der DDR spitzte sich noch mehr zu, gerieten doch Parteichef Egon Krenz und der neue Ministerpräsident Hans Modrow (seit Mitte November) weiter unter Druck. Die DDR-Regierung wollte mit ihrem





7. Oktober 1989: Die offizielle Festveranstaltung aus Anlass des 40. Jahrestages der DDR im Palast der Republik offenbarte eine gespenstische Atmosphäre. „Drinne“ wurde gefeiert, „draußen“ protestiert. In der Folge eskalierte die öffentliche Unzufriedenheit zusehends.

picture alliance/dpa

Vorschlag einer „Vertragsgemeinschaft“ zwischen den beiden deutschen Staaten in die Offensive gelangen. Ihr Schritt war eine Flucht nach vorn. Die Bundesregierung hatte sich bis dahin zurückgehalten, um nicht Öl ins Feuer zu gießen, und lediglich grundlegende Reformen in der DDR angemahnt. Sie schien die Meinungsführerschaft in der Haltung zur deutschen Frage zu verlieren, zumal Kohl von sowjetischen Überlegungen wusste, die „deutsche Frage“ auf die weltpolitische Tagesordnung zu setzen.

Am 28. November folgte ein so überraschender wie effektvoller Paukenschlag. Bundeskanzler Helmut Kohl, der sich in den Monaten zuvor innerparteilicher Kräfte, die ihn stützen wollten, zu erwehren hatte, trat in einer Generalausprache zum Bundeshaushalt im Deutschen Bundestag ebenfalls die Flucht nach vorn an: Mit seinem Zehn-Punkte-Programm erlangte er in einer Art Alleingang – nur die Amerikaner wurden zuvor informiert, nicht konsultiert – die Initiative zurück. Das maßgeblich mit Horst Teltschik aus dem Bundeskanzleramt erstellte Programm enthielt eine Art Stufenplan für die deutsche Einheit, allerdings ohne jede Terminierung. Die Punkte 1 bis 4 betrafen u. a. die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der DDR. Das dortige Machtmonopol der SED müsse allerdings vorher beendet sein. In Punkt 5 war von der Entwicklung „konföderativer Strukturen“ die Rede – „mit dem Ziel, danach eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen“. Kohl vermied eigens den Ausdruck „Konföderation“, weil er keiner Verfestigung zweier Staaten Vorschub leisten wollte. Die Punkte 6 bis 9 betonten stark die Einbettung der innerdeutschen Beziehungen in die gesamteuropäische Entwicklung, den KSZE- und den Abrüstungs-Prozess. Im letzten Punkt schließlich redete Kohl Klartext: „Die Wiedervereinigung, das heißt die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung.“ Er hatte damit zwar nur Gängiges zur Sprache gebracht, jedoch in einer Situation, die eine operative Deutschlandpolitik begünstigte. Dieser Plan rief ein großes Echo hervor. Offenbar war es der Bundesregierung mit einer Wiedervereinigung politisch ernst.

Just am gleichen Tag wurde in Ostberlin der vornehmlich von oppositionellen Kreisen verfasste Aufruf „Für unser Land“ – Konrad Weiß gehörte zu den Initiatoren – durch den Schriftsteller Stefan Heym präsentiert.¹⁴ Er sollte eine Vereinigung Deutschlands abwenden. „Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind. Alle Bürgerinnen und Bürger, die unsere Hoffnung und unsere Sorge teilen, rufen wir auf, sich diesem Appell durch ihre Unterschrift anzuschließen.“¹⁵ Dieser Aufruf löste zunächst ein großes Echo aus, verpuffte jedoch später.¹⁶ Heym bezeichnete Kohls Programm als „Ouvertüre zur Vereinnahmung“ der DDR. Der ostdeutsche Aufruf, dem später sogar Egon Krenz zustimmte, und die westdeutsche Erklärung sind längst Geschichte. Im Grunde ließ sich Kohls Rede auch als ein „Aufruf für unser Land“ deuten – für ein vereinigtes Deutschland nämlich. Sie war in der Tat eine „Ouvertüre“ – aber nicht zur „Vereinnahmung“, sondern zur Lösung von der Vereinnahmung durch die Sowjetunion.

Die Reaktionen auf die Rede Kohls fielen unterschiedlich aus: im eigenen Land und bei der DDR-Bevölkerung überwiegend positiv, im Ausland eher negativ. Die FDP als Koalitionspartner der Union, obwohl vorher nicht informiert, war davon recht angetan, ebenso zunächst die SPD, die allerdings eine Aussage zur Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze vermisste, während die Grünen heftig protestierten und das Selbstbestimmungsrecht der DDR-Bevölkerung betonten. Bei der Abstimmung am 1. Dezember 1989 enthielten sich die Sozialdemokraten. Selbst bei Teilen von ihnen tauchte das Wort vom „Kol(h)onialismus“ (Oskar Lafontaine) auf.

In den USA stieß der Stufenplan Kohls auf große Unterstützung. Hingegen reagierten die Regierungen von Frankreich und Großbritannien heftig ablehnend. Mitunter machte sogar in – allerdings wenig seriösen – Medien das Wort vom „Vierten Reich“ die Runde. Die DDR-Regierung protestierte scharf gegen jegliche Vorstellung einer deut-

schen Einheit, die die Stabilität in Deutschland gefährde. Auch die Sowjetunion reagierte überaus unwirsch. Außenminister Eduard Schewardnadse warnte vor einem „deutschen Revanchismus“. Was Gorbatschow als „politischen Fehlschluss“ des Kanzlers bezeichnet hatte, war vielmehr ein politischer Fehlschluss Gorbatschows. Dieser geriet angesichts der Eigendynamik der Entwicklung immer mehr ins Hintertreffen. Gleichwohl schien Kohl bei dem Straßburger Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft am 8. Dezember weitgehend isoliert. Er habe „niemals einen EG-Gipfel in so eisiger Atmosphäre“¹⁷ erlebt.

Doch die innen- und außenpolitischen Wirkungen der Rede Kohls änderten bald das Klima. In der DDR bekamen die entfachten Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung Nahrung. Die Fluchtbewegung hörte freilich nicht auf. Das Ausmaß der Krise stieg, die Angst vor einem Kollaps der DDR machte die Runde. Andere Staaten versuchten regulierend einzugreifen, fanden allerdings keine geeigneten Ansatzpunkte. Gegen die Selbstbestimmung der Deutschen ließ sich schwer ein plausibles Argument finden. Das Timing von Kohls Rede „saß“: Zwei Tage später trafen sich Bush und Gorbatschow vor Malta. Die Strategie des Kanzlers glich in mehrfacher Hinsicht einer Gratwanderung. Einerseits musste das Programm einen Überraschungseffekt haben, andererseits durfte es nicht Argwohn gegenüber deutscher Unberechenbarkeit schüren. Er konnte zwar nicht über Bush verfügen, wollte ihn jedoch indirekt auf seinen Kurs festlegen. Zu Recht hatte der Kanzler in seinem Zehn-Punkte-Programm die außenpolitische Orientierung eines vereinigten Deutschlands ausgespart, um keine Diskussion über das heikle Thema zu provozieren. Eine Wiedervereinigung fand die amerikanische Unterstützung nur unter der Bedingung der NATO-Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands.

Der Zentrale Runde Tisch

Bürgerrechtler sprachen sich am Zentralen Runden Tisch für die Entmachtung der Staatssicherheit aus und drängten auf einen Termin für erste demokratische Wahlen im Land, schmollten jedoch beim Einigungsprozess. Am 7. Dezember 1989 trat in Berlin im Dietrich-Bonhoeffer-Haus, später – ab der 4. Sitzung – im Schloss Schönhausen in Pankow, dem ehemaligen Amtssitz von Wilhelm Pieck, – der Zentrale Runde Tisch zusammen. Der Runde Tisch, der ein eckiger war, ist kein deutsches Spezifikum in der friedlichen Revolution 1989, eher eine Adaption der polnischen Entwicklung. An ihm kamen die Befürworter und die Gegner des SED-Systems zusammen. Die „alten Kräfte“¹⁸, um die Terminologie Uwe Thaysens zu benutzen, der als wissenschaftlicher Begleiter der Arbeit des Zentralen Runden Tisches das Standardwerk zu diesem Thema geschrieben hat, hofften auf diese Weise, der revolutionären Entwicklung ihre Spitze nehmen zu können. Die „neuen Kräfte“ wollten einen schnellen Übergang von der Diktatur zur Demokratie. Die einen suchten den Systemwechsel hinauszuzögern, die anderen ihn zu beschleunigen. Beide Seiten wollten diesen Prozess nun friedlich gestalten und die Revolution ab diesem Zeitpunkt gleichsam aushandeln. In der gesamten DDR entstanden zahlreiche Runde Tische, z. B. auf Bezirks- und Kreisebene, zum Teil auch thematische Runde Tische.

Teilnehmer am Runden Tisch

Neue Parteien und Organisationen

Vereinigte Linke
Sozialdemokratische Partei in der DDR
Bürgerbewegung Demokratie jetzt
Bürgerbewegung Neues Forum
Grüne Partei
Initiative Frieden und Menschenrechte
Grüne Liga
Unabhängiger Frauenverband

Alte Parteien und Organisationen

Sozialistische Einheitspartei (SED)
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)
National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)
Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)
Christliche Demokratische Union (CDU)
Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB)
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)
Demokratischer Aufbruch (DA)

Unter der Leitung dreier kirchlicher Würdenträger standen zunächst 15 Repräsentanten der „neuen Kräfte“ 15 Repräsentanten der „alten Kräfte“ gegenüber: neben der SED die einstigen vier Blockparteien CDU, LDPD, DBD, NDPD. Ab der zweiten Sitzung am 18. Dezember 1989 bis zur letzten Sitzung am 12. März 1990 waren auf der Seite der neuen Kräfte je zwei Vertreter der „Grünen Liga“ und des „Unabhängigen Frauenverbandes“ dazugekommen, auf der anderen Seite je zwei Vertreter des FDGB und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Der Runde Tisch, der 16 Arbeitsgruppen eingesetzt hatte, tagte wöchentlich.

Die oppositionellen Kräfte erklärten eingangs weitsichtig und realistisch: „Am Runden Tisch haben sich fünf bestehende Parteien und acht in Bildung begriffene oppositionelle Gruppen bzw. Parteien versammelt. Keine dieser Kräfte, auch nicht die Volkskammer und Regierung hat eine hinreichende Legitimation durch freie und demokratische Wahlen. Sie können deshalb keine grundlegenden Entscheidungen für unser Land treffen. Der Runde Tisch kann keine Regierungsfunktion ausüben. Wir wollen nicht daran mitschuldig werden, dass dieser Tatbestand vor dem Volk verschleiert wird.“¹⁹ Allerdings lautete der nächste Satz: „Wir erklären, dass wir nur eine Politik unterstützen wollen, die die Eigenständigkeit unseres Landes wahr.“ So lautete der Fluchtpunkt der Arbeit des Runden Tisches.

Das Machtzentrum war freilich nicht am Runden Tisch vertreten. Gleichwohl suchte Ministerpräsident Hans Modrow in Krisensituationen den Runden Tisch auf. Oppositionelle (bis auf die linksradikalen Vertreter der „Vereinigten Linken“) gelangten ab Ende Januar 1990 in die „Regierung der nationalen Verantwortung“ Modrows (als Minister ohne Geschäftsbereich). Sie stützten so faktisch den Kurs der letzten illegitimen DDR-Regierung²⁰ und gaben ihre Kontrollfunktion weitgehend ab. Damit ließen sie sich von

Modrow für seine Politik einspannen, etwa bei dem Besuch in Bonn und dem Treffen mit Bundeskanzler Helmut Kohl. Immerhin erreichten sie zuvor die Abschaffung der Staats-sicherheit.

Der Runde Tisch hat seinen Anteil an der Friedlichkeit des Verlaufs der revolutionären Entwicklung. Und er unterließ Versuche, seine Arbeit über die Zeit nach der demokratischen Wahl der Volkskammer zu verlängern. Die Berechtigung seiner Existenz bestand gerade darin, diese bald überflüssig zu machen. Er war nicht so mächtig, dass er die Regierung tatsächlich kontrollieren konnte. Aber umgekehrt bedurfte diese seiner vielfältigen Unterstützung. Der Runde Tisch, auf den Erhalt einer demokratisierten DDR fixiert, hat zur deutschen Einheit wenig beigetragen. So wurde in der ersten Sitzung eine Erklärung zum Selbstverständnis, deren erster Satz folgendermaßen lautete, einstimmig angenommen: „Die Teilnehmer des Runden Tisches treffen sich aus tiefer Sorge um unser in eine Krise geratenes Land, seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung.“²¹

Zum Besuch von Kanzler Kohl gab der Runde Tisch am 18. Dezember 1989 der Erwartung Ausdruck, dass „der Besuch zum Ausbau in den Beziehungen zwischen der DDR und BRD beiträgt und damit auch der Verantwortung beider deutscher Staaten für die Einrichtung einer systemübergreifenden Friedensordnung in Europa entspricht. [...] Die Souveränität und staatliche Identität jedes der beiden deutschen Staaten darf durch keine Seite in Frage gestellt werden. [...] Von deutschem Boden darf heute keine Destabilisierung für Europa und damit der Welt ausgehen.“²² Die Formulierungen sind so gewählt, dass kein Zweifel an der Haltung des Runden Tisches mit Blick auf die Zwei-staatlichkeit aufkommen konnte.

Der Zentrale Runde Tisch strebte demokratische Wahlen an, um sich überflüssig machen zu können. Das gilt selbst für die Vertreter der SED. So hieß es in der ersten Sitzung bei Gregor Gysi „Und für Neuwahlen zum schnellstmöglichen Zeitpunkt bin ich.“²³ Hingegen waren die oppositionellen Kräfte mehrheitlich eher für einen späteren Wahltermin. Der Runde Tisch einigte sich in der ersten Sitzung auf den 6. Mai 1990 als Termin der Volkskammerwahl (mit 22 Stimmen bei elf Enthaltungen). Die neue SED-Führung wollte die Eigenständigkeit der DDR sichern und akzeptierte freie Wahlen. Sie versprach sich von einem schnellen Termin Vorteile für den Wahlausgang, während die meisten oppositionellen Kräfte in einem frühen Termin ihre Chancengleichheit gefährdet sahen, weder organisatorisch noch programmatisch noch strategisch auf einen Wahlkampf vorbereitet. Später gelang es Hans Modrow (und der SPD, die sich zu jenem Zeitpunkt als Gewinnerin einer baldigen Wahl wähnte) sogar im Zusammenhang mit dem Eintritt der oppositionellen Kräfte in seine Regierung den Wahltermin auf den 18. März vorzuverlegen.

Der Runde Tisch trat immer mehr als Repräsentant der „DDR-Identität“ auf, nicht als vorwärtstreibende gesellschaftliche Kraft. Allmählich verschmolzen die Positionen zwischen den „alten“ und den „neuen“ Kräften. CDU und LDPD setzten auf Abgrenzung von der SED/PDS, während manche der oppositionellen Gruppen Positionen der gewandelten und umbenannten SED übernahmen. Der eine Machtkampf – alte versus neue Kräfte – ging in einen anderen Machtkampf über. Den wenigen Anhängern einer schnellen Einheit standen nun deren zahlreiche Gegner gegenüber. Manche diffuse Vorstellungen grenzten an



basisdemokratische, wenn nicht gar rätedemokratische Prinzipien. Vage Konzepte der Herrschaftslosigkeit waren u. a. eine Reaktion auf jahrzehntelange diktatorische Herrschaft. Der Zentrale Runde Tisch war mächtig und ohnmächtig zugleich. Mächtig insofern, als er zur Stabilität wie zur Friedlichkeit der Verhältnisse ebenso beitrug wie zu freien Wahlen und zur Abschaffung des Amtes für Nationale Sicherheit; ohnmächtig insofern, als die Entwicklung nach dem 18. März 1990 über viele seiner unausgegorenen Vorschläge hinweggegangen ist. Die mehrheitlich eine schnelle deutsche Einheit befürwortende Bevölkerung hat solchen Positionen eine Absage erteilt.

Volkskammerwahlen am 18. März 1990

Das Wahlrecht wurde faktisch von der Volkskammer gemacht (mit gewissen Modifikationen, etwa der Ablehnung einer Sperrklausel).²⁴ Die Arbeitsgruppe des Runden Tisches „Neues Wahlgesetz“ unter dem Vorsitz von Wolfgang Ullmann und Lothar de Maizière funktionierte nicht gut, trat erst spät zusammen (auch wegen zu hoher Arbeitsbelastung). Sie war dem „zeitweiligen Volkskammerausschuss zur Erarbeitung eines neuen Wahlgesetzes“ nicht gewachsen. Offenkundig wurde der Runde Tisch „gerade in der Wahlfrage seinem eigenen Anspruch nicht gerecht [...], in diesem Punkt als treibende Kraft zu agieren.“²⁵ So verzichtete er sogar darauf, anders als vorgesehen, einen eigenen Wahlgesetzentwurf vorzulegen. Allerdings war dies keine Katastrophe, da die undemokratisch gewählte Volkskammer – nicht zuletzt dank der Kräfte, die nun nicht mehr als Blockparteien firmierten, – ein demokratisches Wahlverfahren zügig ausgearbeitet hatte. Die basisdemokratisch ausgerichteten Gruppierungen er-



Im Februar 1990 wetteifern unterschiedliche Parteien mit Plakaten in Dresden Pillnitz um die Gunst der Wählerinnen und Wähler zu den ersten und letzten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990. Insgesamt traten 24 Parteien und politische Gruppierungen zur Wahl an. Der Wahlausgang bei einer Wahlbeteiligung von 93,4 Prozent beschleunigte das Tempo in Richtung deutsche Einheit.

picture alliance/dpa

reichten immerhin ihre Teilnahme an der Wahl – auch als Nichtparteien. Das Ergebnis zeigt Macht und Ohnmacht des Runden Tisches zugleich: „Die Volkskammer hatte ihre formale Kompetenz als Legislativorgan grundsätzlich behauptet, war aber faktisch nur vom Akklamationsorgan der SED zu dem des Zentralen Runden Tisches geworden. Der Runde Tisch seinerseits war als Machtbasis der ‚Regierung der Nationalen Verantwortung‘ nunmehr in eine der ursprünglichen Konzeption der SED von einer modifizierten Nationalen Front nicht unähnliche Rolle geraten.“²⁶ Insofern hat der Runde Tisch mit Blick auf die Wahlen nicht sonderlich prägend gewirkt. Seine ursprüngliche Absicht, das Wahlgesetz durch einen Volksentscheid zu verabschieden, musste schon aus Zeitgründen aufgegeben werden.

Nachdem die Volkskammer auf Druck des Zentralen Runden Tisches am 20. Februar 1990 ein demokratisches Wahlrecht verabschiedet hatte, stand den ersten freien Wahlen nichts mehr im Wege. „Das neue Wahlrecht war zwar nicht *revolutionär* im Sinne der von manchen verfochtenen Vision einer grundsätzlich ‚höheren Qualität‘ demokratischer Wahlen. Es war aber sehr wohl *revolutionierend* im Sinne der Überwindung der bestehenden, den Bürgern unerträglich gewordenen Herrschaftsverhältnisse.“²⁷ Im stark von den Parteien des Westens geprägten Wahlkampf stand die Frage nach der schnellen deutschen Einheit im Vordergrund.

Womit kaum jemand gerechnet hatte: Das Ergebnis der ersten demokratischen Volkskammerwahl vom 18. März 1990 brachte bei einer extrem hohen Wahlbeteiligung von 93,4 Prozent einen klaren Sieg der „Allianz für Deutschland“ mit fast 50 Prozent der Stimmen – zu ihr gehörten neben der CDU (40,8 Prozent) der Demokratische Aufbruch (0,9 Prozent) und die konservative Deutsche Soziale

Union (6,3 Prozent). Dieser Zusammenschluss verfügte im Süden der DDR (Sachsen, Thüringen) über Hochburgen. Auf die SPD, die als Favorit galt, entfiel gut jede fünfte, auf die PDS nicht einmal bzw. immerhin – je nach Perspektive – jede sechste Stimme, auf die liberalen Kräfte nur jede 20. Noch schlechter schnitten die Bürgerrechtler ab. Das Neue Forum, Demokratie jetzt, die Initiative Frieden und Menschenrechte fusionierten sich zum Bündnis 90. Dieses kam lediglich auf 2,9 Prozent. Die Grünen, zusammen mit dem Unabhängigen Frauenverband angetreten, erreichten ganze zwei Prozent. Dem Verlangen nach einer eigenen DDR war kein Erfolg beschieden.²⁸

Der Ausgang der Volkskammerwahlen beschleunigte das Tempo in Richtung deutsche Einheit. Die oft als „Laienspieler“ verspotteten Politiker zeigten sich ihrer schwierigen Aufgabe gewachsen. Die Regierung Lothar de Maizières aus der „Allianz für Deutschland“, der SPD und den Liberalen sah sich mit den Forderungen nach einer schnellen deutschen Einheit konfrontiert.

Staatsvertrag, Wahlvertrag und Einigungsvertrag

Zum 1. Juli 1990 wurde das „Wagnis“²⁹ einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion („Staatsvertrag“) eingegangen, die D-Mark damit alleiniges Zahlungsmittel in der DDR. Die Währungsunion war unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten prekär, aber politisch ohne angemessene Alternative, wollte die Politik den Übersiedlerstrom eindämmen. Die Fortzahlung von Löhnen, Renten und Mieten erfolgte im Verhältnis 1:1, die Umstellung von Guthaben und Schulden im Verhältnis 2:1 (Ausnahme: ein nach dem Alter gestaffelter Sockelbetrag in Höhe von 2.000 D-Mark, 4.000 D-Mark und 6.000 D-Mark im Verhältnis 1:1). Damit wurden die Weichen auch für die politische Einheit gestellt. Realistisch wäre aus ökonomischer Sicht ein weitaus schlechterer Kurs gewesen, aus politischer Perspektive jedoch nicht. Was kaum jemand weiß: Ein Referatsleiter im Finanzministerium und der beamtete Staatssekretär in diesem Ministerium leiteten maßgebliche Vorarbeit für den Finanzminister Theo Waigel: Im ersten Fall handelt es sich um Thilo Sarrazin, den späteren Verfasser des umstrittenen Bestsellers „Deutschland schafft sich ab“, im zweiten Fall um Horst Köhler, den Bundespräsidenten von 2004 bis 2010.³⁰

Am 3. August 1990 kam der „Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ zustande. Das Bundesverfassungsgericht erklärte später manche Bestimmungen dieses Vertrages für verfassungswidrig, so etwa die bundesweite Fünfprozentklausel. Es forderte bei der ersten gesamtdeutschen Wahl eine für den Osten und den Westen gesondert geltende Sperrklausel. Auf diese Weise sicherte der „Hüter der Verfassung“ der verfassungsfeindlichen PDS den Einzug in den Bundestag – und vielleicht auch ihr Überleben.

Am 23. August 1990 morgens gegen 3.00 Uhr beschloss die Volkskammer auf einer turbulenten, quälend langen, immer wieder durch Auszeiten unterbrochenen Sondertagung den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Dieser Tag beendete damit das nicht zuletzt parteipolitisch bedingte wo-

chenlange Tauziehen über den Zeitpunkt der deutschen Einheit. Verschiedene Termine standen zur Diskussion. Dies hing einerseits mit parteitaktischen Finessen zusammen, andererseits mit drei bisher noch nicht definitiv geregelten Punkten von zentraler Bedeutung: dem Einigungsvertrag, dem 2+4-Vertrag und der Länderneubildung. Günther Krause, Parlamentarischer Staatssekretär beim Ministerpräsidenten Lothar de Maizière, schlug als Kompromisstermin den 3. Oktober vor. Dieser Termin wurde gewählt, weil die KSZE-Außenministerkonferenz, die am 1. und am 2. Oktober tagte, das Ergebnis der 2+4-Verhandlungen mitgeteilt bekommen sollte. Der von den Fraktionen der CDU/DA, der DSU, der FDP und der SPD schließlich eingereichte Abänderungsantrag lautete wie folgt: „Die Volkskammer erklärt den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990. Sie geht dabei davon aus, dass die Beratungen zum Einigungsvertrag zu diesem Termin abgeschlossen sind, die 2+4-Verhandlungen einen Stand erreicht haben, der die außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Einheit regelt, die Länderbildung soweit vorbereitet ist, dass die Wahl der Länderparlamente am 14. Oktober 1990 durchgeführt werden kann.“³¹ So geschah es dann auch.

Die für das Beitritts-gesuch notwendige Zweidrittelmehrheit wurde klar erreicht: 264 Abgeordnete votierten mit Ja, 62 mit Nein, sieben enthielten sich. Alle Abgeordneten der CDU/DA, der SPD (bis auf vier), der DSU und des DBD/DFD stimmten zu, alle der PDS dagegen. Das Stimmverhalten von Bündnis 90/Grüne war gespalten: Zwei (Joachim Gauck und Konrad Weiß) gaben eine Ja-Stimme ab, sieben eine Nein-Stimme (u. a. Marianne Birthler, Gerd Poppe, Jens Reich und Werner Schulz), fünf enthielten sich (u. a. Günter Nooke und Vera Wollenberger). Viele der engagierten Demokraten fühlten sich von der Schnelligkeit des Prozesses überrumpelt.

Der ansonsten eloquent-wirkungsmächtige PDS-Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi löste mit seinem Einwurf direkt nach der

Abstimmung laut Protokoll „jubelnden Beifall bei der CDU/DA, der DSU, teilweise bei der SPD“ aus. Pathetisch und bedauernd hatte er erklärt: „Frau Präsidentin! Das Parlament hat soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober 1990 beschlossen.“³² Gysi ahnte in diesem historischen Moment die Wirkung seiner Worte nicht.

Der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ („Einigungsvertrag“) wurde erst am 31. August 1990 unterzeichnet. Dieser umfassende, unter großem Zeitdruck ausgehandelte Vertrag – Verhandlungsführer auf ostdeutscher Seite war wie schon beim Staatsvertrag Günther Krause, auf westdeutscher Wolfgang Schäuble – ist eine beachtliche Leistung, unabhängig von manchen Fehlern, die bei dem ungeheuren Zeitdruck als unvermeidbar angesehen werden müssen. In diesem Vertragswerk ist der in der Praxis später modifizierte Grundsatz „Rückgabe vor Enteignung“ festgeschrieben worden.

Kein Jahr nach dem 7. Oktober, an dem der 40. Gründungstag der DDR gefeiert wurde, ging die – nunmehr demokratische – DDR zu Ende. Am 3. Oktober 1990 wurde Deutschland wiedervereint. Ob dafür der pejorativ gemeinte Begriff der „Übernahme“³³ ein angemessener Ausdruck ist? Die DDR war 40 Jahre eine Diktatur, eine Diktatur auf deutschem Boden, aber keine deutsche Diktatur. In dem Moment, in dem die Sowjetunion die Breschnew-Doktrin aufgab, brach das SED-System zusammen. Die Folge der fehlenden DDR-Identität: die deutsche Einheit.

Nach 30 Jahren

Die Erfolge der Einheit sind einerseits unbestritten, gerade für den Osten: politisch und ökonomisch. Die neuen Bundesländer stehen deutlich besser da als die ehemaligen Ostblockländer, die ohne „großen Bruder“ die Abnabe-



Der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ (Einigungsvertrag) wurde am 31. August 1990 unterzeichnet. Dieser umfassende, unter großem Zeitdruck ausgehandelte Vertrag – Verhandlungsführer auf ostdeutscher Seite war Günther Krause, auf westdeutscher Wolfgang Schäuble – ist eine beachtliche Leistung, unabhängig von manchen Fehlern, die bei dem Zeitdruck als unvermeidbar angesehen werden müssen.

picture alliance/dpa

lung von der Vergangenheit schaffen mussten: und zwar in politischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht. Zu einer sachgerechten Bilanz gehört es freilich ebenso, Defizite zu benennen. Die Kernfrage lautet dabei: Gehen diese auf die Zeit vor der Einheit zurück, oder sind sie mit Fehlern nach der Einheit zu erklären? Wer fair ist, wird den einen wie den anderen Sachverhalt benennen. Das DDR-System war wirtschaftlich in einem Maße marode, wie es der Westen so nicht erwartet hatte. Und bestimmte Verhaltensweisen, etwa der Glaube an den allmächtigen Staat, der es richten werde, wirken nach. Allerdings sind nach 1990 auch Fehler gemacht worden. In gewisser Weise konnte dies nicht anders sein. Der Zusammenschluss zweier gegensätzlicher Systeme, die mehr als 40 Jahre getrennte Wege eingeschlagen hatten, war präzedenzlos. Wer die Annahme vertrat, der Zusammenschluss werde ohne größere Probleme vonstatten gehen, ließ Realismus vermissen. Deutlich mehr Ostdeutsche sind in den Westen gegangen als umgekehrt. Heute wohnen auf dem Gebiet der DDR zwei Millionen Menschen weniger als vor 30 Jahren. Mittlerweile ist der Abwanderungsprozess fast gestoppt, wobei die Überalterung zu schaffen macht. Es war eine beträchtliche, nicht immer hinreichend gewürdigte Lebensleistung Ostdeutscher, sich in den neuen Verhältnissen zurechtzufinden. Mit der besseren Lebensqualität in den jungen Ländern hängt die gestiegene Lebenserwartung zusammen. Sie ist hier mittlerweile fast so hoch wie in den alten Ländern. Hingegen starben die Menschen vor der Einheit im Osten durchschnittlich knapp drei Jahre früher als im Westen. Was kaum jemand weiß: War die Selbstmordrate in der DDR fast doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik, besteht mittlerweile kaum mehr ein Unterschied.

Die Zahl der „Ossi“- und „Wessi“-Witze ist längst geschrumpft, der Gebrauch des bösen Wortes von „Dunkeldeutschland“ hat im Westen nachgelassen, das Klischee vom arroganten Westdeutschen im Osten. Es gibt, anders als etwa in Belgien, Großbritannien oder Spanien, keinerlei secessionistische Anflüge. Kaum jemand hat – positiv oder negativ – den Sachverhalt erwähnt, dass mit Joachim Gauck und Angela Merkel Politiker aus den neuen Ländern das oberste und das mächtigste Staatsamt zwischen 2012 und 2017 bekleideten. Dies ist ebenso ein schönes Zeichen der Normalität wie die Zunahme entspannten Patriotismus in Deutschland, nicht zuletzt dank der Einheit. Das weniger verkrampfte Verhältnis zu nationalen Symbolen ist deren Folge. Auch wenn die Entscheidung für den (geschichtslosen) 3. Oktober als Nationalfeiertag wohl Plausibilität vermissen lässt: Jede Änderung trüge jetzt zur Delegitimation des Staatswesens bei. Die Entscheidung für Berlin als Hauptstadt und Sitz der Regierung wie des Parlaments war dagegen folgerichtig: Mit dem beschaulichen Bonn hätte sich Deutschland kleiner gemacht, als es ist.

Gewiss, die Menschen in den neuen Bundesländern schätzen Gleichheit höher ein als die im Westen, wobei im Westen die Zahl der „Freiheitsfreunde“ zurückgegangen ist. Noch in einem anderen wesentlichen Punkt gibt es Differenzen. Die ostdeutsche „Konsenskultur“ färbt auf den Westen ab, der sich bequem im Besitzstandsdenken eingerichtet hat. Häufig ist von „alternativlosen“ Entscheidungen die Rede, weniger von einer offenen Streitkultur, die die Gesellschaft voranbringt. Wer mit mutigen Anstößen aufwartet, gilt zuweilen als anstoßerregend. Wir brauchen mehr Konkurrenz, um Stillstand zu vermeiden – freilich

nicht Polarisierung.³⁴ Die Proteste gegen die zum Teil unkontrollierte Masseneinwanderung im Herbst 2015, die sich auf die Parole „Wir sind das Volk“ stützen, wollten ganz bewusst an die Demonstrationen gegen die SED anknüpfen. Für Kritiker stellt dies eine Anmaßung dar.

Der beträchtliche Wandel auf den unterschiedlichsten Feldern in den letzten 30 Jahren geht bloß zum Teil auf die deutsche Einheit zurück, wesentlich auf die Globalisierung mit der digitalen Revolution. Die Bundesrepublik Deutschland ist keine „Berliner Republik“ geworden, blieb die verfassungspolitische und wirtschaftliche Struktur doch erhalten. Der Wandel zumal in der Außenpolitik ist allerdings mit Händen zu greifen. Zwar besteht die Westbindung nach wie vor, aber Deutschland trägt mehr – akzeptierte – Verantwortung, selbst militärische. Der Wandel beim Parteiensystem und beim Wahlverhalten ist zum Teil eine Reaktion auf die deutsche Einheit. Bei den Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2013 hätte es eine schwarz-gelbe Mehrheit im Westen gegeben, dasselbe Votum vorausgesetzt. Ost ist allerdings nicht gleich Ost. Brandenburg stellt im Gegensatz zu Sachsen ein „rotes“ Bundesland dar. Hier pendelt der Stimmenanteil für die CDU bei Landtagswahlen um die 20 Prozent. Wenn die SPD seit 1990 etwa 500.000 Mitglieder verloren hat (und die Union im gleichen Zeitraum rund 400.000), so ist der Osten damit kein Vorreiter für den Westen. Zwar fällt die Rekrutierungsfähigkeit der Parteien im Osten um über die Hälfte niedriger aus als im Westen, aber die schrumpfende Zahl der „Parteibürger“ – eine Reaktion auf gesamtgesellschaftliche Prozesse – steht in keinem Zusammenhang mit der deutschen Einheit. Die Erfolge der rechtspopulistischen AfD fallen im Osten (Bundestagswahl 2017: 21,9 Prozent) stärker aus als im Westen (Bundestagswahl 2017: 10,7 Prozent). Gleiches gilt für das Abschneiden der aus der SED hervorgegangenen Partei Die Linke (Ost: 17,8 Prozent; West: 7,4). Im Vergleich zu den Bundestagswahlen 2013 haben sich die Unterschiede zwischen Ost und West bei der AfD erhöht, bei der Partei Die Linke vermindert. Gleichwohl ist Die Linke noch stärker eine Ostpartei als die AfD.

„Das“ Ausland, das vielfach bewundernd nach Deutschland blickt, kann nicht recht den hiesigen Missmut begreifen, der dann und wann auflebt. Betont wird vielfach weniger das Erreichte als das noch Nicht-Erreichte. Und: Manche denken nach wie vor in Ost-West-Kategorien. Die politische Kultur Deutschlands ist längst nicht mehr in den Osten und in den Westen geschieden. Wie subnationale Analysen zeigen, verlaufen regionale Unterschiede nicht nach Ost und West³⁵, so das Klischee. Vor dem Hintergrund der plötzlichen Vereinigung muss das Urteil ungeachtet einiger Defizite im politischen und wirtschaftlichen Bereich lauten: Die Geschichte der Einheit ist alles in allem gesehen eine deutsche Erfolgsgeschichte!

Der Heidelberger Historiker Edgar Wolfrum hat vor mehr als einem Jahrzehnt in einem großen Werk die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als „geglückt“ bezeichnet.³⁶ In seinem neuesten Buch wird das vereinigte Deutschland nicht so positiv gesehen.³⁷ Das Land sei verunsichert und unberechenbar geworden. Die vielbeschworene innere Einheit lasse zu wünschen übrig. Wie fällt in weiteren 30 Jahren die Bilanz aus? Wir wissen es nicht – aber was wir wohl wissen: Das 41. Jahr der DDR wird nicht verantwortlich für das jeweilige Urteil gemacht.

ANMERKUNGEN

- 1 Daniela Dahn, zitiert nach Stefan Bollinger: Vorbemerkung. In: Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin 2004, S. 7.
- 2 Vgl. Christoph Links/Sybille Nitsche/Anja Taffelt: Das wunderbare Jahr der Anarchie. Von der Kraft des zivilen Ungehorsams 1989/90. Berlin 2004.
- 3 Dieter Segert: Verpasste Chancen im 41. Jahr. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35–37/2019, S. 14; siehe auch Dieter Segert: Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR. Wien u. a. 2008.
- 4 Stefan Bollinger: Die finale Krise der DDR. In: Stefan Bollinger (vgl. Anm. 1), S. 54.
- 5 Vgl. Timothy Garton Ash: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Europa im Umbruch 1980–1990. Erweiterte Neuauflage, München 2019.
- 6 Vgl. u. a. Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009.
- 7 Vgl. Albert O. Hirschman: Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Essay zur konzeptionellen Geschichte. In: Leviathan, 4/1992, S. 330–350.
- 8 Vgl. etwa Thomas Rudolph/Oliver Kloss/Reiner Müller/Christoph Wonneberger (Hrsg.): Weg in den Aufstand. Chronik zu Opposition und Widerstand in der DDR von 1987–1989. Leipzig 2014.
- 9 Vgl. u. a. Martin Jankowski: Der Tag, der Deutschland veränderte – 9. Oktober 1989. Essay. Leipzig 2007.
- 10 Vgl. z. B. Ekkehard Kuhn: Der Tag der Entscheidung. Leipzig, 9. Oktober 1989. Berlin 1992.
- 11 Vgl. Tobias Hollitzer: Der friedliche Verlauf des 9. Oktober 1989 in Leipzig. Kapitulation oder Reformbereitschaft? Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkung. In: Günther Heydemann/Gunter Mai/Werner Müller (Hrsg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90. Berlin 1999, S. 247–288.
- 12 Der von Bürgerrechtlern um Pfarrer Christoph Wonneberger am 9. Oktober verteilte Appell enthielt zwar den Satz „Wir sind das Volk“. Dieser

bezog sich aber nicht auf die deutsche Einheit, sondern auf Demonstranten und Einsatzkräfte des Staates gleichermaßen. Gewalt sollte um jeden Preis vermieden werden.

- 13 Tonbandprotokoll der Rede des Ministers des Innern vor den Chefs der Bezirksbehörden der Volkspolizei am 21. Oktober 1989, zitiert nach: Tobias Hollitzer: „Heute entscheidet es sich: Entweder die oder wir“ – zum 9. Oktober 1989 in Leipzig. Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkung. Ein Beitrag zur Geschichte der Entwicklung 1989/90 in Leipzig. In: Horch und Guck, 2/1998, S. 32.
- 14 Vgl. Konstanze Borchert/Volker Steinke/Carola Wuttke (Hrsg.): „Für unser Land“. Eine Aufrufaktion im letzten Jahr der DDR. Frankfurt am Main 1994.
- 15 Der Aufruf ist u. a. abgedruckt bei Bollinger (vgl. Anm. 1), S. 162.
- 16 Zitiert nach Helmut Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit.“ Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth. Berlin 1996, S. 182.
- 17 Zitiert nach Helmut Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit.“ Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth. Berlin 1996, S. 195.
- 18 Vgl. Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie. Opladen 1990.
- 19 Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente. Hrsg. von Uwe Thaysen. Wiesbaden 2000, Bd. 1, S. 13.
- 20 Vgl. dazu Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland. Berlin 1998, S. 411f.
- 21 Der Zentrale Runde Tisch der DDR (vgl. Anm. 19), Bd. 1, S. 62. Die Parallelen zum Aufruf „Für unser Land“ sind offenkundig.
- 22 Ebd., S. 121.
- 23 Der Zentrale Runde Tisch der DDR (vgl. Anm. 19), Bd. 1, S. 53.
- 24 Dies wird überzeugend nachgewiesen bei Hans Michael Kloth: Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“. Berlin 2000.
- 25 Ebd., S. 557.
- 26 Ebd., S. 563.
- 27 So zutreffend ebd., S. 720 (Hervorhebung im Original).
- 28 Vgl. für Einzelheiten (auch zu den anderen Wahlen des Jahres) Jürgen W. Falter: Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen. In: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft. Düsseldorf 1992, S. 163–188.
- 29 So Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. Stuttgart 1968.
- 30 Vgl. für Einzelheiten Eckhard Jesse/Richard Schröder: Am Anfang war das Geld. In: Cicero, Heft 4/2020, S. 72–80.
- 31 Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 10. Wahlperiode (5. April bis 2. Oktober 1990). Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Band 3. Opladen 2000, S. 1380.
- 32 Ebd., S. 1382.
- 33 So Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München 2019.
- 34 Vgl. jüngst Ulrike Ackermann: Das Schweigen der Mitte. Wege aus der Polarisierungsfalle. Darmstadt 2020.
- 35 Vgl. Tom Mannewitz: Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung. Baden-Baden 2015.
- 36 Vgl. Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006.
- 37 Vgl. Edgar Wolfrum: Der Aufsteiger. Eine Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute. Stuttgart 2020.

UNSER AUTOR



Prof. Dr. Eckhard Jesse, geb. 1948 in Wurzen bei Leipzig, studierte an der FU Berlin Politik- und Geschichtswissenschaft. Nach der Assistenzzeit in Trier und einer Reihe von Gastprofessuren in München, Trier, Mannheim und Potsdam hatte er zwischen 1993 und 2014 den Lehrstuhl für Politische Systeme, Politische Institutionen im Fach Politikwissenschaft an der TU Chemnitz inne.

IMPRESSUM

Die Zeitschrift „Bürger & Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.

Direktor der Landeszentrale: Lothar Frick

Redaktion: Prof. Siegfried Frech, Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99-77

Herstellung: Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruit),

Telefon (07 11) 44 06-0, Telefax (07 11) 44 06-174

Vertrieb: Neue Süddeutsche Verlagsdruckerei GmbH Ulm, Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm,

Telefon (07 31) 94 57-0, Telefax (07 31) 94 57-224, E-Mail: www.suedvg.de

Preis der Einzelnummer: EUR 3,33, Jahresabonnement EUR 12,80 Abbuchung.

Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Die Mauer bröckelt: Die SED-Diktatur und ihr Ende im November 1989

Gerhard Sälter

Unzufriedenheit und darauf gründende Opposition und Widerspruch sowie eine Tendenz zur Westwanderung hatte es in der Bevölkerung der DDR eigentlich immer schon gegeben. Als die leitenden Parteikader der KPD 1945 aus ihrem Moskauer Exil nach Deutschland kamen, brachten sie vielleicht die Hoffnung mit, die „Befreiung der Arbeiterklasse“ in Deutschland zu vollenden, aber ihre politische Vorstellungswelt war geprägt von den Kämpfen der Weimarer Republik und der stalinistischen Atmosphäre der Angst, die ihr Exil vergiftet und ihre Persönlichkeiten stark überformt hatte. Sie hatten keine Chance, mit solchen Vorstellungen eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zu finden – und sie blieb auch aus. Statt einer sozialen Republik errichteten sie eine Diktatur, welche nach einigen Kämpfen eine Mauer als Basis staatlicher Macht benötigte, wodurch sich die SED für weitere 28 Jahre an der Macht halten konnte, bevor sie im November 1989 zusammen mit ihrer Mauer unterging. Gerhard Sälter erörtert die wesentlichen zeitgeschichtlichen Etappen des SED-Staates, beginnend mit der Durchsetzung der Diktatur nach 1945 bis zum Fall der Mauer im November 1989. Der historische Längsschnitt ist zugleich eine Geschichte der Opposition in der DDR.

Diktatur und Konformität

Die Männer um Walter Ulbricht machten sich 1945 daran, ihre Vorstellungen von einer sozialen Ordnung in Ostdeutschland umzusetzen, wobei sie auf die Mitsprache der Bevölkerung wenig Wert legten, aber – wiewohl vergeblich – hofften, die Zustimmung der dort lebenden Menschen nachträglich zu erhalten. Dabei mag in der direkten Nachkriegszeit die Besorgnis eine Rolle gespielt haben, dass die Mehrheit der Bevölkerung nicht nur durch die bürgerliche Ordnung der Weimarer Zeit, sondern auch durch ihre Mitwirkung in der nationalsozialistischen Diktatur geprägt sei – und natürlich fürchteten die Funktionäre während der gesamten Zeit der Diktatur „negative“ Einflüsse aus dem Westen.

Die Parteifunktionäre setzten ihr politisches Konzept gewaltsam um, beginnend mit der Enteignung der Groß- und Mittelbetriebe, die mit einer Kriminalisierung der Besitzer und ihrer Familien einherging. Die Landwirte wurden bis Anfang der 1960er-Jahre in Kollektiven zusammengefasst, später folgten viele der kleinen Handwerksbetriebe. Schon 1946 zwang die KPD die Sozialdemokraten, die nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur gerade wieder eine eigene Partei aufgebaut hatten, zur Fusion mit ihrer Partei, woraus die SED entstand, in der die Sozialdemokraten bald zielstrebig marginalisiert wurden. Begründeten

diese Maßnahmen bereits ein erhebliches Anwachsen der Unzufriedenheit, was die Aufbruchsstimmung der ersten Nachkriegsjahre beendete, so konnte die SED das damit einhergehende Wohlfahrtsversprechen nur sehr ungenügend einlösen: Der Sozialismus sowjetischer Prägung brachte auch in der DDR keinen Massenwohlstand, im Gegenteil wuchs beim Privatkonsum der Abstand zur kapitalistischen Bundesrepublik schon bald erheblich.

Die SED-Führung errichtete in der DDR eine Diktatur, in der sie nicht nur die Wirtschaft zentral lenkte, sondern auch das öffentliche Leben kleinteilig durchorganisierte und dabei lenkend und ordnend in das Leben der Bürger und Bürgerinnen eingriff. Die Funktionäre der SED entwickelten nicht nur sehr konkrete Vorstellungen davon, wie die Menschen leben und sich verhalten sollten, sie machten auch Pläne, wo jeder Mann, jede Frau und jedes Kind in der gesellschaftlichen Ordnung zu stehen hatte und welche Rol-



Die SED-Diktatur errichtete 1961 eine Mauer, die sie als Basis für ihre staatliche Macht benötigte. Dadurch konnte sich die SED für weitere 28 Jahre an der Macht halten, bevor sie im November 1989 zusammen mit ihrer Mauer unterging.

picture alliance/dpa

len sie ausfüllen sollten. Weil die SED damit in paternalistischer Weise tief in die private Lebensführung eingriff, entstand ein enormer Konformitätsdruck. Gefragt war in der DDR das Unterordnen unter die Macht der Partei, das Einfügen in die von ihr geschaffene soziale Ordnung und die aktive Beteiligung an der Gestaltung dieser Ordnung nach den Vorstellungen der Parteifunktionäre.

Versuchte die SED auf der einen Seite, Anpassung zu erzwingen, was mit Repressionsdrohungen unterlegt war, machte sie denen, die das erfolgreich taten, Angebote auf Integration und sozialen Aufstieg. Solche Angebote wurden anfangs verstärkt durch eine verbreitete Aufbruchsstimmung, das Gefühl, das bessere Deutschland aufzubauen, und das auf die Zukunft gerichtete sozialistische Konsumversprechen. Bei einer kleiner werdenden Minderheit hielt die darauf gründende Zuversicht in das sozialistische Staatsmodell bis zum Ende der DDR, sie bildete die soziale Basis der SED. Aber anders als die nationalsozialistische Diktatur hat die der SED die Mehrheit der Bevölkerung niemals für sich gewinnen können. Die Beziehung zwischen dem SED-Staat und den Bürgern der DDR war beiderseits dauerhaft von Misstrauen geprägt.

Wegen der gewaltsamen Herrschaftsdurchsetzung, der Neuausrichtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung und der kleinteiligen Normierung des Alltags entstand eine Unzufriedenheit in der DDR, die sich anfangs in Opposition und Rebellion Bahn zu brechen versuchte, denen die SED mit Repression begegnete, dann in eigensinnigem Widerspruch sich ausdrückte, welche die SED in Aushandlungsprozessen und durch Integrationsangebote aufzufangen versuchte, die sich aber immer auch in Träumen vom „Goldenen Westen“ und einer Tendenz zur Westwanderung manifestierte.

Opposition und Herrschaftsalldag

Die Opposition in der DDR war immer vielgestaltig. Sie basierte in der direkten Nachkriegszeit auf einem ganz eigenen Amalgam, das sehr unterschiedliche Haltungen und Motive vereinte. Bürgerliche, kirchliche und sozialdemokratische Milieus widersetzten sich der Homogenisierung der politischen Kultur, und an den Oberschulen flackerte immer wieder jugendlicher Widerstand auf, während sich auf dem Land (und nicht nur dort) eine abwartend-resistente Haltung in der Erwartung hielt, „dass es wieder anders kommt“. Berliner aus beiden Stadthälften beteiligten sich an den Protesten gegen die Spaltung der Stadt im Herbst 1948. In den Motivlagen und der ideologischen Grundierung von Resistenz und Opposition mischten sich Werthaltungen, die noch aus dem Nationalsozialismus stammten und durch die Unterstützung antikommunistischer Organisationen in Westberlin virulent gehalten wurden, mit bürgerlichen Ordnungsvorstellungen (insbesondere in Fragen der Wirtschaft und der Rechtssicherheit), kirchlichem Traditionalismus, sozialdemokratischem Eigensinn, der dem Stalinismus nicht weichen wollte, und mehr oder weniger spontanen Reaktionen auf die Erfahrungen mit der kommunistischen Herrschaftspraxis in der Phase der Diktaturdurchsetzung.

Mit Stalins Tod im März 1953 keimten in der noch jungen DDR Hoffnungen auf ein Ende der stalinistischen Ära. Im Juni 1953 formte sich in Ostberlin eine Protestbewegung gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, welche in einen



landesweiten Aufstand mündete. Als klar geworden war, dass die SED dem weder mit Polizei und Staatssicherheit noch mit Propaganda beikommen konnte, waren es sowjetische Soldaten, die der Revolte nach wenigen Tagen ein gewaltsames Ende bereiteten. Dadurch konnten sich die Männer um Ulbricht an der Macht halten, und der Aufstand führte sogar zu einer Festigung ihrer Position innerhalb der Partei. Mit der Niederschlagung des Aufstands endeten die Hoffnungen auf eine schnelle Wiedervereinigung.

Aber auch innerhalb der SED, die ja mit einem umfassenden Anspruch auf Emanzipation angetreten war, gab es anfangs skeptische Stimmen, und später bildeten sich immer wieder kleine Oppositionsgruppen. 1956 entstand eine von sozialdemokratischen Ideen inspirierte Gruppe um Walter Janka, Wolfgang Harich und Gustav Just, die eine radikale Entstalinisierung und eine Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheitsrechte anstrebte. Ihre Protagonisten wurden 1957 in einem Schauprozess zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Späterhin waren es marxistische Intellektuelle wie Rudolf Bahro, Robert Havemann und Wolf Biermann, die zunächst loyale, aber idealistische Parteikader gewesen waren, welche die Politik der SED kritisierten.

Darüber hinaus erzeugte die Machtausübung der SED widerständige Haltungen und oppositionelle Äußerungen. Gegen die 1962 weitgehend abgeschlossene Kollektivierung der Landwirtschaft formte sich bäuerlicher Widerstand, während die Kirchen, insbesondere die Jungen Gemeinden, eine weltanschauliche Alternative zum SED-Staat und geschützte Räume zu bieten versuchten, in denen alternative Lebensstile erprobt werden konnten. Auch Reste bürgerlicher und sozialdemokratischer Milieus hielten sich vielerorts, in denen abweichende Werthaltungen



17. Juni 1953: Sowjetische Panzer in der Leipziger Straße werden von Jugendlichen mit Steinen beworfen. Im Juni 1953 formte sich in Ostberlin eine Protestbewegung gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, welche in einen landesweiten Aufstand mündete. Als die SED dem weder mit Polizei, Staatssicherheit noch mit Propaganda beikommen konnte, waren es sowjetische Soldaten, die der Revolte ein gewaltsames Ende bereiteten.

picture alliance/dpa

überlebten. Nach dem Mauerbau am 13. August 1961 protestierten in Berlin vor allem in Grenznähe zahlreiche Bürger und Bürgerinnen, andere diktierten den Parteikadern ihr Missfallen in die Protokolle.

Westwanderung und Mauerbau

All diesen Formen von Eigensinn, Resistenz und Opposition waren angesichts staatlicher Repression und sozialer Integrationsangebote letztlich keine dauerhaften Erfolge beschieden, weshalb den endgültig Desillusionierten, den Ausgegrenzten und denjenigen, die sich einfach nur ein besseres Leben versprochen, oftmals nur der Weg in den Westen als Ausweg blieb. Die SED erleichterte diese Abwanderung phasenweise, indem sie zwischen 1953 und 1957 recht großzügig Reiseerlaubnisse nach Westdeutschland erteilte und damit vielen die Möglichkeit gab, von einem genehmigten Verwandtenbesuch einfach nicht zurückzukehren. Bis zum Mauerbau hatte die DDR durch die Westwanderung ein Sechstel ihrer Bevölkerung verloren, was man im Westen damals eine „Abstimmung mit den Füßen“ nannte.

Den Mauerbau 1961 feierte die SED-Führung zunächst vor allem als Sieg über den westdeutschen Anspruch, auch die Menschen in der DDR international zu vertreten. Sie glaubte, ihre Souveränität über Land und Leute gegenüber der Weltöffentlichkeit dokumentiert und durchgesetzt zu haben. Tatsächlich führte die Mauer angesichts der Hilflosigkeit des Westens zu einem Umdenken bei den westdeutschen Eliten und half, die unter Bundeskanzler Willy Brandt eingeleitete neue Ostpolitik der Annäherung zu begründen. Der gemeinsame Einzug der DDR und der Bundesre-

publik in die UNO 1973 ist gewissermaßen auch ein Ergebnis des Mauerbaus.

Mit Mauer und Grenzregime verspernte die SED dem unzufriedenen Teil der Bevölkerung erfolgreich den Weg nach Westen. Allerdings hatten sich damit die Motive der Flüchtlinge nicht erledigt. Weiterhin versuchten sie trotz der damit verbundenen Gefahren die mit Hindernissen bewehrte Grenze zu überqueren. Etwa 40.000 gelang seit 1961 die Flucht, weitere 500.000 gelangten bis 1989 auf anderen Wegen in den Westen. Vermutlich etwa 75.000 DDR-Bürger wurden bei der Flucht oder bei der Vorbereitung dafür verhaftet und bestraft, und wahrscheinlich verloren etwa 500 Menschen ihr Leben bei einem Fluchtversuch, allein in Berlin waren es 101 seit dem Mauerbau. Die Abwehr der von der SED weiterhin als Bedrohung wahrgenommenen Flüchtlinge, die zunehmend in die Nähe von Staatsfeinden gerückt wurden, verstärkte den Polizeistaatscharakter der DDR ganz erheblich. Die ohnehin hohe Überwachungs-dichte erhöhte sich durch das Grenzregime noch einmal deutlich, was die Unzufriedenheit nicht verminderte.

Ergebnis des Mauerbaus war innenpolitisch eine Konsolidierung der Macht der SED, wodurch sich der Anpassungsdruck noch einmal deutlich erhöhte. Dem Mauerbau folgte ein umfassendes Programm, mit dem Verweigerer und Dissidenten in die geordnete Gesellschaft der DDR eingefügt werden sollten. Viele Bewohner Ostdeutschlands erkannten bereits in den ersten Tagen nach dem Mauerbau, dass das politische Klima in der DDR einer radikalen Wandlung unterlag. Die verbliebenen Bürger und Bürgerinnen waren gezwungen, sich im SED-Staat dauerhaft einzurichten. Dieser Bewusstseinswandel in der Bevölkerung ist mit Mitteln intensiver Propaganda, justizieller Repression und dauerhaftem politischem Druck herbeigeführt worden. Mit dem Wechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker 1971 in der Parteileitung zeichnete sich unter dem Schlagwort der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ein sachter Politikwechsel ab, der innenpolitisch eine gewisse Entspannung im Verhältnis zwischen Partei und Bevölkerung einleitete. Aber die Mauer blieb eine wesentliche Basis der Macht der SED in der DDR.

Gesellschaftliche Veränderungen

Unterdessen fand in der DDR so etwas wie eine heimliche Kulturrevolution statt. Ähnliche Prozesse in Westdeutschland werden unter den Stichworten Amerikanisierung, Westernisierung und Liberalisierung verhandelt und mit der Epochenzäsur von 1968 in Verbindung gebracht. Dieser bereits in den 1950er-Jahren einsetzende Prozess griff auch auf die DDR über, in der westliche Medien, insbesondere Radio und später das Fernsehen, Bestandteil des Alltags einer großen Mehrheit waren. Die Haare nicht nur der jungen Männer wurden länger, die Jeansmode fand zahlreiche Anhänger, und der Import von Musikstilen bis hin zum Punk begann nicht nur in der Jugendkultur, dort aber besonders, neue Lebensstile, Selbstwahrnehmungen und Rollenvorbilder hervorzubringen. Der Arbeiterheros hörte langsam, aber sicher auf, ein Vorbild zu sein, wenn er es für die Mehrheit denn je gewesen ist.

Diese Wandlung der Alltagskultur beängstigte die SED anfangs kritisch, dann versuchte sie, sie zu domestizieren. Die Parteiobereen sahen darin vor allem ein Ergebnis westlicher Wühlarbeit, unterschätzten aber gleichzeitig ihre soziale und politische Sprengkraft. Während die alternden Parteifunktionäre ihren sozialen Ordnungsvorstellungen aus der Weimarer Zeit verhaftet blieben, entstanden in der Gesellschaft, befördert durch Einflüsse der überlebenden Reste bürgerlicher und kirchlicher Milieus, andere Vorstellungen von einem guten Leben, die sich weit von dem kollektivistischen Gesellschaftsmodell nach sowjetischem Vorbild entfernten und individueller Freizeitgestaltung und dem Konsum eine große Bedeutung zumaßen.

Aus diesem sozialen Wandel heraus entstanden in der DDR seit Ende der 1970er-Jahre von der Partei unabhängige politische Gruppen, welche vor allem die Rechte der Frauen und der Homosexuellen, die Umwelt und den Weltfrieden auf ihre Agenda setzten, erste Gruppen befassten sich mit dem Rassismus in der DDR. Sie blieben, von der SED und der Staatssicherheit misstrauisch und genau beobachtet, anfangs klein und fanden, auch wegen des fehlenden Zugangs zu Massenmedien, keinen Zugang zur Mehrheitsgesellschaft.

Jedoch wuchs auch in dieser die Unrast: Jugendliche fühlten sich bevormundet und empfanden den westlichen Lebensstil, den sie im Fernsehen und im Radio erlebten, attraktiver als die Angebote der FDJ und die Vorgaben der SED. In der Bevölkerung wuchs das Unbehagen angesichts verrottender Maschinen in den Fabriken, eingeschränkter Konsummöglichkeiten und verfallender Innenstädte. Viele gewannen den Eindruck, dass ihr Land sich, entgegen den offiziellen Versprechen und Verlautbarungen, im Abstieg befand. Sie wünschten sich ein funktionierendes Gemeinwesen und sahen in der Bundesrepublik, die sie aus den Medien kannten, eine positive Alternative.

Dissidenten, durch die staatliche Gängelei aufgebrauchte junge Menschen und eine desillusionierte Bevölkerung fanden sich 1989 zu einer wachsenden Protestbewegung zusammen. Zunächst auf Reformen und Mitbestimmung ausgerichtet, änderten die Proteste im Herbst unter dem Eindruck des auseinanderbrechenden Ostblocks und einer wachsenden Flucht- und Ausreisebewegung ihren Charakter. Die SED-Führung verlor jeden Rest an Glaubwürdigkeit. Anders als die kommunistische Partei in China, die im Sommer 1989 Proteste blutig niederschlagen ließ, sicherte sie nach ersten Polizeieinsätzen gegen Demonstranten ihre Macht letztlich nicht mit Gewalt, was ihr letzter Ausweg gewesen wäre. Sie musste Anfang November zurücktreten. Das neue Politbüro beschloss im November 1989 eine zaghafte Öffnung der Grenze, woraufhin die Mauer am 9. November unter dem Ansturm der Bürger zusammenbrach.

Das Loch in der Mauer

Es war die wachsende offene Unzufriedenheit, welche das im Oktober 1989 neugebildete Politbüro, das Leitungsgremium der SED, Anfang November 1989 dazu brachte, Auslandsreisen grundsätzlich zu erlauben und das dauerhafte Verlassen der DDR zu legalisieren. Seit dem Sommer hatten bereits mehrere zehntausend Bürger und Bürgerinnen über Drittstaaten den endgültigen Weg nach Westen angetreten. Seit September waren die kleinen Proteste, zunächst in

Leipzig, bald aber in allen Städten der DDR, zu einer Massenbewegung angewachsen. Freizügigkeit war neben vielen anderen Freiheitsrechten ihre zentrale Forderung.

Es ist viel über den Zettel von Günter Schabowski spekuliert worden. Der hatte am Nachmittag des 9. November die neuen Reiseregeln der Weltpresse bekannt zu geben und zu erläutern. Schlecht informiert und offensichtlich abgelenkt, gab er auf die Frage der Journalisten Riccardo Ehrman und Peter Brinkmann, ab wann das denn gelte, die unzutreffende Antwort: „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich“. Aber auch ohne diesen Versprecher wäre die Mauer mit denselben Konsequenzen gefallen, nur eben etwas später.

Die westlichen Medien, insbesondere die Tagesschau, nahmen die Sensationsmeldung schnell auf und verbreiteten sie. Daraufhin versammelten sich am Abend auf beiden Seiten der Grenzübergänge in Berlin zahlreiche Menschen in der Erwartung, die Mauer werde geöffnet oder sei schon offen. Da diese Erwartung auf einem Missverständnis beruhte, hatten die Grenztruppen und die Passkontrolleinheiten der Staatssicherheit noch keine neuen Befehle. Der zuständigen Offizier am Grenzübergang Bornholmer Straße, Harald Jäger, versuchte vergeblich, einen seiner Vorgesetzten zu einer Entscheidung zu drängen, weshalb er eine halbe Stunde vor Mitternacht eigenmächtig entschied, die Grenze zu öffnen. Bald darauf folgten weitere Grenzübergänge in Berlin und entlang der innerdeutschen Grenze. Das Grenzregime der DDR hatte ausgedient.

Die nach Westberlin hineinströmenden Ostberliner wurden mit Jubel empfangen. In Westberlin, in dem niemand auf diesen Ansturm vorbereitet war, herrschte für mehrere

Im Juni 1990 begann der Rückbau der Mauer, der nur kleine Abschnitte als Anschauungsobjekte für die Nachgeborenen und für Besucher übrigließ. Nach der Grenzöffnung bemalten Künstler aus aller Welt das Symbol des Kalten Krieges. Es entstand die East Side Gallery, eine bunte 1,3 Kilometer lange Freilichtausstellung. Zu den berühmtesten Motiven zählt der innige Bruderkuß von DDR-Staatschef Erich Honecker und dem sowjetischen Staatschef Leonid Breschnew.

picture alliance/dpa



Tage ein fröhlicher Ausnahmezustand. Allerdings, das sollte man nicht vergessen, machten viele Berliner, die aus dieser deutsch-deutschen Fei ergemeinschaft heraus als nicht zugehörig empfunden wurden, schon in den ersten Tagen teils extreme Ausgrenzungserfahrungen. In Bezug auf die DDR war vielen Menschen jedoch bewusst, dass sie einen historischen Moment erlebten. Einige Ostberliner, die gerade die Mauer durchschritten hatten, kehrten zu ihr zurück. Feiernde Menschen bestiegen die Mauer am Brandenburger Tor, und die Grenzsoldaten auf der Ostseite der Mauer mussten das dulden, ohne einzugreifen. Noch in der Nacht begannen einige, die Mauer mit jeglichem Werkzeug, das gerade zur Hand war, zu beschädigen. Das besserten die Grenzer zwar am nächsten Tag wieder aus, aber die Botschaft war klar: Eine erneute Schließung der verhassten Mauer würden die Menschen in der DDR und in Berlin nicht hinnehmen.

Mit der Öffnung der Mauer und der endlich zugelassenen Freizügigkeit hatte die Diktatur der SED eine wichtige Stütze verloren. Ihre neue Führung agierte zunehmend hilflos, selbst innerhalb der Partei büßte sie an Glaubwürdigkeit ein. Bei den Wahlen zur Volkskammer im März 1990, den ersten freien Wahlen in der DDR, erhielt die in PDS umbenannte SED nur knapp 17 Prozent der Stimmen. Als Sieger gingen aus dieser Wahl Parteien hervor, die eine schnelle Vereinigung mit der Bundesrepublik forderten. Mit dem Fall der Mauer schien der revolutionäre Elan verdampft zu sein. Da kompetente und unbelastete Eliten im eigenen Land fehlten und die Bevölkerung sich eine schnelle Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse wünschte, mündete die demokratische Revolution in der Aufnahme der ostdeutschen Länder in die Bundesrepublik.

Das Verschwinden der Mauer

Bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten war es jedoch vom 9. November noch ein weiter Weg. Obwohl die Entwicklung vom Mauerfall zur Vereinigung aus der Rückschau betrachtet sehr schnell ablief, waren die Debatten doch teilweise zäh, wie am Beispiel des Umgangs mit der Mauer zu sehen ist. Die SED war ja noch an der Macht, deshalb war das Verschwinden der Mauer ein Indikator für den Wandel: Je mehr Löcher sie erhielt, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass die Diktatur enden würde.

Es dauerte eine Zeit, bis das funktionslos gewordene Grenzregime der DDR endgültig abgeschafft wurde. Noch am Abend des 9. November, lange nach der Pressekonferenz und kurz vor der Grenzöffnung, verhafteten Grenzsoldaten den letzten Flüchtling. Reinhard S. stoppte gegen elf Uhr einen S-Bahn-Zug an der Behmstraßenbrücke unweit des Grenzübergangs Bornholmer Straße, um über die nahegelegene Mauer zu flüchten. Solche Festnahmen hörten jedoch bald auf. Während am 10. und 11. November noch mehrere Personen in der Berliner Charlottenstraße und nahe der Brunnenstraße vorläufig festgenommen wurden, wurden in der Nacht vom 10. auf den 11. November zwei Männer, die in Treptow die Mauer mit einer Leiter zu überwinden versuchten, erstmals nicht mehr verhaftet. Die Grenzsoldaten führten nur noch „eine Art Belehrung durch“, wie sie berichteten.

Seit dem 9. November wurde die Mauer auch baulich immer durchlässiger. Bereits am Abend des 10. November wurde an der Bernauer Straße, wo am Tag zuvor noch an der Mauer gearbeitet worden war und deshalb schwere Maschinen bereitstanden, ein erstes Loch hineingebrochen. Dort entstand der erste Grenzübergang, für den ein Stück der Mauer beseitigt wurde. Ihm folgten bis Weihnachten weitere, bis das Passieren der Grenze wieder ein Stück Normalität geworden war. Ende Januar 1990 waren 25 Straßenübergänge wieder hergestellt. Mit der Wirtschafts- und Währungsunion entfielen am 1. Juli 1990 auch die Ausweiskontrollen, die in den Monaten zuvor immer nachlässiger gehandhabt worden waren.

Nahezu unter der Hand verschwand die Mauer langsam aus dem Stadtbild. Grenzsoldaten entfernten seit dem 20. November Sperren aus dem Grenzgebiet. Am 21. Dezember gab der Verteidigungsminister den Befehl, den weiteren Ausbau der Grenzanlagen in Berlin und an der innerdeutschen Grenze endgültig zu stoppen. Gleichzeitig setzte er die Anweisung zum Schießen auf Flüchtlinge erneut und diesmal endgültig außer Kraft, verpflichtete die Grenztruppen jedoch weiterhin darauf, „die Unverletzlichkeit der Staatsgrenze jederzeit zu sichern“.

Parallel dazu wurde über das Schicksal der Mauer öffentlich verhandelt, denn die SED-Führung vermochte sich nur sehr zögerlich von diesem Machtinstrument zu trennen. Bereits am 10. November hielten führende Kader der SED ihr Verschwinden für möglich. Am 29. Dezember 1989 fasste die Übergangsregierung unter Hans Modrow den grundsätzlichen Beschluss, die Mauer abzureißen. Ein vollständiger Verzicht auf Grenzsperrern war aber noch nicht denkbar. Der soeben gewählte SED-Vorsitzende Gregor Gysi gestand zwar zu, dass die Mauer „nicht mehr wichtig“ sei,





Dr. Gerhard Sälter ist Leiter der Abteilung Forschung und Dokumentation der Stiftung Berliner Mauer. Sein wissenschaftliches Interesse gilt Machtbeziehungen, der Praxis von Herrschaft und der Genese gesellschaftlicher Ordnungen. Er forscht und publiziert zur Geschichte der Polizei, zur DDR, dem Grenzregime und der Staatssicherheit sowie zum Bundesnachrichtendienst. Zuletzt erschienen: *Phantome des Kalten Krieges. Die Organisation Gehlen und die Wiederbelebung des Gestapo-Feindbildes „Rote Kapelle“*, Berlin 2016; *Die vergessenen Toten. Todesopfer des DDR-Grenzregimes in Berlin von der Teilung bis zum Mauerbau (1948–1961)*, Berlin 2016 (zusammen mit Johanna Dietrich und Fabian Kuhn); *Am Rand der Welt. Die Mauerbrache in West-Berlin in Bildern von Margret Nissen und Hans W. Mende*, Berlin 2018 (Hrsg. zusammen mit Manfred Wichmann).

konnte sich ein vollständiges Abtragen jedoch nicht vorstellen, da dadurch „ein gesetzwidriges Passieren“ der Grenze möglich werde. Verschiedene SED-Funktionäre machten daraufhin Vorschläge, die Mauer durch andere Sperren zu ersetzen, etwa durch einen Zaun. Es war der Westberliner Bürgermeister Walter Momper, der darauf bestand, die Mauer müsse so schnell wie möglich und vollständig verschwinden. Im Juni 1990 begann der systematische Rückbau, der nur kleine Abschnitte als Anschauungsmaterial für die Nachgeborenen und ausländische Besucher übrigließ.

Die Berliner Mauer verschwand mit wachsender Zahl der Grenzübergänge als steinerne Realität des Kalten Krieges zusehends aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Seit dem November 1989 hatte sich zudem ihr Symbolgehalt geändert. Stand sie bis dahin für den Charakter des SED-Regimes, die Teilung der Welt und den Kalten Krieg, wurde sie nun zu einem weltbekannten Symbol für deren Überwindung. Vielerorts wurde sie von „Mauerspechten“ bearbeitet, die zahlreiche Stücke als Zeugnisse eines überwundenen Zeitalters herausbrachen: „Stücke der Mauer hatten tatsächlich eine besondere Aura“, wie der amerikanische Historiker Brian Ladd festhielt: „Sie wurden wie heilige Relikte behandelt, die unsere Erlösung vom Kalten Krieg bezeugten.“ Es handelte sich um eine private Aneignung des verhassten öffentlichen Bauwerks, nachdem es seine Funktion verloren hatte und Geschichte geworden war.

Von Hölderlin bis Jünger

Zur politischen Topographie der Literatur im deutschen Südwesten

Hrsg. von Thomas Schmidt und Kristina Mateescu



lpb

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Von Hölderlin bis Jünger

Zur politischen Topographie der Literatur im deutschen Südwesten

Hrsg. von Thomas Schmidt und Kristina Mateescu

Das Verhältnis von Literatur und Politik gilt als schwierig. Literatur, die sich politischen Zielen verschrieb, wurde nicht selten die ästhetische Qualität abgesprochen, während jener Dichtung, die sich fern von den Aktualitäten des Alltags als Schutzraum des Schönen verstand, Folgenlosigkeit oder gar ethische Verantwortungslosigkeit vorgeworfen wurde. Diese mitunter selbst schon ideologisch gewordenen Frontlinien werden in diesem Band nicht bestärkt. Vielmehr legen die Beiträge konkrete Kontaktzonen zwischen Literatur und Politik frei und zeigen, wie eng und vielfältig die Sphären der literarischen und der politischen Kultur miteinander verknüpft sind. Sämtliche Beiträge argumentieren dabei vom Ort aus und zeigen so Baden-Württemberg als einzigartige Literatur und Kulturlandschaft.

6.50 Euro zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
E-Book (kostenlos) unter www.lpb-bw.de/e-books.html

lpb
BW

Ökonomisch vereint? Wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland dreißig Jahre nach der Wende

Michael Fritsch

Michael Fritsch erörtert Ausmaß und Ursachen der immer noch bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Er geht zunächst auf die ökonomische Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg und auf die wirtschaftliche Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft bis zur Wiedervereinigung im Jahr 1990 ein. Des Weiteren wird der Transformationsprozess in den neuen Ländern seit der Wende nachgezeichnet. Die noch bestehenden Entwicklungsunterschiede und die gegenwärtige Situation der ostdeutschen Wirtschaft sind auch dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung noch deutlich durch mehr als vierzig Jahre Sozialismus geprägt. Eine grundlegende Umorientierung des Wirtschaftssystems – so das Fazit – benötigt aufgrund der immensen Anforderungen schlichtweg längere Zeiträume. Eine Angleichung der Wirtschaftskraft ist nicht kurzfristig „machbar“.

im Oktober 1990 erfolgte die Vereinigung der beiden Staaten durch Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und damit auch zur Europäischen Union (EU). Um die Lebensverhältnisse im wirtschaftlich zurückgebliebenen Osten an das westdeutsche Niveau heranzuführen, wurden vielfältige Förderprogramme aufgelegt, die bis heute mit umfangreichen Mitteltransfers von West nach Ost verbunden sind. Trotz dieser sehr intensiven Bemühungen ist die Angleichung der Lebensverhältnisse bisher nur unvollständig gelungen.

Dieser Beitrag behandelt Ausmaß und Ursachen der derzeit – 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung – bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede zwischen dem Gebiet der ehemaligen DDR und Westdeutschland. Der zweite Abschnitt schildert die wirtschaftliche Ausgangssituation nach dem Zweiten Weltkrieg, die Teilung in zwei separate Staaten sowie insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft bis zur Vereinigung im Jahr 1990. Anschließend wird der Transformati-

Ost- und Westdeutschland: Zwei Geschichten

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Deutschland für gut 40 Jahre in zwei Staaten geteilt. Aus den Besatzungszonen der Siegermächte Frankreich, Großbritannien und USA im Westen des Landes entwickelte sich die Bundesrepublik Deutschland (Westdeutschland). Aus der sowjetischen Besatzungszone im Osten entstand mit der Deutschen Demokratischen Republik, der DDR, ein sozialistischer Staat (Ostdeutschland).¹ Die Bundesrepublik wurde demokratisch-marktwirtschaftlich ausgerichtet, gehörte zum losen Bündnis westlicher Staaten und war wirtschaftlich intensiv in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Die DDR war politisch wie wirtschaftlich stark in den von der Sowjetunion dominierten „Ostblock“ integriert. Die Wirtschaft war nach sowjetischem Vorbild als System zentraler Lenkung (Zentralverwaltungswirtschaft) organisiert. Beide deutsche Staaten entwickelten sich höchst unterschiedlich. Während die Bundesrepublik ökonomisch sehr erfolgreich war und zu einer der weltweit führenden Industrienationen aufstieg, blieb die DDR wirtschaftlich zunehmend zurück. Einschränkungen individueller Freiheiten sowie wirtschaftliche Probleme in der DDR führten in den 1950er-Jahren zu massiver Abwanderung, insbesondere von relativ gut qualifizierten Menschen, die 1961 durch die Schließung der Westgrenze und den Bau der Berliner Mauer gestoppt wurden. Als sich die Grenzen der DDR im Sommer und Spätherbst des Jahres 1989 infolge des Drucks der Bevölkerung als immer durchlässiger erwiesen, brach die DDR politisch wie wirtschaftlich zusammen. Im November 1989 kam es zur Öffnung der DDR-Grenze und



Grubenlampen stehen in einem Regal einer Schachtanlage des Mansfelder Kupferreviers. Mit der Wende wurde der unrentable Kupferbergbau im Mansfelder Revier 1990 eingestellt. Viele Bergleute wurden arbeitslos. Die Erfahrung, von einer als sicher angesehenen Beschäftigung in die Arbeitslosigkeit zu fallen, wurde in aller Regel als schmerzvolle persönliche Abwertung erlebt.

picture alliance/dpa

onsprozess in Ostdeutschland seit der Wende nachgezeichnet (Abschnitt 3). Der vierte Abschnitt behandelt dann verbleibende Entwicklungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Der Beitrag schließt mit einem Resümee.

Wirtschaftliche Folgen der deutschen Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg

Vor dem Zweiten Weltkrieg war die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Ost- und Westdeutschland durchaus vergleichbar.² Bereits direkt nach Ende des Zweiten Weltkrieges ergaben sich unterschiedliche Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Teilen des Landes dadurch, dass in der sowjetischen Besatzungszone (der späteren DDR, Ostdeutschland) in großem Ausmaß Produktionsanlagen demontiert und in der Sowjetunion weiter genutzt wurden. Weiterhin musste die DDR über einen längeren Zeitraum Reparationsleistungen für Kriegsschäden – meist in Form von Sachgütern und Rohstoffen – an die Sowjetunion leisten. In den westlichen Besatzungszonen (der späteren Bundesrepublik Deutschland, Westdeutschland) blieben solche Demontagen hingegen eine seltene Ausnahme. Vielmehr begannen die westlichen Siegermächte (England, Frankreich und USA) bald nach Kriegsende damit, den wirtschaftlichen Wiederaufbau in den von ihnen besetzten Gebieten – etwa mit dem Marshallplan – massiv zu fördern.

Entsprechend dem sozialistischen Grundkonzept war die Politik in der DDR darauf gerichtet, den Privatbesitz von Produktivvermögen sowie private unternehmerische Initiative möglichst zu unterbinden.³ Entsprechend wurde die private Wirtschaft in der Regel durch Enteignungen nach und nach verstaatlicht. Die Verstaatlichung privater Betriebe führte zu einer Zerstörung des unternehmerischen Mittelstandes, eines Wirtschaftsbereiches, der sich in Westdeutschland als ein wichtiger Wachstumstreiber erwies (Audretsch/Lehmann 2016). Die wenigen am Ende der 1980er-Jahre noch verbliebenen Privatbetriebe waren fast ausschließlich im Handwerk und im Einzelhandel tätig, wobei die Gewinne und das Wachstum dieser Betriebe intensiver staatlicher Kontrolle unterlagen (Pickel 1992). Am Ende der DDR-Zeit im Jahr 1989 betrug der Anteil der unternehmerisch selbständigen Personen an der Erwerbsbevölkerung lediglich 1,8 Prozent im Vergleich zu mehr als zehn Prozent in Westdeutschland (Fritsch/Bublitz/Sorgner/Wyrwich 2014).

Die staatliche Wirtschaft der DDR war in großen Einheiten, Produktionsgenossenschaften und Kombinat, organisiert. Ein Kombinat hatte meist mehrere Betriebsstandorte, die jeweils nur ein geringes Maß an Entscheidungsbefugnissen besaßen. Innerhalb der Betriebe dominierte eine stark ausgeprägte Zergliederung der Arbeitsabläufe, meist eingebunden in vielstufige, streng hierarchische Entscheidungsstrukturen. Dementsprechend waren Eigenverantwortlichkeit und die Fähigkeit zur Selbstorganisation nur schwach ausgeprägt. Infolge der Konzentration der Produktion auf wenige große Kombinate profitierten so gut wie alle Betriebe von einer Art Monopolstellung. Ein wesentliches Motiv für die Konzentration der Produktion bestand in der besseren Möglichkeit der staatlichen Kontrolle. Darüber hinaus versprach man sich davon Effizienzvorteile, die – sofern solche Vorteile tatsächlich bestanden



Der massive Beschäftigungsrückgang konnte nur zum Teil durch staatlich unterstützte Sanierungsmaßnahmen und Beschäftigungsgesellschaften abgemildert werden. Zwischen 1989 und 1993 sank die Zahl der Beschäftigten in Ostdeutschland von 7,8 auf 5,8 Millionen.

picture alliance/dpa

– in aller Regel durch gravierende Mängel der Planwirtschaft zunichte gemacht wurden.

Forschung und Entwicklung fanden nahezu ausschließlich in den akademischen Einrichtungen (Hochschulen, Akademie der Wissenschaften) sowie in den zentralen Stammbetrieben der Kombinate statt. Auch für den Innovationsbereich gab es genaue Planvorgaben, was sich als äußerst ineffizient und fortschritts hemmend erwies, wobei nicht zuletzt auch die wirtschaftliche Isolation der DDR hinderlich war. So wurde Ende der 1980er-Jahre ein 256kB-Mikrochip zum Selbstkostenpreis von mehr als 500 DDR-Mark hergestellt, wobei ein vergleichbarer Chip auf dem Weltmarkt zu dieser Zeit für einen geringen Bruchteil dieses Preises erhältlich war.

Der Außenhandel wurde vollständig vom Staat kontrolliert. Im Vergleich zur Bundesrepublik war die außenwirtschaftliche Verflechtung der DDR-Wirtschaft gering und zu einem wesentlichen Teil auf die anderen sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas konzentriert. Die geringe Einbindung in die internationale Arbeitsteilung, aber auch das von den westlichen Industriestaaten verhängte Verbot der Lieferung technologieintensiver Güter an Staaten des Ostblocks (COCOM-Liste), isolierten die DDR-Wirtschaft von internationalen Entwicklungen. Häufige Vorherrschaft politischer Konzepte über ökonomische Notwendigkeiten, das Fehlen von Wettbewerb sowie eine überbordende zentrale Bürokratie schränkten die ohnehin geringe Leistungsfähigkeit zusätzlich ein. Die sektorale Struktur der

mit einer
Sanierungsmaßnahme (ABM)
Arbeitsplätze saniert

... für eineinhalb Jahre Arbeit

... a-Sanierungsgesellschaft mbH

durch die
... alt für Arbeit
... das
... k Aufschwung-Ost“
... regierung

... LE-NUTZEN FÜR ALLE



deutschen Bürgerinnen und Bürgern überaus enorme Anpassungsleistungen abforderte. Nicht nur, dass sich die institutionellen Rahmenbedingungen schlagartig und grundlegend änderten; auch die Regulierungsdichte des westlichen Systems war erheblich höher als in der DDR. Ein weiterer Unterschied bestand darin, dass die neuen Regeln sehr viel energischer durchgesetzt wurden.⁵ Ein wesentlicher Vorteil der Übernahme des westdeutschen Rechtssystems war, dass hierdurch Unklarheiten über zukünftige rechtliche Regulierungen, die in anderen ehemals sozialistischen Transformationsstaaten oftmals als gravierendes Entwicklungshemmnis wirkten (siehe Åslund/Djankov 2014), weitgehend vermieden wurden.

Für die ostdeutsche Wirtschaft bedeuteten die Grenzöffnung im Herbst 1989 und der Beitritt zur Bundesrepublik im Oktober 1990 eine abrupte Intensivierung des Wettbewerbs, dem sie kaum gewachsen war.⁶ Bereits die Öffnung der innerdeutschen Grenze für ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger im November 1989 führte für ostdeutsche Betriebe zu einer erheblichen Verschärfung des Wettbewerbs. Mit der Währungsunion am 1. Juli 1990 und der formellen Vereinigung am 3. Oktober 1990 hatten Anbieter aus anderen Ländern dann schlagartig ungehinderten Zugang zum ostdeutschen Markt, was für die in der DDR ansässigen Anbieter zu einem Nachfrage- und Produktionsrückgang dramatischen Ausmaßes führte. Durch die Einführung einer einheitlichen Währung am 1. Juli 1990 im Gefolge der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion stiegen die Löhne in Ostdeutschland innerhalb weniger Jahre von sieben Prozent des westdeutschen Niveaus auf ca. 80 Prozent an. Da sich die Arbeitsproduktivität in ostdeutschen Unternehmen aber nicht im gleichen Maße erhöhte, lagen die Arbeitsstückkosten im Durchschnitt deutlich höher als in den westdeutschen Unternehmen. Dies wirkte sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Gewinne der ostdeutschen Betriebe aus. Entsprechend sank die Industrieproduktion im Jahr 1991 auf 35 Prozent des Wertes der im Jahr 1989 erzielt wurde.

Mit der deutschen Währungsunion zogen die Preise der ostdeutschen Produkte drastisch an. Dies führte dazu, dass die Absatzmärkte in anderen sozialistischen Staaten Osteuropas, in die während der DDR-Zeit ca. zwei Drittel der ostdeutschen Exporte gingen, wegbrachen. Zudem erschwerte die negative Reputation vieler ostdeutscher Produkte, denen der Ruf minderer Qualität anhing, den Absatz auf dem heimischen ostdeutschen Markt. Viele ostdeutsche Unternehmen verloren einen Großteil ihrer angestammten Kunden und Zulieferer, so dass sie gezwungen waren, neue Geschäftsbeziehungen aufzubauen. Die vorhandenen Betriebe mussten enorme Anpassungsleistungen vollbringen, was häufig nur in geringem Maß gelang.⁷ Die Folge war ein massiver Beschäftigungsrückgang, der durch staatlich unterstützte Sanierungsmaßnahmen und Beschäftigungsgesellschaften nur zu einem Teil abgemildert werden konnte (vgl. Abbildung 11). In den ersten Jahren nach der Wende, zwischen 1989 und 1993, sank die Zahl der Beschäftigten in Ostdeutschland von 7,8 Millionen auf 5,8 Millionen. Entsprechend lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Jahr 1993 bei ca. 15 Prozent.

DDR-Wirtschaft war stark durch das verarbeitende Gewerbe dominiert; der Dienstleistungssektor und dabei insbesondere der Bereich der haushaltsorientierten Dienstleistungen blieben im Vergleich zu Westdeutschland stark unterentwickelt (siehe Fritsch/Sorgner/Wyrwich 2015).

Hinsichtlich des Arbeitskräftepotenzials sind insbesondere zwei Besonderheiten hervorzuheben. Erstens war es für Frauen normal, einer beruflichen Vollzeitbeschäftigung nachzugehen, so dass der Erwerbsanteil der Frauen mit fast hundert Prozent deutlich über dem entsprechenden Anteil in Westdeutschland lag. Zweitens war der Anteil der un- und angelernten Arbeitskräfte wesentlich geringer als im Westen, da fast alle Beschäftigten über eine abgeschlossene Ausbildung verfügten.⁴

Als Resultat dieses wenig effizienten Wirtschaftssystems herrschte in fast sämtlichen Bereichen Angebotsmangel, d. h. es waren deutlich weniger Güter verfügbar als nachgefragt wurden. Zur Zeit der Wende im Jahr 1990 waren weite Teile der DDR-Wirtschaft durch technisch stark rückständige Produktionsanlagen und eine verrottete Infrastruktur gekennzeichnet. Folge dieser Zustände war eine geringe Arbeitsproduktivität, die Ende der 1980er-Jahre lediglich knapp 30 Prozent des westdeutschen Niveaus erreichte (Hitchens/Wagner/Birnie 1993; van Ark 1995).

Die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft seit der Vereinigung

Der Transformations-Schock

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zum 3. Oktober 1990 wurde buchstäblich über Nacht das westdeutsche Gesellschafts- und Rechtssystem (Institutionentransfer) für die neuen Bundesländer übernommen, was den ost-

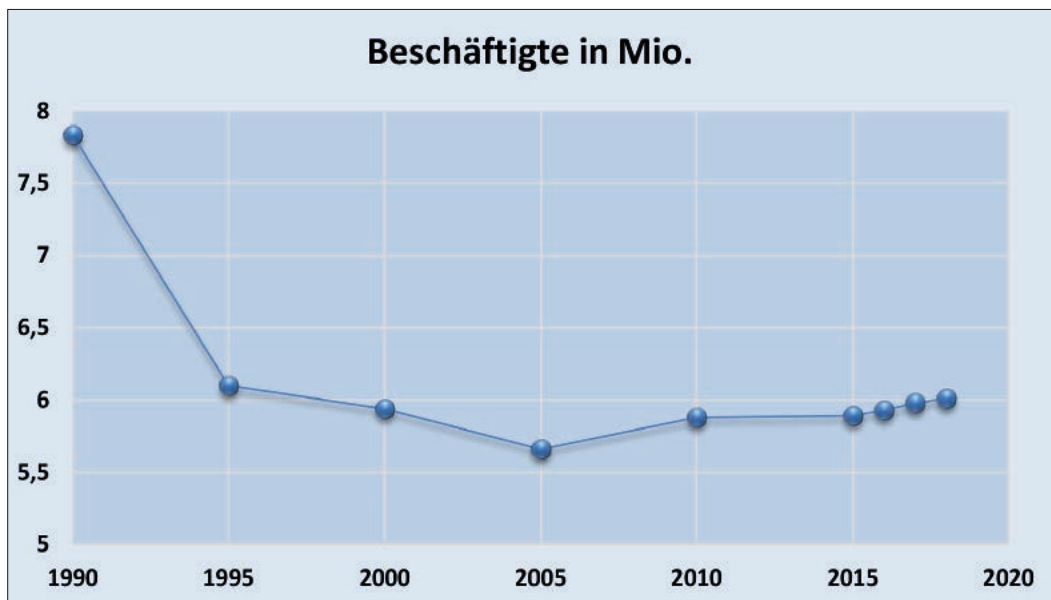


Abbildung 1:
Beschäftigungsentwicklung
in Ostdeutschland (ohne
Berlin) zwischen 1989
und 2018

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (2019).

Neben diesen Änderungen ist der mentale Schock nicht zu vernachlässigen, der mit dem Zusammenbruch der DDR und der Übernahme des westdeutschen Systems verbunden war. Insbesondere die höheren Anforderungen an Eigeninitiative, Eigenverantwortlichkeit und Selbstvorsorge bedeuteten für viele Menschen, die im DDR-System sozialisiert waren, eine erhebliche Umstellung. Hinzu kam, dass vielfach wesentliche Teile der unter den alten Rahmenbedingungen erworbenen Qualifikationen nicht mehr benötigt wurden. Durch den Systemwechsel war der Großteil der Ostdeutschen zu einer wesentlichen beruflichen Umorientierung gezwungen, was häufig einen nachhaltigen Bruch ihrer Erwerbsbiografie bedeutete. Insbesondere die Erfahrung, von einer als sicher angesehenen Beschäftigung in die Arbeitslosigkeit zu fallen, wurde in aller Regel als schmerzvolle persönliche Abwertung erlebt. Verstärkt wurde dieses Gefühl der Abwertung auch dadurch, dass direkt nach der Vereinigung viele Leitungspositionen – im Interesse eines schnellen Wandels – mit Personal aus den alten Bundesländern besetzt wurden, weshalb vielfach der Eindruck einer „Übernahme“ durch den Westen entstand.

Die Transformation des Unternehmensbestandes

Eine wesentliche Voraussetzung für den Übergang zu einer Marktwirtschaft war die Privatisierung der ehemals staatlichen Betriebe (Transformation „von oben“). Parallel hierzu fand eine große Anzahl von Gründungen neuer Unternehmen statt; diese Transformation geschah, spiegelbildlich gesehen, „von unten“.

Die Organisation der Privatisierung staatlicher DDR-Betriebe oblag der noch zu DDR-Zeiten gegründeten Treuhandanstalt. Ziel war es, diese Betriebe nach den Grundsätzen einer Marktwirtschaft zu privatisieren und so die „Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern“ (§ 8 Treuhandgesetz) oder, sofern dies nicht möglich war, die betreffenden Betriebe stillzulegen. Die Praxis der Treuhandanstalt stützte sich auf die Leitlinie: „Schnelle Privatisierung, entschlossene Sanierung, behutsame Stilllegung“. Für diejenigen Betriebe, die während der DDR-Zeit enteignet wurden, galt der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“. Waren Alteigentümer oder Erben von ent-

eigneten Betrieben vorhanden, so erhielten sie den Vorzug vor anderen Bewerbern, unabhängig davon, ob sie ein wirtschaftlich tragfähiges Nutzungskonzept vorweisen konnten. Hierdurch wurde die Möglichkeit einer Übernahme und Fortführung eines Betriebes durch andere Bewerber wie etwa die vorhandene Belegschaft stark eingeschränkt, was häufig als ungerecht empfunden wurde und sicherlich nicht in jedem Fall zu ökonomisch sinnvollen Ergebnissen führte.

Am 1. Juli 1990 waren der Treuhandanstalt etwa 8.500 Betriebe mit über vier Millionen Beschäftigten unterstellt. Durch die Entflechtung von Kombinatien stieg die Zahl der Betriebe mit der Zeit zunächst noch an. Bis zur Selbstauflösung der Treuhandanstalt am 31. Dezember 1994 wurden 8.134 Betriebe an private Investoren veräußert oder reprivatisiert, ferner 310 Betriebe in kommunale Hände überführt und 3.718 Betriebe stillgelegt. Die hohe Anzahl der Schließungen war sowohl auf das Erbe der sozialistischen Planwirtschaft wie auch auf die dramatisch geänderten Rahmenbedingungen zurückzuführen.⁸

Bei den neuen Eigentümern der ehemals staatlichen Betriebe handelte es sich vielfach um westdeutsche Unternehmen, die den ostdeutschen Betrieb als Zweigniederlassung führten. Neu-Ansiedlungen von Zweigbetrieben westdeutscher und internationaler Unternehmen fanden nur in relativ geringem Maße statt und konnten somit kaum zur Schließung der durch den massiven Arbeitsplatzabbau in den Altbetrieben entstehenden Beschäftigungslücke beitragen. Ein wesentliches Merkmal von Zweigbetrieben – häufig auch als „verlängerte Werkbänke“ gekennzeichnet – besteht darin, dass wichtige Entscheidungen nicht vor Ort, sondern in der Unternehmenszentrale getroffen werden. Aufgrund dieser externen Abhängigkeit erwies sich die Beschäftigung in solchen Zweigbetrieben nicht selten als wenig dauerhaft. Denn wenn ein Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät, dann findet die erforderliche Anpassung in aller Regel zuerst in den Zweigbetrieben und nicht am Standort der Unternehmenszentrale statt.

Großzügige Investitionshilfen trugen wesentlich dazu bei, dass die weiterhin bestehenden ostdeutschen Betriebe ihren Anlagenbestand zügig auf den neuesten Stand brin-

gen konnten. Demgegenüber gestaltete sich die erforderliche Anpassung der Fachkenntnisse und Qualifikationen der Beschäftigten weitaus schwieriger und langwieriger. Zudem standen viele Betriebe vor der Aufgabe, ein völlig neues Angebot an Produkten und Dienstleistungen zu entwickeln und hierfür Abnehmer zu gewinnen. Insgesamt führte die Transformation „von oben“ zu einem massiven Arbeitsplatzabbau.

Mit der Wende kam es in Ostdeutschland zu einem enormen Gründungsboom.⁹ Allein im Jahr 1990 wurden ca. 60.000 neue Unternehmen gegründet, wobei knapp zwei Drittel dieser Gründungen auf den Dienstleistungs- und Touristikbereich entfielen. Der Gründungsboom in Ostdeutschland während der ersten Jahre des Transformationsprozesses hatte eine Reihe von Ursachen. Ein wesentlicher Grund war, dass sich durch die weitgehende Unterdrückung von unternehmerischer Selbstständigkeit unter dem DDR-Regime ein Nachholbedarf an Gründungen angestaut hatte. Zweitens stellte die sich rapide ausbreitende Arbeitslosigkeit, verbunden mit einem Mangel an beruflichen Alternativen, vielfach ein leitendes Motiv bei der Entscheidung für berufliche Selbstständigkeit dar („Gründungen aus Not“). Schließlich erschien eine Unternehmensgründung häufig auch deshalb als aussichtsreich, weil einer stark steigenden Nachfrage nach Produktions- und Dienstleistungsgütern direkt nach dem Systemumbruch nur relativ wenige ostdeutsche Anbieter gegenüberstanden. Aufgrund des Zusammenspiels von „Push“- (Arbeitslosigkeit) und „Pull“-Faktoren (Nachholbedarf) stieg der Anteil der unternehmerisch selbstständigen Personen an allen Erwerbstätigen (Selbstständigenquote) in Ostdeutschland enorm an und überstieg ab dem Jahr 2005 das westdeutsche Niveau (vgl. Abbildung 2).

Ein wesentliches Problem ostdeutscher Gründer waren mangelnde Kenntnisse und Erfahrungen mit den Anforderungen einer Marktwirtschaft. Vor allem unzureichende Managementfähigkeiten stellten ein Wachstumshemmnis dar und führten zu einem relativ hohen Risiko des Scheiterns. Außerdem verfügten ostdeutsche Gründer in der Regel über nur wenig Eigenkapital, denn das DDR-System bot kaum Anreize und Möglichkeiten zur Bildung privater Ersparnisse. Der geringe wirtschaftliche Erfolg vieler ostdeutscher Gründungen schlägt sich etwa darin nieder,

dass es auch 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung in der Region kaum große Betriebe bzw. Unternehmen gibt (IWH 2019).

Auch der Ausbildungsbereich – einschließlich der Hochschulen – wurde an das westdeutsche System angepasst, was insbesondere an den Hochschulen grundlegende Veränderungen mit sich brachte. Die Institute der ostdeutschen Akademie der Wissenschaften, die in der DDR den wesentlichen Teil der Grundlagenforschung betrieben, wurden aufgelöst oder in Einrichtungen der bereits in der alten Bundesrepublik etablierten Forschungsorganisationen (z. B. Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft, Leibniz-Gemeinschaft) überführt.

Wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach der Vereinigung

Trotz der massiven wirtschaftlichen Unterstützung aus den alten Bundesländern und seitens der EU bestehen auch knapp 30 Jahre nach dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik wesentliche Unterschiede des Wohlstands und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen beiden Teilräumen.¹⁰ So beläuft sich die an der Arbeitsproduktivität gemessene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Ostdeutschland auf etwas mehr als 80 Prozent des Wertes für Westdeutschland, und die Innovationstätigkeit ist im Osten deutlich schwächer ausgeprägt. Auch der Anteil der Exporte ins Ausland fällt deutlich geringer aus als in Westdeutschland. Da viele ostdeutsche Betriebe durch Firmen aus Westdeutschland und dem Ausland übernommen und als Zweigniederlassungen geführt werden, gibt es in Ostdeutschland relativ wenige Unternehmenszentralen. Trotz eines hohen Niveaus der Gründungsaktivitäten in Ostdeutschland ist ein wirtschaftlich prosperierender Mittelstand bisher kaum erkennbar. Die originär ostdeutschen Unternehmen, die ihren Hauptsitz in der Region haben, sind in aller Regel relativ klein. Im Gegensatz zu den alten Bundesländern gibt es in Ostdeutschland kaum mittelstän-

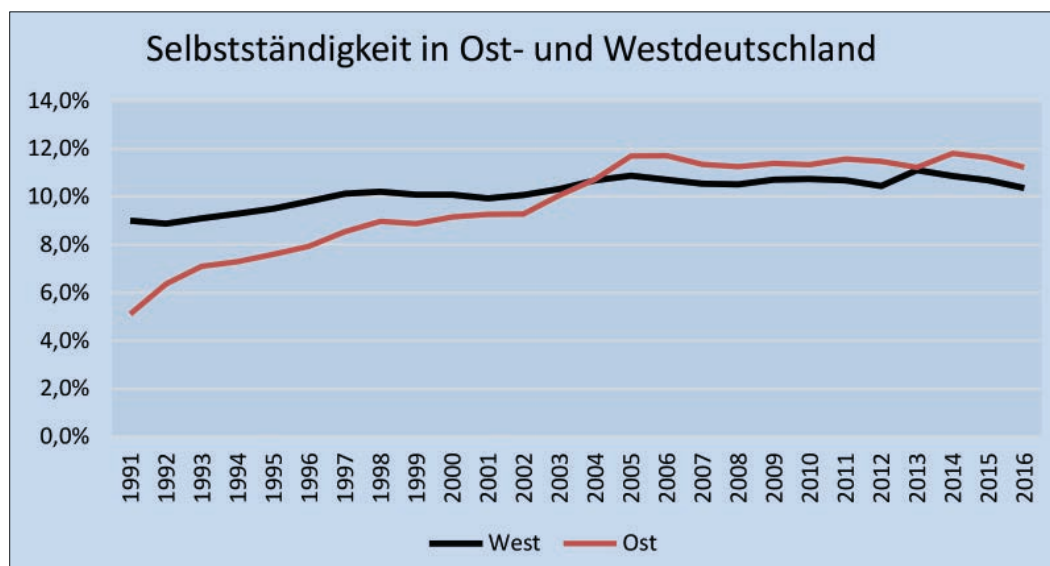


Abbildung 2: Entwicklung des Anteils der Selbstständigen in Ost- und Westdeutschland im Zeitraum 1991 bis 2016

Quelle: Eigene Darstellung, Michael Fritsch.



Eine wichtige Lehre, die aus dem Verlauf der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft gezogen werden kann, ist, dass eine grundlegende Umorientierung des Wirtschaftssystems längere Zeiträume benötigt. Dass dreißig Jahre massiver Wirtschaftsförderung nicht zu einer stärkeren Angleichung der Wirtschaftskraft geführt haben, stellt nicht zuletzt die „Machbarkeit“ wirtschaftlichen Wachstums in Frage.

picture alliance/dpa

dische Weltmarktführer, was offensichtlich eine Folge der Enteignung von privaten Betrieben während der DDR-Zeit darstellt.

Im Ergebnis dieser Entwicklungen beträgt das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung in Ostdeutschland, ein allgemeines Maß für wirtschaftlichen Wohlstand, nur ca. 70 Prozent des westdeutschen Niveaus.¹¹ Allerdings bestehen sowohl innerhalb von Ostdeutschland ebenso wie innerhalb Westdeutschlands erhebliche regionale Unterschiede. Zwar gibt es in Ostdeutschland einige sich dynamisch entwickelnde Regionen wie Dresden und Jena, die durch ein hohes Maß an Innovationsaktivitäten gekennzeichnet sind. Allerdings besteht noch ein erheblicher Abstand zwischen solchen punktuellen „Leuchttürmen“ (die bisher kaum in die Breite ausstrahlen) zu führenden westdeutschen Regionen wie etwa Frankfurt, Hamburg, München und Stuttgart.

Gründe für die verbliebenen Ost-West-Unterschiede und Ausblick

Die Gründe für die auch ca. 30 Jahre nach der Wende verbliebenen Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern sind vielfältig. Dabei ist die Hauptursache wohl in den 40 Jahren sozialistischer Planwirtschaft zu sehen, deren schwerwiegende Funktionsmängel schließlich zum Zusammenbruch des DDR-Regimes geführt haben. Insbesondere wirken sich das Fehlen von wirksamem Wettbewerb, die Verstaatlichung privater Betriebe sowie die systematische Unterdrückung unternehmerischer Initiative bis heute negativ auf die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft aus. Weiterhin hat die durch politische und wirtschaftliche Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg induzierte Abwanderung von überwiegend qualifizierten Personen die Region deutlich geschwächt (Rösel 2019).

Das hohe Tempo bei der Herstellung der staatlichen Vereinigung von Ost- und Westdeutschland in den Jahren

1989/90, insbesondere die frühe Einführung der D-Mark und die schlagartige Integration in die Weltwirtschaft, haben die ostdeutsche Wirtschaft stark überfordert. Dabei war die Übernahme des weitgehend bewährten institutionellen Rahmens der alten Bundesrepublik, der umgehend für Rechtssicherheit sorgte, offenbar alternativlos, denn für die Ausarbeitung eines gänzlich neuen Regelsystems fehlte damals schlichtweg die Zeit. Es ist unklar, ob, und falls ja, wie ein stärker gleitender Übergang bei grundsätzlicher staatlicher Einheit von Ost und West – hier lag eindeutig die Priorität des Einigungsprozesses – hätte gestaltet werden können? Die Entwicklung in anderen ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas, in denen der Umbruch ungefähr zur gleichen Zeit wie in Ostdeutschland einsetzte (siehe hierzu die Beiträge in Åslund/Djankov 2014), zeigt einerseits, dass ein wesentlich langsamerer Verlauf des Transformationsprozesses helfen kann, einige Härten des Übergangs zu mildern. Andererseits kam es in diesen Ländern vielfach zu gravierenden politischen wie ökonomischen Unsicherheiten, wobei die vorhandenen Wachstumspotenziale häufig in nur geringem Maße ausgeschöpft wurden. Angesichts dieser Beispiele erscheint es sehr zweifelhaft, dass die ostdeutsche Wirtschaft bei einer sanfteren Form des Transformationsprozesses – sofern unter den damaligen Umständen überhaupt machbar – heute besser dastehen würde.

Eine wichtige Lehre, die aus dem Verlauf und dem bisherigen Ergebnis der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft gezogen werden kann, ist, dass eine solche grundlegende Umorientierung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems längere Zeiträume benötigt. Geschichte wirkt lange nach! Dass dreißig Jahre massiver Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland nicht zu stärkerer Angleichung der Wirtschaftskraft geführt haben, stellt nicht zuletzt die „Machbarkeit“ wirtschaftlichen Wachstums in Frage. Auf jeden Fall sollte dies Anlass sein, das Instrumentarium der Förderung einschließlich seiner Nebenwirkungen zu überdenken und weiter zu entwickeln.

- Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (2019): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2018. Reihe 1, Länderergebnisse Band 1. Stuttgart (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg). URL: <https://www.statistik-bw.de/VGRdL/tbIs/?rev=RV2014&lang=de-DE#RV2014LA-GDP> [11.02.2020].
- Åslund, Anders/Djankov, Simeon (Hrsg.) (2014): The Great Rebirth – Lessons from the Victory of Capitalism over Communism. New York.
- Audretsch, David/Lehmann, Erik (2016): The Seven Secrets of Germany: Economic Resilience in an era of Global Turbulence. Oxford.
- Fritsch, Michael/Bublitz, Elisabeth/Sorgner, Alina/Wyrwich, Michael (2014): How Much of a Socialist Legacy? The Re-emergence of Entrepreneurship in the East German Transformation to a Market Economy. In: Small Business Economics, 2/2014, S. 427–446.
- Fritsch, Michael/Sorgner, Alina/Wyrwich, Michael (2015): Wandel und Persistenz: Die Entwicklung der Wirtschaft in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung. In: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, 2/2015, S. 225–237.
- Hitchens, David M.W.N./Wagner, Karin/Birnie, J. Esmond (1993): East German Productivity and the Transition to the Market Economy – Comparisons with West Germany and Northern Ireland. Aldershot.
- Institut für Wirtschaftsforschung (IWH) (2019): Vereintes Land – Drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Halle.
- Mallöck, Jörn (1996) Engpässe in ostdeutschen Fabriken – Technikausstattung, Technikeinsatz und Produktivität im Ost-West-Vergleich. Berlin.
- Pickel, Andreas (1992): Radical Transitions – The Survival and Revival of Entrepreneurship in the GDR. Boulder.
- Rösel, Felix (2019): Die Wucht der deutschen Teilung wird völlig unterschätzt. In: ifo Dresden berichtet, 3/2019, S. 23–25.
- Steiner, André (2009): Ausgangsbedingungen für die Transformation der DDR-Wirtschaft: Kombinate als künftige Marktunternehmen? In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte/Journal of Business History, 2/2009, S. 139–157.
- Steiner, André (2004): Von Plan zu Plan: eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München.
- Wolf, Nikolaus (2019): Regional Economic Growth in Germany, 1895–2010. In: Rosés, Joan Ramón/Wolf, Nikolaus (Hrsg.): The Economic Development of Europe's Regions – A Quantitative History since 1990. S. 149–176.
- van Ark, Bart (1995): The Manufacturing Sector in East Germany: A Reassessment of Comparative Productivity Performance, 1950–1988. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/1995, S. 75–100.
- Wagner, Karin (1993): Qualifikationsniveau in ostdeutschen Betrieben, Bestand-Bewertung-Anpassungsbedarf. In: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 2/1993, S. 129–145.

lich wie politisch eng mit der westdeutschen Bundesrepublik verbunden. Da es seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1990 keine belastbaren separaten Statistiken für die wirtschaftliche Situation in Ost- und Westberlin gibt (was angesichts der weitgehenden Integration beider Teile auch nicht sinnvoll wäre), bleibt Berlin bei sämtlichen in diesem Aufsatz enthaltenen statistischen Angaben unberücksichtigt.

- 2 Beispielsweise gehörte Sachsen in den Jahrzehnten bis zum Zweiten Weltkrieg zu den wirtschaftlich führenden und wohlhabendsten Regionen in Deutschland. Für Details siehe Wolf (2019).
- 3 Zu einer detaillierten Darstellung der Entwicklung der DDR-Wirtschaft siehe Steiner (2004).
- 4 Allerdings war die Ausbildungszeit in vielen Berufen kürzer als im Westen. Hierzu ausführlicher Wagner (1993).
- 5 Beispielsweise wurden die massenhaften Verstöße gegen Umweltschutzvorschriften während der DDR-Zeit selten bis überhaupt nicht geahndet.
- 6 Ausführlicher hierzu Fritsch/Sorgner/Wyrwich (2015).
- 7 Ausführlich hierzu mit zahlreichen Fallbeispielen Mallöck (1996).
- 8 Zu den Ausgangsbedingungen der Kombinate siehe Steiner (2009).
- 9 Hierzu ausführlich Fritsch/Bublitz/Sorgner/Wyrwich (2014).
- 10 Siehe als Überblick IWH (2019).
- 11 Siehe hierzu Statistische Ämter der Länder (2019), Tabelle 3.3.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Michael Fritsch hat Volkswirtschaftslehre an der TU Berlin studiert, dort promoviert und habilitiert. Von 1992 bis 2006 hatte er den Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der TU Bergakademie Freiberg inne und ist seit Herbst 2006 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Fachgebiet Unternehmensentwicklung, Innovation und wirtschaftlicher Wandel) tätig. Weiterhin ist er Forschungsprofessor am Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und (Mit-)Herausgeber mehrerer Fachzeitschriften. Seine wesentlichen Forschungsgebiete sind die Funktionsweise von Märkten sowie die Bestimmungsgründe regionaler Entwicklung, insbesondere der Beitrag von Innovationsaktivitäten und Unternehmensgründungen.

ANMERKUNGEN

- 1 Die Bezeichnungen „Ostdeutschland“, „neue Bundesländer“ und „ehemalige DDR“ werden hier synonym gebraucht, obwohl die ersten beiden Bezeichnungen das ehemalige Westberlin, das nicht Teil der DDR war, einschließen. Die Bezeichnungen „Westdeutschland“ und „alte Bundesländer“ meinen die alte Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Krieg wurde die Hauptstadt Berlin in vier Besatzungszonen aufgeteilt, wobei nur der sowjetisch besetzte Teil, Ostberlin, zur DDR gehörte. Westberlin, bestehend aus den drei anderen Besatzungszonen, lag zwar geografisch in Ostdeutschland, hatte aber einen besonderen Status und war wirtschaft-

Aber in 30 Jahren redet kein Mensch mehr davon

Jo Berlien

Unser Autor Jo Berlien ist 24 als er in der ersten Märzwoche 1990 nach Frankfurt/Oder reist. Für den 18. März ist die erste Volkskammerwahl der DDR nach demokratischen Grundsätzen angesetzt. Für die Lokalausgabe der Südwest Presse in Horb/Neckar soll er den Wahlkampf beobachten. Eingeladen hat Hans-Joachim Fuchtel, CDU-Abgeordneter des Wahlkreises Calw-Freudenstadt. Die CDU (Ost) scheint Unterstützung aus dem Westen nötig zu haben. Dem konservativen Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ werden nur Außenseiterchancen eingeräumt. Der Einsatz in Frankfurt/Oder hat unseren Autor geprägt. Im Verlauf von 30 Jahren war und ist er beruflich wie privat immer wieder mit der Ost-West-Thematik befasst, wie der folgende Text schlaglichtartig aufzeigt. Ob im Journalistenkolleg an der FU Berlin, in einer Begegnung mit dem Ostberliner Autor Andre Wilkens im Europa-Park Rust oder mit der Ostberliner Schriftstellerin Barbara Honigmann in Straßburg – immer geht es auch um den Unterschied zwischen Ost und West. Um Motivation und den Antrieb, etwas aus seinem Leben zu machen, um Freiheitsdrang sowie – im Gegensatz – um Antriebslosigkeit und Selbstzufriedenheit des satten Wohlstandsbürgers. Die 1980er-Jahre können als bleierne Zeit (im Westen) erinnert werden. Oder aber als unruhig-flirrende Periode der Veränderung (im Osten). ■

Sitzen ein Wessi und ein Ossi in der Achterbahn ...

Rust/Baden, Dezember 2019, 30 Jahre nach der Wende. Ein Treffen mit dem Politikwissenschaftler und Autor Andre Wilkens. Im Freizeitpark Europa-Park wollen wir über Europa reden und die Frage erörtern, warum Europa nicht eine mitreißende Erzählung gelingt, so wie den Illusionisten und kühnen Achterbahnarchitekten im Europa-Park: Die Leute kommen seit 40 Jahren. Eine Familie bezahlt 200 Euro Eintritt und steht an der Achterbahn 45 Minuten in der Warteschlange. Aber der Laden brummt.

Die Europa-Frage also. Neben der Ost-West-Frage vermutlich die häufigste Frage nach Identität und Verortung. Dass Andre Wilkens, 56, gebürtiger Ostberliner ist, spielt zunächst keine Rolle. Vier Stunden lang spazieren wir durch ein imaginiertes Europa, eine knallbunte Kulissenstadt – und steigen dann doch noch in die Achterbahn. Null Wartezeit, also rein in den Blue Fire Megacoaster! Nervenkitzel-Stufe: Fünf von Fünf! Die krasseste aller Achterbahnen! Vier Loopings inklusive 360-Grad-Schraube. Gewöhnlich steigt man als Jugendlicher in eine Achterbahn und danach nie wieder. Ich habe keine Ahnung, worauf ich mich einlasse. Beschleunigung von Null auf Hundert in zweieinhalb Sekunden. Mit Blick auf das schmale Geleis nahezu lotrecht in die Tiefe, Schussfahrt auf eine

viel zu enge, viel zu niedrige Tunnelröhre zu, ich bin mir sicher: Gleich zerbersten wir wie der Germanwings-Flug mit dem irren Co-Piloten am Plastikfelsmassiv. Es ist gewissermaßen ein Nahtoderlebnis. Und wem das ein Zuviel an Dramatik ist, eine typisch schriftstellerische Übertreibung, der hat sogar recht. Wir Westdeutschen sind Maulhelden und steigern uns, weil wir sonst nichts erleben, in Achterbahnfahrten hinein.

Wie Matthias Rust, nur westwärts

Mein Sitznachbar Wilkens, der Ostberliner, gefragt, wie es ihm ergangen sei, erzählt von seiner Ausbildung als Pilot, die er in der DDR gemacht hat. Halsbrecherische Flugmanöver wie das plötzliche Wegkippen nach rechts oder links gehörten zum Trainingsrepertoire. Und natürlich war sein Antrieb damals nicht die pure Lust am Rausch, Andre war nicht einfach nur ein leidenschaftlicher Sportflieger. Er sagt: „Ich spekulierte darauf, während eines Flugs einfach weiterzufliegen.“ So wie Matthias Rust, der mit einer Cessna 1987 auf dem Roten Platz in Moskau gelandet war, aber in die andere Richtung, dem Westen zu. Aber, sagt er: „Es saß immer einer neben mir.“

Nicht nur das Interesse der Medien – hier vor dem Palast der Republik – war anlässlich der ersten freien Wahl zur Volkskammer der DDR groß. Da die Westparteien im Osten 1989/90 noch mehr oder weniger „Bonsai-Organisationen“ (Steffen Mau) waren, hatten sie im Vorfeld der Volkskammerwahl die Unterstützung durch Westparteien bitter nötig.

picture alliance/dpa



Ich will von ihm wissen, wo er sich heute sähe, wenn die DDR im Herbst 1989 nicht kollabiert wäre und es bis heute zwei getrennte deutsche Staaten gäbe. Intellektueller und redlicher Mensch, der er ist, schließt er nicht aus, dass er sich unter Umständen untergeordnet und angepasst hätte. Schiebt aber den Satz nach: „Früher oder später hätte ich es versucht rauszukommen.“ So wurde er sozialisiert, dieser Drang zum Aufbruch steckte tief drin.

Mit der West-CDU in der Noch-DDR

Frankfurt/Oder, März 1990, vier Monate nach der Wende. Wäre Hans-Joachim Fuchtel, aktuell 68 Jahre alt, Bayer, man würde ihn ein Urviech nennen. Fuchtel, heute CDU-Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, ist einer vom Land, vom Schwarzwaldrand, einer der mit 40 als Junger Wilder galt und gleichzeitig Kohlianer war. Über die Arbeitsbedingungen im März 1990 in der DDR sagte er: „Ich war mal im Jemen, da hat's keinen Alkohol gegeben. Aber hier muss man vier Stunden auf ein Telefonat warten, das ist noch schlimmer.“

In Ostbrandenburg hat Fuchtel im März 1990 eigentlich nichts verloren. Zuständig für die Region sind die Parteifreunde aus Nordrhein-Westfalen. Aber Fuchtel ist ehrgeizig. Ungefragt und vertrauend auf sein Talent als Mobilisierer mischt er sich ein und will in Frankfurt an der Oder den Wahlkampf der Ost-CDU in Schwung bringen. Er sagt: „Anstatt eine Dienstreise als EG-Beauftragter anzutreten, bin ich hierher, um zu handeln.“

Er trommelt Freiwillige aus den CDU-Verbänden Freudenstadt und Calw zusammen und karrt sie ins 780 Kilometer entfernte Frankfurt/Oder. In den Jahren zuvor hatte er sie jährlich nach Bonn eingeladen und ihnen gezeigt, was er

dort alles schafft. Nun sollten sie selber schaffen. Der folgende Abschnitt erzählt davon; der Text ist eine Nacherzählung zweier Artikel, die am 10. März 1990 in der Südwest Presse/Neckar-Chronik Horb erschienen sind.

Ossis machen um viere Feierabend

Fremder, kommst du als Wessi zu den Ossis, so stellen dir deine Westlandsleute in der Annahme, dass du nun sämtliche Vorurteile auf einen Schlag bestätigt siehst die Frage: „Wie ist Ihr Eindruck? Haben Sie das erwartet?“

Die Südwest Presse im Nordosten. Zu Gast im anderen Frankfurt. Auf Einladung der West-CDU. Wir erwarten nichts. Wir, das sind ein Kollege der „Kreisnachrichten Calw“ und ich. Wir halten uns im Hintergrund und ziehen auch mal auf eigene Faust los. Sitzen bei bärtigen Bürgerrechtlern im Wohnzimmer und müssen uns erklären: Selbstverständlich sind wir keine Parteischreiber, weder CDU-Wähler, geschweige denn Mitglied. Aber die SPD kriegt sowas ja nicht auf die Reihe!

Also zurück zu Fuchtel. Mit massiver Propaganda und einer unglaublichen Materialschlacht zeigt sein bunt zusammengewürfelter Stab aus Parteiprofis und Ortsverbandsleuten den Genossen, wie man einen Wahlkampf aufzieht. Es ist Montagnachmittag gegen 15 Uhr. In der Geschäftsstelle des CDU-Bezirksverbands ist ein Malheur passiert. Fünf Mann stehen im Korridor und inspizieren einen Kopierer. Das Gerät ist eine Leihgabe aus dem Westen. Und es ist kaputt. Irgendwer hat statt des gebräuchlichen Toners Druckfarbe nachgeladen. Wir kommen zu einem ungünstigen Zeitpunkt an, die Freude über das Auftauchen weiterer Schwarzwälder hält sich in Grenzen.

Hans-Joachim Fuchtel und seine Getreuen sind zu diesem Zeitpunkt bereits seit einer Woche in Frankfurt. Die Verbrüderung zwischen Ost- und West-CDU'ern, sagt ein Mitstreiter aus Freiburg, sei nicht reibungslos verlaufen. „Das darf man gar nicht schreiben, wie das war, als Fuchtel ankam: Éin einziger hat ihn empfangen!“ Fuchtel selber zeigt sich „verwundert, dass sich die Leut' so schnell verflüchtigen“, spricht: dass sie um halb vier Feierabend machen. Inzwischen sei das anders.

Die Schwarzwälder, wenn sie unter sich sind, halten den Frankfurtern mangelnde Einsatzbereitschaft vor. „Dabei ist das denen ihr Wahlkampf.“ Wenn der Mann aus dem Breisgau an die aus dem Westen gelieferte Druckmaschine denkt, die niemand in Gang zu setzen verstand, obschon in der Geschäftsstelle 15 Leute angestellt sind, schüttelt er den Kopf. „Bei uns sitzen in einem vergleichbaren Bezirk gerade mal zwei Mann.“

Ein Mentalitätsproblem Nord/Süd

Und wir sitzen mit Heinz Lassowsky, 38, Vorsitzender des CDU-Bezirks Frankfurt, Cottbus, Potsdam, beim Kaffee. Ja, sagt er, man habe schon „Schwierigkeiten, sich in die Mentalität der Schwaben hineinzudenken“. Lassowsky wird nach der Wahl als CDU-Abgeordneter in die Volkskammer in Ostberlin einziehen. Nach Auflösung der Volkskammer



tritt er bei der Wahl zum brandenburgischen Landtag an, scheitert, wird Geschäftsführer eines Wirtschaftsfördervereins, gründet ein Unternehmen. Heute verdient er sein Geld mit Windkraftanlagen.

Eine Frankfurterin, langjähriges Ost-CDU-Mitglied, hält den Schwarzwäldern mangelndes Einfühlungsvermögen vor. „Wir haben jahrelang von oben gesagt bekommen, was wir zu tun haben“, gibt sie zu bedenken. Vor dem ersten Arbeitseinsatz der Fuchtel-Truppe habe sie darauf hingewiesen, dass es verboten sei, Plakate anzuschlagen. „Kaum waren sie zurück, ruft die Dewag (Deutsche Werbe- und Anzeigengesellschaft der DDR, die Red.) an und protestiert!“

Am späten Nachmittag gibt Lassowsky bekannt, dass in der Innenstadt flächendeckend alle Plakate heruntergeholt worden seien. War es die Dewag? War es die SPD? Wenn mal nicht der Feind am Werk ist, hapert es an der Organisation. Für die Werbetour über 100 Kilometer Kopfsteinpflasterpiste nach Bernau geht ein ganzer Tag drauf. Ein neuer Kopierer muss besorgt werden. Und in Zepernick, nördlich von Berlin, sollen um 16 Uhr am S-Bahnhof die Berlinpendler abgepasst werden – vier Züge voller potentieller Wähler und Wählerinnen!

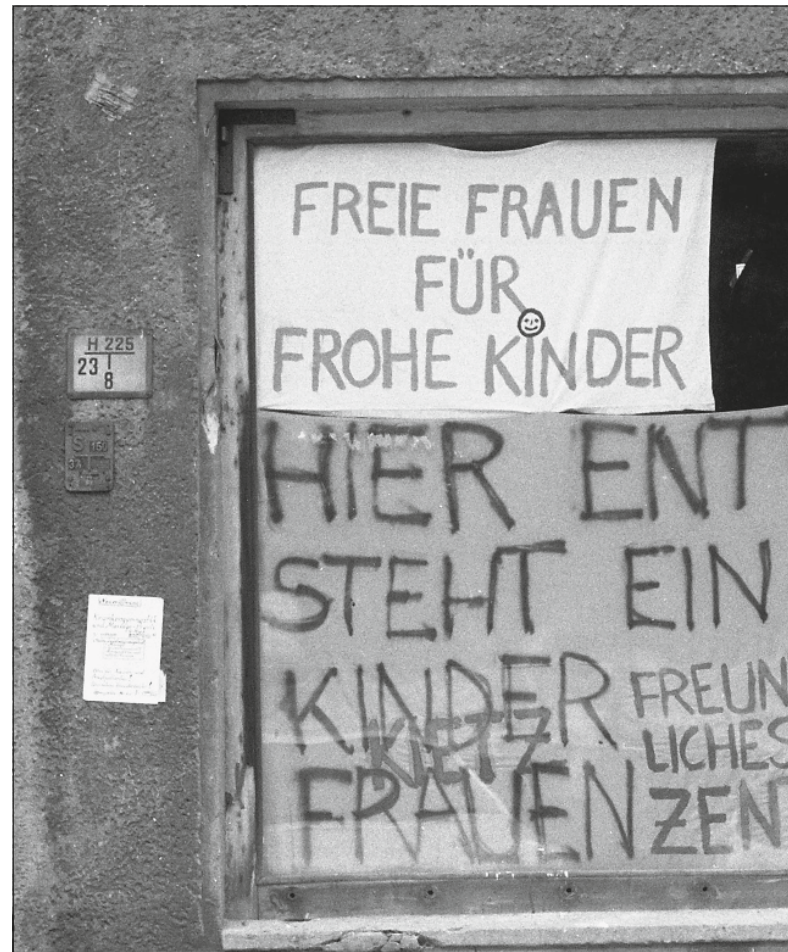
Frau Wiesner und der Ost-Punk

Die Euphorie legt sich rasch. Die Arbeiterinnen und Arbeiter nehmen unseren Leuten im Vorübergehen die Zettel ab, von Entreißen kann keine Rede sein, und nur wenige lassen sich auf eine Diskussion ein. „Erschreckend, wie grau die aussehen, wie düster die dreingucken“, sagt Rolf aus Calw. Auch der General, ein Lebemann schlechthin, ist mürrisch. In der Masse entdeckt er kein einziges hübsch zurechtgemachtes Mädchen. Frau Wiesner aus Freudenstadt ärgert sich über einen Punk, der seit geraumer Zeit die CDU-Aktion verfolgt. Sie traut sich nicht, ihn anzusprechen. Also fragt die Presse nach. Falls er wählen gehe, sagt, er „dann jedenfalls nicht rechts“. Frau Wiesner ist empört. „Dass solche Leute nie aufwachen!“

Am Abend ist Arbeitsminister Norbert Blüm in Frankfurt. Der wie immer gut aufgelegte Blüm schüttelt Fuchtel vor dem Grand Hotel die Hand und sagt zu uns gewandt: „Wir gehen oft zusammen baden.“ Womit er vermutlich sein gutes Verhältnis zu Fuchtel unterstreichen und weniger eine sarkastische Wahlprognose wagen will. Eine kleine laute Schar Gegendemonstranten skandiert: „Deutschland stark und groß – die Scheiße geht von vorne los.“ Tags darauf meldet die Lokalpresse „Handgreiflichkeiten nach Kundgebung“. Fuchtel liest die Zeitung sehr genau. Er stellt fest: Das Kürzel CDU taucht im gesamten Artikel kein einziges Mal auf.

An unserem letzten Abend irren wir nach Mitternacht durch Frankfurt. Wir suchen ein Taxi. „Nü, schaut schlecht aus“, sagt der Mann am Taxistand und schüttelt das müde Haupt. Hinter ihm, im Kabuff sitzen die Fahrer und trinken Kaffee. Also entscheiden wir uns für eine der vielen neuen Schwarztaxen, junge Leute ohne Plan und Ortskenntnis, aber wild darauf, ein Geschäft zu machen. Arbeiterwohnheim Spartakusring 22? – Wir gondeln im Wartburg durch die Stadt und finden am Ende mehr aus Zufall ans Ziel.

Die Wahl am 18. März 1990 gewinnt die Ost-CDU die „Allianz für Deutschland“ (CDU, Demokratischer Aufbruch, Deutsche Soziale Union) mit 48 Prozent vor der SPD (21,8 %).



„Hoffentlich bleiben die drüben!“

Bei einer Straßenumfrage am 19. März in Horb am Neckar sagt Frau Hellstern: „Kohl und Kohle – mit diesem Schlagwort haben die das gut auf einen Nenner gebracht.“ Für Frau Hellstern ist klar, dass „wir blechen müssen. Woher soll das Geld sonst kommen?“ Und Herr Kesenheimer meint: „Die haben das gewählt, wo's Geld hockt.“ Herr Wolf zeigt sich überrascht: „Alle sahen die SPD vorne. Aber die Leute meinen wohl, dass sie so schneller ans Geld kommen.“ Erleichtert zeigen sich Frau Klüh („Eine Absage an den Sozialismus!“) und Herr Walz („Jetzt kommt die Wiedervereinigung!“). Herr Wagner winkt ab: „Ich hoffe, dass diese zur Faulheit erzogenen Leute drüben bleiben!“ Frau Eisseler schließlich seufzt: „Mich hat es aufgeregt, dass nur noch DDR im Radio kam. Ich bin froh, dass es rum ist.“

Kühle Ost-Frau, DDR-Kaderelite

Berlin 1998, Journalistenkolleg an der Freien Universität. Neun Jahre nach der Wende treffen im Westberliner Bezirk Lankwitz 16 Jungjournalisten aus dem Westen auf zehn Kollegen aus dem Osten. Sie sind Anfang/Mitte dreißig, arbeiten bei Lokalzeitungen und wollen einen akademischen Abschluss. Das Studium ist auf drei Jahre angelegt. Man beschäftigt sich mit der dräuenden Globalisierung, mit Prinzip und Prozess empirischer Forschung und so weiter.

Die Ost-West-Thematik steht nicht auf dem Plan. Tatsächlich geht es zwischen den Kommilitonen um nichts anders. Der Lauteste des Seminars, Stefan, Radiomann aus Essen,



Bevor das Viertel chic, dynamisch und schwäbisch dominiert wurde: In der Fensterscheibe eines Hauses im Ostberliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg wirbt ein Frauenzentrum im Sommer 1990 für ein soziales Projekt. Zur Wendezeit gab es zahlreiche zivilgesellschaftliche Vorhaben als Zeichen der neuen Freiheit und Demokratie. Inzwischen ist der Prenzlauer Berg zum „szenigen“ Osten avanciert, in dem die „höhere Kunst des Konsumierens im Genuss der Einfachheit liegt“ – so ein Reiseführer.

picture alliance/dpa

gibt den Klischee-Wessi, der sich von Simone, einer spröden Intellektuellen aus Ostberlin, offenbar angezogen fühlt und herausgefordert sieht. Simone lässt Stefan abblitzen. Simone hat schnell das Image der kühlen Ost-Frau weg. Zwei Drittel der Seminaristen sind unauffällig, junge Leute aus der Provinz, die vorankommen wollen und sich neben dem Beruf dieses Studium aufgehast haben. Wie in jeder Gruppe gibt es auch hier Leute, die vorneweg gehen. Zwei Ostdeutsche, Matthias und Jana, sind liiert. Sie sind die Klassenbesten. Die Wessis beargwöhnen das. Müssen die nicht in der DDR Privilegien genossen haben? Sind das nicht Kinder von Führungskadern? Im Verlauf von drei Jahren springt mehr als die Hälfte der Kommilitonen ab. Jana und Matthias machen ihren Abschluss. Matthias arbeitet heute beim Deutschlandfunk, Jana wurde ZDF-Moderatorin. Simone schreibt Bücher und arbeitet für die „taz“. Von uns Wessis war keiner so zielstrebig und erfolgreich. Stefan macht immer noch Lokalradio.

Wohlfühl-Wessi im Prenzlberg

Berlin, Februar 2004. Begegnung mit E., dem elaborierten Sohn einer Kollegin aus dem Schwarzwald. E., Anfang 20, studiert Architektur und schreibt für die FAZ. 2004 mietet er sich im Ostbezirk Prenzlauer Berg ein, gerade noch rechtzeitig, ehe das Viertel chic wird und schwäbisch dominiert. Der junge Mann mag sich gar nicht einkriegen ob der abgewanzten, bizarr metallenen Kargheit seiner Einzimmer-Absteige mit Kochnische: Stahltür, Wände teils stählern ausgekleidet. Man kommt sich vor wie in der Kühlkammer einer Metzgerei. E. findet es toll. Schicken Altbau kennt er

von daheim. Es hält ihn dann nicht lange, er folgt dem nächstbesten Stipendiaten-Ruf und quartiert sich in der Villa Massimo in Rom ein, dem Gegenentwurf zur improvisierten Ostberliner Kühlschrankschrankarchitektur.

Mir näher, aber nicht weniger klischeebehaftet, ist die Runde um Schwaben-Lothar aus Kreuzberg. Im Februar 2004 ziehe ich nach Berlin. Am zweiten Tag meiner Ankunft versammelt Lothar ein paar Leute, allesamt Emigranten aus Westdeutschland, und einer nach dem anderen erzählt seine Story von den Anfangsjahren in den Achtzigern in Berlin. Das Jahr 1989 kommt in den Erzählungen nicht vor. Auf Nachfrage kommen Klagen. Dass die Stadt sich zum Schlechten verändere. Ähnlich wie im Film „Herr Lehmann“ (Leander Haußmann, 2003) verbrachten einige von ihnen den Abend des 9. November 1989 an einem Tresen und schauten sich die Maueröffnung im Fernseher an. Weil Lothar und Genossen keine Ignoranten sind, finden sich rasch sogenannte politische Freunde aus dem Osten. Er lädt nach Neustrelitz in Mecklenburg ein, wir suchen Kontakt zu den Kulturleuten und schreiben Zeitungsartikel über die Bildhauer-Dauerausstellung in der Schlosskirche.

Ein bisschen DDR in Straßburg

Straßburg, 2011. Die Schriftstellerin Barbara Honigmann ist 1984 aus Ostberlin ausgereist und nach Straßburg gezogen. „Hier bin ich gelandet vom dreifachen Todessprung ohne Netz: vom Osten in den Westen, von Deutschland nach Frankreich und aus der Assimilation mitten in das Thora-Judentum hinein“, resümierte sie in dem 1986 erschienenen „Roman von einem Kinde“. Ich lerne sie kennen, als ich sie für eine Kulturzeitschrift porträtiere; wir freunden uns an, und ich ziehe kurz darauf mit der Familie nach Straßburg. Der Blick aus Barbaras Wohnung erinnert an Berlin, auch an Ostberliner Tristesse. Dabei berlinert sie stark und nennt ihre Katze Atze. Sie lebt ihr Leben als deutsche Schriftstellerin, die ausschließlich auf Deutsch schreibt und mittlerweile nicht mehr ins Französische übersetzt wird. So dass irgendwann die Frage kam: „Willst du nicht irgendwann zurück?“ Sie antwortete berlinerisch brüsk: „Diese Frage stellt sich nicht!“

Die Antwort ist einfach: In Straßburg gibt es jüdisches Leben, in Berlin schreiben nur die Zeitungen drüber. Ihr Berlin, wie sie es kannte, existiert nicht mehr. Der DDR weint sie keine Träne nach. Den verstreut lebenden Freunden schon. Ein Sohn lebt in Berlin, der andere in Paris, Straßburg liegt irgendwo dazwischen. Ostberlin existiert in der Erinnerung und lebt in ihren Büchern fort und ein wenig auch in ihrem Alltag, dem Alltag einer still und konzentriert vor sich hinarbeitenden Künstlerin. „Ich bin jetzt 70“, sagt sie, „Reisen nach Übersee kommen nicht mehr in Frage. Ich bin froh, dass ich das gemacht habe mit New York.“

Berlin – bis heute geteilt

Berlin, 2004. Geht es Ihnen auch so? Wenn ich irgendwo in Deutschland einen Berliner treffe, ist es ein Ostberliner. Der Westberliner erfreut sich seiner Stadt, obschon er täg-



Für viele junge Westdeutsche ohne Verwandtschaftsbeziehungen in die DDR war der Osten kein Thema. Die DDR, das war Jürgen Sparwasser (2.v.l.), der bei der WM 1974 – vorbei an Horst-Dieter Höttges (r.), Berti Vogts (2.v.r.) und Torhüter Sepp Maier – das entscheidende Tor und damit die 1:0-Führung gegen das BRD-Team erzielte. Am Ende blieb es bei diesem 1:0 – ein sensationeller Sieg der DDR.

picture alliance/dpa

lich drauf schimpft. Er ist sesshaft und standorttreu. Unter allen 16 Bundesländern haben die Berliner die geringste Umzugsquote, besagt eine Statistik von 2014; unter allen Berlinern bleiben die Kreuzberger am liebsten in ihrem Kiez und mehr als 20 Jahre in der Mietwohnung. 2009, 20 Jahre nach der Wende, konstatierte der Berliner Mieterverein: „Der Blick auf die Wahlergebnisse nach Wohngebieten verdeutlicht, dass man den geographischen Räumen von Ost- und Westberlin immer noch eine deutliche politische und kulturelle Teilung zuordnen kann. Die Mischung von Osis und Wessis in den Stadtgebieten hat diese Teilung nicht beseitigt; sie hat sie nur relativiert.“

Der Wessi hat alle Chancen

Straßburg/Amsterdam, Dezember 2019. Wilkens, Andre, Jahrgang 1963, Autor (Ost), und Berlien, Jo, Jahrgang 1965, Autor (West): Legt man die beiden Mittelschichts-Biografien wie eine Folie übereinander, ergibt sich ein gegenläufiges Bild: So viel Aufbruch war nie! Aber nur im Osten.

Baden-Württemberg, 1980–1989. Berlien hat die 1980er-Jahre als Jugendlicher im Südwesten als bleierne Zeit in Erinnerung. Die Altersspanne von 15 bis 25 gilt gewöhnlich als Zeit des Aufbruchs. Berlien bietet sich dreimal die Möglichkeit, raus zu kommen aus der als zu eng empfundenen schwäbischen Provinz. 1981 reist die Familie nach Ontario und schaut sich an einem der großen Seen ein zum Verkauf stehendes Hotel an. Berlien sagt: „Ich war 16 und froh, nicht auswandern zu müssen. Von dem Aufenthalt in Erinnerung geblieben ist mir der Playboy-Titel mit Bo Derek, den ich mir im Dorfladen heimlich gekauft habe.“ 1984 machen die Eltern ernst. Der Vater erwirbt ein Hotel in Ostkanada, die Familie muss ins kanadische Konsulat in Stuttgart zum Englischtest, alle bekommen eine Sozialversicherungskarte und dürfen einwandern. Der Sohn aber bleibt. Lieber macht er Zivildienst. „Danach habe ich bei der Zeitung angefangen. Ich wollte in meiner Sprache schreiben. Was sollte ich in der kanadischen Provinz?“

1986 begleitet er einen Freund, der sich als Abenteuerschwimmer einen Namen gemacht hat, in die USA. Der Mann will im Colorado River den Grand Canyon durchschwimmen. Berlien hat einen Auftrag von der Playboy-Redaktion in München. 8.000 Mark wird die Story bringen: „Dass ich von dem Honorar keine einzige Mark sah, weil die ganze Unternehmung 60.000 Mark kostete – den Flug hatte ich selber bezahlt –, hakte ich als erste leidvolle Erfahrung mit dem Kapitalismus ab.“ Ein Finanzdienstleister, der später wegen mehrerer Betrügereien vor Gericht stehen wird, hat T-Shirts gesponsert, ein Filmteam aus Los Angeles eine Dokumentation gedreht. Mit dem Film tingelt das „Adventure Team“ zwischen Rottweil und Tübingen über Land. Dabei hätten sie auch in Las Vegas, wo sie für eine Woche Station machten, ihr Glück versuchen können. Warum eigentlich nicht?

Beinahe überflüssig zu erwähnen, dass die deutsch-deutsche Teilung für den 15- bis 25-jährigen Westdeutschen ohne Verwandtschaftsanbindung in den Osten kein Thema war. DDR, das war Jürgen Sparwasser, der bei der WM '74 das Tor gegen uns schoss. Vater war ein traumatisierter Vertriebener aus Ostpreußen, der darüber nicht sprach und auch nicht zurück wollte und bis zu seinem Tod die Russen fürchtete, weshalb er nach Kanada floh.

Und der Ossi nutzt sie

Ostberlin, 1980–1989. Andre Wilkens hat die 1980er-Jahre in der DDR als Zeit des Aufbruchs erlebt. Der Westen ist für ihn Sehnsuchtsort. „Alles Tolle kam von dort: die Musik, die Klamotten, die Freiheit.“ Dass die Mauer Knall auf Fall zusammenkracht, überrascht auch ihn. In einem Beitrag für die „Zeit“ schreibt er im Dezember 2019: „Nach 1989 gab es keinen Grund mehr wegzugehen. Praktisch jeden Tag passierte etwas Außergewöhnliches, bis dahin völlig Unvorstellbares. Einstmals mächtige Männer wurden über Nacht zu Karikaturen ihrer selbst. Neue Männer brachten Bananen, Wahlen und die D-Mark. Meine Stadt war über Monate in einer unfassbaren Aufbruch- und Fei-

erstimmung. Theater, Universitäten, Marktplätze wurden zu Pop-up-Foren für eine neue Demokratie. Rockbands trommelten den Beat des Wandels dazu. Immobilienhaie und -hechte unterteilten die Stadt in Monopolzonen und fingen an zu spielen. Ich wusste auf einmal, dass nichts mehr unmöglich sein würde. Die Hoffnung hatte gewonnen. Nach Deutschland würde sich auch Europa in Frieden vereinen.“

Wilkens geht trotzdem. Er studiert an der London School of Economics Politikwissenschaften und wird dort, wie er sagt, „zum Europäer ausgebildet“. 1991 fährt er in einem Lada von Berlin nach Brüssel. Bei der Europäischen Kommission hat er sich um ein Praktikum beworben. Er heiratet eine Britin, lebt und arbeitet in Turin und Genf und ist heute Direktor der European Cultural Foundation in Amsterdam. Nachsatz: Der Autor Martin Gross zieht 1990 als Westdeutscher nach Magdeburg. In der Wochenzeitung „Die Andere“ notiert er im Juni 1990: „Schade, wenn ich diese Leute sehe, wie sich alles für sie verändert, denke ich: Warum nur für sie?“

In 30 Jahren ist Ost-West perdu

Straßburg, Dezember 2019. Wie wichtig ist 1989 heute noch? Trotz aller Erlebnisse und aller Nostalgie zum Trotz kann man 30 Jahre später als in Westdeutschland sozialisierter Anfangsfünfziger ein unterkühltes Fazit ziehen. Vielleicht folgt die Idee vom Zusammenwachsen von Ost und West lediglich einer überkommenen und nostalgischen, aus 40 Jahren Trennung gespeister Vorstellung einer einheitlichen Nation. Vielleicht ist die Idee vom Nationalstaat aber nicht mehr zukunftssträchtig in einem zukünftigen Europa der Regionen und Metropolen? Sachsen, Thüringer, Brandenburger sprechen meine Sprache, aber das tun Schweizer, Luxemburger, Elsässer, Südtiroler und Österreicher auch, und als Schwabe habe ich mit Alemannen, Schweizern und Vorarlbergern mehr gemein als mit Mecklenburgern, die Mentalitäten sind mir, siehe oben, näher. Als die Ostberlinerin Barbara Honigmann einmal einen Handwerker bestellte, kam ein Elsässer ins Haus. „Ich habe den nicht verstanden“, klagte sie. Das nächste Mal nahm sie einen Franzosen. Im badisch-elsässischen Grenzland besuchte ich mit meiner Partnerin einmal ein ausschließlich auf Elsässisch gesprochenes Theaterstück. Die ersten Wortwechsel waren noch schwer verständlich, doch die

Sprachmelodie war vertraut und das Verstehen stellte sich von selbst ein.

In 30 Jahren werden die Menschen in Ost und West die gegenläufige und oft konfrontative Sozialisation in zwei politischen, wirtschaftlichen, sozialen Systemen vergessen und überwunden haben. Thüringer und Hessen werden vertraute Nachbarn sein mit ähnlichen Temperamenten wie Niedersachsen und Anhaltiner-Sachsen, wie Mecklenburger und die anderen nordischen Bundesländer drum herum. Bleiben werden die Unterschiede, aus der sich die Neugier speist, die Entdeckerlust, mal ins Saarland zu fahren oder ins Erzgebirge.

Mauerfall oder Mannesmann?

Anders gesagt: „War der Mauerfall wirklich das prägende Ereignis des '89er-Hebstes? Oder hatte die Lizenzvergabe für den Aufbau eines digitalen Mobilfunknetzes an das Unternehmen Mannesmann durch das Bonner Postministerium wenige Tage nach Öffnung der Mauer letztlich nicht viel weitreichendere Folgen?“ (Aus: Jan Wenzel [Hrsg.]: Das Jahr 1990 freilegen. Leipzig 2019)



UNSER AUTOR

Jo Berlien ist freier Journalist und Autor. Er hat als Ghostwriter und Redenschreiber für die Politik in Berlin und Brüssel gearbeitet und für seine journalistische und literarische Arbeit diverse Preise erhalten.

Einsichten eines „Wessis“: Die Geschichte einer Entfremdung

Markus Decker

Knapp zweieinhalb Millionen Frauen und Männer sind seit der Wiedervereinigung in die neuen Länder gezogen. Einer von ihnen ist Markus Decker. Im Spätsommer 1992 zog der Journalist als 28-Jähriger nach Sachsen-Anhalt und „verliebte“ sich rasch in den Osten. Er erzählt, wie er die neuen Bundesländer kennen lernte, wie steinig, aber dennoch voller Überraschungen und menschlich wichtigen Begegnungen sein Weg war. Diese Erfahrungen waren letztlich identitätsstiftend und lebensprägend. In seinem einfühlsamen Porträt der ostdeutschen Gesellschaft beschreibt Markus Decker aber auch, wie seine Liebe zum Osten langsam erlosch. Er schildert das nachlassende Verständnis für ostdeutsche Mentalitäten, Besonderheiten der politischen Kultur und für den zu beobachtenden Rechtsruck bestimmter Milieus. Die Geschichte seiner teilweisen Entfremdung von Ostdeutschland zeigt, dass die innere Einheit eine immer noch reichlich fragile Angelegenheit ist. Obwohl sich vieles inzwischen angeglichen hat, gären unterhalb der Oberfläche die Differenzen weiter. ■

Ankunft im Osten: ängstlich, hoffnungsfroh und angemessen neugierig

Ich kann mich an meine Ankunft im Osten noch gut erinnern. Ein Jahr nach meinem Examen und ein halbes Jahr nach meinem Vorstellungsgespräch bei der „Mitteldeutschen Zeitung“ packte ich im Spätsommer 1992 das Nötigste in meinen roten Opel Corsa und fuhr von meiner Studenten-WG in Münster (Westfalen) nach Sachsen-Anhalt. Eine der zahlreichen Lokalredaktionen der ehemaligen SED-Bezirkszeitung namens „Freiheit“ hatte in Bernburg ihren Sitz; das liegt zwischen Magdeburg und Halle. Die schöne Industriestadt an der Saale sollte nun für 24 Monate meine neue Heimat werden.

Ich weiß noch, wie ich mich freute, als ich an einem Sonntagabend das Haus in Augenschein nahm, in dem sich die Redaktion, eine Art große Altbauwohnung mit vielen Zimmern und knarrenden Dielen, und die Geschäftsstelle des Blattes befanden. Das Haus stand in der Lindenstraße, der zentralen Einkaufsstraße der Stadt, die alle den „Boulevard“ nannten. Dieser von Bäumen gesäumte Boulevard war schön und erinnerte mich an zu Hause, wo wir in einer ähnlichen Einkaufsstraße eine Bäckerei besaßen. Vom Boulevard fuhr ich weiter zum Bernburger Salzbergwerk. Es hielt in schmucklosen Pavillons kleine Werkwohnungen bereit, in denen es nach dem unverwechselbaren DDR-Putzmittel Wofasept roch. In einer schlug ich fürs Erste mein Lager auf. Meine Gemütsverfassung war gleichermaßen ängstlich wie hoffnungsfroh und wie es sich für einen angehenden Journalisten gehört: angemessen neugierig.

Tags darauf, es war ein Montag, suchte ich meine neuen Kollegen auf, die mich flugs mit einem kleinen Auftrag versahen, obwohl es erst am Dienstag, dem 1. September 1992, offiziell losgehen sollte. An jenem Dienstag saß ich dann mit meinen Volontariats-Novizen aus Ost und West beim ostdeutschen Chefredakteur in Halle. Der Mann mit SED-Vergangenheit, der bald darauf abgesetzt wurde und dem jahrelang durchweg westdeutsche Chefredakteure folgten, nahm sogleich anerkennend meinen ersten Text in Augenschein. Mein Leben im Osten ließ sich gut an. Und je mehr sich dieser Eindruck in den kommenden Monaten verfestigte, desto kräftiger und euphorischer wurde ich. Ich spürte: Ich hatte den richtigen Beruf ergriffen. Das war zu Beginn keineswegs sicher. Und: Ich war zur richtigen Zeit am richtigen Ort.

Frühe Affinität zu Ostdeutschland

Zufall war es im Übrigen nicht, dass ich in Sachsen-Anhalt gelandet war. Denn eine Affinität zu Ostdeutschland hatte ich schon früh. Ich hatte vor 1989 Moskau und Prag bereist und als 18-Jähriger eher zufällig an einem Jugendlager

Arbeitslosigkeit als kollektives Schicksal: Die Uhren sind schon vor Jahren stehen geblieben im ehemaligen Schwermaschinenbaukombinat „Ernst Thälmann“ (SKET) in Magdeburg. SKET war vor der Gesamtvollstreckung 1996 größter Arbeitgeber in Magdeburg und hatte 1990 allein im Stammwerk 13.000 Beschäftigte. 2004 waren in einem ausgegliederten Unternehmen noch rund 350 Mitarbeiter beschäftigt.

picture alliance/dpa



der Freien Deutschen Jugend in der Nähe von Potsdam teilgenommen, kannte Wolf Biermanns Platten teilweise auswendig, hatte ein Interview mit seinem Liedermacher-Erben Stephan Krawczyk geführt, noch bevor die Mauer fiel – und fuhr, als sie dann tatsächlich gefallen war, umgehend mit dem Auto nach Berlin, um mir das aus der Nähe anzusehen. Auch durfte in der Schule nicht fehlen, was als DDR-Literatur bekannt war, Christa Wolf beispielsweise.

Außerdem hatte ich als Kind erlebt, dass immer mal wieder ein Nennonkel aus dem katholischen Eichsfeld zu uns kam; der besagte „Onkel Herbert“ hatte kriegsbedingt ein Holzbein und streng nach hinten gekämmte Haare. Die Klamotten, die er trug, komplettierten das Bild eines Mannes, der aus einem anderen Land, aber irgendwie auch aus einer anderen Zeit zu kommen schien. Er erinnerte mich an Sepp Herberger, den Vater des Fußballwunders von Bern im Jahr 1954.

Der Schritt über die alte innerdeutsche Grenze war groß damals. Von Magdeburg nach Bernburg brauchte man für 40 Kilometer bisweilen drei Stunden; eine Autobahn gab es seinerzeit noch nicht. Die Sanierung vieler Gebäude hatte gerade erst begonnen. Im Winter roch es überall nach Kohle. Und in der Redaktion gab es zwar für jeden der acht Redakteure und zwei Sekretärinnen einen Telefonapparat – dafür aber lediglich zwei Leitungen. Wenn zwei Kollegen telefonierten, mussten die anderen warten. Es kam vor, dass sie die Wartezeit rauchend vor einem Aquarium totschlügen, das im letzten Zimmer der Redaktion stand.

Wie groß der Sprung von West nach Ost tatsächlich war, merkte ich bei Wochenendheimfahrten an den Reaktionen meiner alten Freunde und Bekannten. Die fragten meist recht allgemein „Wie ist es denn da so?“, hatten jedoch

bereits wieder abgeschaltet, wenn ich zur Antwort ansetzte. Ich hätte mindestens eine Stunde gebraucht, um das jeweils Erlebte schildern und einordnen zu können. Ich bekam oft nicht mal zehn Minuten – und unternahm zunehmend seltener den Versuch.

Weil ich im Osten zwar freundlich, aber eben doch als „Wessi“ wahrgenommen wurde, hatte ich rasch das Gefühl, mich emotional für eines der beiden Deutschländer entscheiden zu müssen. Ich entschied mich für den Osten. Ja, ich reagierte zunächst mit einer Art Überanpassung. So oder so merkte ich, dass die Übersiedlung mir etwas abverlangte – eine Auseinandersetzung mit den neuen Verhältnissen, die mich zwangsläufig verändern würde. Ich konnte nicht der bleiben, der ich war.

In Bernburg lernte ich eine grundlegend andere Gesellschaft kennen. Meine Kollegen waren teilweise in der SED gewesen oder hatten ihr nahe gestanden und reagierten gegenüber den neuen Verhältnissen entweder übermäßig befangen oder übermäßig kritisch. Vielfach wurden sie von ihrem Umfeld auch als befangen betrachtet. Das verschaffte mir mehr journalistische Freiräume, als ich im Westen als 28-jähriger Volontär gehabt hätte. Ich hatte keine Vergangenheit, die ich irgendwem hätte erklären müssen. Ich war frei.

Arbeitslosigkeit als kollektives Schicksal

Die Arbeitslosenquote lag seinerzeit bei etwa 25 Prozent, weil eine Massenentlassung die andere ablöste. Wenn die Quote mal bei nur 23,5 Prozent lag, waren alle schon froh. Ungefähr gleich viele Menschen waren in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen „geparkt“ – oder in F und U. F und U stand für Fortbildung und Umschulung, wobei beides streckenweise oft kaum mehr war als Beschäftigungstherapie. Denn F und U führten oft nirgendwo hin, zumindest nicht in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis. Ziel schien eher zu sein, die Betroffenen vor dem Gefühl vollkommender Leere zu bewahren.

Nach meinem Wechsel in die Lokalredaktion Wittenberg pflegte der dortige Arbeitsamtsdirektor Reiner Haseloff, der heute CDU-Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt ist, zu sagen, dass 80 Prozent der Bevölkerung mit seiner Behörde in Kontakt stünden. Diese Zahl wiederum erklärt plastisch, was in jenen Jahren in Ostdeutschland geschah. Die meisten Ostdeutschen hatten ihre alten Plätze in der Gesellschaft verlassen müssen und waren auf der Suche nach einem neuen Platz. Sie hingen mit beiden Beinen in der Luft – während die Mehrheit der Westdeutschen mit beiden Beinen fest auf dem Boden stand.

Ich weiß noch, wie Männer mittleren Alters mit Einkaufsbeuteln stundenlang auf Plätzen oder an Straßenkreuzungen standen, weil ihre alten Betriebe sie nicht mehr brauchten, es keine neuen Betriebe gab und sie mit ihrer Existenz nichts mehr anzufangen wussten. Einer schrieb mir in einer Angelegenheit mal einen kritischen Leserbrief und besuchte mich anschließend in der Redaktion; ungefähr ein Jahr später kam derselbe Mann auf denselben Leserbrief zurück. Während ich jeden Tag mit zwei oder mehr Themen zu tun hatte und kaum wusste, wo mir in meinem soeben



begonnenen Journalistenleben der Kopf stand, war sein Leben anscheinend so ereignisarm geworden, dass er sich in diese Angelegenheit regelrecht verbiss. Es war erschütternd.

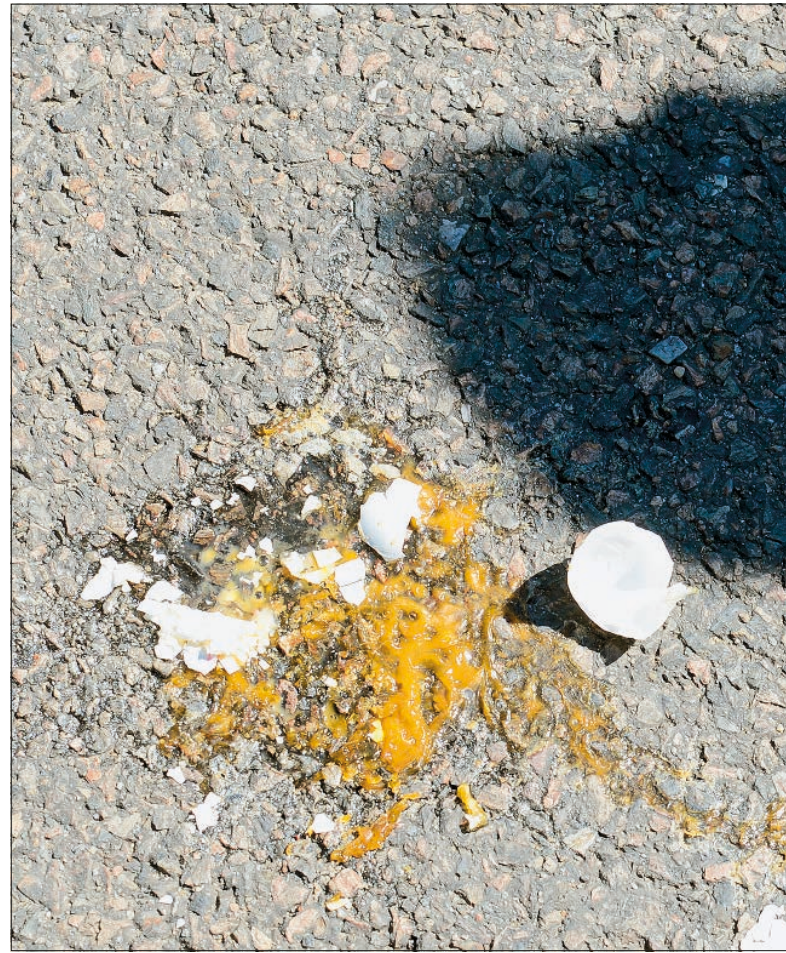
Neu war für mich war auch, dass die Kirchen eine Nischenexistenz führten, nachdem sie zuvor die Friedliche Revolution mit gestaltet hatten – wobei die evangelische Kirche noch die bedeutendere war. Ich kam aus einem katholischen Elternhaus, und im Münsterland war der Katholizismus dominant. Meine Mutter warnte mich regelrecht davor, zu dieser anderen Konfession überzulaufen. Ich hingegen merkte schnell, dass mich mit den ostdeutschen Protestanten mehr verband als mit der atheistischen Mehrheitsbevölkerung. Sie hatten ähnliche Dinge im Kopf und ähnliche Interessen.

Das Ost-Thema: identitätsstiftend und lebensprägend

Aufs Ganze gesehen gilt: Ich mochte die Ostdeutschen. Ich mochte die Ostdeutschen auch deshalb, weil sie es nach 1945 erheblich schwerer gehabt hatten als wir Westdeutschen – und in den ersten Jahren nach 1989 abermals. Man muss zu den Verlierern halten, finde ich.

Zugleich hatte ich Anlass zur Dankbarkeit. Denn während im Osten Millionen Menschen von heute auf morgen ihre berufliche Existenz auf Nimmerwiedersehen verloren, bekam ich dort eine berufliche Perspektive geboten. Meine Bewerbungen um ein Zeitungsvolontariat in Westdeutschland waren trotz Prädikatsexamen und allerlei Praktika bei durchaus renommierten Medien wie der „Frankfurter Rundschau“ und dem Westdeutschen Rundfunk erfolglos geblieben, weil mir die nach jahrelanger freier Mitarbeiterschaft übliche Bindung an ein Blatt fehlte. Doch in jenen Monaten, in denen ich das Studium beendete, begannen westdeutsche Verlage damit, die ostdeutschen Bezirkszeitungen aufzukaufen. Sie wollten die Redaktionen mit neuen Leuten durchmischen, gern auch mit Westdeutschen. Sie suchten junge, an Ostdeutschland interessierte Journalisten. Ja, sie suchten Menschen wie mich. Nebenbei bemerkt war es so, dass die Auflage der „Mitteldeutschen Zeitung“ als ehemalige SED-Bezirkszeitung 1992 ungefähr so hoch war wie die Auflagen von „Süddeutscher Zeitung“ und „F.A.Z.“ im Jahr 2020 zusammen. So gesehen glich ein Volontariat bei der „Mitteldeutschen Zeitung“ einem Sechser im Lotto. 1994 zog ich also von Bernburg als frisch bestallter Redakteur weiter nach Wittenberg, von dort 1999 nach Halle und von Halle 2001 in die Parlamentsredaktion nach (Ost-) Berlin, wo ich unter anderem zuständig bin für das, was man gemeinhin die „Ost-Themen“ nennt. Auch privat hat der Osten in meinem Leben Spuren hinterlassen: Meine Liebste kommt aus Thüringen.

Halb zufällig, halb zielgerichtet wurde das Ost-Thema für mich gleichermaßen lebensprägend wie identitätsstiftend. Drei Bücher sind daraus erwachsen: „Zweite Heimat. Westdeutsche im Osten“ (2014), „Was ich dir immer schon mal sagen wollte. Ost-West-Gespräche“ (2015) sowie „Ostfrauen verändern die Republik“ (2019; mit Tanja Brandes). Sie waren Versuche, die Landesteile einander näher zu bringen. Denn obwohl sich vieles angeglichen hat und vieles zusammengewachsen ist: Diese Landesteile sind einander zuweilen immer noch fremd. Und ich empfinde mich stärker als in den 1990er-Jahren als einer, der zwischen den Stühlen sitzt.



Westdeutsches Desinteresse an der Umbruch- und Nachwendzeit

Auf der einen Seite nehme ich Westdeutschland als jene Teilrepublik wahr, an der die deutsche Einheit und damit auch die ostdeutschen Transformationsprozesse überwiegend spurlos vorübergegangen sind. Westdeutsche, die keine Familienmitglieder in Ostdeutschland hatten und selbst nie dort gelebt haben, sind bis heute vielfach ahnungslos. Vor allem sind sie weithin desinteressiert.

Wenn im Bundestag einmal jährlich über den Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit debattiert wird, dann sind Ostdeutsche dabei fast durchweg unter sich – und zwar ohne dass dies irgendwem noch als Manko auffiele. Hier wird über die Einheit nicht als etwas Gemeinsames gesprochen. Über die Einheit zu sprechen, das bedeutet bis heute überwiegend, über Ostdeutschland zu sprechen – und zwar entlang der Frage, ob und wie sich dieses Ostdeutschland den westdeutschen Verhältnissen angepasst habe oder auch nicht. Westdeutschland kommt in der Betrachtung gar nicht vor. Ostdeutschland als Akteur eigentlich auch nicht. So viel zur Politik.

Journalistisch mache ich ähnliche Erfahrungen. Westdeutsche Geschichte gilt selbstredend als gemeinsame Geschichte – so wie es auch keine West-Schauspieler oder West-Schriftsteller gibt. Westdeutsche stehen – egal wo und in welcher Funktion – per se für das Ganze. Als solche apostrophierte „Ost-Schauspieler“ und „Ost-Schriftsteller“ gibt es indes reichlich. Ostdeutsche Geschichte wird entsprechend separat verhandelt. So ist es in westdeutschen Redaktionen bis heute vielfach unmöglich, „Ost-Themen“ als gesamtdeutsche Themen wahrzunehmen – ob-



Heidenau, 26. August 2015: Ein zerbrochenes Ei, das von einem vermeintlich „besorgten Bürger“ in Richtung der Bundeskanzlerin geworfen wurde. 2015 hatte das Land Sachsen einen leerstehenden Baumarkt zur Erstaufnahme von Flüchtlingen herrichten lassen. Am 21. August zogen 1.000 Leute durch die Stadt, unter ihnen Neonazis, aber auch Familien mit Kindern. Angela Merkel, die nach Heidenau geeilt war, wurde als „Volksverräterin“ geschmäht und auf übelste Weise beschimpft.

picture alliance/dpa

wohl es vielfach gesamtdeutsche Themen sind. Die Treuhandanstalt etwa hat ja nicht nur die ostdeutsche Wirtschaft privatisiert. Es waren Westdeutsche, die diesen Prozess gestaltet und als Käufer einstiger Ostbetriebe von ihm profitiert haben. Letzteres bleibt außen vor – und das, obwohl diese Form der Privatisierung durchschlagende Konsequenzen hatte. Bis heute werden nur rund zwei Prozent des gesamtdeutschen Vermögens in Ostdeutschland vererbt. Die Wohlhabenden leben im Westen.

Beim Thema Ost-West-Wanderung herrscht das gleiche Bild. Es gibt lange Erörterungen darüber, welche negative Wirkung die Abwanderung in Ostdeutschland hinterlassen hat. Welche positive Wirkung die ostdeutschen Zuwanderer in Westdeutschland hinterlassen haben, ist dagegen kein Gegenstand öffentlicher Erörterungen. Die Reihe ließe sich fortsetzen: So war das Ministerium für Staatssicherheit der DDR ja nicht bloß im Osten aktiv; es hatte seine Fühler nicht minder nach Westen ausgestreckt. Westdeutsches Desinteresse habe ich auch als Buchautor erfahren. So sind zwei der drei Bücher, die ich schrieb, in Ostdeutschland auf eine größere Resonanz gestoßen. Das erste Buch über „Westdeutsche im Osten“ wurde in nahezu allen ostdeutschen Zeitungen besprochen. „DIE ZEIT im Osten“ machte eine Doppelseite daraus. Ich durfte im Mitteldeutschen Rundfunk und im Rundfunk Berlin-Brandenburg längere Interviews geben. Ferner wurde ich zu etwa 25 Lesungen eingeladen. Mit dem dritten Buch über „Ostfrauen verändern die Republik“ verhält es sich ähnlich. Alles in allem kommen abermals ungefähr 30 Lesungen zusammen. In Westdeutschland gab es – abgesehen von löblichen Ausnahmen in Wiesbaden (mit einigen ostdeutschen Zuhörern), Pforzheim (mit einem DDR-Museum) und

Neu-Isenburg (mit einer langen und ehrenwerten Tradition von Veranstaltungen zur deutschen Einheit) – nichts dergleichen.

Der ostdeutsche Kollege einer großen überregionalen Tageszeitung hätte mein erstes Buch gern rezensiert; aber seine westdeutsche Zentrale lehnte ab. Und als ich im westdeutschen Teil meiner Familie von meinem dritten Ost-Buchprojekt berichtete, bekam ich zur Antwort, damit müsse doch nun endlich mal Schluss sein. Der Hinweis auf die Probleme im Ruhrgebiet ließ nicht lange auf sich warten. Dieser Abwehr liegt unter anderem ein schematisches Verständnis von deutsch-deutscher Geschichte zugrunde. Die Mehrheit der Westdeutschen geht davon aus, dass die Angleichung mit wachsendem Abstand zu Mauerfall und deutscher Einheit gleichsam automatisch voranschreitet. Dass es auch anders sein könnte, weil grundlegende Weichen womöglich falsch gestellt wurden – diese Vorstellung existiert nicht.

Erst vor ein paar Monaten ereignete es sich, dass sich eine Freundin aus münsterländischen Jugendtagen darüber wunderte, dass meine Liebste ja „gar keinen Dialekt“ spreche. So als ob überall in der DDR Dialekt gesprochen worden und Ostdeutschland ein vergrößertes Sachsen wäre. Dass der Westen vom Osten in den letzten 30 Jahren nichts wissen wollte, ist jedenfalls kein Vorurteil, sondern mein höchstpersönlicher empirischer Befund. Dieser Befund ist wiederum nur zu erklären, wenn man sich vor Augen führt, dass die Abkehr des Westens vom Osten schon lange vor 1989 begonnen hatte. Die Westdeutschen hatten sich seit den 1960er-Jahren der westlichen Welt zugewandt; aus ihr bezogen sie ihre kulturellen Leitbilder. Die DDR hingegen galt als rückständig, und ihre Bewohner und Bewohnerinnen galten als seltsame Wesen. Deshalb ist es auch kein Wunder, dass sich größere Teile der linken und liberalen Öffentlichkeit 1989 vom Ziel der Wiedervereinigung verabschiedet hatten. Oskar Lafontaine, 1990 Kanzlerkandidat der SPD, scheiterte. Die westdeutschen Grünen flohen gleich ganz aus dem Bundestag und konnten von Glück sagen, dass ein paar versprengte Ost-Grüne im Parlament die Fahne hoch hielten.

Das alles wirkt bis heute nach. Und es bewirkt, dass die Westdeutschen den Osten noch immer nicht oder bloß partiell verstanden haben – etwa was das Erstarken der AfD betrifft. Allerdings setzt beim Rechtsextremismus auch mein Problem ein.

Allmähliche Entfremdung

Dass der Rechtsextremismus in Ostdeutschland stärker ist, war für mich von Beginn an offenkundig. Wenn ich in den 1990er-Jahren nachts mit dem Auto über Land fuhr, dann habe ich mich beim Tanken meistens beeilt, weil „an der Tanke“ gern Skinheads herumlungerten, vor denen man sich in Acht nehmen musste. Und als die rechtsradikale Deutsche Volksunion (DVU) 1998 bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt immerhin 12,9 Prozent der Stimmen holte, da erschütterte mich weniger das Ergebnis selbst als die Tatsache, dass es sonst niemanden um mich herum zu erschüttern schien. 1999 löste ich in Wittenberg dann einen

mittleren Skandal aus, weil ich einen dort stadtbekannten CDU-Politiker und Unternehmer beschrieb, wie er war: weit offen nach Rechtsaußen.

Trotzdem habe ich all das im Grunde lange verdrängt. Als ich mit meinem Freund Günter aus Köln mal in der Nähe von Bernburg auf einem Dorffest war und er mich auf die vielen Neonazis ansprach, redete ich das klein. Ich wollte nicht, dass Günter schlecht über den Osten denkt. Das ist bald 30 Jahre her. Ich wollte und ich will bis heute nicht, dass sich die Westdeutschen mit dem Verweis auf den Rechtsextremismus in Ostdeutschland bequem entlasten, wozu sie dann und wann neigen. Der innerdeutsche Zeigefinger nutzt niemandem.

Ohnehin gibt es für die autoritär-fremdenfeindlichen Neigungen vieler Ostdeutscher ja Erklärungen: zwei aufeinander folgende Diktaturen, die mangelnde Erfahrung im Zusammenleben mit Migranten, die Transformation, die stetige Abwanderung nach 1945 und die Konsequenz all dessen: dass sich die ostdeutsche Gesellschaft, von den Großstädten einmal abgesehen, in ihrer Zusammensetzung und mentalen Verfasstheit signifikant von der westdeutschen Gesellschaft unterscheidet, sodass man sie – eigentlich – nicht mit derselben Elle messen kann.

Seit der „Flüchtlingskrise“ bin ich mit Ostdeutschland gleichwohl weniger nachsichtig als ehemals. Meine Geduld hatte sich erschöpft, als ich sah, wie in Sachsen und anderswo eine Flüchtlingsunterkunft nach der anderen attackiert wurde. In Heidenau war ich im August 2015 Augen- und Ohrenzeuge, als die Kanzlerin ins Visier von Rechtsextremisten und vermeintlich „besorgten Bürgern“ geriet – Rechtsextremisten, die Angela Merkel gewiss auch tödlich angegriffen hätten, wenn die Polizei nicht anwesend gewesen wäre. Im Bundestagswahlkampf 2017 erlebte ich derlei bei Merkel-Visiten in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls. Wo die Ostfrau erschien, waren ostdeutsche Neonazis mit ihren „Merkel muss weg“-Plakaten immer schon da.

Dieser Hass und diese Kälte haben mich schockiert und mir auch Angst gemacht. Noch mehr hat mich schockiert, dass rechtsextremes Gedankengut in die Mitte der Gesellschaft einsickerte – unter dem Banner einer angeblich bedrohten Meinungsfreiheit, die die DDR von 1989 mit der Bundesrepublik von heute gleichsetzt und die Dinge damit auf den Kopf stellt. Zu guter Letzt war da eine moralische Empörung. Ich fand – und ich finde nach wie vor –, dass es einer Gesellschaft, aus der selbst Millionen Menschen geflohen sind, nicht zusteht, andere Flüchtlinge abzuwerten oder gar anzugreifen, zumal dann nicht, wenn diese wie Millionen Syrer vor Krieg und einer brutalen Diktatur fliehen. So brutal wie unter Baschar al-Assad – das steht fest – war es unter Erich Honecker niemals.

Als ich im März 2018 in der „ZEIT“ einen in diesem Sinne zornigen Text über den Osten publizierte, bekam ich viel Zustimmung – von schulterklopfenden Westdeutschen, was mir nicht so lieb war, wie auch von zahlreichen Ostdeutschen mittlerer Jahrgänge, die in größeren Städten leben und mir sagten, sie verstünden ihre Landsleute selbst nicht mehr. Freilich gab es nicht minder scharfe Kritik. Ein Ost-Kollege schrieb: „Dann geh‘ doch rüber.“ Das war bitter.

Auch sonst mache ich in Ostdeutschland – wenn auch nicht nur in Ostdeutschland – die Erfahrung, dass sich die politische Gesinnung und das Leben nicht mehr so einfach voneinander trennen lassen wie früher. Beziehungen zu Men-



An einem zugleblen Briefkasten der Erstaufnahmeeinrichtung Heidenau (Sachsen) klebt ein Zettel mit der Aufschrift „unbekannt verzogen“. Im April 2016 zogen hier die letzten Asylbewerber aus. Im August 2015 schlug in der Stadt der Hass auf Fremde in offene Gewalt um. Steht es einer Gesellschaft, aus der selbst Millionen Menschen geflohen sind, überhaupt zu, andere Flüchtlinge abzuwerten oder gar anzugreifen?

picture alliance/dpa

schen, die mir einst nahe standen, sind aus politischen Gründen belastet. Sympathieverhältnisse oder Freundschaften gehen kaputt. Mir tut das zuweilen leid; doch ich erlebe es als unvermeidlich. Einerseits.

Andererseits möchte ich mich nicht zum Kronzeugen gegen Ostdeutschland machen lassen. So rief irgendwann nach Erscheinen meines „ZEIT“-Textes die Redaktion einer bekannten ARD-Talkshow an. Eine freundliche Mitarbeiterin sagte, sie hätten mich gern in der Sendung. Am nächsten Tag rief die Mitarbeiterin ein zweites Mal an, diesmal um meine Positionen genauer abzuklopfen. Weil ihr diese anscheinend zu differenziert erschienen, fiel ich von der Einladungsliste wieder runter. So sehr die Einladung meiner Eitelkeit entgegenkam, so sehr war ich am Ende froh, nicht eine Rolle einnehmen zu müssen, die ich nicht hätte einnehmen wollen – und können.

Es ist schwierig geworden in Deutschland

Man sieht: Es ist schwierig geworden in Deutschland, bisweilen schwieriger als 1992, als ich – ein zuversichtlicher und aufgeschlossener Westdeutscher – in ein im Ganzen noch zuversichtliches und aufgeschlossenes Ostdeutschland aufbrach. Das Land wie auch ich waren bereit zur Veränderung. Über ein Vierteljahrhundert später sind wir auf

uns selbst und unsere jeweiligen Herkunftse zurückgeworfen. Der Graben wird gelegentlich wieder tiefer.

Manchmal denke ich, diese Kluft zwischen Ost und West wird noch Jahrzehnte bleiben. Manchmal bin ich optimistischer und denke: Vielleicht müssen wir uns noch einmal bis aufs Messer streiten, um anschließend wirklich zueinander finden zu können. Und schließlich gibt es seltene Momente, in denen ich denke, dass es vielleicht besser wäre, sich mit diesem Ost-West-Ding gar nicht mehr so intensiv zu beschäftigen, weil es die Differenzen noch vergrößert.

Was ich sicher sagen kann, ist, dass der Umzug von West nach Ost mein Leben enorm bereichert hat – bereichert um menschliche und zeithistorische Erfahrungen, die ich daheim nicht hätte machen können. Bereichert auch um die Gewissheit der eigenen Privilegierung.

Meine Kollegen in Bernburg hießen übrigens Andreas, Carsten, Engelbert, Harald, Paul, Raimund, Rita und Yvonne. Es war eine lebendige, lustige, auch komplizierte Redaktion. Drei von ihnen sind inzwischen gestorben – so wie Franz Peter Ewert gestorben ist, der stellvertretende Chefredakteur der „Mitteldeutschen Zeitung“, der aus dem Rheinland kam, sich im Osten so zurechtfinden musste wie ich und mit mir das Vorstellungsgespräch führte. Meistens würdigte er meine Texte. Gelegentlich monierte er sie auch. Und einmal, als ich ein kritisches Porträt über einen Unternehmer zu Papier gebracht hatte, da sagte er zu mir: „Wenn Sie das über mich geschrieben hätten, dann hätte ich sie erschossen.“ Ich habe alle noch vor Augen, als wäre es gestern gewesen.



UNSER AUTOR

Markus Decker, 1964 in Borghorst (Münsterland) geboren, hat Politikwissenschaft, Soziologie und Romanistik in Münster und Marburg studiert und ging 1992 zur „Mitteldeutschen Zeitung“ nach Sachsen-Anhalt. Er ist heute Berliner Parlamentskorrespondent beim RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) und hat drei Bücher zum Ost-West-Verhältnis geschrieben.



Medienkompetenz erleben

Offene Onlinekurse der Landeszentrale für politische Bildung für den Unterricht

Mit wenigen Klicks sind Schüler*innen in einem Kursraum und durchleben mit fiktiven Jugendlichen digitale Herausforderungen. Ob Datenschutz, Hatespeech oder Verschwörungstheorien – in den methodisch und didaktisch durchdachten Kursräumen wird Medienkompetenz authentisch vermittelt. Fertige Arbeitsblätter können auch offline genutzt werden.

- Mit Herz gegen Hatespeech (Die Verbraucherzentrale Bundesverband bewertet den Online-Kurs mit gut.)
www.elearning-politik.de/mitherzgegenhatespeech.html
- Verschwörungstheorien erkennen
www.elearning-politik.de/verschwörungstheorien_kurs.html
- Daten verraten. Meine Persönlichkeit im Netz
www.elearning-politik.de/daten_verraten.html

Weitere offene Kurse für Schulklassen finden Sie hier:

www.elearning-politik.de/internetangebote_schulklassen.html

Kulturschock oder wahrgenommene Aufstiegsblockaden?

Das Modell des Kulturschocks

Wolf Wagner

Die Wiedervereinigung versprach Freiheits- und Wohlstandsgewinne, wurde aber aus Sicht der ostdeutschen Bevölkerung als ökonomischer Schock, als soziale und kulturelle Enteignung wahrgenommen. Deklassierungserfahrungen verschärften die bis heute anhaltenden gesellschaftlichen Frakturen. Mehr als die Hälfte der Ostdeutschen fühlen sich im Jahr 2019 immer noch als Bürger zweiter Klasse. Die Wiedervereinigung wird nur mäßig gelobt, die Zustimmungswerte für die Demokratie sind besorgniserregend. Wolf Wagner zeigt an historischen Beispielen gelingende Vereinigungen als Zusammenschlüsse Gleicher und vergleicht diese mit Vereinigungen, die per Anschluss oder Beitritt erfolgt sind und Konflikte auslösten. Mit Bezug auf Norbert Elias und Pierre Bourdieu entwickelt Wolf Wagner ein eigenes Modell kulturellen Wandels. Anstatt eines optimistischen Modells des Kulturschocks, an dessen Ende die Verständigung steht, werden ein dauerhaft wahrgenommener Ausschluss der ostdeutschen Bevölkerung und als Folge davon trotzig Gegenkulturen konstatiert. Die wahrgenommenen Aufstiegsblockaden werden mit empirischen Daten exemplarisch belegt. ■

Was ist und wie verläuft ein „Kulturschock“?

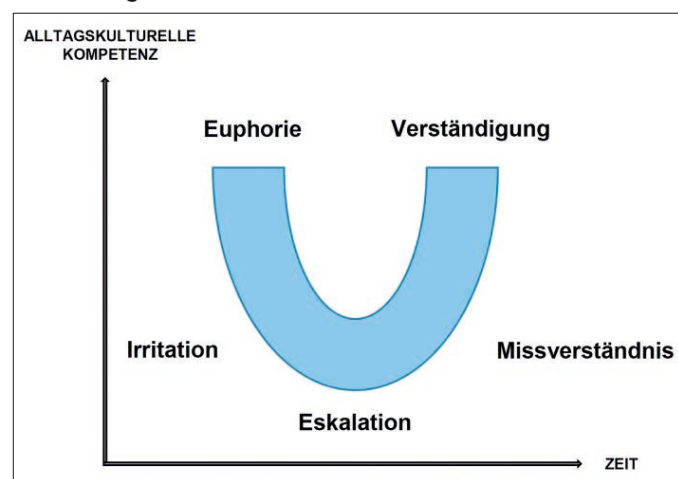
Einen „Kulturschock“ bekommt man, wenn man für längere Zeit – mindestens ein Jahr – in ein Land mit einer sehr anderen Kultur reist und dort gezwungen ist, sich auf die fremde Kultur einzulassen, man sich also nicht in ein Hotel zurückziehen kann, in dem alles so ist wie daheim. Besonders ausgeprägt ist der Kulturschock, wenn man Teil einer Familie in dem fremden Land wird und Tag für Tag von morgens bis abends der fremden Kultur und Sprache ausgesetzt ist. Ich verbrachte 1960 als Sechzehnjähriger mit einem Stipendium der Austauschorganisation *American Field Service* ein Jahr lang im Mittelwesten der USA in einer Familie mit vier Kindern in meinem Alter und jünger. Im gleichen Jahr publizierte Kalvero Oberg (1960) einen Aufsatz mit dem Titel „*Culture Shock*“. Darin schilderte er als Ergebnis von Interviews mit US-amerikanischen Studierenden, die ein Jahr im Ausland verbracht hatten, exakt das, was ich damals in den USA erlebte. Oberg entwickelte daraus ein Phasenmodell (vgl. Abbildung 1).

Bei mir verlief das damals genauso, wie es Oberg beschrieben hat: Nach einer ersten, aber ziemlich kurzen Phase der Euphorie über das tolle Abenteuer mit all den aufregend neuen Erlebnissen folgte eine Phase der zunehmenden Irritationen. Ich verstand die Leute nicht. Im Unterricht musste ich jedes zweite Wort nachschlagen, und

wenn ich es hatte, war schon etwas ganz anderes dran. Ich fiel auf mit meiner deutschen Art, mit Messer und Gabel zu essen. Ich war ziemlich zurückhaltend und distanziert, bescheiden eben, wie ich es gelernt hatte. Meine Mitschüler und Geschwister erschienen mir überdreht. Ich wurde von ihnen vermutlich als leicht autistisch wahrgenommen, als etwas, was man heute einen „Nerd“ nennt. Die Phase der Irritationen steigerte sich zur Phase der Eskalation, zum eigentlichen Kulturschock. Es bildete sich ein geschlossenes Weltbild: Ich verteufelte die Gastkultur und verherrlichte meine Herkunftskultur. Ich hatte Heimweh. Ich schrieb immer öfter und immer längere Briefe an Leute, die mich sonst kaum interessiert hatten. Ich fühlte mich sehr einsam. Das dauerte etwa drei Monate.

Dann kam ich in die Phase der Missverständnisse. Ich merkte, dass die Schwierigkeiten, in denen ich steckte, darauf beruhten, dass die Einheimischen anderen Regeln folgten als ich. Ich erkannte die Irritationen als Missverständnisse. Wenn es mir gelänge, die anderen Regeln zu entdecken, könnte ich sie erlernen, mich nach ihnen richten, und die Missverständnisse wären verschwunden. So ging das denn auch. Mein Englisch wurde immer besser. Ich verstand mehr und mehr. Und eines Morgens wachte ich auf und stellte fest: Ich hatte auf Englisch geträumt. Das geschah etwa ein halbes Jahr nach meiner Ankunft. Von da an ging alles besser. Ich war in der Phase der Verständigung angekommen und konnte mit den fremden Regeln immer besser spielen, konnte wechseln zwischen der Rolle des Exoten und der Rolle des Überangepassten, der amerikanischer sein konnte als die Amerikaner. Ich beherrschte nicht nur zwei Sprachen, sondern auch zwei Kulturen.

Abbildung 1: Kulturschock – Das Grundmodell



Quelle: Eigene Grafik, W. Wagner.

Das Grundmodell des Kulturschocks ist ein optimistisches Modell. Denn der ganze Prozess, den das Modell darstellt, ist ein Lernprozess, eine Chance. Am Ende steht die Verständigung, in der man die Unterschiede kennt und anerkennt.

Die Anwendung des Modells auf das wiedervereinigte Deutschland

Als ich 1992 eine Stelle als Professor an der Fachhochschule Erfurt antrat und nach Thüringen zog, merkte ich, dass die Ostdeutschen um mich herum in meiner Straße und im Zug, mit dem ich beinahe jeden Tag von meiner Kleinstadt nach Erfurt pendelte, in einem Zustand waren, wie ich damals in meiner schlimmsten Zeit in Amerika. Sie steckten im Kulturschock. Mit der Wiedervereinigung per Beitritt waren sie in ein fremdes Land versetzt worden, ohne sich auch nur ein Stück von ihrem gewohnten Platz wegbewegt zu haben. Beinahe alle Regeln, an die sie sich über Jahrzehnte ihres Lebens in der DDR gewöhnt hatten, manchmal mühsam, manchmal freudig, galten nicht mehr. Stattdessen galten Regeln, die sie zum größten Teil noch nicht einmal kannten. Die Warenwelt der DDR war verschwunden und ersetzt durch die des Westens. Das war wunderbar und verstörend zugleich. Sehr viele waren aus ihrem bisherigen Leben abrupt hinausgeworfen worden. Sie hatten ihren Arbeitsplatz, häufig ihren ganzen Betrieb verloren und mussten nun ein Leben führen, das sie nie gelernt hatten. Sie lebten in Angst und Schrecken. Ich erlebte das bei meinen Nachbarn. Ich erlebte es im Zug in den Gesprächen der Pendlerinnen und Pendler um mich her. Ich erlebte es in der Hochschule bei meinen Studentinnen und Studenten, bei den Kolleginnen und Kollegen, die in der DDR aufgewachsen waren und aus ihren bisherigen Positionen vertrieben worden waren.

Ich meinte, ihre Situation mithilfe des Kulturschock-Modells gut zu verstehen. Ich konnte ihnen Orientierung geben und ihnen Hoffnung machen, denn laut Modell würde die Verständigung kommen. Die Unterschiede würden anerkannt werden und man würde wissen, wie die anderen „ticken“. Alles würde gut werden.

Als Sozialwissenschaftler sah ich es als meine Aufgabe, den Menschen Orientierung und Hoffnung zu geben. Also tat ich das, was ich immer tat: Ich schrieb ein Buch. Es erschien 1996 unter dem Titel „Kulturschock Deutschland“ (vgl. Wagner 1996). Das Buch wurde ein kleiner Bestseller. Heute, vierundzwanzig Jahre später, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, haben sich diese optimistischen Erwartungen nicht erfüllt. Der Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019 stellt fest: „So fühlen sich laut einer jüngst für die Bundesregierung durchgeführten Umfrage 57 Prozent der Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse. Die Wiedervereinigung halten nur rund 38 Prozent der Befragten im Osten für gelungen. Bei Menschen unter 40 sind es sogar nur rund 20 Prozent. Besorgniserregend sind die Zustimmungswerte für die Demokratie im Osten Deutschlands: Knapp die Hälfte der Menschen im Osten sind eher unzufrieden mit ihrer Funktionsweise. Diese Unzufriedenheit findet auch einen Ausdruck in den signifikant unterschiedlichen Wahlergebnissen im Osten und im Westen in den letzten Jahren“ (Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer 2019: 13). Eine verheerende Bilanz, was die erwartete Verständigung betrifft!

Was ist schiefgelaufen? Wie kann man diese ganz unerwartete Entwicklung 30 Jahre nach der Wiedervereinigung erklären?

Ist es in anderen Wiedervereinigungen oder Vereinigungen ebenso gelaufen? Ist die Erwartung einer Verständigung bei der Vereinigung ganzer Gesellschaften möglicherweise verfehlt? Das sind die Fragen, die bei der gegebenen Problemlage weiterhelfen könnten.

Wiedervereinigungen und Vereinigungen im Vergleich

Beim Vergleich der historischen Beispiele für Vereinigungen ganzer Gesellschaften stellt sich sehr schnell heraus, dass es zwei grundverschiedene Formen der Vereinigung bzw. Wiedervereinigung gibt, nämlich die Vereinigung unter gleichberechtigten Gleichen und die Vereinigung per Anschluss oder Beitritt zu einem dominanten Teil, dessen Regeln und Institutionen man übernehmen muss (vgl. Wagner 2015).

Vereinigungsprozesse unter Gleichen

Vereinigungen als Zusammenschluss Gleicher, in denen die vereinigten Teile ihre je unterschiedliche Identität weitgehend bewahren, sind relativ selten in der Geschichte, dafür aber von großer Bedeutung. Das Heilige Römische Reich deutscher Nation ist das am längsten bestehende Beispiel für einen solchen Zusammenschluss sehr unterschiedlicher, aber gleichberechtigter, nach innen souveräner Gebilde. Die großen Fürstenhäuser hielten sich gegenseitig im Zaum und bewahrten die Machtbalance über beinahe 850 Jahre.

Ein weiteres Beispiel ist der Zusammenschluss der Vereinigten Staaten von Amerika – zuerst als Staatenbund, dann als Bundesstaat – und ihre Ausdehnung bis zum Bürgerkrieg 1861. Die *Land Ordinance* von 1785 des *Continental Congress* verbot den 13 Ursprungsstaaten, sich nach Westen hin durch Anschluss neuer Territorien auszudehnen. Diese Territorien mussten neue Staaten bilden und konnten dabei eigene Institutionen und Regelungen entwickeln, die sich von den bestehenden Staaten zum Teil erheblich unterschieden. Erst ab einer gewissen Bevölkerungsgröße wurden sie in die Vereinigten Staaten von Amerika aufgenommen, behielten aber ihre Eigenständigkeit nach innen. Erst in der Frage der Sklaverei wollte die Mehrheit der Staaten keine südliche Abweichung mehr dulden, und es kam zum Bürgerkrieg mit dem nachfolgenden erzwungenen Anschluss der unterlegenen Südstaaten.

In Europa lebte das Heilige Römische Reich deutscher Nation nach dem endgültigen Sieg über Napoleon Bonaparte ab 1815 im Deutschen Bund als lockerer Zusammenschluss Gleicher fort. Und selbst die Gründung der Deutschen Reiches 1871 war ein solcher Zusammenschluss unter Gleichen. Zwar war Preußen die dominante Macht, aber die kleineren Teile behielten nach innen ihre Souveränität mit eigenem Heer, eigener Polizei, Justiz, eigenen Bildungssystemen und eigenem Wahlrecht.

Ein weiteres Beispiel ist die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949. Die elf von den Westalliierten

nach 1945 nach und nach wiedergegründeten Bundesländer im Westen (ohne Saarland und Berlin) wurden von den Alliierten als Träger der Gründung eines Weststaates eingesetzt. Die gewählten Landtage stellten die Delegierten zur Beratung des Grundgesetzes, und die Landtage beschlossen auch die Annahme des Grundgesetzes und damit den Zusammenschluss der Länder zur Bundesrepublik Deutschland. Als dann auch noch die unbedeutende Provinzstadt Bonn zur Bundeshauptstadt erhoben wurde, errangen die Landeshauptstädte großes und etwa gleiches Gewicht. Die Bundesrepublik bot damit eine sehr große kulturelle Vielfalt. Auch stellten die Bundesländer im Bundesrat ein wichtiges Bundesorgan zur Verteidigung dieser Vielfalt im Westen Deutschlands.

Schließlich ist die Vereinigung Europas ein besonders bedeutendes Beispiel für einen Zusammenschluss von Nationalstaaten unter Bewahrung ihrer Souveränität und Identität. Diese Form der Vereinigung ist nach ihrem Erfinder, Jean Monnet, als „Methode Monnet“ bezeichnet worden: Keine großen utopischen Ziele und Programmatiken propagieren, sondern pragmatisch in kleinen Schritten Abhängigkeiten schaffen, so dass die Teile mehr und mehr kooperieren und immer mehr zusammenwachsen. Willy Brandt und Egon Bahr haben daraus die neue Ostpolitik entwickelt mit dem Grundkonzept, der Gegenseite das Recht zuzugestehen, anders zu sein.

Bei allen diesen Beispielen von Vereinigung gibt es keinen Kulturschock. Die sich vereinenden Teile müssen sich an keiner Stelle einer dominanten Kultur unterwerfen und anpassen. Damit gibt es auch keinen Anlass für einen Kulturschock. Die vereinten Teile bewahren ihre Vielfalt. Das Resultat ist eine geringere Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse als bei einer Vereinigung per Beitritt oder Anschluss. Dafür aber ist die Zufriedenheit mit dem Prozess hoch und der Grad der Vorurteile und Diskriminierung zwischen den Teilen gering (vgl. Wagner 2015).

Vereinigungen durch Beitritt oder Anschluss

Dies ist völlig anders bei der zweiten und geschichtlich häufigsten Form der Vereinigung, die Vereinigung per Beitritt oder Anschluss. Italiens Vereinigung im 19. Jahrhundert ist dafür ein Musterbeispiel. Nach der Niederlage Napoleons und der Restauration der vorrevolutionären Verhältnisse auf dem Wiener Kongress dominierte auf der italienischen Halbinsel das Haus Savoyen im Königreich Sardinien-Piemont als einzige genuin italienische Macht von Bedeutung. Die spanischen Bourbonen beherrschten den Süden Italiens im Königreich beider Sizilien. Das habsburgische Österreich war die bestimmende Macht im östlichen Nord- und Mittelitalien. Das Königreich Piemont-Sardinien war eine zentralistische, konstitutionelle Monarchie mit großen Machtbefugnissen des Monarchen und einem Wahlrecht, das nur zwei Prozent der Bevölkerung eine Beteiligung an der Politik erlaubte (vgl. Stärker 2000). Camillo Benso von Cavour, der Ministerpräsident von Sardinien, lud die Fürsten und den Adel der anderen Königreiche und Fürstentümer in ganz Italien ein, sich dem Adel Piemont-Sardiniens anzuschließen und so der drohenden Entmachtung durch die demokratischen Volksbewegungen Giuseppe Garibaldis zu entgehen. Sie machten davon gerne Gebrauch. Ein Land nach dem anderen trat nach einer Volksabstimmung unter den zwei Prozent Adel dem Königreich bei. Italien wuchs, indem Piemont-Sardinien wuchs, bis es sich in Königreich Italien umbenannte,

ohne sich dabei zu verändern. Erst 1884 wurde das Wahlrecht von den zwei auf sieben Prozent der Bevölkerung ausgedehnt (vgl. Stärker 2000).

Große Teile der ländlichen Bevölkerung des Südens fühlten sich durch die Einigung von oben um die versprochene Demokratisierung und Landreform betrogen und begannen einen langen Guerillakrieg, den Briganten-Krieg, gegen die Obrigkeit. Dies ist nur eine der vielen Äußerungen des anhaltenden Konfliktes zwischen den beigetretenen Teilen und den dominanten Teilen, die bis heute anhalten und die italienische Politik bestimmen. Hier hat es seit über 150 Jahren die im Modell Kulturschock vorhergesagte Verständigung nicht gegeben, genauso wenig wie in den 30 Jahren des wiedervereinigten Deutschlands.

Das kann man in all den anderen Beispielen der Vereinigung per Beitritt oder Anschluss beobachten: Der Anschluss des Königreichs Hannover an Preußen 1866 erzeugte einen über hundert Jahre anhaltenden Widerstand mit einer eignen Partei, der Deutsch-Hannoverschen Partei, die noch in den 1950er-Jahren den Ministerpräsidenten von Niedersachsen stellte.

Ein besonders spektakuläres Beispiel für eine Vereinigung per Anschluss ist der amerikanische Bürgerkrieg (1861–1865). Nach seinem Ende gab es bis 1877 eine *Reconstruction* genannte, relativ kurze Zeit der Herrschaft einer Koalition von befreiten Sklaven und Kräften aus dem Norden, die versuchten, eine demokratische und egalitäre Ordnung gegen den Widerstand der Repräsentanten der alten konföderierten Ordnung durchzusetzen. Nach und nach traten die aus der Union ausgetretenen Staaten der Union wieder bei. Die Wiedervereinigung war vollzogen. Dieser Prozess war aber so hochumstritten, dass er in den Südstaaten zu einem extremen Kulturschock führte, der in den Jahren seither zu keiner Verständigung geführt hat.

Es gibt eine Reihe von Einigungen und Wiedervereinigungen per Anschluss, die bei den Angeschlossenen so heftigen und über Generationen anhaltenden Widerstand verursachten, dass sie die Vereinigung rückgängig machten entweder per Volksabstimmung oder per Krieg. Beispiele dafür sind Tschechien und die Slowakei, Jugoslawien mit seinen Nachfolgestaaten und Jemen mit seinen jeweiligen Zerfalls- und Wiedervereinigungsstaaten.

Die Betrachtung von Vereinigungen und Wiedervereinigungen in der Geschichte zeigt, dass es nur bei Vereinigungen per Beitritt oder Anschluss Konflikte gibt, die man Kulturschock nennen könnte. Aber sie zeigen keinerlei Tendenz zu einer versöhnenden Verständigung zwischen den Teilen wie im Modell des Kulturschocks gefordert. Auch nach Jahrhunderten zeigt sich in vielen Gesellschaften eher eine Tendenz zum Gegenteil: Eine anhaltende und häufig zunehmende Verhärtung der Fronten. Das Modell Kulturschock hat versagt. Der Soziologie Norbert Elias hingegen bietet eine alternative Erklärung: dauerhaft wahrgenommener Ausschluss und anhaltende trotzig Gegenkultur.

Statt Kulturschock dauerhaft wahrgenommener Ausschluss und trotzig Gegenkultur

Norbert Elias hat bei seinen historischen Studien zu seinem großen Werk „Über den Prozess der Zivilisation“ (Elias 1980) in meiner Lesart zwei epochenmachende Entdeckungen gemacht. Die erste Entdeckung ist: Der kulturelle Wan-

del entsteht in Gesellschaften dadurch, dass Menschen ihr Prestige steigern wollen und deshalb die Verhaltensweisen von Gruppen übernehmen, die sie als mit mehr Prestige ausgestattet wahrnehmen. Allerdings werden nur diejenigen Verhaltensweisen übernommen, die mit dem eigenen Lebensstil vereinbar sind. Pierre Bourdieu hat in seinem Buch „Die feinen Unterschiede“ (1987) solche Lebensstile sehr treffend beschrieben. So wird klassische Musik in einer Gruppe, die einen eher groben und hedonistischen Lebensstil pflegt, wohl nie die dort populären Schlager verdrängen können, was musikalisch anspruchsvollere Popmusik aber durchaus leisten kann. Beim Übernehmen werden die Verhaltensweisen dem Lebensstil der Gruppe, die sie übernehmen, angepasst. Sie verändern sich dabei. Elias beschreibt, wie bei der Gesellschaftsgruppe, deren Verhaltensweisen übernommen werden, die Gefahr entsteht, dass sie in die unteren Gesellschaftsgruppen sozusagen eingeschmolzen werden und damit ihre hervorgehobene Stellung verlieren. Also muss diese hervorgehobene Gruppe rasch neue Verhaltensweisen entwickeln, die ihr wieder Distinktion und Distanz verschaffen. Das ist laut Elias der Motor des gesellschaftlichen Wandels. Die Eliten müssen sich ständig durch neue Distanz signalisierende Verhaltenspraktiken nach unten abgrenzen, die dann aber wieder von den unteren Schichten übernommen werden.

Auf diese Art und Weise werden Gesellschaften, in denen ein sozialer und ökonomischer Aufstieg möglich ist, durchtränkt von immer neuen Distanz und Überlegenheit signalisierenden Verhaltensnormen. In Gesellschaften, in denen Aufstieg nicht oder kaum möglich ist, etwa in der Kastengesellschaft strenggläubiger Hindus, fehlen die Distanzregeln Westeuropas. So wurde ich in Indien unverwandt und aus nächster Nähe angestarrt, und wenn ich mich darüber aufregte und die Gaffer vertreiben wollte, kamen noch mehr und drängten noch näher an mich heran. Erst durch Elias wurde mir klar, dass in Indien nicht schon Kleinkindern beigebracht wird, dass man nicht „glotzen“ soll. Wenn es interessant wird, müssen wir wegschauen. Die Inder dürfen dran bleiben.

Es ist eine überraschende Erkenntnis, dass auch die DDR seit dem Bau der Mauer eine Gesellschaft mit wenigen

Aufstiegsmöglichkeiten und damit eine Gesellschaft mit verminderten Distanzregeln war. Die distanzsetzenden Oberschichten waren ihr schon in den 1950er-Jahren durch Flucht in den Westen abhandengekommen. Die dadurch entstandenen Vakanzen waren durch junge Aufsteiger aus den Arbeiter- und Bauernfakultäten der ersten Generation DDR gefüllt worden, die den loyalen Kern der DDR bildeten, aber den akademischen Überlegenheitshabitus bürgerlicher Akademiker nie erlernt hatten. Nach dem Bau der Mauer blockierten sie alle Aufstiegsmöglichkeiten für die nachrückende Generation. Steigerung des eigenen Prestiges durch Distanz nach unten funktionierte nicht in der DDR. Es bildete sich eine engere und vertrautere Gesellschaft heraus, die nach dem Beitritt zur Distanzgesellschaft Westdeutschland sehr fremdelte. Mithilfe von Elias und Bourdieu kann man ein Modell des kulturellen Wandels konstruieren.

Die zweite Entdeckung von Norbert Elias ist die Aufstiegsblockade und die daraus entstehende trotzig Gegenkultur. Er schildert im ersten Band seines Werkes „Über den Prozess der Zivilisation“ im ersten Kapitel („Zur Soziogenese der Begriffe ‚Zivilisation‘ und ‚Kultur‘“), wie sich in Deutschland gegen Ende des 18. Jahrhunderts in der deutschen kulturellen Elite unter dem Einfluss der literarischen Avantgarde „Sturm und Drang“ und der philosophischen Avantgarde des deutschen Idealismus eine Strömung herausbildet, die sich gegen den sonst allgemein selbstverständlichen Gebrauch des Französischen in Literatur und Philosophie wendet und ihre Werke auf Deutsch verfasst, während an den Höfen der vielen Fürstentümer und Königreiche weiter Französisch gesprochen und alles daran gesetzt wird, dem französischen Hof in Versailles ebenbürtig zu erscheinen. In Frankreich und England kann das Bürgertum in den Adel aufsteigen und bleibt daher auf die Verhaltensweisen des hohen Adels als Orientierungspunkt ausgerichtet. In Deutschland sind die meisten höfischen Gesellschaften zu arm, um Bürgern in größerem Umfang diese Aufstiegsmöglichkeiten zu bieten. Das deutsche Bür-

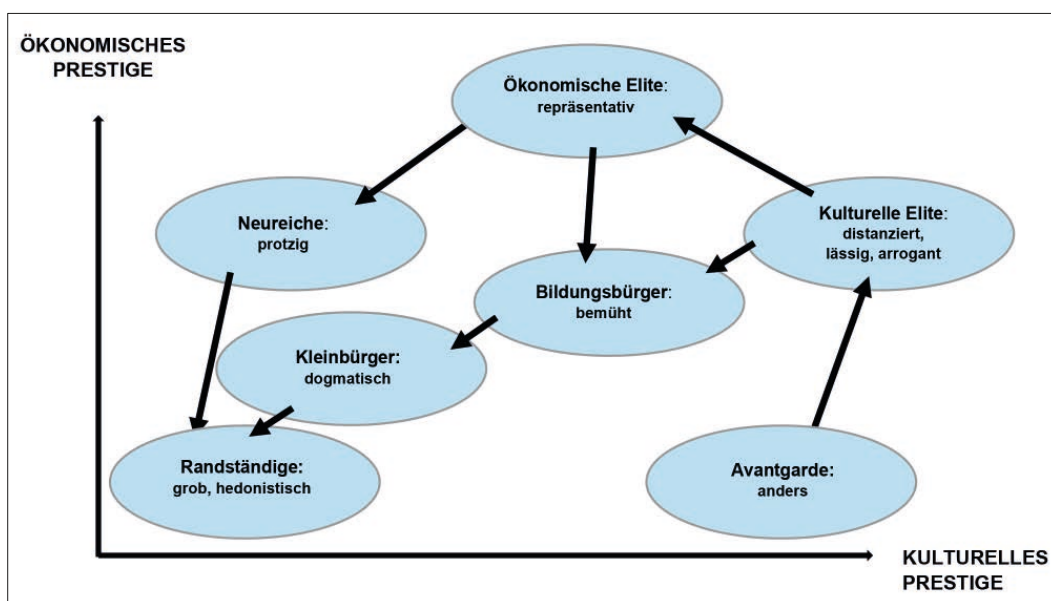


Abbildung 2:
Das Modell kulturellen Wandels nach Elias und Bourdieu

Quelle: Eigene Grafik, W. Wagner.

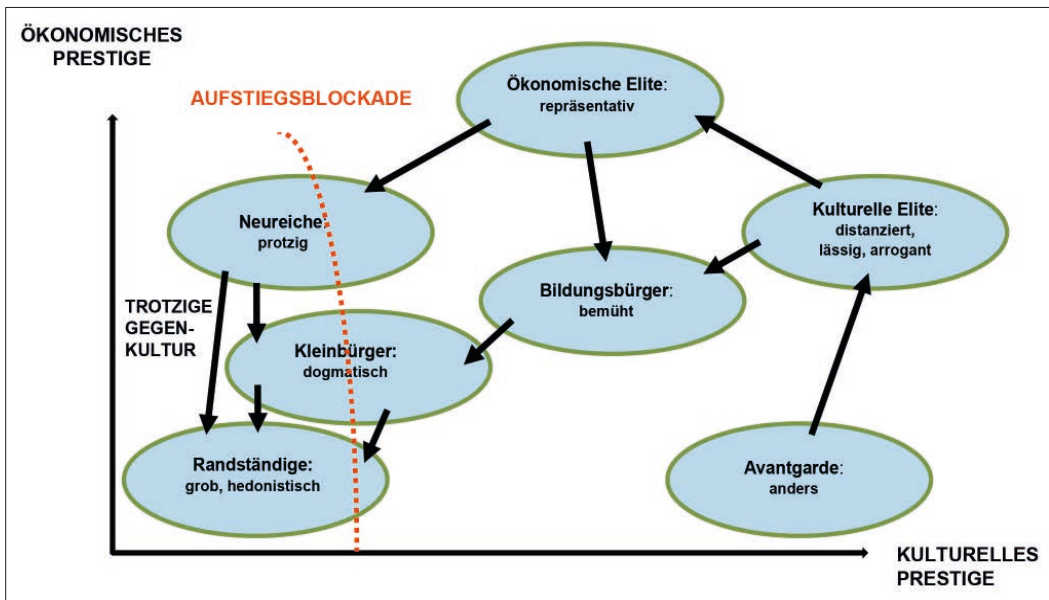


Abbildung 3:
Aufstiegsblockaden
im Modell

Quelle: Eigene Grafik, W. Wagner.

gertum und seine kulturelle Elite steckten in einer Aufstiegsblockade und orientiert sich trotzig auf eine deutschsprachige Gegenkultur. Dabei entwickelt diese lokale Elite ihre eigenen gegenkulturellen Normen, an denen sich die nachgeordneten Schichten orientieren, sie imitieren und so in der deutschen Gesellschaft verbreiten. Dem aus dem Französischen stammenden Begriff der „Zivilisation“, der eine allgemeine, vor allem äußerliche Eleganz und Modernität in allen Dingen bezeichnet, wird der deutsche Begriff der „Kultur“ entgegengesetzt, der vor allem nach Innerlichkeit, Bildung und Moralität strebt.

Ich verallgemeinere dieses Beispiel (vgl. Abbildung 3) und behaupte: Überall, wo Gruppen in einer Gesellschaft zu dem Eindruck gelangen, dass sie keine Chance haben, aufzusteigen und Anschluss an den bestimmenden Teil der Gesellschaft zu erhalten, spalten sie sich als zusammengehöriges Segment von der Gesellschaft ab und bilden eine trotzig Gegenkultur. Die höchste Schicht innerhalb dieses Segments übernimmt die Funktion einer lokalen Elite, die in gleicher Weise wie in der dominanten Gesellschaft imitiert und damit für das ganze Segment zum Vorbild wird.

Die Anwendung des Modells auf Deutschland

In der Endphase der DDR gab es mehrere trotzig Gegenkulturen. Da waren die Kirchennahen, denen wegen ihrer Verweigerung der Jugendweihe ein Studium und damit der Aufstieg verweigert worden war. Da waren die SED-fremden konservativen Akademiker, deren Kinder ebenfalls vom Studium ausgeschlossen und in der Reproduktion des elitären Status behindert worden waren. Da waren die Ausreisewilligen, die Ausreiseanträge gestellt hatten und deswegen massiv bedrängt wurden. Da waren die „Asozialen“, die randständigen Unangepassten, die sich der Betriebsarbeit verweigerten und dafür ins Gefängnis kamen. Und da waren die politischen Dissidenten, die Träger der Friedlichen Revolution. Und da waren schließlich die Normalen, die Bürgerinnen und Bürger, denen der Zustand der DDR zunehmend unerträglich erschien. Der Soziologe Detlef Pollack hat überzeugend gezeigt, wie diese sehr unterschiedlichen Strömungen unter der Führung der Ausreise-

willigen zusammenkamen und schließlich aufgrund der Weigerung Michail Gorbatschows, die SED-Herrschaft mit Panzern zu sichern, die Herrschaft der SED bedrohten (vgl. Pollack 2019). Mit der Öffnung der Mauer setzten sich die Kräfte endgültig durch, die keine reformierte DDR, sondern ihre schnelle Auflösung wollten. Sie wählten bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 diejenigen Parteien, die den schnellen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland forderten. So stimmten am 23. August 1990 81 Prozent der Abgeordneten der Volkskammer für den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland und für die Auflösung der DDR.

Wenig später erst bemerkten die Menschen im beigetretenen Teil Deutschlands, dass ihre Wahl ungeahnte Konsequenzen hatte. Denn Beitritt hieß: Im Prinzip sollte alles Ostdeutsche verschwinden und durch Westdeutsches ersetzt werden. Wer in diesem neuen Land aufsteigen wollte, musste dies nach westdeutschen Regeln tun. Wer auf einer ostdeutschen Identität beharrte, war damit ausgeschlossen. Aufstieg ging nur auf westdeutsch. Ostdeutsch-Sein war damit zur Aufstiegsblockade geworden. Dabei war gleichgültig, ob diese Aufstiegsblockade wirklich oder nur wahrgenommen war. Beides führte die Betroffenen in eine trotzig ostdeutsche Gegenkultur und die war oft rechts gesinnt, weil nichts die Westdeutschen so ärgerte wie das Rechts-Sein. Detlef Pollack, ein in der DDR aufgewachsener und dort promovierter Soziologe, hat schon 1997 in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ darauf hingewiesen, dass die verweigerte Anerkennung zu einer Ablehnung von Demokratie und Marktwirtschaft führte (vgl. Pollack 1997). Das war der soziale und ökonomische Kern dessen, was ich mit dem Modell Kulturschock vergeblich zu erklären versucht hatte.

Solche Reaktionen kann man auch in Ländern beobachten, die keine Wiedervereinigung erlebt haben. Die Wählerschaft Donald Trumps in den USA entsteht nach Beobachtungen der US-amerikanischen Ethnologin Arlie Russell Hochschild in ihrem Buch „Fremd in ihrem Land“ ebenfalls aus dem Gefühl, aus ihrem Land ausgeschlossen zu sein, von bevorzugten Minderheiten überholt zu werden, keine Chance zu haben (Hochschild 2017). Trump liefert ihnen die willkommene Symbolik und den idealen Sammelpunkt für eine trotzig Gegenkultur.

Die Entstehung der wahrgenommenen Aufstiegsblockade

Das macht das Fazit zur misslungenen Verständigung im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019 verständlich. Die Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften von 1991 bis 2010 (ALLBUS) zeigen, wie diese Wahrnehmung zustande gekommen ist.¹

Diagramm 1 zeigt, wie sich die Selbsteinstufung der Befragten in den neuen Bundesländern zu ihrer Schichtenzugehörigkeit in den Jahren nach der Vereinigung verändert hat. Immer mehr Menschen in den neuen Bundesländern ordnen sich selbst der Mittelschicht und der oberen Mittelschicht zu. Damit zeigen sie, dass sie einen deutlichen sozialen Aufstieg erlebt haben. Dazu kommt: Im Jahr 2018 konstatieren die Befragten in der ALLBUS-Befragung kaum einen Unterschied zwischen Ost und West bei der Beurteilung ihrer eigenen Wirtschaftslage. 68,3 Prozent der Ostdeutschen schätzen ihre Wirtschaftslage als sehr gut und gut ein. Bei den Westdeutschen sind es 70,7 Prozent, also etwa gleich viele.

Jedoch bei der Frage „Verglichen mit anderen, die hier in Deutschland leben, erhalten Sie Ihren gerechten Anteil,“

mehr als den gerechten Anteil, etwas weniger, sehr viel weniger?“ erscheint über all die Jahre hinweg eine krasse Diskrepanz (Diagramm 2): Zwischen 50 und 70 Prozent der Ostdeutschen kreuzen „etwas weniger“ und „sehr viel weniger“ an. 1991 sind es 82,4 Prozent und 1992 81,4 Prozent! Aber selbst 2018, als die Befragten praktisch keinen Unterschied in ihrer heutigen Wirtschaftslage feststellen, sind es immer noch 52,1 Prozent, die sich ungerecht behandelt sehen. In Westdeutschland (Diagramm 3) ist es umgekehrt: Zwischen 60 und 70 Prozent kreuzen den „gerechten Anteil“ oder „mehr als den gerechten Anteil“ an, so wie es sich in einer guten Gesellschaft gehört.

Das bedeutet, dass in den neuen Bundesländern bei einem großen Teil der Bevölkerung während der gesamten Zeit seit der Wiedervereinigung ein massives Gefühl der Benachteiligung, des Ausgeschlossen-Seins von der Teilhabe an der Mehrheitsgesellschaft geherrscht hat. Dieses Gefühl einer Aufstiegsblockade widerspricht der ökonomischen und sozialen Wirklichkeit, denn – wie eben gezeigt – von Anbeginn hat Aufstieg stattgefunden. Diese wahrge-

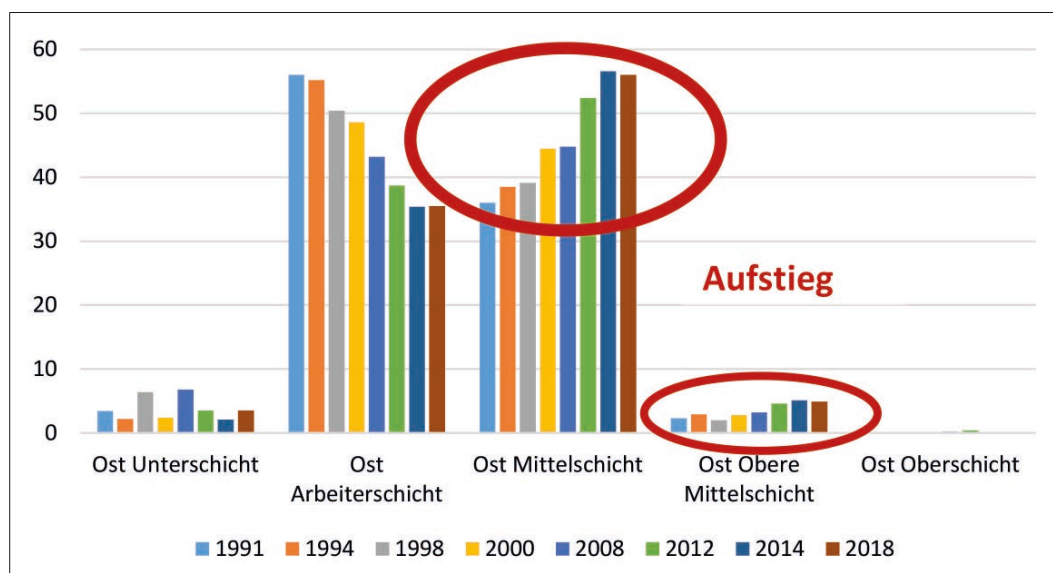


Diagramm 1: Ostdeutsche Selbsteinstufung zur Schichtzugehörigkeit 1991–2018 (ALLBUS)

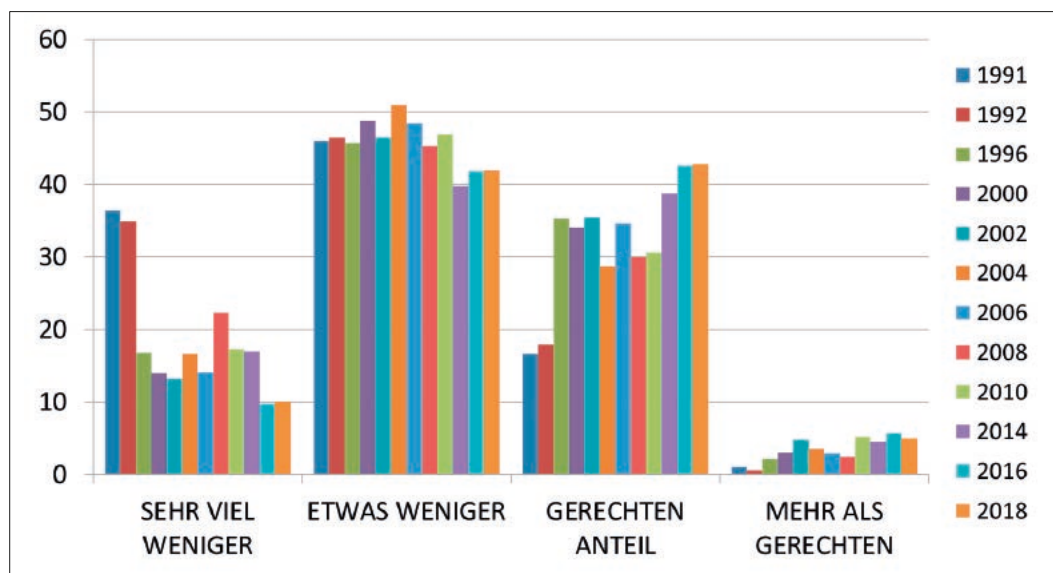


Diagramm 2: „Verglichen mit anderen, die hier in Deutschland leben, erhalten Sie Ihren gerechten Anteil, mehr als den gerechten Anteil, etwas weniger, sehr viel weniger?“ (Ostdeutsche)

Quellen: ALLBUS 1991–2018.

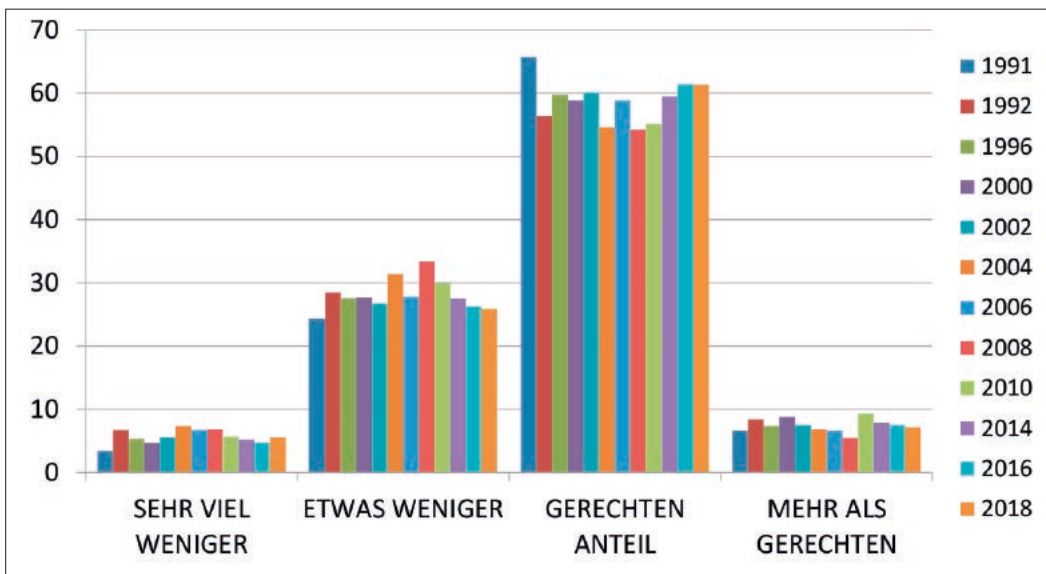


Diagramm 3:

„Verglichen mit anderen, die hier in Deutschland leben, erhalten Sie Ihren gerechten Anteil, mehr als den gerechten Anteil, etwas weniger, sehr viel weniger?“ (Westdeutsche)

Quellen: ALLBUS 1991–2108.

nommene Aufstiegsblockade stammt aus dem Ausschluss durch die Vereinigung per Beitritt, in dem alles Ostdeutsche für ungültig erklärt und durch Westdeutsches ersetzt worden ist.

Das ist die klassische Aufstiegsblockade, die nach dem von mir entwickelten Modell zu einer trotzigigen Gegenkultur führt.

Diese trotzigige Gegenkultur in den neuen Bundesländern hat in den 1990er-Jahren eine Welle von rechtsextremen Gewaltexzessen vor allem bei Jugendlichen erzeugt (Nimz 2019). Die von der Wiedervereinigung enttäuschten Jugendlichen gehörten zu den geburtenstarken Jahrgängen der DDR und wurden in besonderem Maße von der Gesellschaft der neuen Bundesländer ausgeschlossen, weil die Betriebe die älteren Beschäftigten mit Kindern behielten und die Jungen zurückwiesen. Sehr viele von diesen, besonders die klugen und gebildeten Frauen, wanderten nach Westdeutschland aus. Die jungen Männer, die blieben, trieben die Gegenkultur auf die Spitze. Sie schufen „national befreite Zonen“ und prügelten jeden, der anders

aussah, krankenhausreif oder gar tot. Meine Studentinnen und Studenten in Erfurt am Fachbereich Sozialwesen berichteten, wie sie verfolgt wurden und um ihr Leben fürchten mussten. Diese Jugendlichen sind inzwischen älter geworden und bilden heute das Rückgrat der ostdeutschen AfD.

Abbildung 4 versucht, den gegenwärtigen Zustand in den neuen Bundesländern abzubilden.

Über allem schweben wie eine Wolke die aus dem Westen importierten Eliten. In der Wirtschaft treten sie als dominantes lokales Management auf, das aber von den in Westdeutschland sitzenden Zentralen gesteuert wird. In den Verwaltungen sind die hohen Positionen vom Abteilungsleiter bis zum Staatssekretär mit wenigen Ausnahmen – außer bei den Ministern – genauso in westlicher Hand wie die meisten Professorenstellen an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen (vgl. Best/Holtmann 2012). Diese ökonomischen, kulturellen und Verwaltungseliten aus dem Westen sind kosmopolitischer und stehen stärker den 68ern nahe als ihr Gegenstück im Westen und erst

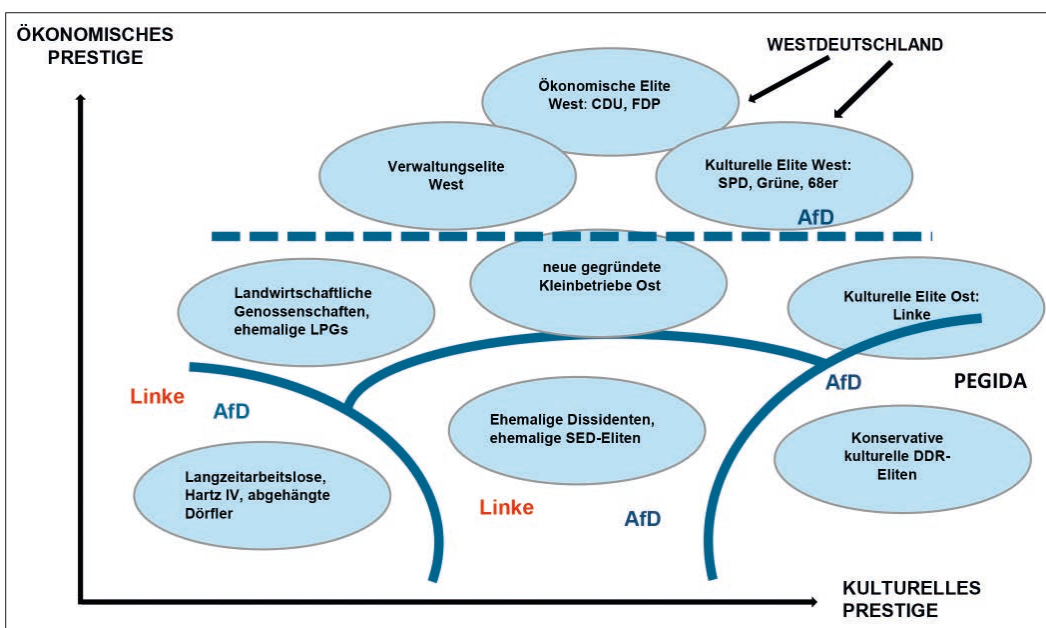


Abbildung 4:
Ostdeutschland heute

Quelle: Eigene Grafik, W. Wagner.

recht die Masse der Menschen, die im Osten aufgewachsen und dort geblieben sind. Das liegt daran, dass nach 1990 zuerst besonders erfahrene Kräfte mit „Buschzulage“ aus dem Westen kamen, die dann aber wieder zurück auf ihre alten Posten im Westen gingen. Geblieben sind die jungen, neugierigen und weltaufgeschlossenen Akademiker und Akademikerinnen, die sich gerne auf die Herausforderungen des Aufbaus nach dem Vorbild Westen und die auf Lebenszeit gut dotierten hervorgehobenen Positionen einließen und diese noch auf lange Zeit blockieren. Mit ihnen sind auch die heutigen Spitzen der AfD in den Osten gekommen.

Der kulturellen Elite aus dem Westen steht eine kulturelle Elite aus dem Osten gegenüber und vermischt sich mit ihr. Das sind diejenigen, die den Übergang und die Evaluationen geschafft haben. Und es sind auch diejenigen, die in den 30 Jahren seit der Wiedervereinigung ihre Ausbildung abgeschlossen und den Aufstieg geschafft haben. Zu ihnen gehören die Angehörigen der vielen erfolgreichen Kleinbetriebe in den neuen Bundesländern und der genauso erfolgreichen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die aus den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) hervorgegangen sind.

Diesem in die gesamtdeutsche Gesellschaft perfekt integrierten Segment stehen drei trotzig Gegenkulturen gegenüber, die sich im wiedervereinten Deutschland ausgeschlossen fühlen (vgl. Abbildung 4). Es gibt links unten die trotzig Gegenkultur der Ausgesonderten, die früher „Die Linke“ als Repräsentanten ihres Trotzes angesehen haben, nun aber mehr und mehr zur AfD übergehen. In der Mitte gibt es eine Trotskultur der früheren Gegner: die alte Parteielite und ehemalige Dissidenten, die die Friedliche Revolution mittrugen. Beide sind aus unterschiedlichen Gründen von der Wiedervereinigung enttäuscht und identifizieren sich mit der Linken und zunehmend mit der AfD. Der Wechsel zur AfD fällt ihnen leicht, weil sie wie alle im Osten Sozialisierten im Unterschied zu den im Westen Aufgewachsenen ein gespaltenes Weltbild haben. Sie vertreten zugleich stark linke und stark rechte Positionen. So bejahen sie beispielsweise sehr stark die Gleichstellung von Frauen und materielle Gleichheit als Maß der Gerechtigkeit. Gleichzeitig bejahen sie ebenso stark Aussagen zu Fremdenfeindlichkeit („Zuzug unterbinden“) und Autoritarismus („Straftäter härter bestrafen“; „Eine Diktatur ist manchmal besser“) (vgl. ALLBUS 2018). Schließlich gibt es ganz rechts im Bild die trotzig Gegenkultur der ehemaligen konservativen Eliten der DDR in den besseren Vierteln von Dresden und Leipzig. Sie verstehen sich mit PEGIDA als Avantgarde einer konservativen und heimatbezogenen Revolution gegen die Dominanz der westdeutschen Alt-68er.

LITERATUR

- ALLBUS 2018/GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2019): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Köln. URL: <https://www.gesis.org/allbus/inhalte-suche/studienprofile-1980-bis-2018/2018> [07.01.2020].
- Best, Heinrich/Holtmann, Everhard (2012): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Frankfurt am Main.
- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main.
- Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (2019): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit. Hrsg. vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Berlin. URL: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2019.html> [21.11.2019].

- Elias, Norbert (1980): Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. 7. Auflage, Frankfurt am Main. (Erster Band: Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes. Zweiter Band: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation.)
- Hochschild, Arlie Russell (2017): Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Frankfurt am Main/New York.
- Nimz, Ulrike (2019): Ohne jede Grenze. In: Süddeutsche Zeitung vom 9./10. November 2019.
- Oberg, Kalvero (1960): Culture Shock: Adjustment to New Cultural Environments. In: Practical Anthropology, Volume 7, Issue 4, S. 177–182.
- Pollack, Detlef (1997): Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung: der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 13/1997, S. 3–14.
- Pollack, Detlef (1998): Ostdeutsche Identität – ein multidimensionales Phänomen. In: Heulemann, Heiner (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen, S. 301–318.
- Pollack, Detlef (2019): Es war ein Aufstand der Normalbürger. In: FAZ vom 12.07.2019.
- Pollack, Detlef (2019): Regime und Widerstand. Die verachtete Bevölkerung der DDR. In: FAZ vom 16.07.2019.
- Stärker, Tina (2000): Deutsches und italienisches Wahlrecht. Diplomarbeit an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Fachbereich Angewandte Sprach- und Kulturwissenschaft.
- Wagner, Wolf (1996): Kulturschock Deutschland. Berlin.
- Wagner, Wolf (2015): Unification by Absorption or by Incrementalism (Sunshine Policy)? In: A Comparative Enquiry 25 Years after German Reunification. In: Development and Society, Volume 44, Issue 1, S. 167–189.
- Wagner, Wolf (2016): Vietnamesische Lehrjahre – Wiedervereinigungen zum Vergleich. In: Brähler, Elmar/Wagner, Wolf (Hrsg.): Kein Ende mit der Wende? Perspektiven aus Ost und West. Gießen, S. 247–265.

ANMERKUNGEN

- 1 ALLBUS 1980–2018. Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Die alle zwei Jahre erhobenen Deutschland-repräsentativen Umfragen wurden 1980–1986 und 1991 von der DFG gefördert. In den anderen Jahren dazwischen und danach wurden die Umfragen von Bund und Ländern finanziert und vom GESIS-Leibniz Institut für Sozialwissenschaften in Köln und Mannheim durchgeführt. Sie werden der sozialwissenschaftlichen Forschung und Lehre kostenlos zur Verfügung gestellt.



UNSER AUTOR

Prof. Dr.habil. Wolf Wagner war bis 2009 Professor für Sozialwissenschaften im Fachbereich Sozialwesen an der Fachhochschule Erfurt, deren Rektor er von 2001 bis 2005 war. 1976 schrieb er den Bestseller „Uni-Angst und Uni-Bluff. Wie studieren und sich nicht verlieren“ (letzte Überarbeitung 2007). Weiter publizierte er über Armut, Hochschule und zum Verhältnis von Ost- und Westdeutschland, so 1996 in der Monographie „Kulturschock Deutschland“. Heute lebt er im Ruhestand in Berlin.

Wiederkehr eines gespaltenen Bewusstseins? – Politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf

Everhard Holtmann

Nach dem Zusammenbruch der DDR erlebten die Menschen in Ostdeutschland eine zweifache Transformation. Sie mussten den Wechsel des politischen und des wirtschaftlichen Systems bewältigen. Die psychologischen Nachwirkungen der Umbrüche sind auch drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung noch gegenwärtig. Everhard Holtmann geht der Frage nach, wie sich die politischen Einstellungen in Ost- und Westdeutschland seit der Wiedervereinigung im Zeitverlauf entwickelt haben. Denn nur im Ost-West-Vergleich lässt sich klären, ob sich die Deutschen seit der Wiedervereinigung im politischen Denken angeglichen haben, getrennte Wege gingen oder sich gar divergent entwickelt haben. Indikatoren wie die Demokratiezufriedenheit, das Institutionenvertrauen, die wahrgenommene Responsivität von Politikern, die Bevorzugung des repräsentativen oder direkten Demokratiemodells, Formen politischer Partizipation sowie die Gerechtigkeitserwartungen an Staat und Politik geben Auskunft über Stand und Veränderungen der politischen Einstellungen. ■

Warum sind politische Einstellungen und ihre Kenntnis für die Demokratie bedeutsam?

Die Legitimität einer politischen Ordnung gründet auf hinreichender ideeller Bejahung durch die Bevölkerung sowie auf dem mehrheitlich anerkannten Nachweis ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit. Politik ist, kurz gesagt, Vertrauenssache. Wichtig ist, dass die Bevölkerung darauf vertraut, dass die gewählten Repräsentanten die an sie gerichteten Erwartungen guten Regierens (*good governance*) einlösen. Eine derartige Vertrauensbeziehung zwischen Bürgerinnen, Bürgern und dem Staat ist eine Grundbedingung für eine stabile Demokratie.

Insofern stellt ein Systemwechsel eine besondere Herausforderung dar, sowohl für die Bevölkerung wie für die politisch verantwortlich Handelnden. Denn mit einem solchen Wechsel der Rahmenbedingungen gehen in der Regel nicht nur ein Institutionenwandel, sondern auch einschneidende Veränderungen in den Lebensbedingungen einher. Das bringt besondere Anforderungen an das Anpassungsvermögen der betroffenen Menschen mit sich. Von ihnen ist die Bereitschaft gefordert, sich in gesellschaftlich wie politisch grundlegend neuen Verhältnissen zurechtzufinden.

Eine derartige Zäsur hat Deutschland in seiner jüngeren Geschichte zweimal erlebt, nämlich zunächst im Zuge der Demokratiegründung in Westdeutschland nach 1945 und sodann im Gefolge der Wiedervereinigung von 1990. Anders als die Westdeutschen in der Gründerzeit der Bun-

desrepublik mussten die Ostdeutschen nach dem Zusammenbruch der DDR und der unmittelbar anschließenden Wiedervereinigung eine doppelte Transformation, d. h. den Wechsel des politischen und des wirtschaftlichen Systems bewältigen. Weniger die materiellen Folgen als vielmehr die psychologischen Nachwirkungen der nach 1990 erfahrenen politischen, ökonomischen und sozialen Umbrüche sind in Ostdeutschland auch 30 Jahre nach der deutschen Einigung noch gegenwärtig.

Dieser Tatbestand ist wissenschaftlich gut belegt. Die politische Kultur, d. h. handlungsleitende politische Wertüberzeugungen, Einstellungen und Meinungen, wie sie sich in der nach Osten erweiterten Bundesrepublik herausgebildet haben, wird seit 1990 fortlaufend gründlich vermessen. Dabei behält die empirische Politikforschung vornehmlich Ostdeutschland im Blick, bezieht jedoch den Westen des Landes vergleichend mit ein. Nur mittels eines Ost-West-Vergleichs lässt sich nämlich klären, ob die Deutschen seit 1990 in ihrem politischen Denken zusammenwachsen oder aber getrennte Wege gehen. Erst wenn die Entwicklung im zeitlichen Längsschnitt betrachtet wird, treten Konstanz und Wandel von Einstellungen, d. h. die Festigung neuer Orientierungen sowie die Ablösung bzw. das Beharrungsvermögen tradierter Einstellungen deutlich zu Tage.

Die langen Wellen der deutschen Einigung haben wir im Rahmen zweier Untersuchungen auf breiter Datengrundlage vermessen. Dafür wurde eine Sekundärauswertung ausgewählter vorliegender Datensätze von bundesweiten Umfragedaten um Ergebnisse aus eigenen gesamtdeutschen Bevölkerungsumfragen jeweils ergänzt. So konnte eine Meta-Analyse erstellt werden, bei welcher aus den verschiedenen Umfragen – freilich um den Preis einer gewissen Vergröberung – einheitliche statistische Mittelwerte gezogen wurden, die sich als Zeitreihen abbilden lassen. Die Verlaufskurven der verdichteten Umfragedaten zeigen drei markante Signaturen auf, die mit den Schlagworten *Konvergenz*, *Differenz* und *Divergenz* plakativ beschrieben werden können: Zum einen sind auf der Einstellungsebene deutliche Tendenzen der Angleichung im Ost-West-Verhältnis erkennbar (*Konvergenz*). Zum zweiten bestehen Einstellungsunterschiede weiter fort (*Differenz*). Zum dritten ist zu beobachten, dass sich etwa ab Mitte des Jahres 2015 politisch-kulturell die Ost-West-Schere wieder weiter öffnet (*Divergenz*)¹.

Im folgenden Teil dieses Beitrags werden ausgewählte Befunde unserer vergleichenden Forschung zur politischen Kultur in Ost- und Westdeutschland, die wir an anderer Stelle 2015 und 2019 ausführlich publiziert haben², vorgestellt. Hierbei schauen wir insbesondere auf Einstellungen, die über Stand und Veränderungen im Verhältnis zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der politischen Ordnung sowie deren Akteuren Auskunft geben. Dazu zählen

Indikatoren wie die Demokratiezufriedenheit, das Institutionenvertrauen, die seitens der Bevölkerung wahrgenommene Rückkopplung (Responsivität) von Politikern, die Bevorzugung des repräsentativen oder des plebiszitären Demokratie Modells, die nachgefragten Formen politischer Beteiligung sowie die an Staat und Politik adressierte Gerechtigkeitserwartung.

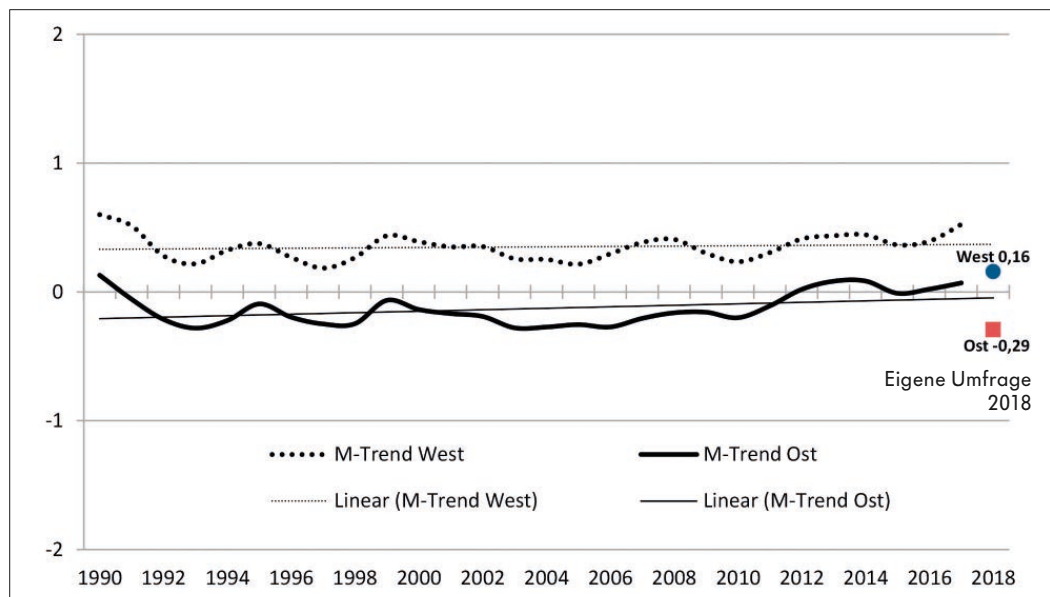
Die politische Kultur im geeinten Deutschland – Entwicklung und aktueller Stand im Spiegel ausgewählter Befunde

Demokratiezufriedenheit

Wie die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ausfällt, hängt von der individuellen Bewertung des politischen Alltagsgeschehens ab. Anders als das grundsätzliche Bekenntnis zur „Demokratie als Idee“, das über die Zeit hinweg weitgehend konstant bleibt, drückt Demokra-

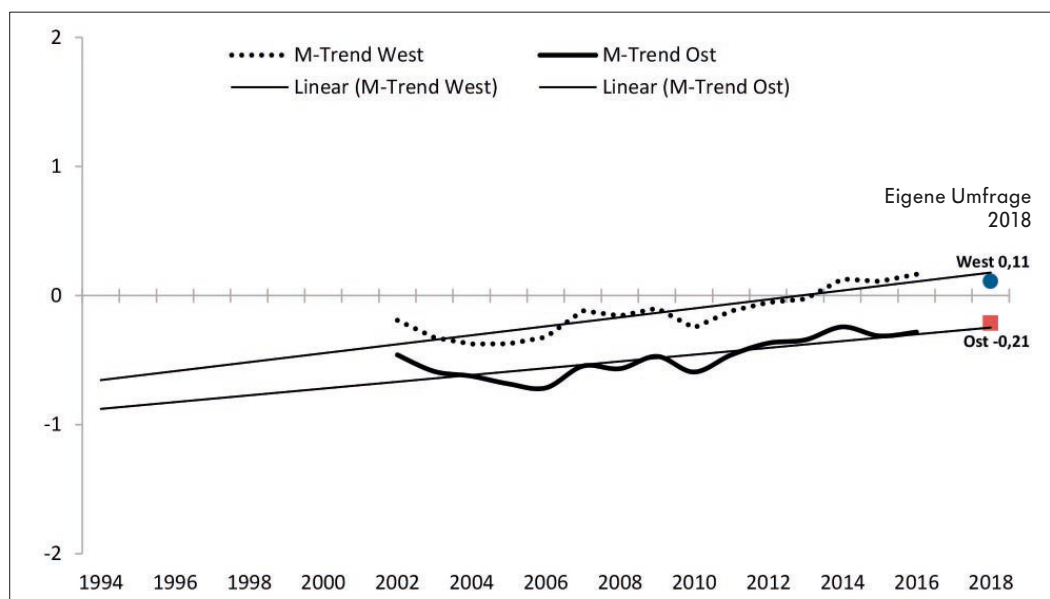
tiezufriedenheit die wahrgenommene praktische Leistungsfähigkeit dieser politischen Ordnung aus und unterliegt folglich stärkeren Schwankungen. Das veranschaulicht die nachstehende Abbildung 1.

Die Mittelwerte für die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie variieren zwar von Jahr zu Jahr, liegen aber gegen Ende des dritten Jahrzehnts nach der Wiedervereinigung etwa auf dem gleichen Niveau wie 1990. Die Wellenbewegung der Daten zeigt einen bemerkenswerten Gleichlauf. In Ostdeutschland unterschreitet der Zufriedenheitswert jedoch die in Westdeutschland gemessenen Werte durchwegs erheblich und liegt dabei, anders als im Westen, überwiegend im negativen Bereich. Die ganz rechts abgetragenen Einzelwerte unserer Bevölkerungsumfrage 2018 zeigen den in beiden Teilen des Lan-



Eigene Berechnungen Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) auf Basis von ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften), des Polit- und Eurobarometers, des ESS (European Social Survey), der GLES (German Longitudinal Election Study) und des Langfrist-Online-Trackings.

Abbildung 1:
Demokratiezufriedenheit
Mittelwerte auf einer
Skala (rekodiert) von
-2 (sehr unzufrieden) bis
+2 (sehr zufrieden)



Eigene Berechnungen ZSH auf Basis von ALLBUS, des Eurobarometers und des ESS.

Abbildung 2:
Vertrauen in die deutsche
Regierung
Mittelwerte auf einer
Skala (rekodiert) von -2
(überhaupt kein Vertrauen)
bis +2 (sehr großes Ver-
trauen)

des deutlichen, im Osten dramatischen aktuellen Einbruch der Demokratiezufriedenheit.

Vertrauen in politische Institutionen

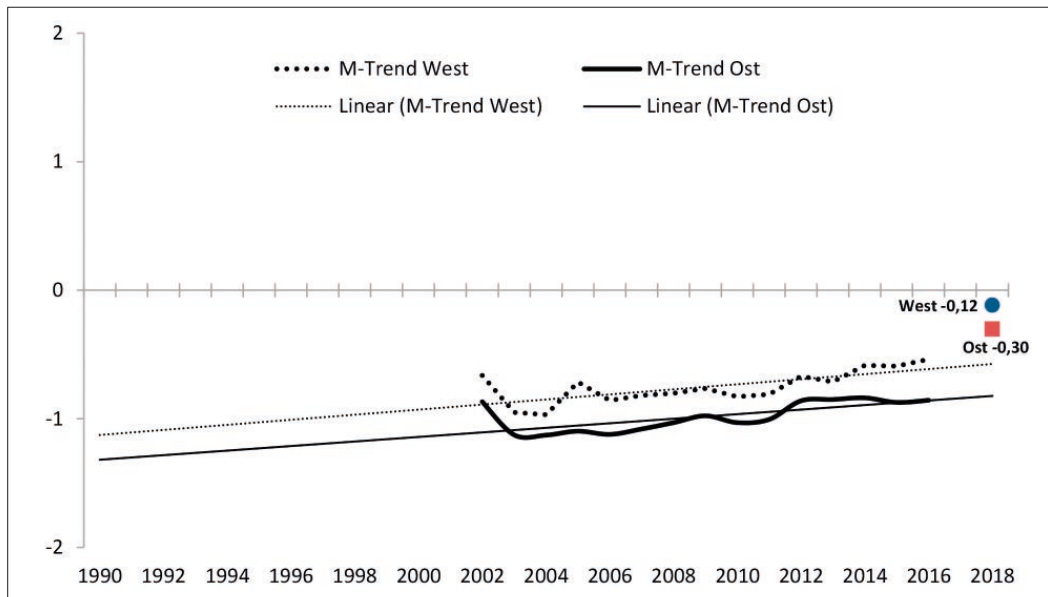
Seit Anbeginn der Wiedervereinigung bringen Ostdeutsche der Bundesregierung weniger Vertrauen entgegen als Westdeutsche (Abbildung 2). Jedoch war während der ersten zweieinhalb Jahrzehnte nach 1990 das Vertrauen in West wie Ost stetig gewachsen. Den rechts außen abgetragenen Einzelwerten unserer Bevölkerungsumfrage 2018 zufolge ist dieser Trend auch in den letzten Jahren nicht abgebrochen. Anders als in Westdeutschland bleibt der Vertrauenswert in Ostdeutschland aktuell aber wie zuvor im negativen Skalenbereich.

Die Berufsgruppe der Politiker, Politikerinnen und mehr noch die politischen Parteien nehmen seit jeher in der Rangfolge des Politikvertrauens hintere Plätze ein. Wie Abbildung 3 illustriert, ist dies im östlichen wie im westlichen Teil des Bundesgebietes nicht anders. Allerdings

weist, bei in etwa gleichbleibendem Ost-West-Abstand, seit Beginn der 2000er-Jahre die Linie nach oben.

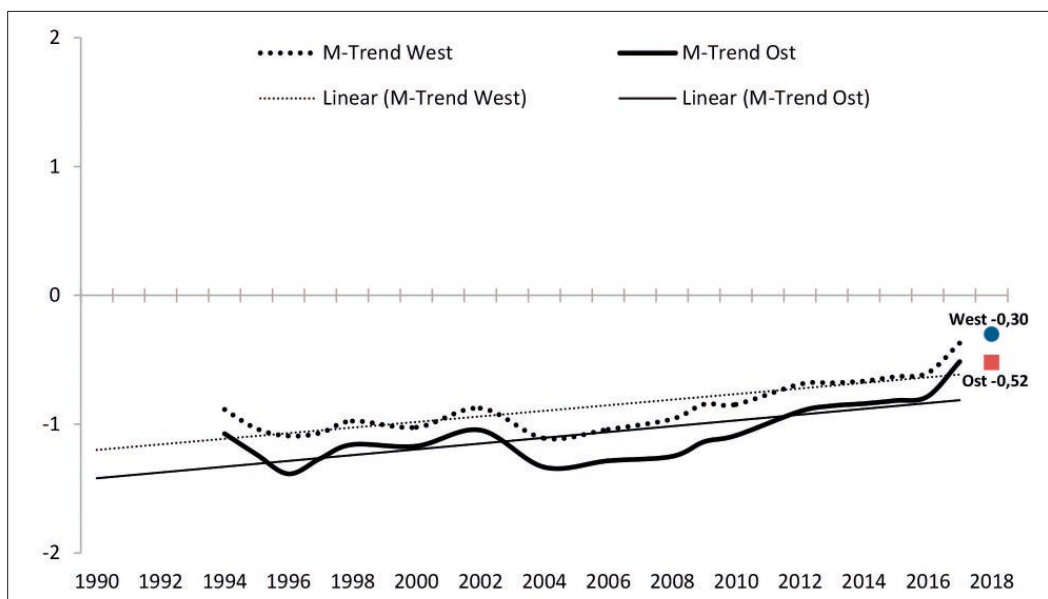
Wahrgenommene Rückkopplung von Politikern bzw. Parteien an die Bevölkerung (Responsivität)

Auch um die stete und intensive Beziehung zwischen der Bevölkerung und Politikern bzw. Parteien, wie sie eine lebendige Demokratie auszeichnet, ist es im geeinten Deutschland in den Augen der Bevölkerung traditionell schlecht bestellt. Die in der Gesellschaft wahrgenommene Rückkopplung der politischen Funktionselite wird üblicherweise zum Beispiel mittels Einschätzungen gemessen, ob sich die politischen Akteure auch zwischen Wahlterminen der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger annehmen, und ferner, ob sie das Gemeinwohl oder nur ihre eigenen Interessen im Blick behalten. Wie Abbildung 4 veranschaulicht, fremdeln die Deutschen in Ost wie West mit Politikern, Politikerinnen und Parteien ausdauernd, auch wenn sich seit etwa Mitte der 1990er-Jahre die gefühlte Distanz verringert.



Eigene Berechnungen ZSH auf Basis von ALLBUS, des Eurobarometers und des ESS.

Abbildung 3:
Vertrauen in Parteien
bzw. Politiker
Mittelwerte auf einer
Skala (rekodiert) von -2
(überhaupt kein Vertrauen)
bis +2 (sehr großes Ver-
trauen)



Eigene Berechnungen ZSH auf Basis von ALLBUS, des ESS, der Trafo-Studie (1994, 1998, 2002), der Konrad-Adenauer-Stiftung/KAS (1997), der KSPW (1995, 1996), der GLES und des Langzeit-Online-Trackings.

Abbildung 4:
Politikerinnen, Politiker
und Parteien attestierte
Rückkopplung (Responsivität)
Mittelwerte auf einer
Skala (rekodiert) von
-2 (min.) bis +2 (max.)

Eher für eine repräsentative oder für eine plebiszitäre Demokratie? – Präferenzen in Ost- und Westdeutschland

Seit der Wiedervereinigung ist die Vorliebe für direkte Demokratie in Ostdeutschland weiter verbreitet als im Westteil des Landes (Abbildung 5). Dieser ostdeutsche Sympathievorsprung für plebiszitäre Verfahren erklärt sich zum einen mit den Erfahrungen der Volksbewegung während der Friedlichen Revolution von 1989 und zum anderen mit einer größeren inneren Abstandshaltung gegenüber dem Parteienstaat, die sich auch in einem geringeren Grad an langfristig stabiler Bindung an eine Partei (hier ohne Abbildung) ausdrückt.

Untere Abbildung 5 zeigt zudem, dass sich die Ost-West-Unterschiede bezüglich des präferierten Demokratiemodells bis 2010 erkennbar angenähert hatten. Seither öffnet sich die Ost-West-Schere hier neuerlich.

Nutzungshäufigkeit ausgewählter Formen politischer Beteiligung

Unsere Bevölkerungsumfrage von 2018 bestätigt, was auch viele andere einschlägige Studien zeigen: Nur eine Minderheit der Deutschen in Ost und West nutzt Möglichkeiten politischer Partizipation, die über das Abgeben der Stimme bei allgemeinen Wahlen hinausgehen. Wie Oscar W. Gabriel, die 2018er-Umfragedaten zusammenfassend, feststellt, mobilisieren Unterschriftensammlungen und direktdemokratische Verfahren „in beiden Teilen Deutschlands mehr als ein Drittel der Befragten“. Ferner hat jede(r) Vierte nach eigenen Angaben im Laufe des Jahres vor der Befragung „schon einmal einen Entscheidungsträger kontaktiert oder an einer Bürgerversammlung teilgenommen“. Hingegen „berichtet nur jeder Zehnte über eine Beteiligung an einer Demonstration oder Mitarbeit in einer Partei, einem Verband oder einer anderen Freiwilligenorganisation.“³

Bei der tatsächlichen Nutzung diverser Formen politischer Beteiligung liegen die Werte für West- und Ostdeutschland (laut Selbstauskunft der Befragten) kaum auseinander. In Ost wie West engagieren sich je zehn Prozent in Parteien und Organisationen und nehmen je zwölf Prozent an Demonstrationen teil. 25 Prozent (West) bzw. 23 Prozent (Ost) nehmen Kontakt auf zu Politikern, Politikerinnen oder Amtspersonen. 29 bzw. 27 Prozent kommen zu Bürgerversammlungen, 36 bzw. 42 Prozent nehmen an Bürger-

WIEDERKEHR EINES GESPALTENEN BEWUSSTSEINS? – POLITISCHE EINSTELLUNGEN IN OST- UND WESTDEUTSCHLAND IM ZEITVERLAUF

bzw. Volksentscheiden teil, und 41 bzw. 43 Prozent beteiligen sich am Sammeln von Unterschriften. Dabei sind der Besuch von Bürgerversammlungen sowie die Teilnahme an Instrumenten direkter Demokratie in den letzten Jahren deutlich, im Osten deutlicher als im Westen, gestiegen.⁴

Erfüllte oder enttäuschte Gerechtigkeitserwartungen? – Einschätzungen im Osten und im Westen Deutschlands

Einem klassischen Modell der Systemtheorie zufolge, besteht eine wichtige Systemfunktion, die das Überleben eines politischen Systems ermöglicht, in der maßgebenden („autoritativen“) Verteilung öffentlicher und privater Güter.⁵ Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger spielt es für ihre Loyalität gegenüber dem politischen System eine wesentliche Rolle, ob die staatlicherseits direkt oder mittelbar gesteuerte Güterallokation, wozu neben materiellen Leistungen auch immaterielle Lebenschancen gehören, sich am Gerechtigkeitsprinzip als Richtgröße orientiert. Aufgrund der langen deutschen Sozialstaatstradition ist die Grund-erwartung gerecht gestalteter Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland besonders weit verbreitet.

In Umfragen wird die Gerechtigkeitsnote, die die Befragten vergeben können, mit zwei Fragen erhoben. Eine Frage lautet, ob es „hierzulande alles in allem gerecht zugeht“. Zusätzlich wird gefragt, ob die betreffende Person nach eigener Einschätzung „einen persönlich gerechten Anteil erhält“ bzw. anders formuliert, „bekommt, was mir zusteht“. Dass es in Deutschland „alles in allem gerecht zugeht“, bejahten im ersten Halbjahr 2018 bundesweit etwas mehr als 52 Prozent. 40 Prozent waren gegenteiliger Ansicht. Dabei fiel das Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmen in Ost und West spiegelverkehrt aus. In Ostdeutschland votierten knapp 54 Prozent für „ungerecht“ und nur annähernd 38 Prozent für „gerecht“. Hingegen ging es für 55 Prozent der Westdeutschen „gerecht“ und für knapp 38 Prozent „ungerecht“ zu.⁶ Ein starkes regionales Gefälle trat auch beim persönlichen Gerechtigkeitsempfinden zu Tage: Gut 27 Prozent im Westen, jedoch knapp 38 Prozent im Osten der Bundesrepublik waren der Ansicht, sie bekämen weniger als den gerechten Anteil.⁷

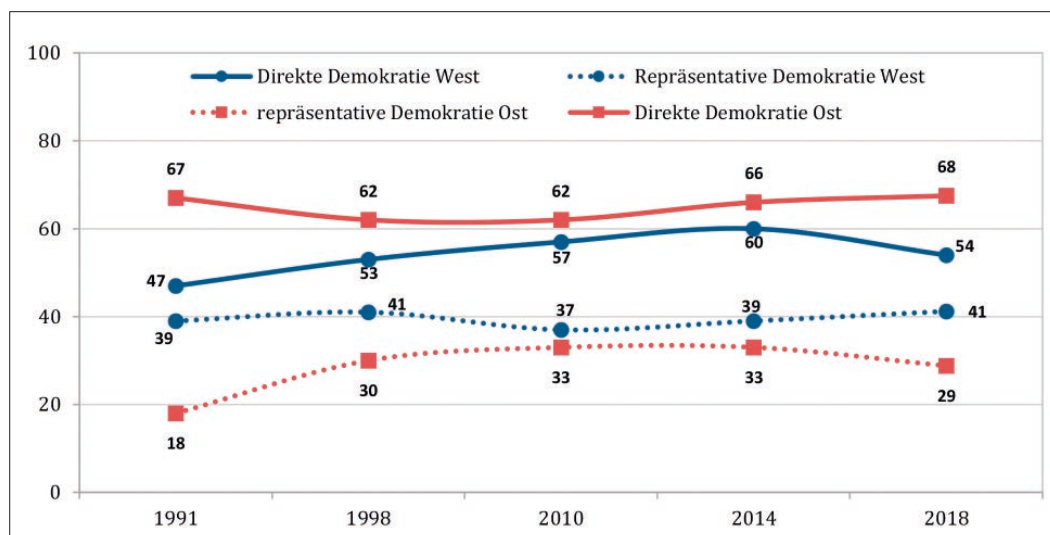
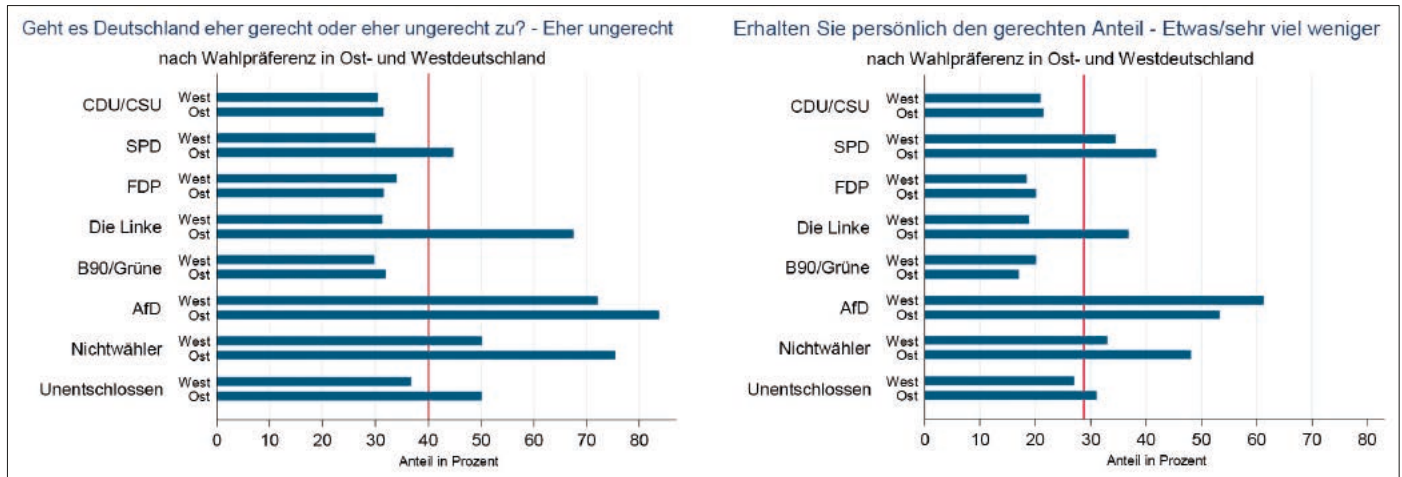


Abbildung 5:
Präferenz für das repräsentative und das direkte Demokratiemodell im ost-westdeutschen Vergleich (Prozentwerte)

Quelle: Eigene Bevölkerungsumfragen 2014 und 2018.

Abbildung 6: Gerechtigkeitsempfinden nach Wahlpräferenz in Ost- und Westdeutschland



Quelle: Bevölkerungsumfrage politische Partizipation Ostdeutschland 2018. Abgedruckt bei Brachert, in Holtmann u. a. 2019, S. 270.

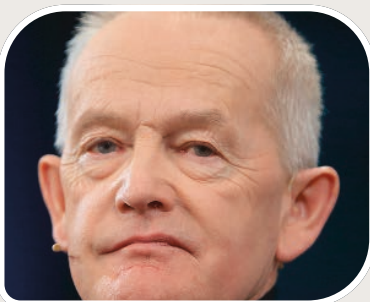
Wohl unterliegt die Beantwortung der Gerechtigkeitsfrage im Zeitverlauf Schwankungen, und sie fällt auch regional unterschiedlich aus.⁸ Und je nachdem, ob die eigene Lebenslage allgemein und persönlich als gerecht oder ungerecht bewertet wird, unterscheiden sich, wie obige Abbildung 6 zeigt, auch die Parteiensympathien, und sie sind außerdem unterschiedlich in Ost und West.

Die Balkendiagramme in der Abbildung 6 lassen erkennen, dass Befragte mit ausgeprägtem Ungerechtigkeitsempfinden unter Personen mit Wahlabsicht zugunsten der AfD, verglichen mit Anhängern anderer Parteien, in Ost wie West den größten Anteil stellen. In ähnlicher Größenordnung sind Menschen, welche die Verhältnisse generell bzw. persönlich als ungerecht bewerten, nur noch unter Nichtwählern und Anhängern der Linkspartei in Ostdeutschland zu finden.

Ausblick

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im September und Oktober 2019 haben die sich in den Umfragen ab 2015 ankündigende, neuerlich zwischen Ost- und Westdeutschland wieder wachsende Kluft in der politischen Kultur der Bundesrepublik bestätigt. Insbesondere in Regionen, die seit 1990 von Abwanderung und wirtschaftlicher Schrumpfung stark betroffen sind, konnte die AfD überdurchschnittliche Zugewinne erzielen.⁹ Ob die hohen Stimmenanteile der AfD einen ostdeutschen Sonderweg darstellen oder ob sie die Vorboten einer dauerhaften Umschichtung des gesamtdeutschen Parteiensystems sind, ist angesichts bisher niedrigerer Wähleranteile in Westdeutschland und im nationalen Rahmen stagnierender Umfragezahlen der AfD derzeit noch offen.

UNSER AUTOR



Prof. Dr. Everhard Holtmann war bis 2012 Professor für Systemanalyse und Vergleichende Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Von 2007 bis 2012 war er Sprecher des DFG-Sonderforschungsbereichs 580 („Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch“) der Universitäten Jena und Halle. Seit 2012 ist er Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (ZSH). Seit 2017 leitet er das Projekt Kompetenzzentrum soziale Innovation Sachsen-Anhalt. Er hat zahlreiche Forschungsprojekte realisiert und Publikationen veröffentlicht in den Themenfeldern Demokratie, Partizipation, lokale Politik, Regieren, Transformationsforschung und historische Politikforschung.

ANMERKUNGEN

- 1 Erste Hinweise hierfür in Everhard Holtmann/Tobias Jaeck: Was denkt und meint das Volk? Deutschland im dritten Jahrzehnt der Einheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33–34/2015, S. 35–45.
- 2 Siehe hierzu Oscar W. Gabriel/Everhard Holtmann/Tobias Jaeck/Melanie Leidecker-Sandmann/Jürgen Maier/Michaela Maier: Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und Politische Einstellungen (Reihe bpb Zeitbilder). Bonn 2015; sowie Everhard Holtmann (Hrsg.): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland. Mit Beiträgen von Matthias Brachert, Oscar W. Gabriel, Rebekka Heyme, Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Aya Isabel Kleine und Jürgen Maier. Frankfurt/New York 2019.
- 3 Oscar W. Gabriel: Politische Partizipation im ausgehenden dritten Jahrzehnt des vereinigten Deutschland. In: Holtmann 2019 (vgl. Endnote 2), S. 194.
- 4 Ebenda, S. 195f.
- 5 Vgl. David Easton: A Systems Analysis of Political Life. New York u. a. 1965.
- 6 Holtmann 2019 (vgl. Endnote 2), S. 134.
- 7 Ebenda, S. 135.
- 8 Vgl. etwa Sachsen-Monitor 2017, S. 36, und Sachsen-Anhalt-Monitor 2018, S. 71.
- 9 Hierzu jetzt ausführlicher Matthias Brachert/Everhard Holtmann/Tobias Jaeck: Sozialräumliche Einflüsse auf politische Einstellungen und Wahlverhalten. Eine vergleichende Analyse von Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern (Schriftenreihe Empirische Sozialforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung). Berlin 2020. Download: <https://www.fes.de/forum-berlin/artikelseite-forum-berlin/neue-studie-vergleichende-analyse-der-landtagswahlen-2019-in-drei-ostdeutschen-bundeslaendern> [31.03.2020]

Demokratieunterstützung und politische Kultur in Ost und West

Erik Vollmann

Drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung dominiert das Trennende, nicht das Vereinende oder gar Vereinigte das öffentliche Bild zum Zustand der Republik. Nicht zuletzt die regionale Stärke der rechtspopulistischen bis -extremistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) im Osten gilt als Ausdruck der gesellschaftlichen Spaltung. Noch dreißig Jahre nach ihrem Beitritt zur Bundesrepublik müssen sich die Bürger und Bürgerinnen der neuen Bundesländer des Verdachtes erwehren, sie seien nicht „demokratiefähig“. Doch wie gravierend ist die Spaltung der Gesellschaft? Der Beitrag von Erik Vollmann untersucht, wie es um zentrale Elemente der Demokratieunterstützung in Deutschland bestellt ist. Dabei werden Osten und Westen nicht als monolithische Blöcke betrachtet, sondern die Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern in den Blick genommen. ■

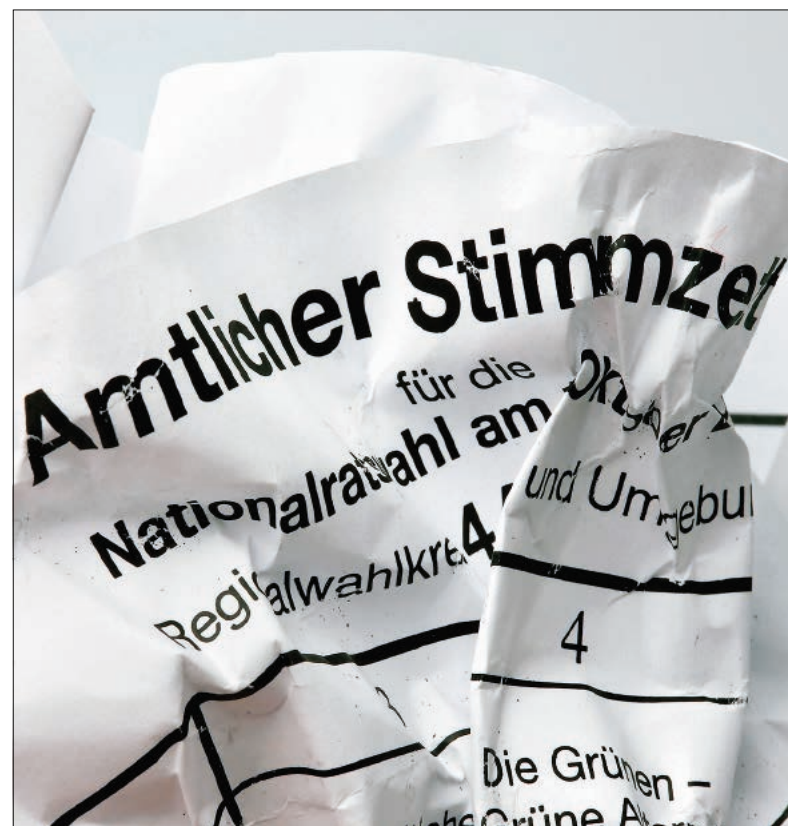
Vorbemerkung

Dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung scheint die deutsche Gesellschaft noch immer gespalten. Der Osten fühlt sich vom Westen dominiert.¹ Im Gegenzug geht das unschöne Bild von „Dunkeldeutschland“ wieder um, das bereits in den 1990ern als Pejorativ für den rückständigen Osten benutzt wurde und das – so intendiert oder nicht – 2015 im Zuge der Flüchtlingskrise aus dem Munde des deutschen Staatsoberhauptes einmal mehr in den neuen Bundesländern für Empörung sorgte.

Diese Vorgänge sind Ausdruck – nicht Ursache – einer Spaltung der Gesellschaft und werfen Fragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland auf. Dabei ist Zusammenhalt nicht mit Konsens zu verwechseln: Eine offene Gesellschaft ist ohne Partikularinteressen und Streit undenkbar. Es braucht den Konflikt, der durchaus auch hitzig ausfallen darf. Die ihm zugrunde liegenden gesellschaftlichen Interessengegensätze dürfen freilich nicht die gesellschaftlichen Bindekräfte schwächen. Solange es einen „nicht streitigen Sektor“ (Ernst Fraenkel) gibt, über den sich kein Einzelinteresse hinwegsetzt, ist die Gefahr einbrechenden Zusammenhalts auch einigermaßen gebannt. Die gegensätzlichen Interessen bedürfen weiterhin des fortwährenden Austarierens. Regierungspolitik ist in diesem Sinne der Vektor widerstreitender politischer Kräfte. Dass dabei jene zu kurz kommen, die nicht für eine Regierungspartei stimmen, ist im Kern unproblematisch. Die demokratische Chance, eventuell bei der nächsten Wahl zum Zuge kommen zu können, wirkt gesellschaftlich befriedend. Unzufriedenheit mit dem politischen „Personal“ ist für das Bestehen einer Demokratie darum weniger problematisch als vielmehr der Motor politischen Wandels. Die Abwahl von Politikern und Politikerinnen ist – weil in der Demokratie

selbst angelegt – allgegenwärtig. Doch was geschieht, wenn Unmut und Frust weitergehen und die politischen Tiefenschichten erfassen? Wenn plötzlich nicht mehr einzelne Richtungsentscheidungen oder Politiker und Politikerinnen, sondern „die politische Klasse“ an sich, die „real existierende“ Demokratie oder gar die Demokratie als gesellschaftliches Ordnungsmodell zur Disposition stehen?

Die Unterstützung – oder Ablehnung – von Demokratie kann unterschiedlich spezifisch bzw. tief greifend sein. Erfasst der politische Unmut nicht nur die konkrete Akteursebene, sondern auch politische Institutionen, das ganze politische System, die Idee der Demokratie oder gar die politische Gemeinschaft, stehen die politische Einheit und das demokratische Miteinander infrage. Die Stabilität eines politischen Systems ist direkt von der Unterstützung, zumindest aber der Duldung durch die eigene Bevölkerung abhängig. Hiervon ausgehend ist das Ziel dieses Beitrags die Analyse der Demokratieunterstützung in Deutschland. Dabei wäre der Blick auf die Gesamtbevölkerung, der in den meisten Untersuchungen zur Thematik vorherrscht, unzu-



Erfasst der politische Unmut nicht nur die konkreten politischen Akteure, sondern auch politische Institutionen, das ganze politische System, die Idee der Demokratie oder gar die politische Gemeinschaft, stehen die politische Einheit und das demokratische Miteinander infrage.

picture alliance/dpa

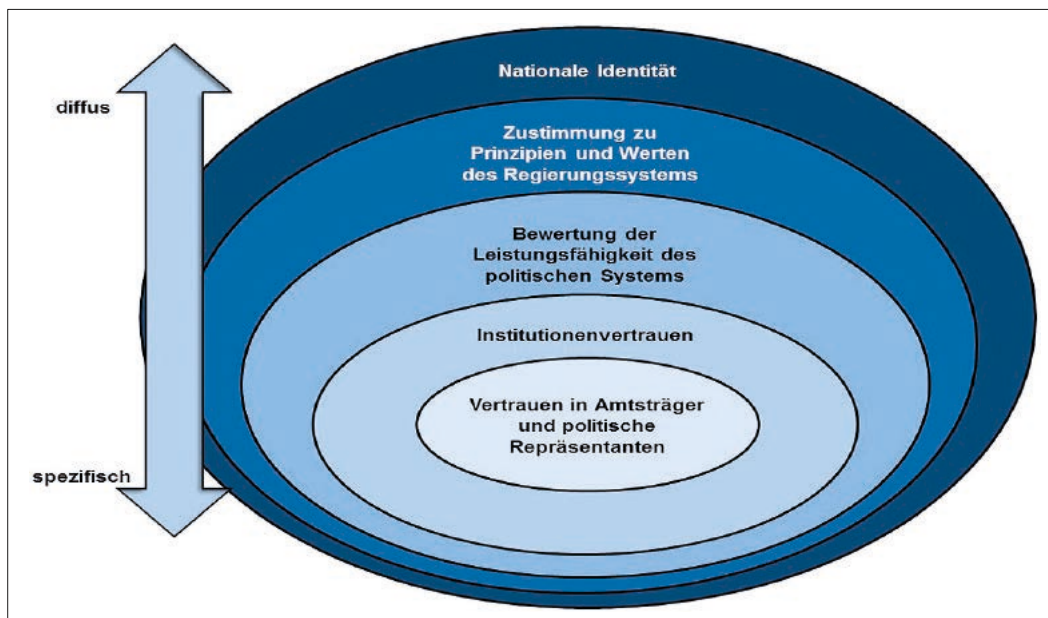


Abbildung 1:
Objekte politischer Unterstützung

Quelle: Norris 2011: 24.

reichend: Zusammenhalts- und stabilitätsgefährdend kann auch die Ablehnung des Systems in einzelnen Gesellschaftssegmenten sein. In Deutschland hat sich durch die Transformationsgeschichte eine Betrachtung Ostdeutschlands und die vergleichende Miterfassung des Westens (zumeist inklusive Berlin) tradiert. Doch auch „der Osten“ ist kein einheitlicher Block. Hier bedarf es einer regionalen Feinanalyse, der in diesem Beitrag durch einen Vergleich der Demokratieunterstützung zwischen den Bundesländern Rechnung getragen werden soll.² Auf dessen Basis wird die Unterstützung bzw. Ablehnung der Demokratie auf verschiedenen Ebenen verglichen.

Politische Kultur und Demokratieunterstützung

Die Politische Kulturforschung basiert auf der Annahme, jedes politische System habe einen Selbsterhaltungstrieb und strebe daher nach Stabilität. Ein dauerhafter Bestand

setzt aber die Anerkennung der Ordnung als legitim (also rechtmäßig) durch die Bürger und Bürgerinnen voraus (Pickel/Pickel 2006: 52). Die Ergründung der gesellschaftlichen Voraussetzungen demokratischer Stabilität war das Gründungsmotiv und ist bis heute zentrales Anliegen dieses Forschungszweigs. „Politische Kultur“ umfasst die Meinungen, die gefühlsmäßigen, wissensbasierten und bewertenden Einstellungen sowie die Werteorientierungen der Bevölkerung (nicht eines bestimmten Individuums) gegenüber der Politik. Jedoch: Welche Einstellungen sind der Demokratiestabilität zuträglich, welche nicht?

Legitimität ist kein eindimensionales Konzept. Vielmehr kann sich die Anerkennung durch den Bürger bzw. die Bürgerin (oder deren Verweigerung) auf verschiedene Teile des politischen Systems richten: Ich muss nicht die Demokratie als Herrschaftsform verdammen, nur weil ich mit meinen gewählten Repräsentanten in dieser Legislaturperiode nicht einverstanden bin. Umgekehrt: Nur weil ich in der Demokratie eine schlechte Staatsform sehe, muss das nicht

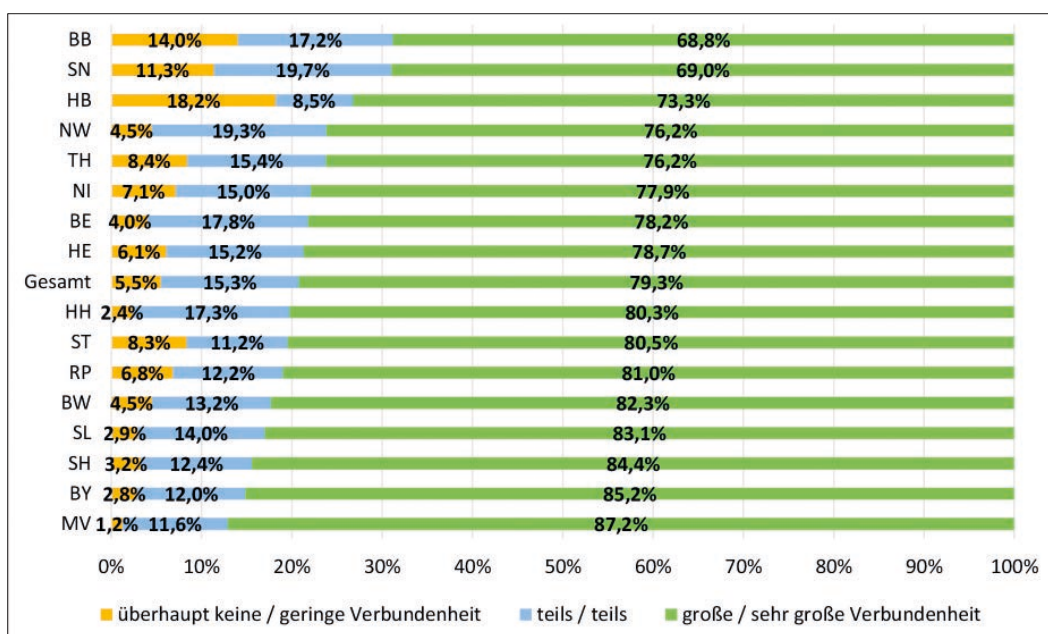


Abbildung 2:
Einstellungen zur politischen Gemeinschaft: Verbundenheit mit dem Land⁴

Quelle: Eigene Berechnungen nach Bertelsmann 2017, gewichtete Ergebnisse.

heißen, ich halte die politische Elite prinzipiell für unfähig oder korrupt. Getrennt werden muss auch zwischen den Institutionen: Wer mit dem Verfassungsgericht oder der Polizei zufrieden ist, muss es noch lange nicht mit dem Parlament oder der Regierung sein (und umgekehrt). In Anlehnung an Pippa Norris (1999; 2011) werden fünf verschiedene Formen der politischen Unterstützung unterschieden (Abbildung 1). Sie lassen sich auf einem Kontinuum zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung abtragen. Je spezifischer die Unterstützungsart, umso mehr hängt sie von den konkreten Leistungen der Politik ab; je diffuser sie ist, umso mehr ist sie von grundlegenden Werten und der individuellen Sozialisation der Menschen abhängig.³

Große Unterstützung der politischen Gemeinschaft in der gesamten Republik

Eine Analyse der verschiedenen Dimensionen demokratischer Unterstützung in der Republik, in Ost und West sowie den deutschen Bundesländern offenbart Grautöne unterschiedlichster Schattierung. Die politische Gemeinschaft als Fundament jeder politischen – also auch demokratischen – Ordnung befindet sich weitab einer Krise: 79 Prozent der Deutschen fühlen sich mit ihrem Land verbunden – ein Wert, der über die Zeit relativ konstant und vergleichbar mit anderen europäischen Länder ist (Mannewitz/Vollmann 2019: 38). Lediglich fünf Prozent der Deutschen tun dies nicht, 15 Prozent äußern sich ambivalent. Alle drei Gruppen können für eine Demokratie ausschlaggebend sein – von der großen Mehrheit ist vermutlich ein Eintreten für die politische Gemeinschaft im Krisenfall zu erwarten, von den wenigsten ein Opponieren, und die Mittelgruppe dürfte wohl entweder schwanken oder sich heraushalten wollen. Was die regionale Verteilung angeht, so ist die Verbundenheit mit Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern (87 %), Bayern (85 %) und Schleswig-Holstein (84 %) am größten, in Brandenburg (69 %) und Sachsen (69 %) am niedrigsten. Dazu gibt es in Bremen (18 %), Brandenburg (14 %) und Sachsen (11 %) größere (aber nicht große) Grup-

pen, die sich wenig oder nicht mit dem eigenen Land verbunden fühlen (siehe Abbildung 2). Von einer homogenen Ost-West-Kluft kann aber keine Rede sein. Das durchgängig bessere Wahlergebnis der AfD in den ostdeutschen Ländern zur Bundestagswahl 2017 sowie deren Erfolge bei den Landtagswahlen 2019 in Sachsen, Brandenburg und Thüringen scheinen von der Verbundenheit der Wähler mit Deutschland nicht abzuhängen. Dieser Befund überrascht angesichts der Rhetorik der Parteiführung und der Bedeutung des Nationalen in Wahl- wie Grundsatzprogramm.

Ost-West-Gefälle bei der Unterstützung der Demokratie als beste Staatsform

Generell liegt die Unterstützung der Demokratie um ihrer selbst willen in Deutschland gleichfalls auf hohem Niveau. Bei mehr als 75 Prozent der Deutschen stoßen die demokratischen Grundwerte auf Resonanz. Nur sechs Prozent der Bevölkerung können demgegenüber als ausgemachte Demokratieskeptiker gelten, wiederum 18 Prozent sehen Stärken und Schwächen der Demokratie. In den meisten europäischen Staaten fällt diese Unterstützung groß aus (70–80 %), und Deutschland reiht sich hier ein. Die Ergebnisse dieser Untersuchung stellen Deutschland daher eigentlich ein solides Zeugnis aus (siehe auch Klingemann 2014: 146; Mannewitz/Vollmann 2019: 33, 38–39). Obwohl die generelle Unterstützung der Demokratie als beste Staatsform also ähnlich stark ausfällt wie bei der politischen Gemeinschaft und deswegen zu erwarten wäre, die Demokratie ruhe auf einem ebenso festen Sockel, gibt es beträchtliche regionale Disparitäten, die eine unterschiedlich starke Verwurzelung demokratischer Werte suggerieren: Die Akzeptanz der Demokratie als beste Staatsform fällt in allen ostdeutschen Bundesländern im Durchschnitt niedriger aus als in den westdeutschen (Abbildung 3). Am Ende des Rankings stehen Brandenburg

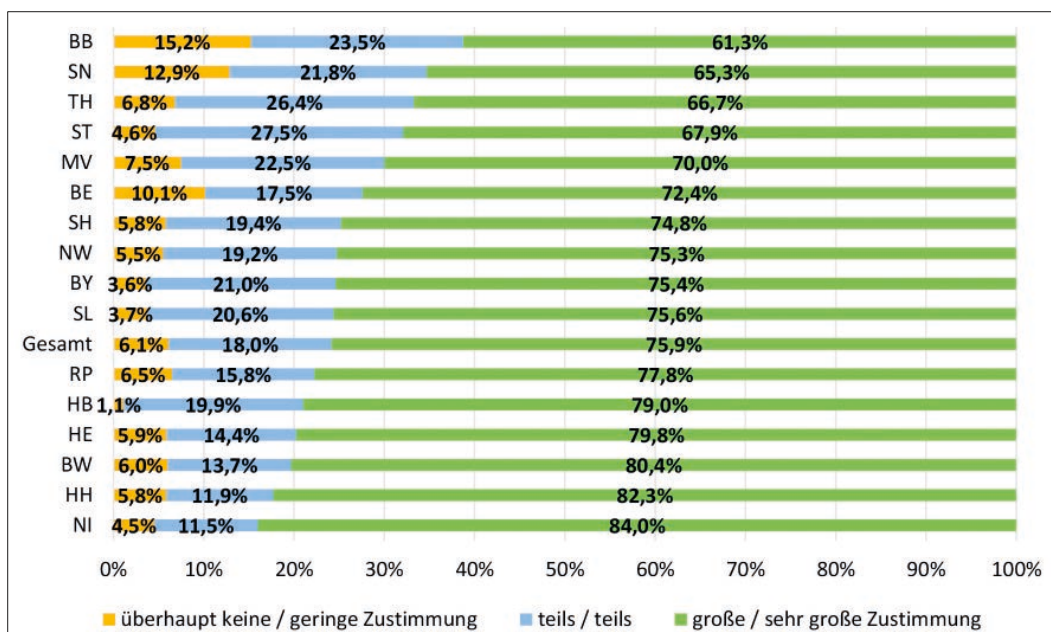


Abbildung 3:
Einstellungen zu den
Regimeprinzipien:
Demokratie als beste
Staatsform

Quelle: Eigene Berechnungen nach Bertelsmann 2017, gewichtete Ergebnisse.

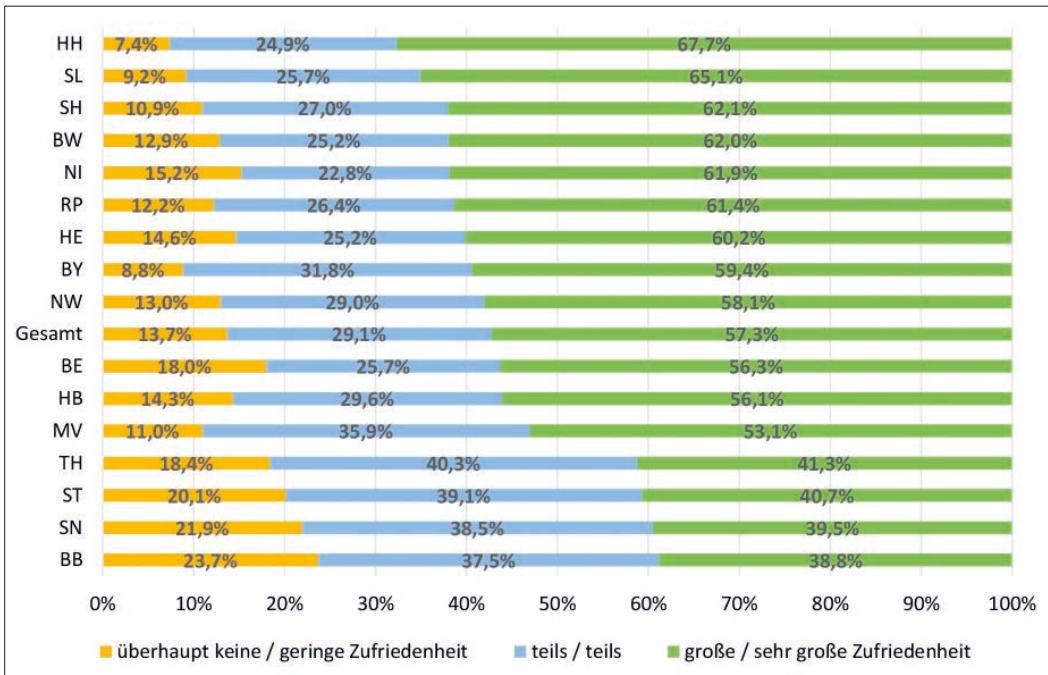


Abbildung 4:
Einstellungen zu den
Regimeleistungen:
Zufriedenheit mit der
Demokratie in Deutschland

Quelle: Eigene Berechnungen nach Bertelsmann 2017, gewichtete Ergebnisse.

(61 %), Sachsen (65 %), Thüringen (67 %), Sachsen-Anhalt (68 %) und Mecklenburg-Vorpommern (70 %). In Brandenburg (15 %) und Sachsen (13 %), aber auch in Berlin (10 %) gibt es dazu auch besonders hohe Anteile an Personen, die der Aussage, die Demokratie sei die beste Staatsform, nicht oder nur wenig zustimmen. In Sachsen-Anhalt (4,6 %) liegt dieser Wert dagegen unter dem Bundesmittel. Gleichwohl ist in der Zusammenschau ein Ost-West-Gefälle nicht zu übersehen.

Ost-West-Kluft bei Beurteilung der Demokratieperformanz

Noch weiter klaffen Ost und West in Hinblick auf die Beurteilung der Demokratiepraxis in Deutschland auseinander.

57 Prozent der Deutschen stellen der bundesdeutschen Demokratie ein positives Zeugnis aus, 29 Prozent sehen Licht wie Schattenseiten und 14 Prozent sind wenig bis gar nicht von ihr überzeugt (Abbildung 4). Ein solch kritisches Meinungsbild ist für eine westliche Demokratie nicht ungewöhnlich. Bedenklich ist indes der Riss, der durch unser Land geht, denn: Im Osten sind die Menschen durchweg skeptischer als im Westen. Bis auf Mecklenburg-Vorpommern, das ostdeutsche Land mit der höchsten Unterstützung der deutschen Demokratie (53 %), liegen die ostdeutschen Länder mit großem Abstand hinter Bremen, dem westdeutschen Bundesland mit der niedrigsten Unterstützung der deutschen Demokratie. So liegt der Anteil der Demokratiezufriedenen in Thüringen bei 41 und in Bremen bei 56 Prozent. In Brandenburg und Sachsen liegt der Anteil der Demokratiezufriedenen sogar unter 40 Prozent.

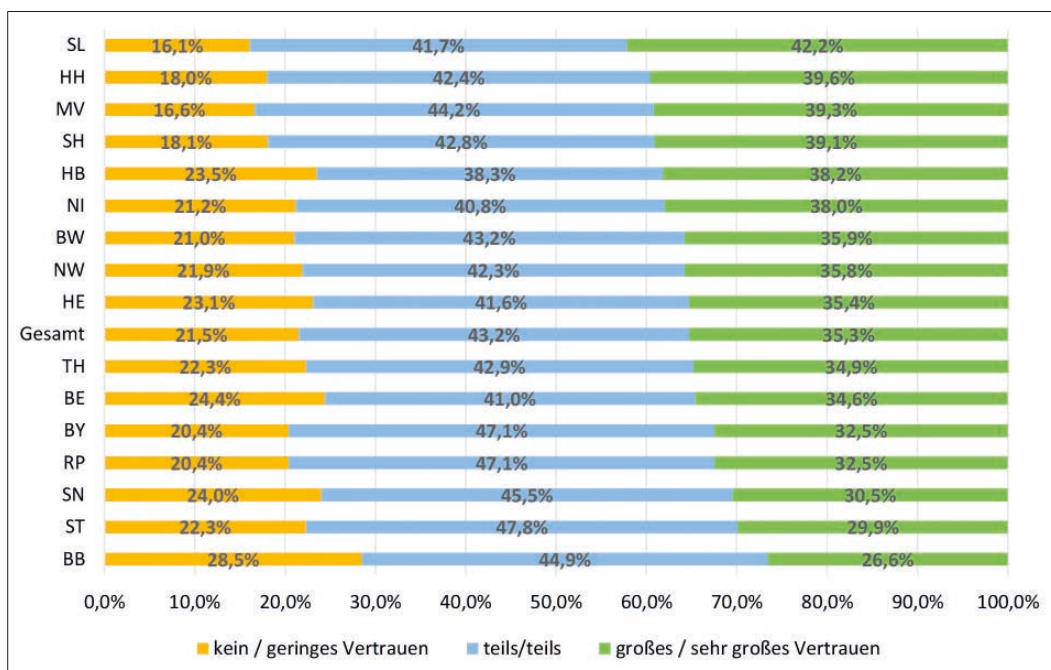


Abbildung 5:
Institutionenvertrauen
(Mittelwert)

Quelle: Eigene Berechnungen nach Bertelsmann 2017, gewichtete Ergebnisse.⁵

Näher zusammen rücken die Bundesländer im Hinblick auf die politischen Institutionen. Einerseits sind die Unterschiede zwischen ihnen hier nicht so groß, andererseits schneiden die Institutionen – wie auch zu erwarten ist – schlechter ab als jede andere Demokratieebene. Dabei kommen die mit Meinungsstreit, Parteilichkeit und Partikularinteressen assoziierten Organe – wie Parteien, Bundestag und Bundesregierung – schlechter weg als die eher rechtsstaatlichen Einrichtungen der Gerichtsbarkeiten und der Polizei (Mannewitz/Vollmann 2019). Im Mittel über alle politischen Einrichtungen ist dabei dennoch das Vertrauen aller Deutschen (35 %) größer als das Misstrauen (knapp 22 %) (Abbildung 5). Einem „Sowohl als auch“ können sich wiederum mehr als 42 Prozent der Deutschen anschließen. Dieser große Anteil überrascht nicht, fällt es vielen doch leichter, direkt beobachtbare Einrichtungen mit konkreten Handlungen und Leistungen (z. B. ein Urteil, ein Gesetz, eine Festnahme) zu verknüpfen und darum ein Urteil zu fällen, das eben häufig positive wie negative Erinnerungen berücksichtigt. Ein geografisches Muster schält sich dabei nicht heraus. Zwar gab es das größte Misstrauen in Brandenburg (29 % – nur hier überwiegte Misstrauen das Vertrauen), und alle neuen Bundesländer außer Mecklenburg-Vorpommern weisen ein mittleres Institutionenvertrauen unterhalb des Bundesschnittes auf. Gleiches gilt aber auch für Rheinland-Pfalz, Bayern und Berlin. Dagegen liegt Mecklenburg-Vorpommern in Bezug auf das Vertrauen auf dem zweiten Platz. Insgesamt liegen die Länderwerte nah beieinander.

Politische Unzufriedenheit und ziviler Ungehorsam, Elitenkritik und unkonventionelle Teilhabe (etwa: Demonstrationen) hatten in der Frühphase der Erforschung politischer Kultur kaum Platz. Allerdings stellt eine kritische Bürgerschaft kein Übel für die Demokratie dar.

Diese Herrschaftsform lebt auch vom Engagement, und bürgerliche Teilhabe kann als Merkmal der Reifung der Gesellschaft gelten. Der sogenannte selbstbewusste (Dalton/Welzel 2014), kritische (Norris 1999) oder unzufriedene (Klingemann 1999) Bürger legt größeren Wert auf politische Mitsprache statt auf Ruhe und Ordnung: Er sei von einer gewissen Skepsis gegenüber allen Autoritäten geprägt, zeige ein gesundes Misstrauen gegenüber den politischen Institutionen und befürworte die Werte und Normen der Demokratie, äußere sich aber kritisch gegenüber ihren Problemen und Schwachstellen in der Realität.

Grundlegend für eine Bewertung der Demokratiestabilität ist die Unterscheidung in eine intrinsische und eine instrumentelle Form der Demokratieunterstützung: Ausbleibende intrinsische Demokratieunterstützung (also die Akzeptanz der Demokratie um ihrer selbst willen) gilt als problematisch. Mangelnde instrumentelle Demokratieunterstützung (also die Akzeptanz eines realen demokratischen Systems aufgrund seiner Leistungen) stellt wiederum weniger eine Demokratiebedrohung als vielmehr einen Treiber für politische Reformen dar. Mithin ist die Entstehung „kritischer Demokraten“ – anders als die Entstehung demokratiedistanzierter Gesellschaftsteile – aus Sicht einer Demokratie durchaus wünschenswert.

Von brav zu selbstbewusst: Idealbilder des demokratischen Bürgers

Dominierte in den 1950er- und 1960er-Jahren eine Staatsbürgerkultur als Idealbild des Bürgerverhaltens für stabile Demokratien die Forschung, die nicht weit ab von Nibelungentreue stand, so hat sich mittlerweile eine selbstbewusste, ja kritische Bürgerschaft als Wunschtyp der Politischen Kulturforschung durchgesetzt (Dalton/Welzel 2014).

Kritische Bürger und unzufriedene Demokratieskeptiker: Typen und Verteilung politischer Kulturen in den Ländern

Die Einstellungen der Bürger gegenüber der Demokratie als Idee (intrinsisch) und gegenüber der Demokratiepraxis (instrumentell) sind zentrale Voraussetzungen für den Bestand eines freiheitlichen politischen Systems. Nachste-

Tabelle 1: Typen von Demokratieunterstützern

Demokratie als beste Staatsform		Demokratieleistung	
		zufrieden	unzufrieden
	demokratisch	zufriedene Demokraten	unzufriedene Demokraten
	demokratieskeptisch	zufriedene Demokratieskeptiker	unzufriedene Demokratieskeptiker

Quelle: Eigene Darstellung nach Dalton und Shin 2014: 109.

Tabelle 2: Typen von Demokratieunterstützern in Deutschland

Bewertung Demokratie allgemein		Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland		
		unzufrieden	unentschieden	zufrieden
	demokratieskeptisch	3,02 %	2,16 %	0,93 %
	systemambivalent	4,30 %	9,66 %	4,06 %
	demokratisch	6,04 %	17,15 %	52,67 %

Quelle: Eigene Berechnungen nach Bertelsmann 2017.

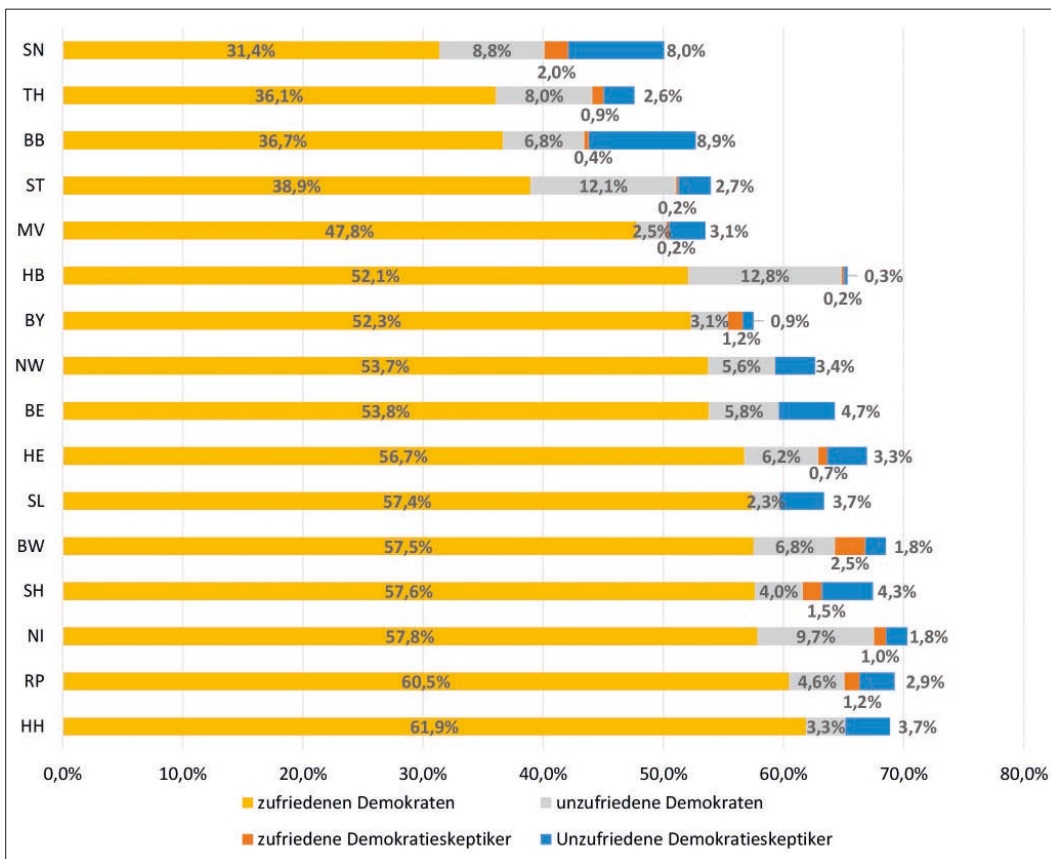


Abbildung 6:
Typen politischer Kultur
in den Bundesländern

Quelle: Eigene Berechnungen nach Bertelsmann 2017.

hend ist hieran angelehnt eine Einordnung politischer Kulturen abgezeichnet (Klingemann 2014; Dalton/Shin 2014). Unterschieden wird zwischen (1) zufriedenen Demokraten, (2) unzufriedenen Demokraten, (3) zufriedenen Demokratieskeptikern und (4) unzufriedenen Demokratieskeptikern (vgl. Tabelle 1).

Die erste Gruppe ist aus Sicht eines demokratischen Regimes höchst unproblematisch, ist jene doch einverstanden mit den ideellen Grundlagen und der Realität der Demokratie im eigenen Land. Sie machen in Deutschland die Mehrheit mit etwa 53 Prozent der Bevölkerung aus (vgl. Tabelle 2).

Auch die unzufriedenen Demokraten müssen kein Grund zur Sorge sein. Diese rund sechs Prozent der Bevölkerung ausmachende Gruppe deutet auf anhaltende politische, ökonomische und soziale Missstände (Policy-Ebene), auf strukturelle Defizite der Demokratie (z. B. als unzureichend empfundene Einbindung direktdemokratischer Elemente; Polity-Ebene) oder auf prozedurale Unzulänglichkeiten (z. B. Wahrnehmung von „Hinterzimmerpolitik“; Politics-

Ebene) hin. Diese Gruppe sorgt auch dafür, dass die Demokratie sich weiterentwickelt und an neue Herausforderungen anpasst. Zugleich: Bei anhaltender Ignoranz seitens der politischen Elite könnten Wähler und Wählerinnen vom Lager der unzufriedenen Demokraten in das der Demokratieskeptiker wechseln, wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Meinung nicht zählt und die Demokratie grundlegende Probleme nicht lösen kann.

Die Demokratieskeptiker (3 %) sind auch jene, um die sich Politik und politische Bildung besonders bemühen müssen – nicht so sehr wegen ihrer Einstellungen zur Demokratiepraxis, sondern wegen ihrer prinzipiellen Reserviertheit gegenüber Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechten. Das macht sie empfänglich für politisch-systemische Alternativen. Ihre geringe Stärke in der Gesamtbevölkerung darf nicht über die zumindest latente Gefährlichkeit der Skeptiker für die Demokratie – besonders in mobilisierenden Krisenzeiten – hinwegtäuschen.

Hinzu tritt abermals eine regionale Ungleichverteilung, die auch einen Ost-West-Gegensatz widerspiegelt (Abbil-

Tabelle 3: Typen politischer Kultur und Parteianhänger

	unzufriedene Demokratieskeptiker	zufriedene Demokratieskeptiker	unzufriedene Demokraten	zufriedene Demokraten
FDP	0,3 %	0,0 %	1,4 %	75,4 %
Bündnis 90/ Grüne	0,7 %	1,5 %	2,0 %	67,9 %
SPD	0,8 %	0,0 %	2,8 %	64,6 %
CDU/CSU	1,5 %	0,8 %	2,1 %	66,3 %
Linke	4,4 %	2,0 %	9,1 %	42,7 %
AfD	11,9 %	0,1 %	27,0 %	10,0 %

Quelle: Eigene Berechnungen nach Bertelsmann 2017.

dung 6): In den neuen Ländern ist der Anteil zufriedener Demokraten deutlich geringer, lediglich Mecklenburg-Vorpommern weist in dieser Gruppe über 40 Prozent von ihnen auf. Homogen sind die ostdeutschen Bundesländer aber nicht: die bedenkliche Gruppe der unzufriedenen Demokratieskeptiker ist in Brandenburg (9 %) und Sachsen (8 %) am größten, die übrigen neuen Bundesländer liegen unter dem oder um den Bundesschnitt herum.

Mit Sachsen und Brandenburg sind gleichwohl zwei Hochburgen der AfD bei den letzten Bundes- und Landtagswahlen führend. Die Phänomene scheinen in der Tat verbunden. Ein Blick auf die Typen politischer Kultur unter Parteianhängern weist auf eine Häufung unzufriedener Demokratieskeptiker unter den Sympathisanten der Rechtspopulisten hin (Tabelle 3): Die Gruppe der unzufriedenen Demokratieskeptiker ist bei den übrigen Parteien nur bei den Linken mit vier Prozent etwas stärker vertreten, während zwölf Prozent der AfD-Anhänger zu diesem Typus gehören.

Fazit: Es ist nicht alles schlecht

Zusammenfassend ist es um die Demokratieunterstützung in Deutschland aber nicht schlecht bestellt. Grundsätzlich besteht eine große Assoziation mit der politischen Gemeinschaft und der Demokratie als bestmöglicher Staatsform. Gleichzeitig nimmt die Unterstützung der Demokratie

umso mehr ab, desto fassbarer und damit lebensweltlicher diese für die Menschen wird. Weiterhin bestehen bisweilen beträchtliche innerdeutsche Unterschiede. Gerade die ostdeutschen Bundesländer gehören über alle Dimensionen hinweg zu den eher kritischen Bürgern und Bürgerinnen – mit unterschiedlich starker Abweichung zu den alten Bundesländern und auch erheblicher intraregionaler Varianz: Der Osten ist kein homogenes politisch-kulturelles Gebilde (mehr). Gerade Brandenburg und Sachsen sind allerdings konstant am unteren Ende des Bundesländervergleiches zu finden. Hier sollten besondere Aufmerksamkeit aufgewandt und Anstrengungen unternommen werden, das Vertrauen in und die Unterstützung von Demokratie in Deutschland zu verbessern.

Trotz aller Polarisierung und trotz der teils grundsätzlichen Auseinandersetzungen in der Bevölkerung steht weder die politische Gemeinschaft als solche noch die Demokratie als Staatsform zur Disposition. Der beträchtliche Ost-West-Unterschied bei der Beurteilung der Demokratieidee und -praxis erlaubt wiederum zwei Schlüsse: Einerseits handelt es sich dabei um einen Ausdruck unterschiedlicher internalisierter Wertesysteme und Erfahrungen mit der Demokratie. Die politisch-kulturellen Spuren der Zeit vor 1989/90 werden noch einige Jahre sichtbar sein. Sie be-

Schülerinnen und Schüler nehmen an dem Planspiel „Wir sind Abgeordnete“ im Landtag von Hessen teil. Planspiele sind eine bewährte Methode der politischen Bildung, um die Komplexität von Politik sowie die Notwendigkeit von Kooperation als Voraussetzung erfolgreichen politischen Handelns zu erfahren. Demokratie muss auch dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung erklärt, gelernt und erfahren werden – im Westen wie im Osten der Republik.

picture alliance/dpa



einflussen nicht nur die Beurteilung der Demokratie als Ideal, sondern auch – über ganz eigene Wertmaßstäbe (z. B. stärkere Gleichheitsorientierung, Sicherheitsdenken und Paternalismus im Osten) – die Einschätzung der Demokratie realität selbst. Dass die Messlatte für die Demokratie im Osten höher hängt als im Westen, liefert einen Baustein in der Erklärung variierender Demokratiezufriedenheit. Der andere ist die politisch-wirtschaftlich-gesellschaftliche Transformation der ostdeutschen Gesellschaft. Schließlich: Dass die Demokratie weithin in der westdeutschen Gesellschaft nach 1945 Fuß gefasst hat, verdankt sich keineswegs dem Zufall. Die politischen und demokratiepädagogischen Bemühungen nach dem Ende des Nationalsozialismus waren beträchtlich. Demokratie muss sich erklären, für sich werben und Konflikte aushalten. Wenn eine Gesellschaft Freiheit, Vielfalt und Komplexität – ihrerseits Merkmale nicht nur jeder funktionierenden Demokratie, sondern moderner Gesellschaften überhaupt – nicht nur aushalten, sondern damit konstruktiv umzugehen wissen soll, muss man sie darauf vorbereiten – und zwar von Kindesbeinen an.⁶ Diese Fähigkeiten entwickeln sich nicht von allein. Demokratie muss auch dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung erklärt und gelernt werden – im Westen wie im Osten der Republik.

UNSER AUTOR



Erik Vollmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Deutsche und Vergleichende Politikwissenschaft, Europafor-schung und Politische Ökonomie am Institut für Politische Wissen-schaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Seine Forschungsschwerpunkte beinhalten Legitimation und Iden-titätskonstruktion in demokratischen wie autokratischen Systemen, subnationale Politik sowie Migration. Seine Arbeit fokussiert auf die Regionen der Europäischen Union sowie des Nahen Os-tens und Nordafrikas.

LITERATUR

- Bertelsmann Stiftung (2017): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Gütersloh.
- Braun, Stefan (2018): Dieses Land wird vom Westen dominiert. In: Süddeutsche Zeitung vom 02.03.2018. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/prominente-ostdeutsche-warnen-dieses-land-wird-vom-westen-dominiert-1.3887286-0> [25.01.2020].
- Dalton, Russell J./Shin, Doh Chull (2014): Reassessing the Civic Culture Model. In: Dalton, Russel J./Welzel, Christian (Hrsg.): The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens. New York, S. 91–115.
- Dalton, Russell J./Welzel, Christian (Hrsg.) (2014): The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens. New York.
- Klingemann, Hans-Dieter (1999): Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis. In: Pippa, Norris (Hrsg.): Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance. Oxford, S. 31–56.
- Klingemann, Hans-Dieter (2014): Dissatisfied Democrats. Democratic Maturation in Old and New Democracies. In: Dalton, Russell J./Welzel, Christian (Hrsg.): The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens. New York, S. 116–157.
- Mannewitz, Tom (2019): Demokratie muss man können. FAZ vom 08.03.2019. URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/tom-mannewitz-ueber-ideen-fuer-die-demokratie-der-zukunft-16077118-p2.html> [28.01.2019].
- Mannewitz, Tom/Vollmann, Erik (2019): Muster regionaler Demokratieunterstützung in Deutschland 2017. Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Gütersloh, S. 22–61.
- Norris, Pippa (1999): Introduction: The Growth of Critical Citizens? In: Norris, Pippa (Hrsg.): Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance. Oxford, S. 1–27.
- Norris, Pippa (2011): Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited. Cambridge.
- Pickel, Gert/Pickel, Susanne (2006): Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Unzicker, Kai/Boehnke, Klaus (2019): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt: Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Köln (IGESIS Datenarchiv).

ANMERKUNGEN

- 1 „Dieses Land wird vom Westen dominiert“ war daher auch Anklage und Hilferuf gesellschaftlicher Führungskräfte in Ostdeutschland bei Braun (2018).
- 2 Ermöglicht wird dies durch die subnationale Aufgliederung des Datensatzes des Radars Gesellschaftlicher Zusammenhalt ($n = 4969$ mit regionaler Zuordnung; Bertelsmann Stiftung 2017; Unzicker/Boehnke 2019, auf dem diese Analyse basiert. Dieser Beitrag basiert in Teilen auf Mannewitz/Vollmann (2019).
- 3 Die systemischen Konsequenzen langfristig ausbleibenden Vertrauens in die Amtsinhaber als spezifischstes Element beschränkt sich regelmäßig auf die Abwahl, die als solche in der Demokratie systemimmanent, also gar erwünscht ist. Dieser Aspekt wird daher in dieser Untersuchung nicht berücksichtigt.
- 4 Abkürzungen für alle Abbildungen: BB: Brandenburg, BE: Berlin, BW: Baden-Württemberg, BY: Bayern, HB: Bremen, HE: Hessen, HH: Hamburg, MV: Mecklenburg-Vorpommern, NI: Niedersachsen, NW: Nordrhein-Westfalen, RP: Rheinland-Pfalz, SH: Schleswig-Holstein, SL: Saarland, ST: Sachsen-Anhalt, SN: Sachsen, TH: Thüringen, Gesamt: Gesamtdeutschland.
- 5 Mittleres Institutionenvertrauen über die Institutionen politische Parteien, Gerichte, Polizei, Landesregierung, Landtag, Bundesregierung, Bundestag, öffentlich-rechtlicher Rundfunk. Siehe ausführlich Bertelsmann (2017).
- 6 Empfohlen sei dazu auch das Plädoyer von Mannewitz (2019): Demokratie muss man können.

Politisch zweigeteilt? – Wahlverhalten und Parteiensystem

Isabelle-Christine Panreck

Haftete den neuen Ländern unmittelbar nach der Wiedervereinigung mit Blick auf die Wahlbeteiligung das Bild des Sorgenkindes an, schienen sich die Unterschiede im Lauf der Zeit einzuebnen. Die Bundestagswahl 2017 jedoch brachte, nicht zuletzt durch die Stimmengewinne der AfD, Bewegung in das deutsche Parteiengefüge. Der Beitrag von Isabelle-Christine Panreck fokussiert zunächst die Anfänge der bundesdeutschen Demokratie nach der Wiedervereinigung. Die deutsche Einheit wurde im Schnelldurchgang vollzogen, andere politische Entwicklungspfade waren nicht mehrheitsfähig. Nach der Skizzierung der „Übernahmepolitik“, die der Bevölkerung der DDR durchaus entgegenkam, werden die westdeutschen Volksparteien sowie deren Streben in die politische „Mitte“ analysiert. Schließlich rücken diejenigen Parteien in den Vordergrund, die eindeutige Positionen in sozioökonomischen und soziokulturellen Konflikten einnehmen: zunächst der Kontrast von FDP und Die Linke als Gegenspielerinnen in sozioökonomischen Fragen, dann Grüne und AfD als Gegenpole auf der soziokulturellen Achse. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf mögliche Konsequenzen für das Parteiensystem. ■

Krise(n) der Demokratie

Es fällt nicht schwer, die noch junge Geschichte der wiedervereinigten Bundesrepublik als eine Aneinanderreihung von Krisen zu erzählen. Verdrossenheit über „Parteienstaat“ und „politische Klasse“¹ in den 1990ern, postdemokratische Zustände in den „00er“-Jahren,² schließlich Polarisierung und ein „populistischer Moment“³ im aktuellen Jahrzehnt. Die Zuversicht über den Siegeszug der liberalen Demokratie nach Fall des „Eisernen Vorhangs“ ist getrübt. Es ist fast obligatorisch, an dieser Stelle auf Francis Fukuyamas vorschnell festgestelltes „Ende der Geschichte“⁴ zu verweisen.

Der Mauerfall und die damit verbundene Erschütterung des „Gemeinsamen Hauses Europa“ waren im europäischen Ausland zum Teil kritisch beäugt worden, und nicht nur dort: Proteste bereiteten Bundeskanzler Helmut Kohl, am 10. November 1989 nach überstürzter Abreise aus Warschau nach Westberlin geeilt, keinesfalls einen angenehmen Empfang. Die Sorge vor neuem Größenwahn griff um sich – würde nicht die Idee des Nationalismus Aufwind erhalten? Die Anfang 1990 noch in Betracht gezogene deutsch-deutsche Konföderation erwies sich indes nicht als mehrheitsfähig – spätestens nach den Wahlen am 18. März 1990, gemäß Peter Graf Kielmansegg ein Plebiszit über die Einheit⁵, war klar: Die DDR würde in der Bundesrepublik aufgehen. Nicht einmal ein Jahr verging zwi-

schen Mauerfall am 9. November 1989 und formeller Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990.

Die Umsetzung der politischen Einheit glich freilich einer Mammutaufgabe: Das Versprechen „blühender Landschaften“ war leichter zu geben denn einzuhalten. Die hohen Erwartungen mündeten nicht selten in Enttäuschungen. Dem Osten haftete das Bild des Sorgenkindes der Republik an – in der Tat blieb die Teilhabe an den demokratischen Institutionen hinter der im Westen zurück: Die Wahlbeteiligung fiel ebenso wie die Parteienbindung schwächer aus, Volatilität in der Stimmabgabe war die Folge – insbesondere bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998. Zum silbernen Jubiläum der Einheit schienen sich die Unterschiede indes einzuebnen. In Zeiten von „Postdemokratie“ nahmen die Wahlbeteiligung auch im Westen ab und die Volatilität in der Stimmabgabe zu.⁶ Passt sich der Westen dem Osten an? Nein, meinte Eckhard Jesse, der in der gesamten westlichen Welt einen Rückgang der



Der Einheitsbonus des Kanzlers Kohl verpuffte recht bald. Der „Einheitskater“ machte sich bereits Ende 1990 breit. Ehemalige DDR-Bürgerinnen und -Bürger bei einer Demonstration auf dem Karl-Marx-Platz in Leipzig. Der Protest richtet sich gegen Helmut Kohl, der „blühende Landschaften“ versprach.

picture alliance/dpa

Wahlbeteiligung, sinkende Mitgliederzahlen bei den Parteien und nachlassende Partizipation in Bürgerinitiativen beobachtete.⁷

Die Bundestagswahlen 2017 setzten vorerst einen Schlusspunkt hinter diese Entwicklungen. In Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung und Populismus stieg die Wahlbeteiligung in den alten wie den neuen Ländern an (76,8 zu 73,2 Prozent).⁸ Die relativen Zuwächse im Osten überflügelten gar die im Westen mit 5,1 zu 3,2 Prozentpunkten. Zugleich offenbarten sich erneut gravierende Unterschiede: Die Sozialdemokraten erreichten im Osten lediglich schwache 13,9 Prozent, im Westen indes stärkere (wenn auch nicht starke) 21,9 Prozent. Der Anteil der Stimmen für die Alternative für Deutschland (AfD) im Westen beziffert sich auf 10,7 Prozent, im Osten auf 21,9 Prozent.⁹ Der Höhenflug der rechtspopulistischen Partei ist in den neuen Ländern seither ungebrochen, wie die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen in Sachsen (27,5 Prozent), Brandenburg (23,5 Prozent) und Thüringen (23,4 Prozent) belegen. Ist Deutschland selbst 30 Jahre nach der Einheit mit Blick auf sein Parteiensystem zweigeteilt?

Der Beitrag richtet sein Augenmerk zunächst auf die Anfänge der bundesdeutschen Demokratie nach der Wiedervereinigung. Auf die Beantwortung der Frage nach einer Kolonialisierung des Ostens durch den Westen folgen die Analyse der westdeutschen Volksparteien sowie deren Streben in die politische „Mitte“. Schließlich rücken die Parteien in den Vordergrund, die eindeutige Positionen in sozioökonomischen und soziokulturellen Konflikten¹⁰ einnehmen: zunächst der Kontrast von FDP und Die Linke als Gegenspielerinnen in sozioökonomischen Fragen, dann Grüne und AfD als Gegenpole auf der soziokulturellen Achse. Der Beitrag schließt mit einem Blick auf die Konsequenzen für das Parteiensystem.

Kolonialisierung? Ausdehnung des westlichen Parteiensystems

Der portugiesische Künstler António Calado da Maia goss die Einheit Deutschlands in eine Karikatur (siehe Abbildung 1): Zwei Gruppen laufen mit je einem Teil der schwarz-rot-goldenen Fahne aufeinander zu. Die Zacken der jeweiligen Enden passen exakt ineinander. Was überzeugend die Freude der sich in die Arme fallenden Ost- und Westberliner am Abend des 9. Novembers widerspiegelt, greift mit Blick auf die Zusammenführung der beiden deutschen politischen Systeme zu kurz. Nachdem die Idee des „dritten Weges“ – ein Versuch, den realen Sozialismus der DDR zu reformieren – gescheitert war, übertrug sich das politische System des Westens auf den Osten.

Im Bewusstsein dieser Asymmetrie rahmten west- und ostdeutsche Intellektuelle die Entwicklung in Anspielung auf das Einverleiben Österreichs durch das nationalsozialistische Deutschland 1938 als „Anschluss“ oder imperialistisch als „Annexion“ oder „Kolonialisierung“.¹¹ Nicht nur wurde der Geltungsbereich des Grundgesetzes ausgeweitet, sondern auch weitgehend das Parteiensystem als zentrale Ebene des politischen Willensbildungsprozesses in den neuen Ländern übernommen. SPD, CDU und FDP führten ost- und westdeutsche Verbände zusammen. Mit etwas Verspätung folgte die „doppelte Vereinigung“ der Grünen. Am Tage nach der Bundestagswahl 1990 vereinten sich die Grünen im Westen mit den Grünen im Osten.

1993 schlossen sie sich mit dem ostdeutschen Bündnis 90 zusammen.¹² Eine Besonderheit war die SED-Nachfolgepartei PDS, die – anders als zunächst erwartet – nicht von der Bildfläche verschwand. Die Initiative zur Übertragung des Parteiensystems, so setzt Jesse der „Kolonialisierungs“-These schon im Jahr 1998 entgegen, ist dabei von der Bevölkerung der DDR und den ehemaligen Blockparteien ausgegangen. Federführend in diesem Prozess seien freilich die Westparteien gewesen.¹³

Niedergang der Volksparteien

Die Übernahme des Parteiensystems in den neuen Ländern darf nicht über die Krise von Union und SPD zum Zeitpunkt der Einheit hinwegtäuschen. Mithin galten die 1980er-Jahre als das Krisenjahrzehnt der Volksparteien, die unter erheblichem Mitgliederschwund und Vertrauensverlust in der Bevölkerung litten.¹⁴ Der Absturz der Sozialdemokraten übertraf dabei die Schwäche der Union – Ralf Dahrendorf rief im Jahr 1987 gar „das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“¹⁵ aus.

Einem Sprung in den Jungbrunnen kam die Ausweitung auf die neuen Länder nicht gleich. Selbst der Einheitsbonus des Kanzlers Kohl verpuffte recht bald: In Ostdeutschland ließ der „Einigungskater“ die Zustimmungswerte zur Union sinken. Auch der in der Partei verbreitete Katholizismus konnte im weitgehend atheistischen Osten kaum punkten. Zugleich verlor das „bürgerliche“ Lager im Westen mit dem Kollaps des Ostblocks sein integratives Moment des Antikommunismus.¹⁶ Das Ergebnis der Union bei der Bundestagswahl 1998 war desaströs – besonders im Osten, wo der Stimmenanteil der CDU um 11,2 Prozentpunkte von 38,5 (1994) auf 27,3 (1998) fiel. Im Westen büßte die Union um 5,1 Prozentpunkte auf 37,0 Prozent ein.

Der folgende – ungefilterte – Regierungswechsel von Kohl auf Gerhard Schröder im Jahr 1998 entpuppte sich als sozialdemokratisches Strohfeuer. So errang das Tandem aus



Abbildung 1:
Karikatur des portugiesischen Künstlers António Calado da Maia

Stiftung Haus der Geschichte;
EB-Nr. 1995/02/0381.

Urheber: António Calado da Maia,
Online unter: <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/karikatur-maia-deutschland-flagge.html>

Schröder und Oskar Lafontaine unter dem Wahlspruch „Innovation und soziale Gerechtigkeit“ zwar den Wahlsieg (Westen: 42,3; Osten: 35,1), langfristig weckte es jedoch Erwartungen, die sich nicht erfüllen ließen. Spätestens mit dem Beschluss der Agenda 2010 und dem Schröder-Blair-Papier im Jahr 2003 gab die Partei ihren Markenkern der Sozialkompetenz auf, und sie ersetzte ihn durch wirtschaftsfreundlichere Positionen. Mit erheblichen Einbußen verlor die SPD die Bundestagswahlen 2005. Im Osten landete sie bei 30,4, im Westen bei 35,1 Prozent.¹⁷

Die Union konnte aus den Verlusten der SPD kaum Vorteil schlagen. Zwar übernahm die Partei, obwohl schwächer als im Jahr 2002 (Westen: 40,8; Osten: 28,3), bei den vorgezogenen Wahlen 2005 (Westen: 37,5; Osten: 25,3) das Kanzleramt, die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise nur vier Jahre später erschütterte die Union aber in ihren Grundfesten. Die am freien Markt ausgerichtete Wirtschaftspolitik ließ sich im Angesicht der taumelnden Banken nicht halten – ihre „Rettung“ verprellte einen Teil der wirtschaftsliberalen Stammwählerschaft.¹⁸ Konnte die Popularität Angela Merkels die Zwiste im konservativen Lager bei den Bundestagswahlen im Jahr 2013 noch überdecken – die Union erreichte 41,5 Prozent (Westen: 42,2; Osten: 38,5) – bröckelte der Zusammenhalt im Zuge der „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 weiter. Die Spannungen entluden sich schließlich im Streit zwischen CDU und CSU um eine „Höchstgrenze“ der Aufnahmebereitschaft. Obwohl die Forderung nach einer „Höchstgrenze“ zuvorderst aus der CSU stammt, verlor Merkel auch innerhalb der CDU an Rückhalt.¹⁹

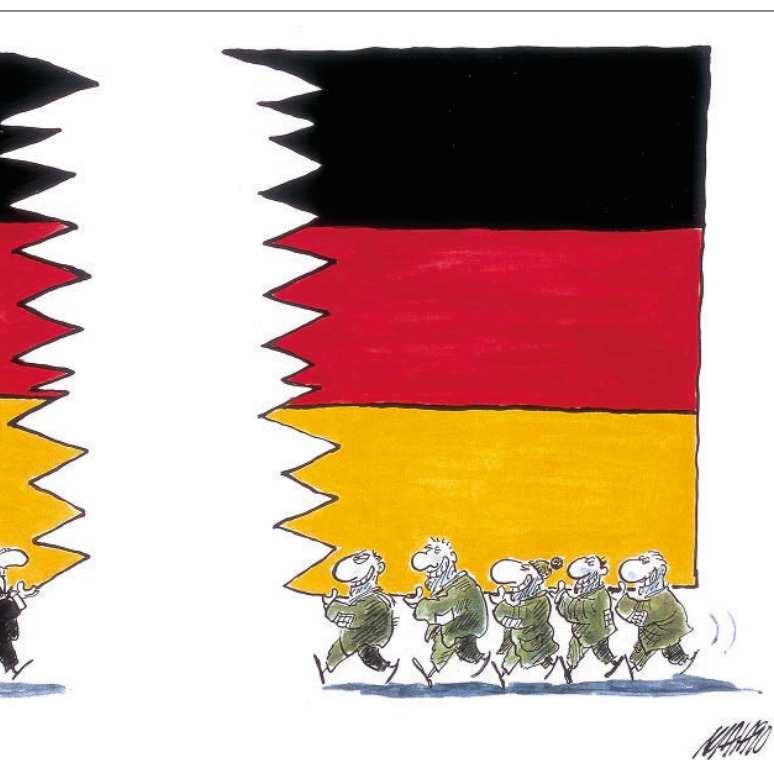
Die Bundestagswahlen 2017 offenbarten schließlich, wie weit das Misstrauen gegenüber den Volksparteien nach ihren inhaltlichen Kehrtwenden verbreitet war. Union und SPD erreichten addiert schwache 53,5 Prozent. Das Streben in die politische „Mitte“ und die mangelnde Unterscheidbarkeit nach Jahren der „Großen Koalition“ eröffneten den kleinen Parteien Raum, sich links und rechts von Union und SPD zu profilieren.²⁰

FDP und Die Linke – sozioökonomische Gegenspieler

Wie Feuer und Wasser stehen sich FDP und Die Linke im sozioökonomischen Konflikt gegenüber. In welchem Verhältnis sollen Staat und Markt stehen? Fordert Die Linke einen starken Staat und Anstrengungen, ökonomische Märkte bis in die Preisbildung hinein zu regulieren, sieht die FDP den Staat erst dann in der Pflicht, wenn der Markt versagt. Das wirtschaftsliberale Profil der FDP war indes längst nicht immer so scharf wie heute: War sie in der alten Bundesrepublik zunächst Mehrheitsbeschafferin der CDU unter Ludwig Erhard (1963 bis 1966), ließ sie sich im Jahr 1969 auf eine sozialliberale Koalition unter Willy Brandt (1969 bis 1974) sowie dessen Nachfolger Helmut Schmidt (1974 bis 1982) ein. Nach Zerbrechen dieser aufgrund wirtschaftspolitischer Differenzen im Jahr 1982 – der liberale Otto Graf Lambsdorff hatte mit Blick auf die anhaltende Wirtschaftskrise einen strikten Sparkurs von Kanzler Schmidt gefordert –, verhalfen die Liberalen Kohl zur Kanzlerschaft. Die schwarz-gelbe Koalition hielt über die Einheit hinweg bis 1998. Dennoch ging mit den Lagerwechseln ein gewisses Glaubwürdigkeitsproblem einher, das in einen Aderlass an Mitgliedern im sozialstaatlich ausgerichteten Flügel der Liberalen mündete. Ab Mitte der 1980er blieb die Partei sodann weitgehend konsequent einer wirtschaftsliberalen Haltung verpflichtet, die einen schlanken Staat bevorzugt.²¹

Die deutsche Einheit verlieh den Liberalen zunächst Rückenwind: Bei den Bundestagswahlen im Jahr 1990 war das Ergebnis im Osten mit einem Anteil von 12,9 Prozent sogar höher als im westdeutschen Stammland mit 10,6 Prozent. Der hohe Stimmenanteil ist jedoch weniger auf die programmatische Ausrichtung der Partei als auf die Popularität des liberalen Außenministers Hans-Dietrich Genscher zurückzuführen. Nach dessen Rücktritt sank die Zustimmung im Osten bei den Wahlen 1994 und 1998 rapide auf schwache 3,5 bzw. 3,3 Prozent. Erst im Jahr 2002 gelang es den Liberalen wieder, auch in den neuen Ländern die Fünfprozenthürde zu überspringen. Im Zuge des Höhenflugs unter Führung von Guido Westerwelle erreichte sie 2009 gar 10,6 Prozent (West: 15,4 Prozent). Nach der Regierungsbeteiligung unter Kanzlerin Angela Merkel (2009 bis 2013) fiel die Partei indes ins Bodenlose: Im Jahr 2013 schied die FDP aus dem Bundestag aus. Obwohl sie in Ost und West einbüßte, war das Ergebnis insbesondere in den neuen Ländern desaströs: Mit gerademal 2,7 Prozent fuhr sie ihr schlechtestes Ergebnis seit der Wiedervereinigung ein. Die Radikalität zugunsten des freien Marktes kam nicht im Westen und erst recht nicht im sozialistisch vorgeprägten Osten an.

Dem Wunsch nach einem fürsorgenden Staat kommt die Partei Die Linke nach. Nach der Einheit hatte sich die SED-Nachfolgepartei PDS zunächst in Ostdeutschland profiliert, indem sie sich als Anwältin genuin ostdeutscher Interessen inszenierte. Die zunehmenden Enttäuschungen über sozioökonomische Folgen der Einheit gaben der Partei Auftrieb, trotz ihrer kommunistischen Vergangenheit, die etwa mit der „Kommunistischen Plattform“ bis in die Gegenwart ragt. Als ostdeutsche Regionalpartei erreichte die PDS in den neuen Ländern bei den Bundestagswahlen



1994 bis 2005 im Schnitt um die 20 Prozent, in den alten Ländern verblieb sie jedoch notorisch schwach. Aufgrund der höheren Bevölkerungszahl des Westens scheiterte die Partei 1990 und 1994 mit Blick auf die gesamtdeutschen Ergebnisse an der Fünfprozenthürde. In den Bundestag zog sie dennoch ein, da im Jahr 1990 in ein ost- und ein westdeutsches Wahlgebiet unterschieden wurde und die PDS im Jahr 1994 im Osten ausreichend Direktmandate erlangte.²²

Die Partei legte im Westen erst zu, als sie sich im Jahr 2007 mit der WASG (Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit) zusammentat, einer linken SPD-Abspaltung unter Führung von Oskar Lafontaine. Seine Beliebtheit auch über seine Heimat – das Saarland – hinaus brachte der neuen Partei Die Linke Pluspunkte ein.²³ Das Ost-West-Gefälle nähert sich seitdem an, ist aber noch immer enorm, wie die Ergebnisse der Bundestagswahlen erhellen. Die Kluft offenbart sich zudem in der Teilhabe an Landtagsregierungen: Waren PDS (bzw. Die Linke) in den ostdeutschen Ländern Mecklenburg-Vorpommern von 1998 bis 2006, in Thüringen 2014 bis 2019, in Brandenburg 2009 bis 2019 und in Berlin von 2002 bis 2011 an der Regierung, wurde sie in Westdeutschland im Jahr 2018 erstmals in Bremen an einer Landesregierung mit SPD und Grünen beteiligt.²⁴

Die Grünen und die AfD – soziokulturelle Gegenspieler

Wie libertär soll die Gesellschaftspolitik eines Staates ausfallen? Soll etwa ein bestimmtes Familienmodell – wie die Beziehung zwischen Mann und Frau Vorrang vor gleichgeschlechtlichen Partnerschaften haben? Der soziokulturelle Konflikt um gesellschaftliche Identitätsfragen spiegelt sich in Deutschland in erster Linie im Streit zwischen den Grünen und der AfD wider. Befürworten die Grünen kosmopolitische Lebensentwürfe, die mithin progressive Positionen mit Blick auf gleichgeschlechtliche Ehe, Chancengleichheit der Geschlechter und Multikulturalismus umfassen und ökologischen Fragen Gewicht zumessen, rückt die AfD strukturkonservative Positionen, etwa eine Vorstellung von Geschlecht als dichotome Unterscheidung in „Männer“ und „Frauen“, sowie eine nationale Identität in den Vordergrund.²⁵ Gegründet im Jahr 2013 ist die AfD die erste Partei im Bundestag des wiedervereinigten Deutschland, die keine direkten Wurzeln in der Zeit vor 1990 hat.

Die Grünen waren hingegen im Jahr 1983 erstmals in den Bundestag eingezogen. Im Zuge der Wiedervereinigung gerieten sie ins Straucheln: Bei den Wahlen am 2. Dezember 1990 gingen die Grünen im Westen und Osten sowie das ostdeutsche Bündnis 90 noch getrennt ins Rennen: Erreichte Bündnis 90/Die Grünen im Osten ein respektables Ergebnis (6 Prozent), verfehlten die Grünen im Westen die Fünfprozenthürde. Ihr Wahlkampf gegen die Wiedervereinigung nach Artikel 23 und ihre Warnung vor neuem Nationalismus hatten nicht verfangen.²⁶ Der Austritt einiger „Fundis“, etwa Jutta Ditfurth im Jahr 1991, sorgte für eine Mäßigung der Partei, die schließlich auf dem Leipziger Parteitag der Fusion mit Bündnis 90 zustimmte. Die „Vernunftfehe“ nützte der Partei zuvorderst im Westen, so kehrte sich das Ergebnis aus 1990 in den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 um: Verfehlte die Partei im Osten regelmäßig die Fünfprozenthürde, legte sie im Westen auf Werte



um die sieben Prozent zu. Erst ab 2004 gewann die Partei im Osten an Zustimmung. Allerdings dauerte es weitere sieben Jahre, bis sie in allen Landtagen vertreten war. Seitdem nehmen die Grünen bei Wahlen gewissermaßen die Rolle des „Koalitionsjokers“ ein: Von 2014 bis 2019 regierten sie als kleinster Partner einer rot-rot-grünen Koalition in Thüringen, nach den Wahlen im Jahr 2013 entstand in Hessen ein schwarz-grünes Bündnis, in Baden-Württemberg sind sie seit 2016 Seniorpartnerin in einer Koalition mit der CDU, in Rheinland-Pfalz taten sie sich im selben Jahr mit SPD und FDP, in Schleswig-Holstein 2017 mit CDU und FDP zusammen.

Indem die SPD in die Mitte rückte, machte sie Raum für die gesamtdeutsche Ausweitung der Grünen und der Partei Die Linke, wodurch im linken Spektrum drei Parteien um die Wählergunst konkurrieren. Mit Verspätung füllte sich das Vakuum rechts der in die Mitte gestrebt CDU. Noch im Jahr 2010 stellte Oskar Niedermayer fest: „Die gesellschaftspolitische Positionsveränderung der CDU hat jedoch nicht zu Veränderungen der Akteursstruktur des Parteiensystems geführt. [...] Eine konservative Partei oder eine relevante rechtspopulistische bzw. rechtsextremistische Partei, die den autoritären Pol repräsentieren könnte, besteht in Deutschland nicht.“²⁷ Die Gründung der AfD im Jahr 2013, ihre elektoralen Erfolge bei Landtagswahlen – binnen vier Jahren (2014 bis 2018) war sie in allen Landtagen vertreten – und das Abschneiden als drittstärkste Kraft bei den Bundestagswahlen 2017 erschütterte das Parteiensystem. Zunächst als eurokritische, wirtschaftsliberale Partei gestartet, rücken die Rechtspopulisten seit 2015 das Thema „Flucht und Migration“ und damit verbunden die Abgrenzung des „Volkes“ auf vertikaler Ebene gegen die



Ein Wahlplakat der AfD, aufgenommen am 15.09.2017 in Dresden. Migrationskritische Parolen verfielen 2017 ebenso wie das Bekenntnis zum „starken Staat“, begleitet von einer Häme gegenüber Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte die AfD in den neuen Ländern 21,9 Prozent gegenüber 10,7 Prozent in den alten. In Sachsen überflügelte sie sogar knapp die seit 1990 regierende CDU (27,0 zu 26,9 Prozent).

picture alliance/dpa

„Eliten“ und auf horizontaler Ebene gegen „Fremde“ in den Mittelpunkt ihrer Kampagnen – insbesondere die ostdeutschen Verbände offenbaren eine völkisch-nationalistische Ausrichtung.²⁸

Trotz der Radikalität im Osten schneidet die Partei hier bei Wahlen deutlich besser ab als im Westen. Migrationskritische Parolen verfangen ebenso wie ein harscher „Anti-Genderismus“²⁹: Die Partei ordnet sich offensiv als Gegenpol zu den Grünen auf der soziokulturellen Achse rechts der CDU ein. Auf der sozioökonomischen Achse ist ihre Position weniger eindeutig: Im Osten tendiert sie zum „starken Staat“, im Westen lässt der in der Anfangsphase dominante Wirtschaftsliberalismus nach den diversen Flügelkämpfen und dem Austritt der Lucke-Richtung zumindest nach. Bei den Bundestagswahlen erreichte sie in den neuen Ländern 21,9 Prozent gegenüber 10,7 Prozent in den alten. In Sachsen überflügelte sie sogar knapp die seit 1990 regierende CDU (27,0 zu 26,9 Prozent). Mobilisierungspotenzial entfaltet die Partei dabei besonders unter ostdeutschen Männern, so machten 33,1 Prozent der sächsischen Männer und 21,2 Prozent der sächsischen Frauen ihr Kreuz bei der AfD.³⁰ Den Wahlausgang allein auf die Transformationserfahrung zurückzuführen, wäre kurzgegriffen. Auch die These des AfD-wählenden Geringverdieners lässt sich nur bedingt halten. Es ist eher die Angst vor gesellschaftlichem Abstieg, die mobilisiert. Im Vergleich von Ost- und Westdeutschland offenbart sich: Ist die AfD im Osten beinahe flächendeckend stark, reüssiert sie in Westdeutschland eher in den strukturschwachen Regionen. Freilich lässt die dünne empirische Datenbasis mit Blick auf langfristiges Wahlverhalten noch keine Schlüsse über das Elektorat der jungen Partei zu.³¹ In eine Regie-

rungsbeteiligung mündeten das Abschneiden bei Wahlen jedoch weder auf Landes- noch auf Bundesebene: Keine Partei ist zu einer Koalition in Land- oder Bundestag bereit.³²

Fazit und Ausblick: Konsequenzen für das Parteiensystem

Das Mitte-Streben der Volksparteien, ihr Mitgliederschwund und die schwächelnde Mobilisierung in der Wählerschaft einerseits, das Wachsen der Grünen und der Partei Die Linke zu gesamtdeutschen Parteien sowie die elektoralen Erfolge der AfD andererseits sorgen für enorme Verschiebungen im Parteiensystem. War die „Bonner Republik“ kontinuierlich von einem System der Zweiparteienherrschaft geprägt, erlebte die „Berliner Republik“ insbesondere im Zuge der vergangenen drei Bundestagswahlen Zäsuren: Die Wahl 2009 markierte über die Erfolge der Grünen und der Partei Die Linke den Übergang zu einem pluralistischen Parteiensystem. Das knappe Scheitern von FDP und AfD an der Fünfprozenthürde im Jahr 2013 bedingte die kurzzeitige Rückkehr zur gewohnten Zweiparteienherrschaft. Im Jahr 2017 reüssierten AfD und FDP, wodurch sich die Zahl der im Bundestag vertretenen Fraktionen von vier auf sechs erhöhte. Das bessere Abschneiden der Partei Die Linke in den neuen als in den alten Ländern, besonders aber die Stärke der AfD im Osten warf die Frage auf, ob die Bundesrepublik wenn nicht zwei Parteiensysteme, so doch ein gespaltenes vorweise. Gegen diese These spricht, dass die Distanz zwischen Ost- und Westergebnissen seit 1990 in der Tendenz abnimmt. Der Einfluss der AfD geht zudem weit über den einer ostdeutschen Regionalpartei hinaus, so erzielt sie im Westen zweistellige Ergebnisse. Obwohl die Partei im Osten stärker ist als im Westen, wäre es einseitig, das Problem des Rechtspopulismus allein auf die neuen Länder zu beschränken. Überdies sind sich Ost und West derzeit in ihrer Ablehnung einer Koalition mit der AfD auf Bundes- und Landesebene einig. Trotz der allgemeinen Absage an Koalitionen mit der AfD führt die elektorale Stärke der rechtspopulistischen Partei zu Veränderungen mit Blick auf die rechnerisch und politisch möglichen Koalitionen. Diese hatten sich bereits vor Gründung der AfD vervielfältigt – insbesondere in den Länderregierungen, die nicht selten als „Probelauf“ für den Bund dienen: Die Grünen haben sich den Ruf als zuverlässige Partnerin in verschiedensten Farbkombinationen erworben. Selbst grün-schwarze Bündnisse – in den 1980ern undenkbar – sind heute kaum mehr ungewöhnlich. In Hessen gelingt die Zusammenarbeit seit 2013. Die Vorbehalte der SPD gegenüber der Partei Die Linke haben im Westen und auf Bundesebene nachgelassen. Bei den Bundestagswahlen wurde 2017 offen mit einem rot-rot-grünen Bündnis geliebäugelt. Allein die Präsenz der Rechtspopulisten erhöht überdies die Zahl politisch möglicher Koalitionen: Lagerübergreifende Bündnisse werden wahrscheinlicher, da der Druck auf die übrigen Parteien steigt, die neue Partei von der Regierungsverantwortung fern zu halten. So regieren in Sachsen und Brandenburg seit 2019 Koalitionen aus CDU, Grünen und SPD, in Sachsen-Anhalt existiert ein sol-

Bundestagswahlen 1990	Gesamt	Ost	West
SPD	33,5	24,3	35,7
CDU/CSU	43,8	41,8	44,3
FDP	11,0	12,9	10,6
B 90/Gr.	5,0	6,1	4,8
PDS	2,4	11,1	0,3
Sonstige	4,3	3,8	4,3
Bundestagswahlen 1994	Gesamt	Ost	West
SPD	36,4	31,5	37,5
CDU/CSU	41,5	38,5	42,1
FDP	6,9	3,5	7,7
B 90/Gr.	7,3	4,3	7,9
PDS	4,4	19,8	0,9
Sonstige	3,5	2,4	3,9
Bundestagswahlen 1998	Gesamt	Ost	West
SPD	40,9	35,1	42,3
CDU/CSU	35,1	27,3	37,0
FDP	6,2	3,3	7,0
B 90/Gr.	6,7	4,1	7,3
PDS	5,1	21,6	1,2
Sonstige	6,0	8,6	5,2
Bundestagswahlen 2002	Gesamt	Ost	West
SPD	38,5	39,7	38,3
CDU/CSU	38,5	28,3	40,8
FDP	7,4	6,4	7,6
B 90/Gr.	8,6	4,7	9,4
PDS	4,0	16,9	1,1
Sonstige	3,3	6,7	2,8
Bundestagswahlen 2005	Gesamt	Ost	West
SPD	34,2	30,4	35,1
CDU/CSU	35,2	25,3	37,5
FDP	9,8	8,0	10,2
B 90/Gr.	8,1	5,2	8,8
PDS/Die Linke	8,7	25,3	4,9
Sonstige	3,9	5,7	3,5
Bundestagswahlen 2009	Gesamt	Ost	West
SPD	23,0	17,9	24,1
CDU/CSU	33,8	29,8	34,6
FDP	14,6	10,6	15,4
B 90/Gr.	10,7	6,8	11,5
PDS/Die Linke	11,9	28,5	8,3
Sonstige	6,0	6,4	6,1
Bundestagswahlen 2013	Gesamt	Ost	West
SPD	25,7	17,9	27,4
CDU/CSU	41,5	38,5	42,2
FDP	4,8	2,7	5,2
B 90/Gr.	8,4	5,1	9,2
PDS/Die Linke	8,6	22,7	5,6
Alternative für Deutschland	4,7	5,9	4,5
Sonstige	6,3	7,3	5,8
Bundestagswahlen 2017	Gesamt	Ost	West
SPD	20,5	13,9	21,9
CDU/CSU	33,0	27,6	34,1
FDP	10,7	7,5	11,4
B 90/Gr.	8,9	5,0	9,8
PDS/Die Linke	9,2	17,8	7,4
Alternative für Deutschland	12,6	21,9	10,7
Sonstige	5,0	6,4	4,7

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

Tabelle 1: Wahlverhalten im Wahlgebiet West (mit Berlin-West) und im Wahlgebiet Ost (mit Berlin-Ost) bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2017 im Vergleich (in Prozent)

ches schon seit 2016. 1990 hätte niemand mit dieser Entwicklung gerechnet. In Thüringen und Brandenburg erschallten zwischenzeitlich gar der Ruf nach einer Koalition von CDU und Die Linke.

Wer Ost und West mit Blick auf die derzeitigen Koalitionen auf Länderebene vergleicht, kommt zu folgendem Ergebnis: Insgesamt regieren acht Zweier- und acht Dreierkoalitionen. Lediglich eine der acht Zweierkoalitionen auf Landesebene findet sich im Osten, so regiert in Mecklenburg-Vorpommern eine „Große Koalition“. In allen übrigen neuen Ländern (inklusive Berlin) existieren (teils lagerübergreifende) Dreierkoalitionen. Kurzum: Ein Bündnis aus Volkspartei plus Juniorpartner gehört im Osten der Vergangenheit an. Auch im Westen und im Bund werden langfristig – sofern es zu keiner Änderung des Wahlrechts kommt – Dreierbündnisse wahrscheinlicher. In diesem Sinne mag der Osten 30 Jahre nach der Einheit zum Vorreiter des Westens werden.

LITERATUR

- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith (2017): Die AfD. Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1/2017, S. 57–75. DOI: 10.5771/0340-1758-2017-1-57.
- Beyme, Klaus von (1993): Die politische Klasse im Parteienstaat. Frankfurt am Main.
- Bösch, Frank (2018): Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU). In: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, S. 242–261.
- Crouch, Colin (2004): Post-Democracy. Cambridge.
- Dahrendorf, Ralf (1987): Das Ende der Sozialdemokratie. In: Merkur, 1-12/1987, S. 1021–1038.
- Decker, Frank (2018): Parteiendemokratie im Wandel. In: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, S. 3–39.
- Decker, Frank (2019): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Eine neue Konfliktlinie in den Parteiensystemen? In: Zeitschrift für Politik, 4/2019, S. 445–454. DOI: 10.5771/0044-3360-2019-4-445.
- Fukuyama, Francis (1992): The End of History and the Last Man. London.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.) (2017): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld.
- Hoffmann, Jürgen (1998): Die doppelte Vereinigung. Vorgeschichte, Verlauf und Auswirkungen des Zusammenschlusses von Grünen und Bündnis 90. Opladen.
- Jesse, Eckhard (1998): Das deutsche Parteiensystem nach der Vereinigung. In: German Studies Review, 1/1998, S. 69–82.
- Jesse, Eckhard (2015): Das Ende der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 33–34/2015, S. 18–25.
- Jesse, Eckhard (2018): Die Bundestagswahl 2017 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2/2018, S. 223–242. DOI: 10.5771/0340-1758-2018-2-223.
- Jesse, Eckhard (2019): Das Aufkommen der Alternative für Deutschland. Deutschland ist kein Ausnahmefall mehr. In: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration. Wiesbaden, S. 97–132.
- Kielmansegg, Peter Graf (2000): Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland. Berlin.
- Krockow, Christian von/Lösche, Peter (Hrsg.) (1986): Parteien in der Krise. Das Parteiensystem in der Bundesrepublik und der Aufstand des Bürgerwillens. München.
- Mannewitz, Tom (2016): Really Two Deeply Divided Electorates? German Federal Elections 1990–2013. In: German Politics, 2/2016, S. 219–234. DOI: 10.1080/09644008.2016.1235699.
- Merkel, Wolfgang (2016): Bruchlinien. Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie. In: WZB Mitteilungen (154), S. 11–14.

- Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin.
- Niedermayer, Oskar (2010): Von der Zweiparteiendominanz zum Pluralismus. Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems im westeuropäischen Vergleich. In: Politische Vierteljahresschrift, 1/2010, S. 1–13. DOI: 10.1007/s11615-010-0005-0.
- Niedermayer, Oskar (2015): Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden, S. 175–207.
- Niedermayer, Oskar (2018): Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems. In: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, S. 97–125.
- Panreck, Isabelle-Christine (2019): Rechtspopulismus – historisches Phänomen, politischer Kampfbegriff, analytisches Konzept? In: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration. Wiesbaden, S. 25–41.
- Priester, Karin (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt am Main, New York.
- Probst, Lothar (2018): Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE). In: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, S. 203–218.
- Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm/Gawrich, Andrea (2007): Grundzüge des politischen System Deutschlands. München.
- Thieme, Tom (2019): Dialog oder Ausgrenzung – Ist die AfD eine rechtsextreme Partei? In: Bundeszentrale für politische Bildung – Dossier Rechtspopulismus. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/284482/dialog-oder-ausgrenzung-ist-die-afd-eine-rechtsextreme-partei> [30.01.2020].
- Treibel, Jan (2018): Freie Demokratische Partei (FDP). In: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, S. 319–331.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Beyme 1993.
- 2 Vgl. Crouch 2004.
- 3 Vgl. Priester 2012; Mouffe 2018.
- 4 Vgl. Fukuyama 1992.
- 5 Vgl. Kielmansegg 2000, S. 670.
- 6 Vgl. Mannewitz 2016, S. 221, 231.
- 7 Vgl. Jesse 2015, S. 25.
- 8 Siehe auch im Folgenden Tabelle 1, die eine Übersicht aller Bundeswahlergebnisse gibt (vgl. Seite 64).
- 9 Vgl. Jesse 2018, S. 227–234.
- 10 Vgl. Niedermayer 2015.
- 11 Vgl. Sontheimer et al. 2007, S. 111–120.
- 12 Vgl. Hoffmann 1998.
- 13 Vgl. Jesse 1998, S. 74.
- 14 Statt vieler Krockow/Lösche 1986.
- 15 Dahrendorf 1987, S. 1022.
- 16 Vgl. Niedermayer 2018, S. 109.
- 17 Vgl. Niedermayer 2010, S. 10 f.

- 18 Vgl. Niedermayer 2010, S. 11 f.
- 19 Vgl. Bösch 2018, S. 246.
- 20 Vgl. Decker 2019, S. 454.
- 21 Vgl. Treibel 2018, S. 319–321.
- 22 Vgl. Niedermayer 2018, S. 110.
- 23 Vgl. Decker 2018, S. 10 f.
- 24 Von 2010 bis 2012 unterstützte Die Linke im nordrhein-westfälischen Landtag die Minderheitenregierung von Hannelore Kraft aus SPD und Grünen.
- 25 Weiterführend zum soziokulturellen Konflikt siehe Merkel 2016, S. 11 f.
- 26 Vgl. Probst 2018, S. 203–209.
- 27 Niedermayer 2010, S. 12.
- 28 Vgl. Thieme 2019; Panreck 2019, S. 27–31.
- 29 Vgl. Hark/Villa 2017.
- 30 Vgl. Jesse 2018, S. 228–235.
- 31 Bergmann et al. 2017, S. 65–72.
- 32 Vgl. Jesse 2019, S. 123.



UNSERE AUTORIN

Dr. Isabelle-Christine Panreck ist Visiting Fellow an der London School of Economics and Political Science. Sie studierte in Münster „Politik und Wirtschaft“ (B. A.) und „Politikwissenschaft“ (M. A.) und wurde mit einer Studie über die demokratische Qualität außenpolitischer Diskurse in Chemnitz promoviert. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der vergleichenden Populismus- und Demokratieforschung sowie der Wissenschaftsgeschichte. Ihre Habilitationsschrift verfasst sie im Feld der „Intellectual History“ über das Werk und Wirken des Heidelberger Sozialwissenschaftlers Klaus von Beyme.

Politische Bildung auf Social Media

News aus Politik, Landeskunde und der LpB



/lpb.bw.de



lpb.bw



@lpbbw



/user/lpbbw

lpb
BW

Wer beherrscht den Osten?

Eliten in Politik, Wirtschaft und Justiz

Michael Schönherr, Olaf Jacobs

Nach dem Umbruch in der DDR 1989/90 erfolgte ein enormer Elitentransfer von West- nach Ostdeutschland. Mit der Ausdehnung des politisch-rechtlichen Systems der Bundesrepublik auf die neuen Bundesländer wurden in aller Regel erfahrene Westdeutsche betraut, die in der Folge im politisch-administrativen, wirtschaftlichen und juristischen Bereich Führungspositionen besetzten. Auffallend ist, dass sich an dieser anfänglichen Lage bis heute wenig geändert hat. Noch Jahrzehnte später kommen die gesellschaftlichen Eliten in den neuen Bundesländern relativ selten aus Ostdeutschland. Die Frage einer angemessenen Repräsentation ostdeutscher Bevölkerungsgruppen in den politischen und wirtschaftlichen Führungsetagen ist nicht zuletzt politisch relevant und macht sich in der aktuellen Stimmungslage in der Bevölkerung Ostdeutschlands bemerkbar. Michael Schönherr und Olaf Jacobs gehen der Frage nach, inwieweit Ostdeutsche in den Elitepositionen sowohl Deutschlands als auch Ostdeutschlands tatsächlich repräsentiert sind oder im Laufe der Zeit überhaupt in Führungspositionen nachrücken konnten. ■

Enormer Elitentransfer von West nach Ost

Der Umbruch in der DDR 1989/90 fußte zu einem guten Teil auf der Forderung nach „neuen Köpfen“. Mit dem Ende der DDR endeten nicht nur die charakteristischen und gesellschaftsprägenden ostdeutschen Strukturen von Staat und Gesellschaft, sondern auch die personelle Kontinuität von Elitepositionen. Der Weg, die deutsche Einheit durch den Beitritt Ostdeutschlands zur Bundesrepublik Deutschland herzustellen, machte den Aufbau neuer, im Osten nicht bekannter und geübter Strukturen nötig.

Die Folge war ein beispielloser Elitentransfer von West nach Ostdeutschland. Der Entwicklung einer neuen eigenen Elite, wie sie später in den meisten osteuropäischen Ländern passierte, stand entgegen, dass genug mit den neuen Verhältnissen Vertraute in den alten Bundesländern bereitstanden, um die ostdeutschen Elitepositionen zu besetzen. Gleichzeitig gab es eine erhebliche Migrationsbewegung von Fachkräften in die entgegengesetzte Richtung. Dadurch ging auch das Potenzial für nachfolgende Elitepositionen verloren.

Die ursprüngliche Begründung für den Elitentransfer lag darin, dass sich mit der Wiedervereinigung das politisch-rechtliche System der Bundesrepublik auf die neuen Bundesländer ausdehnte. Mit dem nötigen Neuaufbau in Politik, Medien, Wirtschaft, Wissenschaft, Justiz und Militär wurden in der Regel erfahrene Westdeutsche betraut. Als logische Folge besetzten diese in allen Bereichen auch fast alle Führungspositionen. Bemerkenswert ist jedoch, dass

dies nach diesem Anfangsimpuls weitestgehend so blieb und die gesellschaftlichen Eliten in den neuen Bundesländern auch noch Jahrzehnte später relativ selten selbst aus Ostdeutschland kommen.¹ Dabei bilden die Ostdeutschen mit etwa 85 Prozent² die klare Mehrheit in der Wohnbevölkerung in den neuen Bundesländern. Diese soziale Gruppe wird in den Eliten also noch heute nicht adäquat repräsentiert.

Das kann insofern problematisch sein, als diese Eliten für die Gruppe der ostdeutschen Bevölkerung „innerhalb und für soziale Strukturen, Institutionen und Organisationen mit mittel- oder unmittelbar gesamtgesellschaftlicher Wirkungsreichweite über die wesentliche Steuerungskompetenz verfügt und in entscheidenden Handlungssituationen das letzte Wort haben.“³

Die Frage nach der Repräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen in Führungspositionen bekommt durch die aktuelle politische Entwicklung in Ostdeutschland eine zusätzliche Relevanz. Denn hier laufen einige Entwicklungen parallel, die auch Einfluss auf die gesamtdeutsche politische Debatte haben. So stimmen Ostdeutsche in Umfragen regelmäßig zu, sie seien im Vergleich zu Westdeutschen nur Bürger zweiter Klasse – in Sachsen 2018 immerhin 52 Prozent der Befragten.⁴ Gleichzeitig greift die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) in ihren Wahlkämp-

Auf Bundesebene unterstrichen bisher vor allem Bundeskanzlerin Angela Merkel und der frühere Bundespräsident Joachim Gauck die Annahme, Ostdeutsche seien heute in bundesdeutschen Spitzenpositionen angekommen. Allerdings zeigt die politische Elite bundesweit ein klares Übergewicht westdeutscher Positionsinhaber. Lediglich in den neuen Bundesländern ist heute ein Großteil der politischen Positionen von Ostdeutschen besetzt.

picture alliance/dpa



fen genau diese Stimmungslage auf und scheint damit zu punkten. Auch die Linke hat das Thema in den letzten Jahren besetzt und in die öffentliche Debatte getragen. Ende 2019 scheiterte sie im Bundestag mit dem Antrag, eine „Ost-Quote“ in Bundesbehörden einzuführen.⁵

30 Jahre nach der Deutschen Einheit stellt sich also in Ostdeutschland noch immer die Frage, inwieweit Ostdeutsche heute in der Bundesrepublik angekommen sind, und damit verbunden die Frage, inwieweit sie in den Elitepositionen sowohl Deutschlands als auch Ostdeutschlands tatsächlich repräsentiert sind und nach dem massiven westdeutschen Elitentransfer überhaupt nachrücken konnten.

Erhebungswellen und Definitionsfragen

Deutschlandweite Elitenstudien sind rar. Die letzte breit angelegte Arbeit war die Potsdamer Elitestudie in den 1990er-Jahren.⁶ Die aktuell vorliegenden Daten speisen sich aus regelmäßigen Erhebungswellen, die teilweise in Zusammenarbeit mit der Universität Leipzig umgesetzt wurden.⁷ Zuletzt wurden sie im Herbst 2019 aktualisiert, wobei die Veränderungen in den letzten Jahren eher marginal sind. Durch eine in der Herangehensweise ähnliche Erhebung des Mitteldeutschen Rundfunks von 2004 sind ein zeitlicher Vergleich und das Nachzeichnen von Entwicklungstendenzen möglich. In erster Linie werden Einrichtungen in den fünf neuen Bundesländern betrachtet, wobei Berlin als ehemals geteilte Stadt nach Möglichkeit ausgelassen wird. Hinzu kommen vergleichbare Einrichtungen auf Bundesebene: Regierungskabinette, einhundert größte Unternehmen und oberste Gerichte. Zu den Elitegruppen gehören Personen, die mit einer gesamtgesellschaftlichen Wirkungsreichweite über wesentliche Steuerungskompetenzen verfügen. In der demokrati-

schen Gesellschaft finden sie sich in Führungsgruppen unterschiedlicher sozialer Felder mit jeweils unterschiedlichen Einfluss- und Entscheidungsreichweiten. Zu den gesellschaftspolitisch relevantesten gehören die politisch-administrativen, wirtschaftlichen und juristischen Elitegruppen,⁸ also die höchsten Führungskräfte in den jeweiligen Bereichen.

Die Abgrenzung, wer zu den „Ostdeutschen“ gehört und wer nicht, wird 30 Jahre nach der Wiedervereinigung immer schwieriger. Bei den vorliegenden Daten galten jene Menschen als ostdeutsch, die bis 1990 in der DDR aufgewachsen sind oder dort den größeren Teil ihres Lebens verbracht haben. Hinzukommen junge Menschen, die nach 1975 in der DDR bzw. in den neuen Bundesländern geboren wurden und durch ihr Umfeld „ostdeutsch“ sozialisiert wurden und demnach eine „ostdeutsche Herkunft“ haben. Diese frühe Sozialisierung in einem bestimmten Umfeld prägt auch das Verhalten bis in die späteren Lebensjahre.⁹ Demnach können auch Führungskräfte mit westdeutscher oder ausländischer Herkunft ihre soziale Prägung nicht so schnell ablegen, auch wenn sie seit 25 Jahren in den neuen Bundesländern leben und selbst sehr häufig die Meinung vertreten, die Herkunft spiele keine Rolle mehr.

Politische Elitepositionen

Die politische Elite zeigt bundesweit ein klares Übergewicht westdeutscher Positionsinhaber. Lediglich in den neuen Bundesländern ist heute ein Großteil der politischen Positionen von Ostdeutschen besetzt. In den Landesregierungen der fünf neuen Bundesländer hatten im Herbst 2019 62 Prozent der Regierungsmitglieder eine ostdeutsche Herkunft, was dem Bevölkerungsanteil von etwa 85 Prozent zumindest nahekommt. Doch es gibt eine erstaunliche Entwicklung. 2016 kamen noch 70 Prozent der Landesminister aus dem Osten Deutschlands, 2004 sogar noch 75 Prozent. Die Repräsentation Ostdeutscher in den ostdeutschen Landesregierungen geht also zurück.

Im Vergleich zu anderen Bereichen ist dieser Anteil sogar eher hoch. Das erklärt sich durch das Prinzip demokratischer Wahlen, das schnelle Aufstiege vom Kreis bis in die Länderparlamente ermöglicht. Das bietet letztendlich auch den ostdeutschen Wählern und Wählerinnen die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, wer sie in der Politik repräsentieren soll und darf. Allerdings ist die Aufstellung der Kandidaten und der Landeslisten auch ein Ergebnis innerparteilicher Auseinandersetzungen, bei denen der „Vorsprung“ des aus Westdeutschland stammenden politischen Personals offenbar noch nicht ausgeglichen werden konnte.

Dieser sogenannte „Vorsprung“ ergibt sich auch aus der geübten Praxis, die westdeutsche Politiker ab 1990 in die neuen Bundesländer mitbrachten – Erfahrungen, die Ostdeutsche erst im Laufe der Jahre sammeln konnten. Die Erfahrung mit dem politischen System der Bundesrepublik prädestinierte westdeutsche Anwärter dafür, für die parlamentarische Funktionsweise wichtige Positionen zu besetzen. Dazu gehören auch die Staatssekretäre in den Landesregierungen. Diese Positionen verlangen im beson-



deren Maße Menschen mit bestimmten fachlichen Qualifikationen, zum Beispiel Volljuristen mit langjähriger Erfahrung, sowie eine gute Vernetzung innerhalb der eigenen Partei. Unter den Staatssekretären in den ostdeutschen Landesregierungen gibt es weiterhin viel weniger Ostdeutsche. 2016 waren sie mit 46 Prozent in der Minderheit, 2004 waren es sogar nur 26 Prozent.

Auf Bundesebene unterstrichen bisher vor allem Bundeskanzlerin Angela Merkel und der frühere Bundespräsident Joachim Gauck die Annahme, Ostdeutsche seien heute in den bundesdeutschen Spitzenpositionen angekommen. In der Bundesregierung werden 2020 zwei von 16 Posten von Ostdeutschen besetzt – inklusive der Kanzlerin. Auch das liegt etwas unter dem bundesweiten Bevölkerungsanteil Ostdeutscher von etwa 17 Prozent. Unter den Staatssekretären war der Anteil 2016 sogar noch geringer. Nur drei der 60 Staatssekretäre in der Bundesregierung hatten eine Ost-Biografie, 2004 waren es sogar noch sechs von insgesamt 51.

Eliten in der Wirtschaft

Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern ist geprägt vom tiefgreifenden Transformationsprozess nach der Wiedervereinigung. Trotz modernster Industrieanlagen ist die Wirtschaftskraft nach wie vor insgesamt viel geringer als in den alten Bundesländern. Die einhundert größten Unternehmen erreichen hier einen jährlichen Umsatz von rund 80 Milliarden Euro, also weniger als die Siemens AG in München allein. Die ostdeutsche Wirtschaft ist geprägt von kleineren Unternehmen und Tochterfirmen großer deutscher Konzerne, also von sogenannten verlängerten Werkbänken.

Das hat auch Auswirkung auf die Eliten in der Wirtschaft in den neuen Bundesländern. Unter den Geschäftsführern und Vorstandsvorsitzenden der einhundert größten Unternehmen Ostdeutschlands kommt nur jeder zehnte aus Ostdeutschland (zehn Prozent). Bei den Erhebungen 2016 und 2004 lag der Anteil jeweils noch bei etwa einem Drittel. Das erklärt sich auch aus der wirtschaftlichen Entwicklung in dieser Zeit. Die größten ostdeutschen Unternehmen wurden in zunehmendem Maße von westdeutschen oder ausländischen Konzernen übernommen. Von 2004 bis 2016 sank der Anteil der originär ostdeutschen Unternehmen in den Top 100 Ostdeutschlands von 63 auf 49 Prozent. Das hat mit der insgesamt kleinteiligeren Unternehmensstruktur zu tun. Denn im Umfeld der Globalisierung, die sich zeitgleich mit dem ostdeutschen Transformationsprozess weiter verstärkte, sind ostdeutsche Firmen eher Übernahmekandidaten, als dass sie selbst zu expandierenden Konzernen heranwachsen können.

Die tendenziell geringe Größe von Unternehmen und Unternehmensgruppen erschwert dabei den Aufbau starker Wirtschaftsstrukturen. Größere Unternehmen, besonders privatwirtschaftliche Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, benötigen größere Abteilungen für Forschung und Entwicklung sowie für die Verwaltung. Jene ostdeutschen Tochterunternehmen, die mit einem Mutterkonzern im Ausland oder in den alten Bundesländern verbunden sind, haben selten diese Abteilungen. Aufstiege über diese Bereiche in die Leitungsebene werden dadurch erschwert. Deswegen und durch den wachsenden Anteil verlängerter Werkbänke ist es nachvollziehbar, dass weniger Ostdeut-



sche in den Chefetagen sitzen. Denn im Zweifel setzen Konzernzentralen eher auf „Eigengewächse“ bei der Führung ihrer Tochterfirmen. Doch auch ein ostdeutscher Unternehmer muss nicht allein auf heimisches Personal setzen, wie die Erhebung von 2016 zeigt. Selbst wenn sich auch die Eigentümergesellschaft des ostdeutschen Unternehmens in den neuen Bundesländern befand, wurden über zwei Drittel der Chefposten von Westdeutschen besetzt – 67 Prozent gegenüber 29 Prozent aus Ostdeutschland. Elitentheoretische Erklärsmuster nehmen auch Netzwerke in den Blick, in denen sich auch und gerade Wirtschaftseliten organisieren. Diese basieren auf gegenseitigem Vertrauen, sozialstrukturellen Ähnlichkeiten und gemeinsamen Laufbahnen.¹⁰ Hierbei scheinen westdeutschen Manager einen zusätzlichen organisatorischen Vorsprung zu haben.

Es gibt noch einen weiteren Effekt, der den Mangel an Ostdeutschen in den wirtschaftlichen Eliten zu erklären vermag. Denn ausgeprägte Elitenstrukturen benötigen ein gut ausgebildetes, kompetentes und ehrgeiziges Reservoir. Doch in Ostdeutschland gingen durch den schwierigen Transformationsprozess und die darauf folgende Abwanderung viele Potenziale verloren. Allein von 1989 bis 1994 siedelten 660.000 der 18- bis 40-jährigen Ostdeutschen in die alten Bundesländer über – etwa zwölf Prozent der Bevölkerung in dieser Altersgruppe. Dem steht ein Bevölkerungsrückgang von insgesamt nur 5,4 Prozent gegenüber.¹¹ Damit ging den potenziellen ostdeutschen Eliten ein erhebliches Nachwuchsreservoir verloren.

Die Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich auch mit Blick auf die einhundert größten Unternehmen der Bundesrepublik. Die VNG AG mit Sitz in Leipzig ist das einzige ostdeutsche Unternehmen, das regelmäßig in dieser Liste der Top 100 zu



Lothar Späth, von 1978 bis 1991 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, ist vielleicht der „Prototyp“ des westdeutschen Elite-Managers, der in den neuen Ländern erfolgreich war. Späth wurde im Juni 1991 Geschäftsführer der Jenoptik GmbH in Jena und führte das Unternehmen 1998 an die Börse. Jenoptik ist eines der wenigen Beispiele, dass ein ehemaliges Industriekombinat sich nach der Wende ökonomisch erfolgreich behaupten konnte. Allerdings wurden am 31. Dezember 1991 17.000 Menschen entlassen.

picture alliance/dpa

finden ist. Auch sie ist allerdings mehrheitlich im Besitz der EnBW AG mit Sitz in Karlsruhe.¹² Entsprechend finden sich unter den Geschäftsführern und Vorstandsvorsitzenden der Top 100 in Deutschland lediglich zwei Personen mit ostdeutschen Wurzeln.

Die für diese hohen Positionen verlangten Voraussetzungen konnten Ostdeutsche offenbar noch nicht in entsprechendem Umfang erbringen, oder sie werden in den Netzwerken der entsprechenden Entscheider nicht wahrgenommen. Dafür sind die fast ausschließlich in Westdeutschland ansässigen Unternehmen in der Regel zu stark in ihren Wirtschaftsregionen verankert, aus denen sich die Spitzenkräfte ebenfalls rekrutieren.

Landesrichter und Bundesrichter

Neben den politisch-administrativen und den wirtschaftlichen Eliten haben auch juristische Elitegruppen eine hohe Bedeutung. Auf Landesebene gehören die Richter an den obersten Landesgerichten zu der betrachteten Elitegruppe, und zwar jene in der ordentlichen sowie der Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs-, Finanz- und Verfassungsgerichtsbarkeit. 2019 wurden an den obersten Landesgerichten in den neuen Bundesländern 413 Richterstellen betrachtet, von denen 54 von Ostdeutschen besetzt waren, also rund 13 Prozent. Bezogen auf die ostdeutsche Bevölkerung sind die Richter an ostdeutschen Gerichten also stark unterrepräsentiert. Die eigentliche Elite stellen die Präsidenten und Vizepräsidenten der Gerichte sowie die vorsitzenden Richter der einzelnen Senate dar, die sich aus der gesamten Richterschaft rekrutieren. Zu dieser Gruppe gehörten 2016 nur sechs Prozent. Den übrigen Anteil stellten Westdeutsche.

Diese heterogene Verteilung erklärt sich aus dem Neuaufbau der Justiz in den neuen Bundesländern ab 1990 nach den rechtstaatlichen Prinzipien der Bundesrepublik. Eine Verfassungsgerichtsbarkeit oder Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtszweige gab es in der DDR in dieser Form nicht. Auch deshalb haben nur wenige in der DDR ausgebildete Juristen ihren Weg in die neu aufgebauten Gerichtsbarkeiten gefunden. Im Gegensatz dazu wurde der Bedarf an Juristen zunächst aus den alten Bundesländern gedeckt. Dass diese zu diesem Zeitpunkt relativ jung waren und später die genannten Positionen besetzten, könnte eine Erklärung für das langsame Nachrücken ostdeutscher Juristen in obere Landesgerichte sein. Doch die unmittelbar nach der Wiedervereinigung berufenen Richter stehen heute häufig vor dem Ruhestand. So besteht in den nächsten Jahren die Möglichkeit einer Veränderung in diesem Bereich.

Ein weiterer Grund können auch hier weiterhin Netzwerkstrukturen unter westdeutschen Richtern sein. Denn das Nachrücken Ostdeutscher verläuft erstaunlich langsam, wenn man auf die vorliegenden Daten aus den Jahren 2004 und 2016 schaut. Unter den Vorsitzenden Richtern an den Landesgerichten der neuen Bundesländer stieg der Anteil Ostdeutscher von drei auf sechs Prozent, in der gesamten Richterschaft stieg er von zwölf auf 13 Prozent.

Auch an den Bundesgerichten gibt es ein Nachrücken, allerdings auch hier ein sehr langsames. Die Bundesgerichte betreffen dieselben Gerichtsbarkeiten wie auf Landesebene. Wer hier Richter wird, hatte zuvor meist eine gehobene Stellung in einem der obersten Landesgerichte inne – und ist in der Regel aus Westdeutschland. Denn von den fast 350 Bundesrichtern in Deutschland kamen 2019 lediglich sieben aus Ostdeutschland. Bei der Erhebung 2016 waren es sogar nur drei. Der geringe Ost-Anteil auf dieser Ebene erklärt sich auch aus dem geringen Nachwuchservoir der Landesgerichte in den neuen Bundesländern.

Fazit und Ausblick

Mit Blick auf die betrachteten Bereiche wird deutlich, dass die Ostdeutschen auch fast 30 Jahre und damit eine Generation nach der Wiedervereinigung in gesellschaftlichen Führungspositionen noch immer nicht adäquat repräsentiert sind. Egal ob in der Landes- oder der Bundespolitik, in Unternehmen oder an Gerichten – der Anteil Ostdeutscher an Spitzenpositionen liegt unterhalb des entsprechenden Anteils Ostdeutscher an der Bevölkerung.

Nach dem enormen Elitentransfer von West nach Ost gab es nur ein sehr langsames Nachrücken Ostdeutscher in die Elitepositionen – sowohl in der Bundesrepublik als auch in Ostdeutschland selbst. Im Zeitvergleich mit dem Jahr 2004 lässt sich insgesamt nur ein extrem langsames Nachrücken auf sehr niedrigem Niveau feststellen, besonders in jenen Bereichen, in denen Posten eher langfristig und stark nach fachlicher Qualifikation vergeben werden oder wo das Ausscheiden von Vorgesetzten die Bedingung für einen Aufstieg ist. Erstaunlich ist allerdings, dass sich teilweise gar keine Angleichung vollzieht, sondern die Anteile Ostdeutscher sogar sinken.

Der leicht wachsende Anteil Ostdeutscher deutet allerdings auch an, dass es Potenziale an Aufstiegschancen der ostdeutschen Eliten für die nächsten Jahre gibt. Dabei scheint die Frage nach der Altersstruktur der Eliten eine der wesentlichen zu sein. In Rücksprachen mit den Angehörigen der untersuchten Eliten wurde immer wieder deutlich, dass langjährige Posteninhaber, die nach 1990 aus Westdeutschland nach Ostdeutschland gekommen sind, vor dem Ruhestand stehen. Perspektivisch werden an ihre Stelle relativ junge Nachfolger treten, die möglicherweise sehr häufig immer noch aus den alten, aber immer öfter aus den neuen Bundesländern stammen werden. Die Angleichung an die tatsächliche Bevölkerungsverteilung wird wohl noch mehrere Generationen brauchen. Das durch den Wegzug Anfang der 1990er-Jahre verminderte Reservoir potenzieller ostdeutscher Eliten ist dabei ebenso ein Grund wie es die neu im Osten etablierten oder auf den Osten erweiterten und westdeutsch dominierten Netzwerke sind.

UNSERE AUTOREN



Michael Schönherr, geb. 1982 in Magdeburg, arbeitet in Leipzig als Autor an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Journalismus. Nach dem Studium der Politikwissenschaft sowie der Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Leipzig wandte er sich zahlreichen Buch- und Datenprojekten zu. Schwerpunkte sind dabei deutsche Geschichte sowie aktuelle Themen in Politik und Gesellschaft. Seit 2015 beschäftigt er sich regelmäßig mit der regionalen und sozialen Herkunft sowohl ostdeutscher als auch gesamtdeutscher Eliten.



Olaf Jacobs arbeitet als Produzent und Autor von journalistischen Medien in Leipzig und ist Professor am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig. Er nahm den Anfang seiner Berufstätigkeit im MDR und ist heute Produzent bei der Hoferichter & Jacobs GmbH. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit sind lange Fernsehformen und medienübergreifende Projekte. Ein Großteil der Produktionen erfolgt mit Beteiligungen aus dem Ausland oder erfahren eine internationale Auswertung. Von ihm geführte Produktionen erhielten unter anderem den Grimme-Preis sowie den europäischen Fernsehpreis und weitere Auszeichnungen.

Gerade in der zugespitzten Debatte um Ost-Quoten lässt sich feststellen, dass die Ostdeutschen in Führungspositionen viel stärker eine Minderheit bilden als Frauen. Der Sinn einer Ost-Quotierung von Verwaltungsposten ist allerdings sehr umstritten, was allein schon an der immer schwierigen Herkunftsabgrenzung von West- und Ostdeutschen liegt. Dadurch könnten die zukünftige Debatte um die Elitenrekrutierung und die damit verbundenen Herkunftsfragen in den kommenden Jahren an Relevanz verlieren. Allerdings muss gleichzeitig die Tatsache zur Kenntnis genommen werden, dass dieses Thema auch nach einem langen Zeitraum von 30 Jahren noch diskutiert wird. Die zu Beginn erwähnte Frage nach dem Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse wird auch von jüngeren Menschen bejaht. Die Auseinandersetzungen in dieser Frage könnten also noch länger andauern.

LITERATUR

- Bluhm, Michael/Jacobs, Olaf (2016): Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung. Leipzig: Universität Leipzig, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft.
- Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke u. a. (1997): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration. Opladen.
- Deutsche Gesellschaft e. V. (Hrsg.) (2017): Ostdeutsche Eliten – Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven. Berlin.
- Hoffmann-Lange, Ursula (1992): Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik. Opladen.
- Hoffmann-Lange, Ursula (2000): Elite West – Elite Ost? In: Der Bürger im Staat, 4/2000, S. 203–210.
- Kollmorgen, Raj (2015): Aus dem Osten an die Spitze? In: Berliner Debatte Initial e. V.: Berliner Debatte Initial, 2/2015.

ANMERKUNGEN

- 1 In der folgenden Untersuchung gelten als Ostdeutsche Personen, die in den neuen Bundesländern geboren wurden oder die den größeren Teil ihres Lebens bis 1989 in der DDR verbracht haben.
- 2 Eigene Schätzung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des Leibniz-Instituts für Länderkunde Leipzig: Der Anteil errechnet sich aus der DDR-Wohnbevölkerung im Herbst 1989 und dem Wanderungssaldo zwischen den alten und den neuen Bundesländern von 1990 bis 2013. Berücksichtigt wurden dabei 750.000 Rückkehrer in die neuen Bundesländer sowie ein Ausländeranteil von etwa 2,5 Prozent. Vgl. https://www.ifl-leipzig.de/fileadmin/user_upload/Forschung/Raumproduktionen_MultiGeo/Re-Turn_ZA_Online-Erhebung.pdf [01.02.2020].
- 3 Vgl. Raj Kollmorgen: Aus dem Osten an die Spitze? In: Berliner Debatte Initial e. V.: Berliner Debatte Initial, 2/2015, S. 17.
- 4 Vgl. <https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2018-5616.html> [01.02.2020].
- 5 Vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw43-de-ost-quote-663310> [01.02.2020].
- 6 Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf u. a.: Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration. Opladen 1997.
- 7 Vgl. Michael Bluhm/Olaf Jacobs: Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung. Leipzig: Universität Leipzig, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft 2016.
- 8 Vgl. Ursula Hoffmann-Lange: Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik. Opladen 1992, S. 400–407. Kollmorgen 2015, S. 18. Hierzu gehören auch massenmediale Eliten, die hier aus Mangel an Fallzahlen ausgespart wurde.
- 9 Vgl. Kollmorgen 2015, S. 20.
- 10 Kollmorgen 2015, S. 28.
- 11 Klaus Funken: Keine Wende am Arbeitsmarkt in Ostdeutschland – eine Zwischenbilanz im Jahre 1996. Bonn 1996, S. 9f.
- 12 Vgl. <https://vng.de/de/unternehmen> [01.02.2020].

Frauen in Ost und West: Angleichung nach drei Jahrzehnten?

Martin Kopplin

Die gesellschaftliche Position der Frau in der DDR war durchaus zwiespältig. Die Gleichberechtigungspolitik führte zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt und zu deren rechtlicher und finanzieller Unabhängigkeit – ein Gleichstellungsvorsprung, der sich bis heute in der beruflichen Autonomie ostdeutscher Frauen niederschlägt. Möglichkeiten der selbstbestimmten Lebensgestaltung und politischen Partizipation jedoch blieben beschränkt. Um die Verstetigung der bis heute zu konstatierenden Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Frauen erklären zu können, bedarf es der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bedingungen der Frauen in der DDR sowie mit den Umbruchserfahrungen während der Transformationszeit und den Angleichungsprozessen nach der Wiedervereinigung. In ihren Wertemustern und Einstellungen haben sich ostdeutsche und westdeutsche Frauen weniger angenähert als ost- und westdeutsche Männer. In den Werte- und Einstellungsmustern ostdeutscher Frauen spiegeln sich – so das Fazit von Martin Kopplin – Umbruchserfahrungen, ökonomische und soziale Unsicherheiten sowie politische Enttäuschung wider.

Die Vorreiterrolle erwerbstätiger ostdeutscher Mütter

Im Januar 2020 stellte die einzige ostdeutsche Bundesministerin Franziska Giffey zusammen mit der Wirtschaftswissenschaftlerin Christa Spieß ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zu den Auswirkungen des Ausbaus der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern auf die Erwerbstätigkeit von Müttern vor.¹ Im gegenwärtigen Koalitionsvertrag wird sich darauf geeinigt, bis 2025 einen Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern einzuführen. Der Bund stellt den Ländern hierfür zwei Milliarden Euro Finanzhilfen zur Verfügung. Das Gutachten belegt, dass die fiskalischen Effekte der ausgebauten Betreuung die monetären Aufwände weitestgehend ausgleichen. Es sei davon auszugehen, dass durch die Maßnahmen das Arbeitsvolumen von Müttern mit Grundschulkindern um drei bis sieben Prozent steige – mit den entsprechenden Auswirkungen auf Steuern, Sozialausgaben und Transferleistungen. Doch habe die Regelung nur einen sehr geringen Effekt auf Mütter in Ostdeutschland. Denn verglichen mit Müttern in Westdeutschland sind bereits ein weitaus größerer Anteil von ihnen erwerbstätig, und dies mit einem deutlich höheren Arbeitszeitvolumen.² Es wird also ein Handlungsbedarf gesehen, die Lebensverhältnisse der Mütter in Westdeutschland an diejenigen in Ostdeutschland anzugleichen, und dies mit einem Milliardenbetrag gefördert, wovon sich die Regierung neben dem familienpolitischen

Signal der Förderung gleichberechtigter Arbeitsbedingungen auch die nun bezifferte Produktivitätssteigerung verspricht. Die Anpassung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland folgt familienpolitisch einem bundesdeutschen Trend, bei dem die erwerbstätigen ostdeutschen Mütter eine Vorreiterrolle einnehmen. Der Ausweitung der Betreuung für Grundschulkindern ging ab 2005 der flächenmäßige Ausbau von Kita-Plätzen in Westdeutschland und die Einführung des Rechtsanspruchs auf diese voraus. Ferner lassen sich Anknüpfungspunkte an die DDR-Familienpolitik beim Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit von 2006 diskutieren.

Doch neben der auch politisch geförderten behutsamen Annäherung haben sich 30 Jahre nach der Wiedervereinigung demografische und sozioökonomische Unterschiede in Ost und West verschärft und gefestigt. Damit gehen einerseits Annäherungen bei den Einstellungen, Wertemustern und Verhaltensweisen von ostdeutschen und west-



Die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR, sozialpolitische Errungenschaften und eine vergleichsweise rechtliche Gleichstellung führten im Vergleich zu westdeutschen Frauen zu einem Gleichheitsvorsprung ostdeutscher Frauen, der durch politische Entmündigung und hohe Doppelbelastung in Beruf und Haushalt jedoch begrenzt blieb. Das Bild, aufgenommen im Januar 1966, zeigt Frauen bei der Produktion von Fotoapparaten im VEB Pentacon in Dresden.

picture alliance/dpa

deutschen Frauen einher. Andererseits lässt sich die Verstärkung der Unterschiede zwischen ihnen feststellen. Diese Entwicklung wird anhand der Auswertung der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) aufgezeigt, die von der Hoferichter & Jacobs Film- und Fernsehproduktion im Rahmen des MDR-Projekts „Ostfrauen“³ in Zusammenarbeit mit Frau Prof. Dr. Hildgard Maria Nickel von der Humboldt-Universität Berlin und dem GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2019 durchgeführt wurde.

Um sich Erklärungen der bis heute haltenden Unterschiede ost- und westdeutscher Frauen anzunähern, bedarf es der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bedingungen der Frauen in der DDR und in Ostdeutschland in der Transformationszeit nach der Wiedervereinigung.

Gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen für Frauen in der DDR

Zügig nach der Staatsgründung förderte die DDR-Regierung systematisch die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt, um dem massivem Arbeitskräftemangel nach dem Zweiten Weltkrieg und der Auswanderung von circa drei Millionen Menschen nach Westdeutschland vor dem Bau der Mauer zu entgegnen. Während die Bundesrepublik ab Anfang der 1960er-Jahre fehlende Arbeitskräfte durch das Anwerben von sogenannten Gastarbeitern und Gastarbeiterinnen aus dem Ausland zu kompensieren versuchte, stand diese Möglichkeit der DDR nur in geringem Umfang zur Verfügung. Die Normalisierung der Vollzeit-erwerbsarbeit von Frauen entstand in der DDR aus der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit und wurde staatlich proklamiert, während in Westdeutschland nach 1968 vor allem der Druck emanzipativer Bestrebungen der Frauenbewegung zum Motor der Transformation der Geschlechterverhältnisse wurde.

Nach der Ideologie des selbsterklärten Arbeiter-und-Bauern-Staates würde sich die Geschlechterdiskriminierung in der angestrebten klassenlosen Gesellschaft ohnehin auflösen. Die Sichtbarkeit der Frauen auf dem Arbeitsmarkt diente als Zeugnis, dass die Gleichberechtigung der Frau verwirklicht sei und dementsprechend auch als Feigenblatt, mit dem von Missständen abgelenkt wurde. So wurde beispielsweise sexualisierte Gewalt öffentlich unzureichend thematisiert und eine Infrastruktur, die Betroffene unterstützt, nur wenig gefördert.⁴ Qualifizierte Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen wurde erst in eher schlechter bezahlten Dienstleistungsberufen und der Leichtindustrie üblich. Die Einkommensdifferenzen zwischen verschiedenen Branchen waren in der DDR zwar vergleichsweise gering, die zwischen den Geschlechtern aber deutlich ausgeprägt. Die Verdienste der Frauen waren sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik durchschnittlich ein Viertel niedriger als die der Männer.⁵ Und doch sind es häufig ökonomische Gründe gewesen, aus denen Frauen eine Erwerbsarbeit aufnahmen, da das Auskommen des familiären Haushalts aufgrund der niedrigen DDR-Gehälter häufig nur durch zwei Einkommensbezieher abgesichert werden konnte. Tätigkeiten, die in Westdeutschland als Männerberufe galten, wurden alsbald in der DDR auch von Frauen besetzt. Doch war das Vorrücken in Leitungspositionen durch die anhaltende Doppelbelastung erschwert. Die geschlechterspezifische Diskriminierung von Frauen



bei der Verteilung von unbezahlter Arbeit wurde durch die erwerbszentrierte DDR-Frauenpolitik nicht in den Blick genommen. Durch die Integration der Frauen in Vollzeiterwerbsarbeit erodierten nicht zwangsläufig die traditionellen Rollenbilder zu Hause. So waren sie weiter ungleich stärker als Männer mit der unbezahlten Reproduktionsarbeit in Haushalt und Familie belastet, da sie nach Schichtende den überwiegenden Anteil dieser Aufgaben übernahmen. Berufliche Qualifizierungen und politisches Engagement führten gegebenenfalls zu einer weiteren Belastung. So wurde die wöchentliche Gesamtarbeitszeit berufstätiger Mütter 1969 mit mehr als 93 Stunden bemessen, im Gegensatz zu knapp 59 Stunden auf Seiten der Männer.⁶ Der Doppelbelastung wurde ab 1952 mit einem monatlichen erwerbsarbeitsfreien Haushaltstag begegnet.⁷ Zudem konnten ab 1976 alleinerziehende und später alle erwerbstätigen Mütter ein bezahltes Babyjahr als Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen. Maßnahmen, welche die geschlechtliche Arbeitsverteilung im Haushalt allerdings weiter zementierten.

Die Erwerbsarbeit von Müttern wurde durch die flächendeckende Ganztagsbetreuung von Kindern ab dem Babyalter bis zum Ende der Grundschulzeit sichergestellt. Waren Krippen- oder Hortplätze knapp, wurden alleinerziehende Mütter hier gleichfalls wie bei der Suche nach Wohnraum bevorzugt.

Neben der Sicherstellung der Frauenerwerbsarbeit dienten die sozialpolitischen Maßnahmen auch der demographischen Steuerung. Ein weiteres Instrument hierfür waren zinslose Ehekredite, die junge Eheleute aufnehmen und durch die Geburt von Kindern abmindern konnten. Ab der Geburt des dritten Kindes galt der Kredit als getilgt, was umgangssprachlich als „abkindern“ bezeichnet wurde. In Ost wie in West setzte seit Mitte der 1960er-Jahre ein starker Geburtenrückgang ein. Mit der familienfördernden Sozialpolitik stieg die Geburtenrate in der DDR wieder von gut 1,5 Kindern pro Frau im Jahr 1975 auf 1,9 Kinder im Jahr 1980 und blieb bis zur Wiedervereinigung im Osten höher als im Westen.⁸



Kinder spielen im Schulhort der 6. Oberschule in Marzahn, Ostberlin (Januar 1985). Die Erwerbsarbeit von Müttern wurde durch die flächendeckende Ganztagsbetreuung von Kindern sichergestellt. Waren Krippen- und Hortplätze knapp, wurden alleinerziehende Mütter hier ebenso wie bei der Suche nach Wohnraum bevorzugt.

picture alliance/dpa

Auf der anderen Seite war Empfängnisverhütung in der DDR in Form der sogenannten Wunschkind-Pille kostenfrei zugänglich. Zudem konnten Frauen in der DDR sehr viel selbstbestimmter als Frauen in der Bundesrepublik einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen. Ab 1972 wurden mit der Fristenregelung Abtreibungen bis zur zwölften Schwangerschaftswoche erlaubt, während in der Bundesrepublik 1995 eine de facto ähnliche Rechtsprechung in Kraft trat, Abtreibungen allerdings innerhalb der Frist zwar straffrei, aber rechtswidrig bleiben. Eine obligatorische Beratung vor dem Eingriff gab es in der DDR nicht.

Erwerbstätige Frauen waren in der DDR ökonomisch deutlich unabhängiger – sie erzielten ihr eigenes Einkommen und waren zudem rechtlich gleichgestellter als Frauen in der Bundesrepublik. Sie konnten sich unbürokratischer und mit einem geringeren ökonomischen Risiko scheiden lassen. Frauen reichten in der DDR doppelt so häufig wie Männer die Scheidung ein, wodurch das Land mit die höchste Scheidungsquote weltweit aufwies.

Die individuelle Besteuerung der Erwerbsarbeit ermöglichte insbesondere geschiedenen Frauen eine existenzsichernde Rente, während die Haushaltsbesteuerung der Bundesrepublik und das Ehegattensplitting in der Regel die besser verdienenden Männer begünstigt. Die Bundesländer-Arbeitsgruppe Härtefallfonds kündigte an, noch im Jahr 2020 ein Handlungskonzept zur Entschädigung von Beziehern und Bezieherinnen besonders geringer Renten durch die Anwendung des bundesdeutschen Rentensystems, darunter in der DDR geschiedene Frauen, vorzulegen.

Die geschlechterpolitischen Errungenschaften in der DDR gingen mit der politischen Entmündigung und Ruhigstellung emanzipatorischer Ansprüche von Frauen einher. Frauenpolitische Entscheidungen wurden mitnichten in einem partizipativen Prozess ausgehandelt, sondern den Frauen an den Werkbänken von den älteren Männern in der Politik verkündet. Vier von 130 Ministerposten in der Geschichte der DDR wurden an Frauen vergeben. Die einzigen zwei weiblichen Mitglieder des obersten Machtor-

gans der DDR – des Politbüros – waren in ihrem Kandidatinnenstatus nicht stimmberechtigt. Insbesondere Lebensentwürfe fernab der heteronormativen Familie fanden keine politische Anerkennung. Homosexuelle Handlungen wurden zumindest bereits 1968 straffrei, während in der Bundesrepublik der entsprechende Paragraph 175 erst 1994 abgeschafft wurde. Homosexualität blieb im öffentlichen Diskurs aber bis Mitte der 1980er-Jahre auch in der DDR ein Tabuthema.

Die gesellschaftliche Position der Frau in der DDR war also durchaus zwiespältig. Einerseits führte die Gleichberechtigungspolitik zu einer vergleichsweise großen Aneignung des Arbeitsmarkts durch Frauen und zu deren rechtlicher und finanzieller Unabhängigkeit – ein Gleichstellungsvorsprung der sich bis heute in der beruflichen Autonomie ostdeutscher Frauen niederschlägt. Die selbstbestimmte Lebensgestaltung darüber hinaus und Möglichkeiten der politischen Partizipation blieben allerdings beschränkt.

Umbruchserfahrungen in der Transformationszeit und Angleichungsprozesse im wiedervereinigten Deutschland

Der Wegfall der genannten sozial- und familienpolitischen Maßnahmen durch die Ausweitung des bundesdeutschen Rechts auf die neuen Bundesländer führte zu Verlustserfahrungen ostdeutscher Frauen in der Transformationszeit. Nach der Wiedervereinigung fand die am Alleinverdiennermodell ausgerichtete Frauen- und Arbeitsmarktpolitik Westdeutschlands in Gesamtdeutschland Anwendung.

Die vormals berufstätigen Ostfrauen waren durch den flächendeckenden Abbau von Arbeitsplätzen während der Deindustrialisierung der neuen Bundesländer, nicht selten mit der Erfahrung, dass ihre in der DDR erworbenen Qualifikationen auf dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt nicht gefragt sind, massenhaft mit dem Wegfall der eigenen Erwerbsmöglichkeiten und der aus ihnen resultierenden gesellschaftlichen Anerkennung konfrontiert. Der Institutionentransfer von West nach Ost installierte meist westdeutsche Männer als neue Eliten im Osten. Dem Projekt „Deutsche Einheit“ standen ostdeutsche Frauen aufgrund erwerbsbiografischer Einschnitte entsprechend wenig euphorisch gegenüber.

Zudem wurde der gelebte Alltag in der DDR in den Medien und in deutsch-deutschen Begegnungen nachträglich diskreditiert, allen voran beim Thema der Kindererziehung.

Soziodemographische Daten, wie auch die unten näher ausgeführten Ergebnisse der untersuchten Werte- und Verhaltensmuster, zeigen, dass die Erfahrungen in der DDR und der Transformationszeit nicht nur die in der DDR sozialisierten, sondern auch nachkommende Generationen weiter beeinflussen.

Auf die schwierige Lage des ostdeutschen Arbeitsmarkts reagierten insbesondere die jüngeren Frauen ab der Nachwendezeit mit enormer Flexibilität. Sie strebten weiterhin qualifizierte Erwerbsbeteiligung in Vollzeit an und zogen dafür im Zweifelsfall der Arbeit nach. Allein bis 1993 haben 1,4 Millionen Menschen Ostdeutschland verlassen, wobei sich die Gruppe der jungen Frauen dabei als die

mobilsten erwies.⁹ Dies sorgte für eine beschleunigte Überalterung und zu einem Männerüberschuss in vielen Regionen des Ostens. In der Transformationszeit stürzte die Geburtenrate in Ostdeutschland auf unter ein Kind pro Frau und erreichte erst 2008 wieder das Niveau Westdeutschlands.¹⁰

In den letzten 30 Jahren gab es eine stete Annäherung des Ostens an den Westen bei der Ausgestaltung des Familienlebens. Bei der Geburt des ersten Kindes waren ostdeutsche Mütter 1990 im Schnitt 24,6 Jahre alt und westdeutsche Mütter 2,4 Jahre älter. 2001 gab es hierbei erstmals keinen Altersunterschied mehr zwischen Ost und West. 2018 waren ostdeutsche Mütter im Schnitt 29,2 Jahre alt, westdeutsche 30,0 Jahre.¹¹

Die hohe Scheidungsrate in Ostdeutschland fiel nach den rechtlichen Anpassungen und der Einführung des Trennungsjahrs von 1990 bis 1991 um über 70 Prozent und stabilisierte sich erst ab 2000 knapp unterhalb des westdeutschen Niveaus.¹² Dass heute im Osten weniger Ehen geschieden werden als im Westen dürfte auch an der lange Zeit niedrigeren Heiratsrate im Osten liegen. Auf der anderen Seite führten die vormals üblichen Familiengründungen in jüngerem Alter zu weniger stabilen Partnerschaften und zu mehr Kindern mit getrennt lebenden Eltern.¹³

Die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ostdeutschland setzte sich in der Transformationszeit fort und besteht auch heute. Doch die Dominanz des Familienmodells mit zwei Erwerbstätigen im Haushalt erodierte. Männer und Frauen in Ostdeutschland stehen mittlerweile auch dem Familienmodell mit einem (meist männlichen) Hauptverdiener und einer (meist weiblichen) Zuverdienerin offen gegenüber.¹⁴ In Westdeutschland ist das letztgenannte Modell weiterhin am meisten verbreitet, aber auch hier ist eine Diversifizierung der Lebensentwürfe festzustellen. Neben den nach wie vor besseren Angeboten der Kinderbetreuung führen Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern in Ostdeutschland häufiger zu einer gleichmäßigeren Verteilung von reproduktiver Arbeit im Haushalt und Erwerbstätigkeit zwischen Männern und Frauen,¹⁵ wobei auch in Ostdeutschland Mütter mehr Zeit mit Haushalts- und Erziehungsarbeit verbringen als Väter.¹⁶ Westdeutsche Männer artikulieren häufiger Bedenken, dass die Erwerbstätigkeit der Mütter den Kindern schaden könne, während im Osten die Berufstätigkeit der Mütter durch generationenübergreifende Erfahrungen selbstverständlich wurde. Im Osten erwirtschaften Frauen dank höherer Qualifikationen oder ihrer beruflichen Flexibilität öfter das Primäreinkommen oder das einzige Einkommen, da im Vergleich zu Westdeutschland ostdeutsche Männer häufiger von Erwerbslosigkeit betroffen sind. In Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen lag im Juni 2018 die Beschäftigungsquote von Frauen über der der Männer.¹⁷ Die niedrigeren Einkommen in Ostdeutschland sorgen für zusätzlichen Druck, in Vollzeit erwerbstätig zu sein. Die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern fallen im Osten geringer als im Westen aus, da mittlere Führungspositionen fast gleich häufig mit ostdeutschen Männern und Frauen besetzt werden.¹⁸

Bis heute bestehen unterschiedliche ökonomischen Bedingungen bei Einkommen und Vermögen in Ost und West fort und die Voraussetzungen, um in Ostdeutschland Karriere zu machen, sind schlechter, auch da weniger zukunfts-trächtige Unternehmen, politische und verwaltungstechni-

sche Institutionen und Wissenschaftsstandorte im Osten angesiedelt sind. Ostdeutsche Frauen reagieren darauf mit beruflicher Flexibilität und Durchsetzungsfähigkeit. Die höchsten Führungspositionen werden weiterhin häufig von Westdeutschen besetzt. Doch bundesweit sind immer wieder Frauen aus Ostdeutschland die ersten Frauen überhaupt, die bestimmte Spitzenpositionen besetzen – so die erste Bundeskanzlerin, die erste DAX-Vorstandsvorsitzende und die erste Generalin der Bundeswehr.¹⁹

Die späte familienpolitische Neuorientierung Deutschlands ab den 2000er-Jahren förderte schrittweise die Erwerbstätigkeit von Müttern und die partnerschaftliche Arbeitsteilung innerhalb der Familie mit Maßnahmen wie der Einführung von Elterngeld und Elternzeit, dem Ausbau von Kita-Plätzen und dem diesbezüglichen Rechtsanspruch und ferner der Neufassung des Unterhaltsrechts nach Trennung und Scheidung.²⁰ Dies hat vor allem einen nachholenden Effekt in Westdeutschland. Die Betreuungsquote bei Kindern zwischen drei und fünf Jahren hat sich zwischen Ost und Westdeutschland bereits weitestgehend angeglichen (März 2019: Ost: 94,2 %; West: 92,7 %). Bei Kindern unter drei Jahren bestehen erhebliche Unterschiede fort (Ost: 52,1 %; West: 30,3 %).²¹ In Westdeutschland schließen die Frauen schrittweise zu der höheren Erwerbstätigkeit ostdeutscher Frauen auf.²² Ostdeutsche Frauen lassen sich für die gesamtdeutsche Entwicklung also in einiger Hinsicht als Vorreiterinnen bezeichnen, was im öffentlichen Diskurs bisher kaum zur Kenntnis genommen wurde.

Gegenseitige Annäherung und zugleich verfestigte Unterschiede bei Einstellungen und Verhalten

Obwohl die gesellschaftlichen Umwälzungen der Transformationszeit die Lebensmodelle ostdeutscher Frauen herausgefordert haben, schlägt sich ihr damaliger Gleichstellungsvorsprung noch heute in ihren Werte- und Einstellungsmustern nieder. Auf der anderen Seite führten die Umbruchs- und Verlusterfahrungen zu einer reservierten Haltung gegenüber der Politik, Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit und einer skeptischen Einschätzung der Zukunft. Da dies auch noch bei den nachfolgenden Generationen messbar ist, liegt es nahe, dass die Erfahrungen als „Sozialisationsgepäck“ nachwirken.

Seit 1980 erhebt das GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften mit der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) in der Regel alle zwei Jahre Indikatoren zur Einstellung, zu Verhaltensweisen und zur Sozialstruktur in Deutschland auf Grundlage repräsentativer Stichproben der Bevölkerung. Seit 1991 werden die umfragebasierten Daten auch in Ostdeutschland erhoben, was den Vergleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern ermöglicht. Da auch heute noch knapp 90 Prozent der ostdeutschen Wohnbevölkerung auch in Ostdeutschland sozialisiert wurden,²³ geben die Daten einen Einblick in die Werte und Lebenswelten ostdeutscher Frauen und Männer. Die aktuelle Erhebungswelle ALLBUS 2018 wurde Anfang des Jahres 2019 veröffentlicht.

Unter den befragten ostdeutschen Frauen gibt seit Jahrzehnten ein relativ konstanter Anteil von knapp 40 Prozent an, ganztätig berufstätig zu sein. Der Abstand von westdeutschen Frauen verringerte sich von 18 Prozentpunkten 1991 auf sieben Prozentpunkte 2018. Bei ihnen dominieren

Halbtagsbeschäftigungen und Nebentätigkeiten als Beschäftigungsform. Die angegebenen Stunden pro Woche, die mit Erwerbstätigkeit verbracht werden, gingen in den letzten Jahrzehnten unter Ostfrauen stark zurück. 1991 arbeiteten sie nach eigener Auskunft im Schnitt 40,4 Stunden und heute noch 36,6 Stunden. Gegenwärtig geben Frauen im Westen an, im Schnitt 33,2 Stunden der Erwerbsarbeit nachzugehen – Männer im Osten 42,3 Stunden und Männer im Westen 43,3 Stunden. Die Annäherung beim Arbeitsvolumen geht mit einer immer ähnlicheren Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage von Ost- und Westdeutschen einher. Seit 2016 geben nur noch rund zehn Prozent der Ostdeutschen an, dass ihre wirtschaftliche Lage schlecht sei, so wenige wie nie zuvor.

Ostdeutsche ordneten sich in den 1990ern überwiegend der Arbeiter- und Unterschicht zu. Bei der eigenen Schichteinstufung haben sich ostdeutsche Frauen stärker als ostdeutsche Männer an die Westdeutschen angenähert, die sich seit Jahrzehnten zu knapp zwei Dritteln selbst der Mittelschicht zuordnen. Ostfrauen haben unabhängig von ihrer tatsächlichen, häufig prekären sozialen Situation seltener das Gefühl als andere Gruppen, persönlich in existenzieller Not zu leben.

Die Furcht, den Arbeitsplatz zu verlieren, war bis 2010 bedeutend häufiger unter Ostdeutschen als unter Westdeut-

schen verbreitet und wurde von Frauen im Osten noch einmal häufiger genannt. Diese Sorge wird gegenwärtig nur noch von jeder zehnten Ostfrau angegeben. Dies ist noch immer der höchste Wert unter den untersuchten Gruppen; er liegt aber nur knapp über den Angaben der Westdeutschen.

Ostdeutsche Frauen geben an, heute so zufrieden wie nie mit ihrer Lebenssituation zu sein. Seit 2010 verbesserte sich die Beurteilung der allgemeinen Lebenszufriedenheit bei ihnen so stark wie bei keiner anderen Gruppe. Bis 2014 lag die Einschätzung der Zufriedenheit gemeinsam mit derjenigen der Ostmänner auf niedrigem Niveau. Seitdem steigert sich im Mittel die angegebene Zufriedenheit der Ostfrauen erheblich, die der Ostmänner nur gering. In der Bewertung der eigenen Lebenszufriedenheit haben die ostdeutschen Frauen zu den westdeutschen Frauen mittlerweile aufgeschlossen.

Dennoch geben mehr als die Hälfte der ostdeutschen Frauen an, nicht ihren gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten, im Westen nur gut jede dritte Frau. Ostfrauen sind mehrheitlich mit der Gerechtigkeit in Deutschland un-

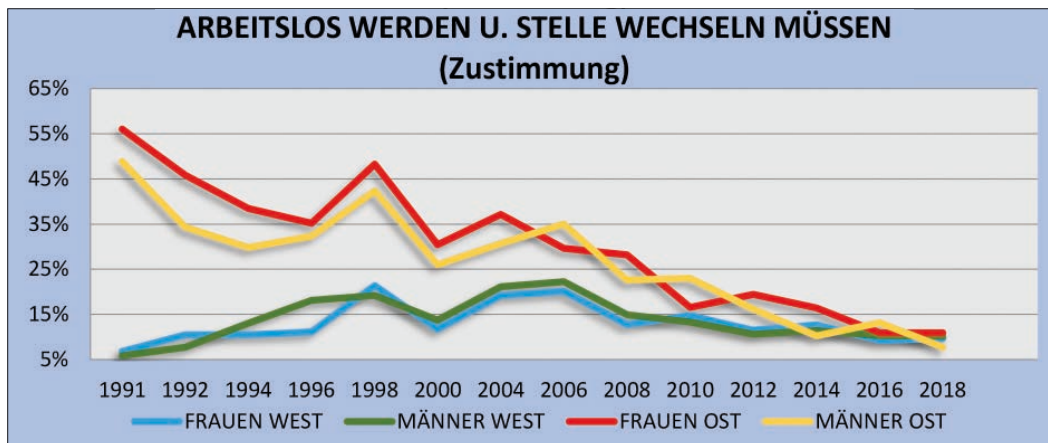


Abbildung 1:
Furcht vor Stellenverlust
(Arbeitnehmer/-innen)

Quelle: Eigene Darstellung, Martin Kopplin.

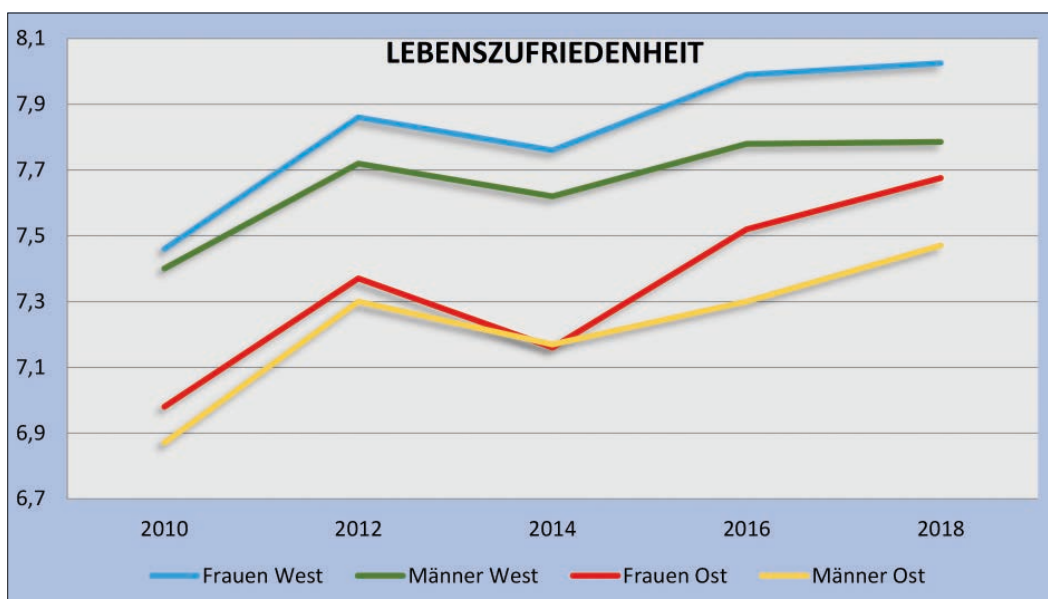


Abbildung 2:
Allgemeine Lebens-
zufriedenheit

Vertikalachse:
0 = Ganz und gar unzufrieden
[...] 10 = Ganz und gar
zufrieden.

Quelle: Eigene Darstellung, Martin Kopplin.

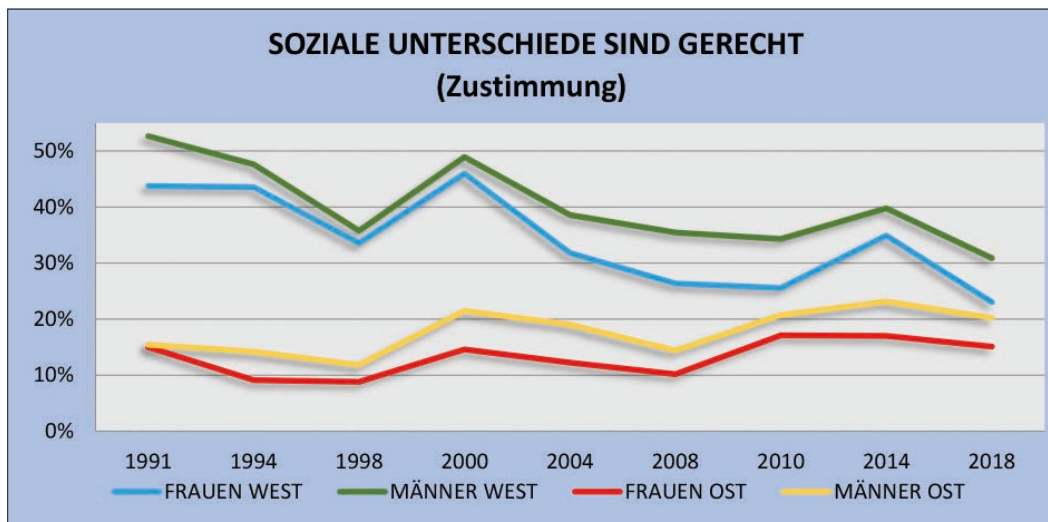


Abbildung 3:
Gerechtigkeit und soziale Unterschiede

Quelle: Eigene Darstellung, Martin Kopplin.

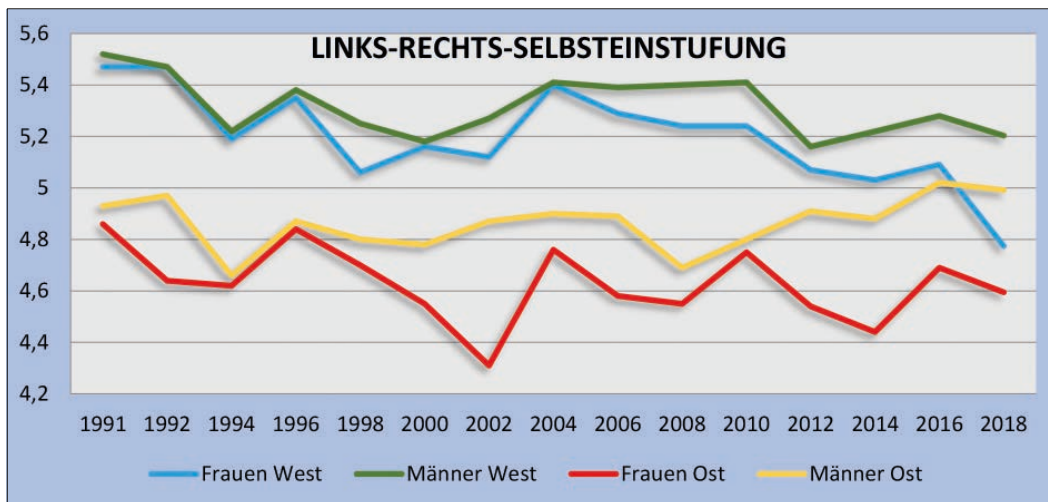


Abbildung 4:
Links-Rechts-Selbsteinstufung Befragte/r

Vertikalachse:
1 = links [...] 10 = rechts.

Quelle: Eigene Darstellung, Martin Kopplin.

zufrieden. Nur jede siebte Ostfrau schätzt die sozialen Unterschiede im Land als gerecht ein, während doppelt so viele westdeutsche Männer sie für gerecht halten. Die Zustimmung zu dieser Frage lässt insbesondere unter westdeutschen Frauen nach, die nur noch geringfügig häufiger als Ostdeutsche angeben, die sozialen Unterschiede als gerecht zu empfinden.

Die mehrheitlich konstatierten Gerechtigkeitsdefizite werden von der Forderung nach einer Politik des sozialen Ausgleichs flankiert. Knapp 90 Prozent der Ostfrauen geben an, dass die soziale Sicherung das wichtigste Regierungsziel sein sollte. Eine Umverteilung zu Gunsten einfacher Leute würden drei Viertel von ihnen gutheißen. Damit messen sie sozialpolitischen Forderungen einen größeren Stellenwert bei als ostdeutsche Männer und Westdeutsche. Darin liegt möglicherweise begründet, warum sich Ostfrauen auf einer politischen Links-Rechts-Skala weiter links einordnen als alle anderen Gruppen. Während die ostdeutschen Männer sich in den letzten zehn Jahren zunehmend weiter rechts sehen, verorten sich ostdeutsche Frauen durchschnittlich etwas links der Mitte. Seit der Wiedervereinigung geben konstant knapp 80 Prozent der Frauen im Osten an, sie seien der Meinung, dass der Sozialismus eigentlich eine gute Idee sei, die nur schlecht ausgeführt wurde. Ostdeutsche Männer waren stets seltener dieser Ansicht – allerdings zuletzt auch zu knapp 70 Prozent.

Drei von vier Ostfrauen geben an, dass sie der Meinung seien, Politiker und Politikerinnen würden sich nicht um ihre Gedanken kümmern. Vor zehn Jahren waren sogar noch rund 85 Prozent der Ansicht, entsprechend schlecht politisch repräsentiert zu werden. Es wird derweil selten angegeben, dass sie die Möglichkeit in Betracht ziehen, Politik selbst aktiv mitzugestalten. 2008 gab noch jede vierte Frau in Ost und West an, sich vorstellen zu können, selbst in einer politischen Gruppe aktiv zu werden. Zehn Jahre später verringerte sich der Anteil im Osten auf nur noch jede fünfte Frau, während er im Westen stieg und dies aktuell für knapp jede dritte Frau denkbar sei. Die Teilnahme an politischen Partizipationsformen wie Demonstrationen oder Diskussionsrunden war für Ostfrauen lange Zeit selbstverständlicher als für Frauen aus dem Westen. Doch mittlerweile geben Ostfrauen am seltensten an, sich politisch zu engagieren. Wohlmöglich sorgte Ernüchterung nach der Transformationszeit zu der zurückhaltenden Einschätzung der Wirksamkeit des eigenen politischen Handelns und zu einem Misstrauen gegenüber öffentlichen Institutionen.

Das Vertrauen gegenüber politischen Institutionen wie dem Bundestag, der Bundesregierung und den politischen Parteien, aber auch gegenüber den Medien und der Wissenschaft ist unter ostdeutschen Frauen geringer als unter westdeutschen Frauen und Männern, nimmt aber langfristig zu. Das ohnehin höhere Vertrauen in politische Instituti-

onen unter Westdeutschen steigt ebenfalls an, weswegen es zu keiner Annäherung der Werte zwischen Ost- und Westdeutschen kommt.

Ostdeutsche Frauen sind seit der Wiedervereinigung und bis heute die Gruppe, welche mit der Demokratie in Deutschland am wenigsten zufrieden ist. Auch in dieser Hinsicht gibt es nur eine sehr geringe Annäherung an die Einstellungen der Westdeutschen.

Ostfrauen sind nicht zuletzt aufgrund eigener Prekaritätserfahrungen um die Lage der „einfachen Leute“ besorgt. Viervon fünf Ostfrauen erwarten, dass sich die Lage dieser Gruppe verschlechtert – so viele wie in keiner anderen Gruppe. Fast die Hälfte der ostdeutschen Frauen, aber nur knapp jede dritte westdeutsche Frau, stimmt der Aussage zu, dass es besser sei, bei „dieser Zukunft“ keine Kinder mehr in die Welt zu setzen. Nach den Ergebnissen des ALLBUS 2018 kann angenommen werden, dass die Bevölkerungsentwicklung im Osten also nicht nur von der dramatischen demografischen Entwicklung abhängt, sondern auch die wenig zuversichtliche Sicht auf die Zukunft den Kinderwunsch beeinflussen könnte.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird von ostdeutschen Frauen pessimistisch eingeschätzt. Nur jede fünfte Frau im Osten ist der Ansicht, dass man seinen Mitmenschen trauen könne. Seit 30 Jahren ist die Zustimmung zu dieser Frage bei ihnen im Vergleich zu den anderen Grup-

pen am niedrigsten. Fast die Hälfte ist der Meinung, man müsse den Mitmenschen gegenüber vorsichtig sein. Denkbar ist, dass die Erfahrung der staatlichen Überwachung in der DDR, die auch private soziale Beziehung korrumpierte, bis heute einen Einfluss darauf hat. Seit Beginn der 1990er-Jahre denken vor allem Ostfrauen, dass nicht nach der möglichen Stasi-Vergangenheit der Mitmenschen gefragt werden sollte, eine Ansicht, die in den letzten zwölf Jahren allerdings zurückgeht.

Wohlmöglich speist sich die reservierte Einschätzung des gesellschaftlichen Zusammenlebens aber auch aus den Umbrüchen nach der Wiedervereinigung. Umzüge, berufliche Neuanfänge und wachsende soziale Unterschiede belasteten die sozialen Zusammenhänge in der Nachwendezeit. Mehr als drei Viertel der Frauen im Osten sind der Meinung, dass sich die Mehrheit nicht für ihre Mitmenschen interessiert, ebenfalls mehr als in allen anderen Gruppen. Im Vergleich zu 1992 geben 2018 mit 30 Prozent nur noch halb so viele Ostfrauen an, dass es in ihrer Umgebung Gegenden gibt, in die sie nachts nicht allein gehen möchten. Unter Westdeutschen Frauen sind es mit 34 Prozent geringfügig mehr. Die Unterschiede bei den Fragen des zwi-

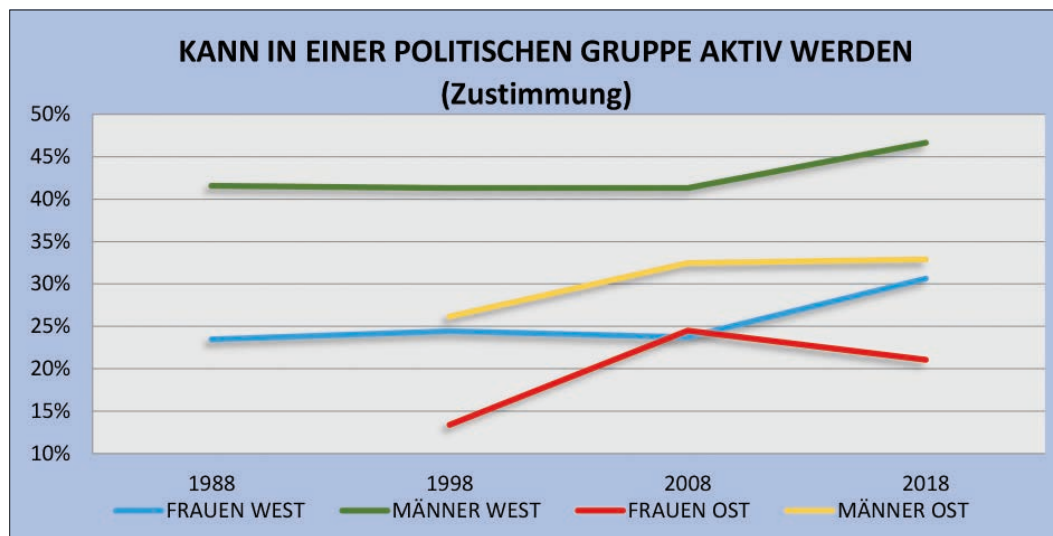


Abbildung 5:
Politische Partizipation

Quelle: Eigene Darstellung, Martin Kopplin.

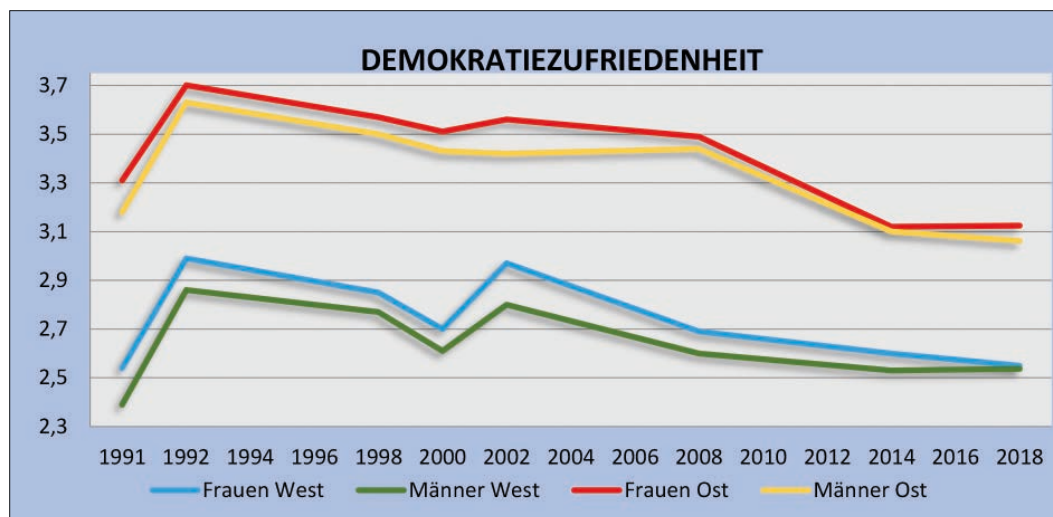
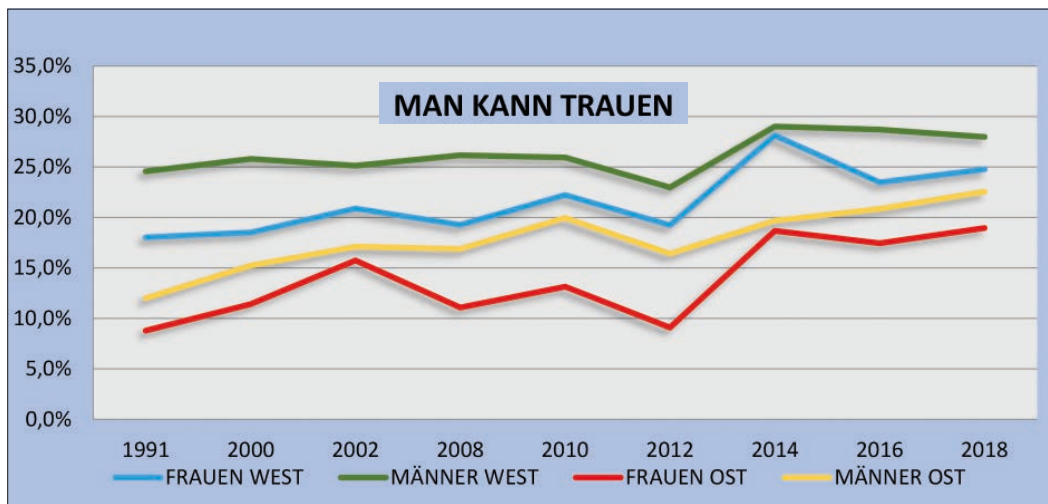


Abbildung 6:
Demokratiezufriedenheit

Vertikalachse:
1 = Sehr zufrieden,
2 = ziemlich zufrieden,
3 = etwas zufrieden,
4 = etwas unzufrieden,
5 = ziemlich unzufrieden,
6 = sehr unzufrieden.

Quelle: Eigene Darstellung, Martin Kopplin.



Quelle: Eigene Darstellung, Martin Kopplin.

Abbildung 7:
Vertrauen zu Mitmenschen

schenmenschlichen Vertrauens und des gesellschaftlichen Miteinanders haben sich in der Vergangenheit wohlmöglich also auch aus verschiedenen Unsicherheitsempfindungen ergeben; heute lässt sich dieser Zusammenhang aber nicht mehr herstellen.

Ostdeutsche sind dem Thema Zuwanderung gegenüber weiterhin deutlich negativer eingestellt als Westdeutsche. Unter ostdeutschen Frauen sind Ressentiments gegen Zuwanderer etwas seltener verbreitet als unter ostdeutschen Männern. Gut jede dritte Frau im Westen, aber fast jede zweite Frau im Osten hält Deutschland für „gefährlich überfremdet“. Nur vier von zehn Frauen im Osten glauben, dass Einwanderer gut für die deutsche Wirtschaft seien, während im Westen zumindest fünf von zehn Frauen davon überzeugt sind. Ebenfalls vier von zehn Frauen im Osten würden es befürworten, den Zuzug von Geflüchteten zu unterbinden – knapp drei von zehn Westfrauen sind dieser Ansicht.

Nur eine Minderheit von gut einem Drittel der Ostfrauen war Anfang der 1990er-Jahre der Meinung, dass die Wiedervereinigung mehr Vorteile als Nachteile für Ostdeutschland gebracht habe. Heute sind sie zwar größtenteils dieser Ansicht, allerdings etwas seltener als ostdeutsche Männer.

Seit Anfang der 1990er Jahre ist die überwiegende Mehrheit der ostdeutschen Frauen der Meinung, dass die Wiedervereinigung Westdeutschland mehr Vorteile als Nachteile gebracht habe. Es gibt eine erstaunliche Angleichung des Westens an den Osten in dieser Einschätzung. Westdeutsche sind 2018 erstmals ebenfalls mehrheitlich dieser Ansicht.

Der Vergleich der verschiedenen Systeme unterscheidet sich zwischen der Generation, die in der DDR sozialisiert wurde und der Nachwendegeneration: „Mit der DDR werden aus ostdeutscher Sicht rückblickend mehrheitlich Systemvorteile in den Bereichen soziale Gerechtigkeit, soziale Absicherung, Schutz vor Verbrechen, Kinderbetreuung, Bildung und sozialer Zusammenhalt verbunden. Wird jedoch beim 35. Lebensjahr eine Trennlinie gezogen, so erweist sich, dass es vor allem ältere Ostdeutsche sind, die für die DDR obigen Bonus vergeben. Demgegenüber hat sich für jüngere Ostdeutsche bis auf die Bereiche Bildung, sozialer Zusammenhalt und Kinderbetreuung die Lebenssituation im geeinten Deutschland verbessert.“²⁴

Nach der Wiedervereinigung gaben Frauen in Ost wie in West häufiger als Männer an, dass ihnen die Bürger und Bürgerinnen im jeweils anderen Teil Deutschlands fremd sind. Dies äußert gegenwärtig noch immer knapp jede fünfte Frau im Osten, ein etwas höherer Anteil als bei den Frauen in Westdeutschland. Diese Ansicht ist unter ostdeutschen Männern am seltensten verbreitet, nur jeder Achte würde dem zustimmen. Also muss zumindest auf Seiten der Frauen festgehalten werden, dass die angesprochenen Angleichungen der Lebensbedingungen und Einstellungen bei einer nicht unwesentlichen Minderheit noch nicht dazu geführt haben, sich als zusammengewachsen zu empfinden.



Zekwia-Kinderwagen aus den 1950er-Jahren im Deutschen Kinderwagenmuseum in Zeitz (Sachsen-Anhalt). Es dürfte kaum einen Bürger der DDR geben, der nicht in einem Zekwia-Kinderwagen aus Zeitz gelegen hat. Durch die Integration der Frauen in Vollzeiterwerbsarbeit erodierte nicht zwangsläufig die traditionellen Rollenbilder. Sie waren ungleich stärker als Männer mit der Reproduktionsarbeit in Haushalt und Familie belastet.

picture alliance/dpa

Die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR, sozialpolitische Errungenschaften insbesondere für Mütter und eine weitgehende rechtliche Gleichstellung führten im Vergleich zu westdeutschen Frauen zu einem Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen, der durch politische Entmündigung und der ungleich verteilten hohen Doppelbelastung in Beruf und Haushalt allerdings begrenzt blieb. Ostdeutsche Frauen bewältigten aus diesem Gleichstellungsvorsprung heraus die Herausforderungen der Transformationszeit mit ausgeprägtem Pragmatismus und verteidigten oftmals ihre berufliche Unabhängigkeit durch Mobilität und Anpassungsfähigkeit. Zu den Umbruchserfahrungen im wiedervereinigten Deutschland gehören aber auch ökonomische und soziale Unsicherheit, mitunter der Verlust sozialer Anerkennung und politische Enttäuschung. Neben den Erfahrungen aus der Vergangenheit wirken auch weiterhin Unterschiede in der Einkommens- und Vermögenssituation einer Annäherung an die Verhaltens- und Wertemuster in Ost und West entgegen.

Die Ergebnisse des ALLBUS 2018 zeigen, dass die Erfahrungen aus der DDR und der Transformationszeit auch Einfluss auf nachkommende Generationen haben. Auch wenn sich die persönliche Lebenssituation ostdeutscher Frauen mehrheitlich verbessert haben mag, empfinden sie die soziale Lage im Land als ungerecht, fällt ihre Bewertung von Demokratie und Wiedervereinigung reserviert aus und ihr Vertrauen in Politik und Institutionen sowie in die Wirksamkeit des eigenen politischen Handelns ist vergleichsweise gering.

Bei vielen Wertvorstellungen und Einstellungen wie der Bewertung der wirtschaftlichen Lage, der Gerechtigkeitsempfindung, der Einschätzung der Zukunft, Fragen der politischen Repräsentation und Partizipation sowie Fragen des gesellschaftlichen Miteinanders haben sich ostdeutsche und westdeutsche Frauen weniger angenähert als ost- und westdeutsche Männer.

Eine Angleichung des Ostens an den Westen gibt es beim Zeitpunkt der Familiengründung und der Ausgestaltung der Familienmodelle. Einige sozialpolitische Maßnahmen der DDR finden sich heute in der bundesdeutschen Gesetzgebung wieder. Die aktuelle Bundesregierung fördert den Ausbau der Ganztagskinderbetreuung und der Frauenerwerbsarbeit, mit der Konsequenz, dass sich die Erwerbsmuster westdeutscher Frauen an die der ostdeutschen Frauen annähern. Die Vorreiterrolle ostdeutscher Frauen spielt im öffentlichen Diskurs nur eine marginale Rolle und sollte eine größere Würdigung erfahren. Die stärkere Thematisierung des gegenseitigen Anpassungsprozesses von Ost und West und der besonderen Lebenslagen west- und ostdeutscher Frauen hat das Potenzial, die von nicht wenigen artikulierte Fremdheit gegenüber den Menschen aus dem anderen Teil Deutschlands abzubauen.

LITERATUR

Bach, Stefan/Jessen, Jonas/Haas, Peter/Peter, Frauke /Spieß, C. Katharina/Wrohlich, Katharina (2020): Fiskalische Wirkungen eines weiteren Ausbaus ganztägiger Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter. Gutachten für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Berlin. DIW Berlin: Politikberatung kompakt 146. URL: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.702895.de/diwkompakt_2020-146.pdf [04.02.2020].

- Bluhm, Michael/Jacobs, Olaf (2016): Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten – ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung. URL: <https://www.mdr.de/heute-im-osten/wer-beherrscht-den-osten-studie-100-downloadFile.pdf> [04.02.2020].
- Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung, Berichte (2019): Blickpunkt Arbeitsmarkt – Die Arbeitsmarktsituation von Frauen und Männern 2018. URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Personengruppen/generische-Publikationen/Frauen-Maenner-Arbeitsmarkt.pdf> [04.02.2020].
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2018a): Zusammengefasste Geburtenziffern in West- und Ostdeutschland 1945 bis 2016. URL: <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/F09-Zusammengefasste-Geburtenziffer-West-Ost-ab-1945.html> [04.02.2020].
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2018b): Durchschnittliches Alter der Mütter bei Geburt des 1. Kindes in der bestehenden Ehe in Deutschland, West- und Ostdeutschland, 1960 bis 2016. URL: <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/F20-Alter-Muetter-bei-Erstgeburt-Deutschland-West-Ost-ab-1960.html> [04.02.2020].
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015.): 25 Jahre Deutsche Einheit. Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ostdeutschland und Westdeutschland. URL: <https://www.bmfsfj.de/blob/93168/8018cef974d4ecaa075ab3f46051a479/25-jahre-deutsche-einheit-gleichstellung-und-geschlechtergerechtigkeit-in-ostdeutschland-und-westdeutschland-data.pdf> [04.02.2020].
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): 3. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. URL: <https://www.bmfsfj.de/blob/114006/738fd7b84c664e8747c8719a163aa7d9/3-atlas-zur-gleichstellung-von-frauen-und-maennern-in-deutschland-deutsch-data.pdf> [04.02.2020].
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Ausbau der Ganztagsbetreuung finanziert sich zum Teil selbst [Pressemitteilung] URL: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/ausbau-der-ganztagsbetreuung-finanziert-sich-zum-teil-selbst/144602> [04.02.2020].
- Geisler, Esther/Köppen, Katja/Kreyenfeld, Michaela/Trappe, Heike/Pollmann-Schult, Matthias (2018): Familien nach Trennung und Scheidung in Deutschland. URL: https://opus4.kobv.de/opus4-hsog/frontdoor/deliver/index/docId/2493/file/Familien_Trennung_Scheidung_v2.pdf [04.02.2020].
- Grünheid, Evelyn (2018): Teilzeitarbeit auf dem Vormarsch. Differenzierungen im Erwerbsverhalten von Frauen in Deutschland. In: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Bevölkerungsforschung Aktuell. URL: https://www.bib.bund.de/Publikation/2018/pdf/Bevoelkerungsforschung-Aktuell-4-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [04.02.2020].
- Holtmann, Everhard/Jaek, Tobias (2015): Was denkt und meint das Volk? Deutschland im dritten Jahrzehnt der Einheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 33–34/2015, S. 35–45.
- Köppen, Katja/Trappe, Heike (2019): The Gendered Division of Labor and Its Perceived Fairness: Implications for Childbearing in Germany. Demographic Research, 40 (48), pp. 1413–1440. URL: <https://www.demographic-research.org/volumes/vol40/48/40-48.pdf#search=%22heike%20trappe%22> [04.02.2020].
- Nickel, Hildegard Maria (2011): Die „Frauenfrage“ in Ost und West – Arbeitsmarkt und Geschlechterpolitik: Der Lebenszyklus von Frauen findet wenig Beachtung. In: Lorenz, Astrid (Hrsg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung. Opladen, S. 208–222.
- Schmitt, Christian/Trappe, Heike (2014): Geschlechterarrangements und Ehestabilität in Ost- und Westdeutschland. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 682. DIW Berlin. URL: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.482199.de/diw_sp0682.pdf
- Statistisches Bundesamt (2017): Ehescheidungen je 1000 Einwohner 1993 bis 2015. URL: https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft_derivate_00032289/2010140157004.pdf [04.02.2020].
- Statistisches Bundesamt (2019a): Durchschnittliches Alter der Mutter bei der Geburt des Kindes 2018. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/geburten-mutter-biologischesalter.html> [04.02.2020].
- Statistisches Bundesamt (2019b): Betreuungsquoten der Kinder unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung am 01.03.2019 nach Ländern. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kindertagesbetreuung/Tabellen/betreuungsquote-2018.html> [04.02.2020].
- Stephan, Helga/Wiedemann, Eberhard (1990): Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Lohnstruktur und Lohndifferenzierung in der DDR. URL: http://doku.iab.de/mittab/1990/1990_4_mittab_stephan_wiedemann.pdf [04.02.2020].

Stöckmann, Peter (1973): Mehr Freizeit für berufstätige Mütter. In: Mitteilungen des Instituts für Bedarfsforschung 1/1973, S. 14. Mitteilungen des Instituts für Bedarfsforschung 3/196, S. 10–13. Nach: Kaminsky, Anna (2017): Frauen in der DDR. Berlin.

Trappe, Heike (2017): Ungleiche Schwestern und Brüder in Ost und West? [Vortragsfolien] Vortrag im Kunstmuseum Schwaan am 17.11.2017.

Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs (2019): Fallstudie „Sexueller Kindesmissbrauch in Institutionen und Familien in der DDR“ – Zusammenfassung. URL: https://www.aufarbeitungskommission.de/wp-content/uploads/2019/03/Zusammenfassung-Fallstudie_Sexueller-Kindesmissbrauch-in-Insitutionen-und-Familien-in-der-DDR.pdf [04.02.2020].

UNSER AUTOR



Martin Kopplin, geboren 1989, studierte Kulturwissenschaft in Marburg und Murcia/Spanien. Seit 2016 arbeitet er in der Redaktion der Hoferichter & Jacobs Film- und Fernsehproduktion an datenjournalistischen Projekten und politischen Dokumentationen. Er ist Koautor der Studien „Der NRW-Atlas“ (2017 im Auftrag des WDR), „Wer braucht den Osten? Ostdeutschland als Modellfall für die Zukunft gesamtdeutscher und europäischer gesellschaftlicher Entwicklung“ (Berlin 2019) und „Ostfrauen. Wissenschaftliche Kommentierung der Daten des ALLBUS 2018“ (2019 im Auftrag von rbb und MDR). Zudem engagiert er sich stadtteilpolitisch in einem soziokulturellen Zentrum in Leipzig.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. BFSFJ 2020.
- 2 Bach u. a. 2020, S. 11ff.
- 3 Der Begriff „Ostfrauen“ wird synonym zu „Ostdeutsche Frauen“ verwendet und bezeichnet Personen weiblichen Geschlechts, die in der DDR bzw. Ostdeutschland sozialisiert wurden oder ihr Leben überwiegend in Ostdeutschland verbracht haben.
- 4 Vgl. Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs 2019, S. 1.
- 5 Vgl. Trappe 2007, S. 23. Nach einer Mitteilung aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung von 1990 werden für 1988 wiederum Gehaltsunterschiede zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern von rund 17 Prozent in der DDR und rund 30 Prozent in der Bundesrepublik gemessen; vgl. Stephan/Wiedemann 1990, S. 557.
- 6 Vgl. Stöckmann 1973, S. 14.
- 7 Der Haushaltstag kann ab 1952 von vollbeschäftigten verheirateten Frauen, ab 1965 auch von unverheirateten Müttern, ab 1977 von unverheirateten Frauen ab 40 und unter besonderen Umständen auch von Männern in Anspruch genommen werden. Er wird 1994 mit der Neuregelung des Arbeitszeitrechts in Artikel 19 ArbZRG abgeschafft.
- 8 Vgl. BiB 2018a.
- 9 Vgl. Nickel 2011, S. 7.
- 10 Vgl. BiB 2018a.
- 11 Vgl. DESTATIS 2019a; BiB 2018b.
- 12 Vgl. DESTATIS 2017, S. 40.
- 13 Vgl. Geisler u. a. 2018, S. 8f.
- 14 Vgl. Köppen/Trappe 2019, S. 1417.
- 15 Vgl. Schmitt/Trappe 2014, S. 9.
- 16 Vgl. BMFSFJ 2015, S. 73.
- 17 Vgl. BA-Statistik 2019, S. 16.
- 18 Vgl. BMFSFJ 2017, S. 28.
- 19 Vgl. Bluhm/Jacobs 2016, S. 27.
- 20 Vgl. Köppen/Trappe 2019, S. 1417.
- 21 Vgl. DESTATIS 2019b.
- 22 Vgl. Grünheid 2018, S. 5.
- 23 Vgl. Jacobs/Bluhm 2016, S. 3.
- 24 Holtmann/Jaek 2015, S. 43



PLANSPIELE

Ein Angebot der Landeszentrale für politische Bildung

Die Planspielhefte der LpB werden zu verschiedenen politischen Themenfeldern erstellt und

- vermitteln, wie Politik funktioniert,
- zielen auf die Aktivierung der Teilnehmer/-innen ab,
- ermöglichen offene Lernprozesse,
- haben einen hohen Alltagsbezug,
- verschaffen ein nachhaltiges Verständnis von Demokratie,
- sind in den Schulunterricht integrierbar,
- modellieren einen Ausschnitt aus einer komplexen Realität
- und simulieren kompetenzorientiert politische Prozesse.

2.- Euro (zzgl. Versand) oder als PDF-Download bei vergriffenen Heften.

Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung:

www.lpb-bw.de/planspiele_lpb.html

lpb
BW

„Generation 1975 – Mit 14 ins neue Deutschland“ – Blick vom Osten und Westen in die deutsche Teilungsgeschichte

Christiane Bertram

Der westdeutsche Blick auf die DDR, auf den Fall der Mauer, die Wiedervereinigung sowie den Transformationsprozess wird in der Geschichtswissenschaft erst in jüngster Zeit thematisiert. Will man die nach wie vor anhaltende Unzufriedenheit der Menschen in den neuen Ländern verstehen, muss man auch nach der Perspektive der „alten“ Bundesrepublik fragen. Der Beitrag von Christiane Bertram beschreibt das Interviewprojekt „Generation 1975“. In diesem Oral History-Projekt wurden 26 Zeitzeug*innen befragt, die im Jahr 1975 geboren wurden und bis zum Mauerfall im Westen bzw. im Osten Deutschlands aufgewachsen sind. Das Projekt wird zunächst thematisch eingeordnet und geht der Frage nach, ob die deutsch-deutsche Teilungsgeschichte durch asymmetrische, parallele oder verflochtene Entwicklungen charakterisiert ist. Die Schilderung der ersten Ergebnisse des Oral History-Projekts zeigt eindrücklich, wie unterschiedlich nicht nur die Zeit der Trennung, sondern auch der Mauerfall und die Wiedervereinigung samt ihren Folgen im Osten und Westen erlebt wurden. ■

Einleitung

„Die Grenze. Unser geteiltes Land 1949 bis heute“ – das bedeutet für das Magazin „ZEIT Geschichte“ im Mai 2019, dreißig Jahre nach dem Mauerfall, fast ausschließlich, dass auf die DDR geschaut wird. „Schutzwall nach innen“ (Wolle 2019), „Unter Beobachtung“ (Einert/Ploenus 2019) oder „Bloß raus!“ (Arnim-Rosenthal/Flohr 2019), aber auch „Schmuckstücke im Kuchen“ (Soch 2019) über Paketsendungen in die DDR oder „Go East!“ (Stöver 2019) über die Wanderungsbewegung von West nach Ost sprechen in erster Linie über die Bedeutung der Mauer für das Leben im Osten Deutschlands. Was die Existenz der Mauer für die Menschen im Westen bedeutete und was sich durch den Fall der Mauer und die Wiedervereinigung für sie verändert hat, diese Fragen werden in der Geschichtswissenschaft noch nicht lange diskutiert, wie Franka Maubach (2019) in dem abschließenden Beitrag „Jenseits von 1989“ mit einem Blick auf die parallelen, aber auch verflochtenen Verhältnisse zwischen der DDR und der alten BRD und über die Epochengrenze 1989 hinaus ausführt.

Sicherlich war die Mauer in der DDR präsenter und die Wiedervereinigung hat in den östlichen Bundesländern mehr verändert als in den westlichen. Trotzdem ist es, um die anhaltende Unzufriedenheit vieler Menschen in Ostdeutschland im Jahr 2020 zu verstehen, wichtig, nicht nur auf den Osten zu schauen, sondern auch nach dem Westen, nach der „alten“ Bundesrepublik, zu fragen. Und: Die

deutsch-deutsche Teilungsgeschichte Deutschlands muss über 1989 hinaus erzählt werden: Die Bilder der jubelnden Menschen vor dem Brandenburger Tor erinnern an das Happyend in einem Liebesfilm: Die beiden haben sich, alles ist gut. Doch mit der Hochzeit fängt das Zusammenleben erst an.

In diesem Beitrag und in unserem Projekt „Generation 1975“ liegt der Fokus darauf, was die Teilung Deutschlands mit dem Westen und mit dem Osten gemacht hat und was sich nach 1990 in den alten und neuen Bundesländern änderte. In dem Interviewprojekt „Generation 1975 – Mit 14 ins neue Deutschland“ haben wir 26 Zeitzeug*innen befragt, die im Jahr 1975 geboren wurden und bis zum Fall der Mauer im Westen (Baden-Württemberg und Westber-



Die Bilder der feiernden und begeisterten Menschen vor dem Brandenburger Tor erinnern an das Happyend in einem Liebesfilm: Die beiden haben sich, alles ist gut. Doch mit der Hochzeit fängt das Zusammenleben erst an.

picture alliance/dpa

lin) bzw. im Osten Deutschlands (Brandenburg und Ostberlin) aufgewachsen sind. Wir haben sie nach ihren Erinnerungen an das geteilte und wiedervereinigte Deutschland gefragt. Wir – das ist die Projektgruppe mit Sarah Bornhorst, Bettina Effner, Gerhard Sälter¹ und Kathrin Steinhausen von der „Stiftung Berliner Mauer“, Almut Leh und Alexander von Plato vom „Archiv Deutsches Gedächtnis“ an der FernUniversität in Hagen. Die Medienkünstler*innen Stefan Krauss und Ina Rommel („KRRO“) haben die Interviews geführt und videografiert und schneiden das Rohmaterial für die verschiedenen Zielsetzungen zu. Die Idee zu dem künstlerisch-wissenschaftlichen Interviewprojekt entstand im Austausch mit den beiden über meine erste Zeitzeugenstudie (Bertram 2017). Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat das Interviewprojekt finanziert.

In dem Interviewprojekt verbinden sich eine geschichtswissenschaftliche, künstlerische, didaktische und empirische Zielsetzung.

- **Geschichtswissenschaft:** Die Interviews werden dem „Archiv Deutsches Gedächtnis“ zur Verfügung gestellt und an der Universität Konstanz in Qualifikationsarbeiten ausgewertet.
 - **Kunst:** Die Stiftung Berliner Mauer zeigt dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung, im Jahr 2020, eine künstlerische Videoinstallation aus dem Material.
 - **Didaktik:** Die Videos werden für die didaktische Arbeit der Stiftung Berliner Mauer aufbereitet und in der geschichtsdidaktischen Lehre und Forschung der Universität Konstanz genutzt.
 - **Empirie:** Die Universität Konstanz arbeitet mit den Zeitzeug*innen und den Videos in einer derzeit anlaufenden DFG-Zeitzeugenstudie im Geschichtsunterricht.
- Im Folgenden wird (1) das Projekt thematisch eingeordnet, (2) die Erhebung beschrieben, (3) werden erste Ergebnisse skizziert und die geplanten Verwendungsmöglichkeiten vorgestellt.

Thematische Einordnung: Asymmetrische, parallele oder verflochtene Teilungsgeschichte?

Mit der Befragung der „Generation 1975“ rücken die Spätphase des geteilten Deutschlands und die Phase der Transformation in den 1990er-Jahren in den Blick. Zunehmend wird die deutsch-deutsche Teilungsgeschichte in der Forschung über die Grenze von 1990 hinaus thematisiert (Bösch et al. 2015; Lindenberger 2015; vgl. APuZ 2019). Während Frank Bösch dem Herausgeberband „Geteilte Geschichte“ die Zielsetzung voranstellt, „parallele, verflochtene oder getrennte Entwicklungen auszumachen“ (Bösch 2015: 9), beschreibt Christoph Kleßmann das geteilte Deutschland als eine asymmetrisch verflochtene Parallelgesellschaft, in der sich die DDR weitaus stärker auf die Bundesrepublik bezog als umgekehrt (Kleßmann 2006: 22). Angesichts des offensichtlichen Gegensatzes der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme zur Zeit des Kalten Krieges fallen die Verflechtungen und parallelen Entwicklungen nicht unbedingt ins Auge (Bösch 2015: 17; Kleßmann 2006: 22). Doch blieb eine Verbundenheit und Bezogenheit zwischen den beiden Teilstaaten auch während der Zeit der Teilung bestehen. Die Gemeinsamkeiten drückten sich in einer gemeinsamen Geschichte und Sprache, in einer gemeinsamen Kommunikations- und



Mediengemeinschaft und in verwandtschaftlichen Beziehungen aus. Permanent wurde ein wechselseitiger Bezug aufeinander in der Politik, Wirtschaft und Kultur, im Sport und in den Medien genommen, der die gesellschaftliche und soziale Entwicklung in beiden deutschen Teilstaaten geprägt hat. Die Systemkonkurrenz führte zu einer permanenten wechselseitigen Beobachtung, die sich auf viele Bereiche der Gesellschaft erstreckte (Bösch 2015: 17–20; Sabrow 2007: 19–24). Die Parallelen und Verflechtungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten lassen sich mit dem größeren zeitlichen Abstand besser erkennen. So könnte der rasante Wandel seit den 1970er-Jahren, der bisher entweder aus den spezifischen Problemen des Sozialismus oder aus den strukturellen Verschiebungen westlicher Industriegesellschaften „nach dem Boom“ (Doering-Manteuffel/Raphael 2010) erklärt wurde, in einer erweiterten und aufeinander bezogenen Perspektive eventuell besser verstanden werden. Ein Beispiel hierfür: Philipp Ther bringt in Anschlag, ob nicht der Osten ein „Laboratorium für künftige Entwicklungen im Westen“ (Ther 2016: 14) gewesen sei. Die seit den 1980er-Jahren in Großbritannien und in den USA erkennbaren neoliberalen Tendenzen, die mit der „Agenda 2010“ der sozialdemokratisch-grünen Regierung in ganz Deutschland spürbar wurden, seien bereits zehn Jahre vorher, Anfang der 1990er-Jahre, im Agieren der Treuhandgesellschaft erkennbar gewesen. Doch trotz der Verflechtungen und Gemeinsamkeiten: die Unterschiede zwischen dem Osten und Westen Deutschlands waren groß – nicht nur während der Zeit der deutschen Teilung; auch die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung wurden im Osten und Westen sehr unterschiedlich erlebt. Doch erst zur Chronologie: Wie kam es zum Fall der Berliner Mauer im November 1989 und – nur elf Monate später – zur Deutschen Einheit? Und wie wurde innerhalb eines Jahres die Wiedervereinigung Deutschlands vollzogen?

Die Friedliche Revolution kam – vermutlich für alle – im Osten und Westen Deutschlands überraschend. Nach Ilko-



Von „Fortschritt“ kann in diesem ehemaligen Betrieb, in dem ca. 650 Beschäftigte Baumwollgewebe herstellten, kaum mehr die Rede sein. Das Werk wurde im Dezember 1991 stillgelegt. Bis zur Beendigung ihrer Arbeit im Jahr 1994 hatte die Treuhand insgesamt 6.456 volkseigene Betriebe (VEB) privatisiert, 3.718 Betriebe wurden liquidiert. 2,5 Millionen von insgesamt vier Millionen Arbeitsplätzen gingen verloren.

picture alliance/dpa

Sascha Kowalczyk (2019) ist die „Revolution“ oder „Wende“ den meisten DDR-Bürger*innen quasi in den Schoß gefallen: Anfang des Jahres 1989 engagierte sich nur eine Minderheit für Veränderungen, im Dezember 1989 gingen über eine halbe Million in Ostberlin auf die Straße. Die Freude über den Fall der Mauer war grenzenlos – für die meisten ohne eigenes Zutun. Helmut Kohl erkannte rasch, welches Potenzial für die Wiedervereinigung in dem für die Staaten im Osten und Westen gleichermaßen überraschenden Fall der Mauer steckte. Rasch stellte er die Weichen für eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten im Kontext der europäischen Gemeinschaft, die zu einer Europäischen Union entwickelt werden sollte. Bereits am 28. November 1989 schlug er im Bundestag in seinem 10-Punkte-Programm die Wiedervereinigung in Form eines Beitritts des Gebiets der DDR zu dem Regelwerk der Bundesrepublik Deutschland vor. Als die Stimmung in der DDR-Bevölkerung nach dem Fall der Mauer von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“ umschlug, nutzte Kohl die „informelle nationale Koalition mit der Massenbewegung“ (Röder 2011: 54). Im Februar wurde eine baldige Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Aussicht gestellt, und am 1. Juli 1990 mit einem 1:1-Wechselkurs vollzogen. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag der beiden deutschen Staaten mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges wurde am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet und trat am 15. März 1991 in Kraft.

Der rasante Prozess der Wiedervereinigung war auch dem engen Zeitfenster geschuldet: Parallel zu den Absprachen über die Wiedervereinigung mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges zerfiel die Sowjetunion: Am 11. März 1990 erklärten die 15 sowjetischen Unionsrepubliken ihre Unabhängigkeit, am 25. Dezember 1991 löste sich die Sowjetunion auf. Spätestens dann hätte mit 15 Nachfolgestaaten verhandelt werden müssen (von Plato 2009). Trotzdem: Mit diesem Verlauf der Wiedervereinigung Deutschlands, in der ein Teilstaat das Regelwerk des anderen komplett übernahm, wurde eine Chance vertan. In einem

„dritten Weg“, der in der Bürgerrechtsbewegung der DDR und von links-alternativen Kreisen im Westen gefordert worden war, hätte vielleicht eher ein gemeinsamer Staat entwickelt werden können, in dem sich die Erfahrungen beider Teilstaaten hätten wiederfinden lassen (Segert 2019). Stattdessen verschwand im Osten innerhalb eines Jahres die DDR nicht nur als Staat und Regelwerk, sondern auch als Lebens-, Alltags- und Arbeitsraum.

Bei der raschen wirtschaftlichen Anpassung des Ostens (Kowalczyk 2019: 15–16) übernahm die Treuhandgesellschaft – deren Gründung eine Idee des Runden Tisches gewesen war – die Verantwortung für die Transformation der DDR-Wirtschaft in die gesamtdeutsche Wirtschaft. Bis zu der Beendigung ihrer Arbeit im Jahr 1994 hatte die Treuhand insgesamt 6.456 volkseigene Betriebe (VEB) privatisiert, wobei 80 Prozent der größeren Betriebe von Westdeutschen erworben wurden. 3.718 volkseigene Betriebe wurden liquidiert, 2,5 Millionen von insgesamt vier Millionen Arbeitsplätzen gingen verloren (Piper 2020).²

An diesen hingen nicht nur die Einkommen, sondern auch das soziale Leben der Betroffenen. So breitete sich insbesondere bei denjenigen, die zu alt für eine neue Karriere und zu jung für die Rente waren, Enttäuschung und Verbitterung aus. Überall im Osten kam es zu Massenprotesten, von denen vor allem der Hungerstreik der Bergarbeiter in Bischofferode (Thüringen) in Erinnerung geblieben ist. Während die Menschen in Ostdeutschland die Erfahrung machten, dass innerhalb eines Jahres die gewohnte staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung inklusive der geltenden Normen und Regeln durch die bundesdeutsche Ordnung ersetzt wurde und das eigene Land von der Landkarte und aus dem Alltag verschwand, veränderte sich im Westen quasi nichts. Aus Sicht der alten Bundesrepublik wurde diese lediglich größer und bot dadurch neue Optionen für die Wirtschaft und den Tourismus, brachte aber auch finanzielle Belastungen wie den Solidaritätszuschlag mit sich (Bösch 2015). Ansonsten unterschied sich die neue Bundesrepublik für die Menschen, die im Westen lebten und dort blieben, nicht wesentlich oder nicht wahrnehmbar von der alten Bundesrepublik.

Verständnis und Einfühlungsvermögen in die Situation der Menschen im Osten war im Westen nicht sonderlich ausgeprägt. „Jammerossi“ und „Besserwessi“ wurden zu geflügelten Bezeichnungen, so dass die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) den Begriff „Besserwessi“ – abwertend für eine „Person, die aus den alten Bundesländern stammt und sich gegenüber Bewohner[inne]n der neuen Bundesländer besonders in Bezug auf den politischen und wirtschaftlichen Bereich besserwisserisch und belehrend verhält“³ – zum „Wort des Jahres 1991“ erkoren, da es das Verhältnis zwischen West- und Ostdeutschen in der Kombination der Wörter Besserwisser, Westen und „Wessi“ kritisch zusammenfasse.⁴

Über lange Zeit wurden die für viele Menschen in Ostdeutschland traumatischen Veränderungsprozesse nach 1990 in der öffentlichen Erinnerung kaum oder eher in einer herablassenden Haltung thematisiert. Erst in den letzten Jahren und im Zusammenhang mit den Wahlerfolgen der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) in den östlichen Bundesländern in den letzten Jahren

wird genauer nachgefragt und nach Gründen für die Unzufriedenheit vieler Menschen im Osten Deutschlands gefragt. Die zuweilen geäußerte Vermutung, die Wahlerfolge der AfD im Osten Deutschlands (2019 kam die AfD bei drei Landtagswahlen in den östlichen Bundesländern auf deutlich über 20 Prozent; im Bundesdurchschnitt liegt sie bei ca. zwölf Prozent) hätten vor allem mit der DDR-Vergangenheit zu tun, erscheint wenig plausibel. Zum einen kann der Begriff „ostdeutsch“ statistisch nicht eindeutig verwendet werden: Zwischen 1991 und 2013 gingen rund 3,3 Millionen Menschen von Osten nach Westen, rund 2,1 Millionen gingen in die andere Richtung, die allesamt in den öffentlichen Statistiken nicht getrennt ausgewiesen werden (Bösch 2019: 28). Zum anderen muss bei einer Beurteilung der politischen Situation in den ostdeutschen Bundesländern die nunmehr dreißigjährige Erfahrung der Menschen in dem wiedervereinigten Deutschland in den Blick genommen werden. Diese Erfahrungen waren nicht nur positiv. Die Enttäuschung vieler Menschen im Osten zeigt sich in einer repräsentativen Studie, die im Herbst 2019 von der Wochenzeitung ZEIT in Auftrag gegeben wurde. Nach dieser Studie schätzen die Ostdeutschen ihre materielle Situation heute zwar deutlich besser ein als zu DDR-Zeiten, doch fühlen sie sich im wiedervereinigten Deutschland nicht ausreichend wahrgenommen, repräsentiert und wertgeschätzt (Borsutzki/Machowecz/Wefing 2019). Angela Merkel antwortete auf diese in der Umfrage eingefangene Stimmung, wenn sie bei der Gedenkveranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2019 hervorhob, dass die Zeit nach dem Mauerfall für viele im Osten auch mit dem „Verlust von Lebensgewissheit“ verbunden gewesen sei, eine Folge der oft schmerzhaften Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern.⁵ Ein vorläufiges Fazit: Trotz der Annäherung von Ost- und Westdeutschland in den letzten dreißig Jahren bleiben bis heute zahlreiche Unterschiede sichtbar. Ob sich diese Unterschiede durch die unterschiedlichen Vorgeschichten oder durch die Erfahrung des Mauerfalls und den Transformationsprozess nach der Wiedervereinigung erklären lassen, genau diese Fragen stehen in unserem Interviewprojekt „Generation 1975 – Mit 14 ins neue Deutschland“ im Vordergrund. Hier haben wir die damals Jugendlichen im Osten und Westen Deutschlands gefragt, wie sie sich an die Teilung, den Mauerfall und die Wiedervereinigung erinnern und wie sie den Stand der Deutschen Einheit heute einschätzen.

Die Interviews: Die Stichprobe und unsere Fragen

In dem Projekt „Generation 1975 – Mit 14 ins neue Deutschland“ wurden insgesamt 26 Zeitzeug*innen, die 1975 im Osten (genauer: Brandenburg oder Ostberlin) oder Westen Deutschlands (genauer: Baden-Württemberg oder Westberlin) geboren worden waren, nach ihrer Erinnerung an das geteilte und wiedervereinigte Deutschland befragt. Die Stichprobe zeichnet sich aus durch (1) das Alter der Zeitzeug*innen, die 1989 Jugendliche waren, und (2) durch den wechselseitigen Blick von Ost und West.

Ad (1): Das Alter. Die Befragung der „Generation 1975“⁶ bietet die Chance, den generationell geprägten Linien der Familienerinnerung an das geteilte und wiedervereinigte Deutschland nachzuspüren. Als die Mauer fiel, waren sie 14 Jahre alt und hatten bereits erste eigene Erfahrungen

mit dem jeweiligen politischen System gesammelt. Der politische Umbruch 1989/1990 fiel mit ihrem eigenen pubertären Umbruch zusammen. Aufgrund ihrer Jugend tragen sie keine persönliche Schuld und können nicht in Kategorien wie „Täter“ oder „Bystander“ eingeordnet werden. Erzogen wurden sie von Eltern, die in der Kriegs- bzw. Nachkriegszeit (1940–1955) geboren worden waren, damit fast ihr ganzes Leben in einem geteilten Staat verbracht hatten und sich 1989 – vierzig bis fünfzig Jahre alt – beruflich und gesellschaftlich neu orientieren mussten. Auch wenn den Jugendlichen im Osten der Mauerfall persönliche Chancen eröffnete, haben sie doch die – häufig schmerzhaften – Transformationsprozesse aus der Nahperspektive miterlebt. Wie erinnern sie das geteilte und wiedervereinigte Deutschland? Was haben sie von ihren Eltern, der ersten Nachkriegsgeneration, und von ihren Großeltern, die den Zweiten Weltkrieg miterlebt haben, erfahren? Was wollen sie, die nun selbst Mitte Vierzig sind, ihren Kindern, die jetzt in der Pubertät sind, mitgeben?

Ad (2): Die Perspektive. Bisher werden die Erinnerung an die Teilung Deutschlands nahezu ausschließlich im Osten Deutschlands verortet. Wir erachten es als dringend notwendig, die westliche Perspektive in den Diskurs hinein zu holen: Wie haben die Zeitzeug*innen aus dem Osten und aus dem Westen das Nebeneinander und die Konkurrenz von zwei gesellschaftlich und politisch verschiedenen Systemen, den Mauerfall und die Transformation nach 1990 erlebt? Wie wirkmächtig oder wie normal war die Mauer im Alltag im Osten und im Westen Deutschlands? Gab es eine Reflexion über die Mauer und über die Teilung Deutschlands? Was haben die Zeitzeug*innen im Osten und im Westen von den Transformationsprozessen mitbekommen, wie haben sie diese erlebt und wie schätzen sie diese heute ein?

In einer repräsentativen Studie, die im Herbst 2019 veröffentlicht wurde, schätzen die Ostdeutschen ihre materielle Situation heute zwar deutlich besser ein als zu DDR-Zeiten, doch fühlen sie sich im wiedervereinigten Deutschland nicht ausreichend wahrgenommen. Angela Merkel antwortet auf diese in der Umfrage eingefangene Stimmung, wenn sie bei der Gedenkveranstaltung am 3. Oktober 2019 hervorhebt, dass die Zeit nach dem Mauerfall für viele im Osten auch mit dem „Verlust von Lebensgewissheit“ verbunden gewesen sei.

picture alliance/dpa



Um unsere Stichprobe zu akquirieren, haben wir im März 2019 einen Aufruf in den Printmedien und in den Social-Media-Kanälen der Projektbeteiligten gestartet: „Stiftung Berliner Mauer sucht Zeitzeug*innen des Jahrgangs 1975 aus Ost und West. Wie haben Jugendliche den Mauerfall erlebt?“ und „Ost- und West-Perspektiven auf die jüngste Geschichte Deutschlands. Multimediales Interviewprojekt der Universität Konstanz und der Stiftung Berliner Mauer mit der Generation 1975“ – so waren die Pressemitteilungen betitelt.

Angesprochen wurden Menschen, die in Baden-Württemberg, Brandenburg sowie Ost- und Westberlin aufgewachsen waren und bereit waren, von ihren Erfahrungen in einem geteilten und wiedervereinigten Staat zu erzählen. Interessierte konnten sich in einer Online-Datenbank eintragen. Wir wollten in der Stichprobe eine möglichst große Bandbreite an möglichen Lebensverläufen und Perspektiven im geteilten und wiedervereinigten Deutschland abbilden und haben daher nicht nur nach dem Geburtsdatum und den Wohnorten, sondern auch nach dem Bildungshintergrund und der politischen Orientierung gefragt. Eine der Fragen in dem Online-Fragebogen war die sogenannte Sonntagsfrage: „Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?“

Auf diesen Aufruf meldeten sich über 60 Interessent*innen, von denen wir insgesamt 26 Zeitzeug*innen auswählten. Die Medienkünstler*innen Ina Rommel und Stefan Krauss führten die lebensgeschichtlichen Interviews auf der Basis von Leitfäden, die in der Projektgruppe entwickelt worden waren. Sie orientierten sich an den Phasen, die in der Oral History-Methode üblich sind (vgl. Leh 2000; Plato/Leh/Thonfeld 2008): Nach einem offenen lebensgeschichtlichen Part wurden nach Klärungsfragen die vorab verabredeten und oben kurz skizzierten Themenfelder erfragt. Die

Interviews wurden im Zeitraum von April bis Oktober 2019 geführt, mitten während der medial präsenten Vorbereitung zum 30-jährigen Jahrestag des Falls der Berliner Mauer.

Erste Ergebnisse: Wie erinnern sich die Zeitzeug*innen?

Die systematische Analyse der Daten steht noch aus. Zum jetzigen Zeitpunkt können lediglich die ersten Beobachtungen und Eindrücke aus dem Material präsentiert werden. Bei der Auswertung der Daten orientiere ich mich an den Triftigkeitskriterien von Jörn Rüsen (1983), die sich insbesondere für die Analyse von Zeitzeugenaussagen als hilfreich erwiesen haben (Bertram 2017: 48/49). Die Triftigkeitskriterien von Rüsen (1983; 2013) werden im Folgenden auf das Videomaterial der „Generation 1975“ angewandt. Die *empirische Triftigkeit* (Rüsen 1983: 82) fragt nach der historischen Richtigkeit der Zeitzeugenerzählung: Über welches Wissen verfügen die Zeitzeug*innen? Welche Aspekte des Themas sind bekannt und werden genannt? Stimmen die getroffenen Aussagen mit dem gesicherten Wissen über die Vergangenheit überein? Bei der *narrativen Triftigkeit* (Rüsen 1983: 83) wird die Qualität und Angemessenheit der Argumentation geprüft: Welche „Geschichte“ erzählen die Zeitzeug*innen mit den (ihnen bekannten bzw. für sie relevanten) historischen Ereignissen? Wie deuten sie die Vergangenheit? Bei der *normativen Triftigkeit* (Rüsen 1983: 82–83) geht es um die Botschaft der Zeitzeug*innen: Was haben sie aus ihrer Geschichte gelernt? Welche Erkenntnisse und Werte wollen sie den Zuhörer*innen mitgeben?

Wie gesagt: eine methodisch-kontrollierte, quantifizierend-vergleichende Auswertung der Daten steht noch aus. Insbesondere zur empirischen Triftigkeit können derzeit lediglich Aussagen zur jeweiligen Perspektive und der Informiertheit der Zeitzeug*innen getroffen werden. Die folgenden ersten Beobachtungen bei dem Durchhören und der Zusammenfassung des Materials für den Videoschnitt werden zugespitzt formuliert. In jeder Teilstichprobe gab es Ausnahmen, und es wurden individuelle Gewichtungen vorgenommen.

*Empirische Triftigkeit: Was haben die Zeitzeug*innen in ihrer Kindheit und Jugend von dem geteilten Deutschland mitbekommen?*

Perspektive der westdeutschen Zeitzeug*innen: Die DDR war weit weg, sie wussten fast nichts über den anderen Teilstaat. Vielen war nicht klar, dass die DDR ein deutscher Staat war. Von den acht Zeitzeug*innen aus Baden-Württemberger hatten fünf überhaupt keine Vorstellung von der DDR, zwei hatten durch Reisen in die DDR einen diffusen Eindruck, einer hatte durch Verwandte einen relativ intensiven Kontakt zur DDR. Von den fünf Zeitzeug*innen aus Westberlin hatte nur einer einen engen Kontakt nach Ostberlin. Die anderen nahmen die Präsenz der Mauer als gegeben hin, ohne die andere Seite der Stadt zu kennen. Die Zeitzeug*innen im Westen bekamen die Friedliche Re-





Jungpioniere einer 2. Klasse erhalten ihre Schwimmstufe. Die Kindheit in der DDR wird von Zeitzeug*innen aus dem Osten durchgehend als unbeschwert und behütet erinnert: Alles war geregelt, aus Sicht der Kinder hat alles funktioniert.

picture alliance/dpa

volution fast ausschließlich im Fernsehen mit und konnten die Ereignisse kaum einordnen. Einige lernten den Osten nach dem Mauerfall bei Urlaubsreisen kennen.

Perspektive der ostdeutschen Zeitzeug*innen: Die alte Bundesrepublik Deutschland war – ob im Positiven oder im Negativen – ein relevanter Bezugspunkt. Durch die Schule und die Medien, die ein negatives Bild der BRD zeichnen, aber auch durch Westkontakte, Westfernsehen oder Gespräche in der Familie und im Freundeskreis verfügten alle Zeitzeug*innen aus dem Osten über Informationen über die alte BRD und hatten eine Vorstellung vom Westen. Alle haben den Prozess der Wiedervereinigung und der Transformation nach 1990 am eigenen Leib erfahren.

*Narrative Triftigkeit: Wie erinnern sich die Zeitzeug*innen aus dem Westen an die alte BRD und DDR und an die Wiedervereinigung?*

Kindheit in der BRD und Blick auf den Osten: Die eigene Kindheit wird als idyllisch, unbeschwert und friedlich erinnert. In den Worten einer Zeitzeugin: ein „normales schönes Leben“ und „kleines Paradies“ (MS). „Alles war gut“ – diese Einschätzung äußern fast wörtlich sieben von acht Zeitzeug*innen aus Baden-Württemberg. Die DDR interessierte sie wenig bis gar nicht: Sie wurde als ein „anderes Land“ wahrgenommen, nicht als ein Teil Deutschlands. Eine diffuse Bedrohung ging davon aus („Russland und der Osten mag uns nicht“ (MS), „Dunkeldeutschland“ (MS) und die Menschen in der DDR wurden bemitleidet („arme Leute, die nichts haben“ (MS), „arme Menschen, denen es schlecht geht“ (MS). Vorurteile und Herablassung prägten die Sicht auf die DDR: Ein Zeitzeuge aus Baden-Württemberg schickt von der DDR-Reise extra Schwarz-Weiß-Postkarten an die Freunde zu Hause, damit es „heruntergewirtschafteter“ (TW) aussieht.

Erlebnis der Wiedervereinigung: Die Ereignisse in den Jahren 1989/90 verfolgten die Jugendlichen im Westen am Fernseher, es sei denn, man hatte Verwandte im Osten.

Für die „armen Menschen im Osten“ hat man sich gefreut („dass sie es jetzt auch so gut haben wie wir im Westen“; MS), doch wurde auch vor kommenden Problemen gewarnt (Oma am Kachelofen: „Oje, oje, jetzt kommt was. Das wird keine schöne Zeit.“; MS). Viele erinnern sich an Diskussionen über die Kosten der Wiedervereinigung und an Ostdeutsche, bei denen man sich – als man sie dann endlich im Betrieb kennen lernte – wunderte, dass diese „auch arbeiten können“ (PG). Ihr Erlebnis der Wiedervereinigung: Dadurch änderte sich für sie überhaupt nichts.

*Narrative Triftigkeit: Wie erinnern sich die Zeitzeug*innen aus dem Osten an die DDR und alte BRD und an die Wiedervereinigung?*

Kindheit in der DDR und Blick in den Westen: Die Kindheit in der DDR wird ebenfalls durchgehend als unbeschwert und behütet erinnert: Alles war geregelt, aus Sicht der Kinder hat alles funktioniert. Als Jugendliche haben sie die DDR und BRD mehr oder weniger bewusst als diametral verschiedene gesellschaftliche Systeme wahrgenommen. Alle haben auch kritische Stimmen über die DDR gehört, häufig wurde in der Familie Kritik geübt, die nicht nach außen dringen sollte. Eine vom Sozialismus zutiefst überzeugte Zeitzeugin bekam Zweifel an dem System in der DDR, als sie in der Schule miterlebte, wie Lehrkräfte Druck auf Mitschüler*innen ausübten.

Erlebnis der Wiedervereinigung: Der Fall der Mauer kam für alle überraschend. Die Veränderungen waren schlagartig zu spüren: in der Schule, auf der Straße, in der Familie. Viele berichten über Anpassungsschwierigkeiten der Eltern, viele berichten von der eigenen Orientierungslosigkeit in der offenen Situation. Die meisten Zeitzeug*innen haben relativ rasch ihren Platz im wiedervereinigten Deutschland gefunden, nur eine von zwölf hat dauerhaft keinen Fuß auf den Boden bekommen. Über den Fall der Mauer haben sich fast alle gefreut, doch viele berichten von demütigenden Erfahrungen nach der Wende wie das

Balgen um Bananen, die von Lastwagen aus dem Westen im Osten in die Menge geworfen wurden. Einer erinnert sich, dass bei einem Schulaustausch die westdeutschen Eltern gefragt haben sollen, ob die ostdeutschen Jugendlichen mit Messer und Gabel essen könnten. Eine Zeitzeugin aus Ostberlin berichtet von ihrem ersten Besuch in Westberlin: Sie sei behandelt worden „wie ein Befreiter“, habe sich minderwertig gefühlt und sei danach für zwei Jahre nicht mehr in den Westen gefahren. Für alle galt: Innerhalb kürzester Zeit verschwand ihr eigener Staat, die DDR, und sie lebten in einem völlig neuen Staat, der Bundesrepublik Deutschland, die kurz davor noch der Feind gewesen war.

*Normative Triftigkeit: Wie beurteilen und bewerten die Zeitzeug*innen die Wiedervereinigung aus heutiger Sicht? Was haben sie aus der deutsch-deutschen Geschichte gelernt?*

Zeitzeug*innen aus dem Westen: Auch aus dem Blick von heute: Der Fall der Mauer hat ihr Leben nicht verändert – es gab lediglich eine neue Hauptstadt und die Urlaubsreisen gingen jetzt auch an die Ostsee. Ein Zeitzeuge aus Baden-Württemberg fasst zusammen: „Für mich war vorher alles gut, und es ist auch jetzt noch alles gut.“ Nach einer kurzen Überlegung geht es weiter: „Aber das trifft vielleicht auch die Zeit ganz gut. Ich bin ja in einer Zeit aufgewachsen. 75, was war da bis heute? Da war ja nix in Deutschland.“ Auf die Nachfrage, was mit „da war nichts“ gemeint war, kommt als Erklärung, dass es zwar hin und wieder Krisen gab, die beispielsweise mit einer Abwrackprämie gelöst wurden, doch – und das ist der letzte Satz: „Meine Generation hat keine Not erlebt. Nie.“ – Bei dieser Aussage denkt der Zeitzeuge aus Baden-Württemberg sicherlich nicht an den Teil seiner Generation, der im Osten Deutschlands aufgewachsen ist. Von den zwölf Zeitzeug*innen, die im Westen Deutschlands aufgewachsen sind, lassen lediglich zwei wirklich Empathie und ein Einfühlungsvermögen für die Menschen in Ostdeutschland erkennen.

Zeitzeug*innen aus dem Osten: Der Mauerfall hat den Alltag von allen tiefgreifend geändert. Fast von allen wird der Mauerfall aus dem Abstand als eine persönliche Chance gesehen, auch von der Funktionärstochter, deren Vater nach der Wende von den Nachbarn als „Stasischwein“ beschimpft wurde. Jedoch wird an dem Vorgehen bei der Wiedervereinigung eine – meist differenzierte – Kritik geübt (z. B. rasche Betriebsschließungen durch die Treuhandgesellschaft und nachfolgend eine hohe Arbeitslosigkeit, die Nicht-Anerkennung der Berufsabschlüsse der Eltern, keine Wertschätzung der DDR-Institutionen, auch nicht der gut funktionierenden wie z. B. das Gesundheits- oder Bildungssystem). Zwei der insgesamt zwölf Zeitzeug*innen aus dem Osten sehen das allerdings anders. Bei beiden stürzte die Familie mit der Wiedervereinigung in ein großes Chaos, alles Schlechte wurde (und wird) dem Westen zugeschrieben. Eine formuliert, sie fühle sich auch heute noch „wie im Exil, aber das Land, in das ich zurück will, gibt es nicht mehr“ (LG).

Ausblick: Was passiert mit dem Videomaterial?

Das gemeinsam erstellte Videomaterial ist in einer engen Zusammenarbeit von Fachwissenschaftler*innen, Künstler*innen sowie Didaktiker*innen entstanden. Die Ergebnisse sollen der Fachwissenschaft, der Erinnerungs-

kultur, der historisch-politischen Bildung und der empirischen Forschung zugutekommen. Wie kann das passieren?

- **Fachwissenschaft:** Eine geschichts- und politikwissenschaftliche Auswertung des Datenmaterials wird an der Universität Konstanz in der Arbeitsgruppe „Fachdidaktik in den Sozialwissenschaften“ in Form von Abschlussarbeiten und im Kontext der fachdidaktischen Lehre vorgenommen. Das Rohmaterial wird allen interessierten Forscher*innen in dem „Archiv Deutsches Gedächtnis“ (FernUniversität in Hagen) zur Verfügung gestellt.
- **Erinnerungskultur:** In einer Videoinstallation der Stiftung Berliner Mauer werden die Zeitzeug*innen auf zehn Monitoren und aus sechs Lautsprechern miteinander in einen Dialog treten. Diese Installation wird im Gedenkjahr 2020 in der Gedenkstätte „Notaufnahmelager Marienfelde“ in Berlin und voraussichtlich auch in den Landeshauptstädten der beteiligten Bundesländer, in Stuttgart und Potsdam, gezeigt.
- **Didaktik:** Das Material wird von der Stiftung Berliner Mauer im Kontext ihres historisch-politischen Bildungsangebots für Schüler*innen genutzt. In der Arbeitsgruppe „Fachdidaktik in den Sozialwissenschaften“ an der Universität Konstanz wird mit dem Material in der Lehre gearbeitet. Die Studierenden konzipieren hiervon ausgehend Ideen für den Geschichtsunterricht.
- **Empirische Forschung:** Das Material wird in einer groß angelegten Zeitzeugenstudie, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wird, eingesetzt werden. Im Zentrum der Interventionsstudie, die von der Universität Konstanz und der Universität Tübingen in enger Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) durchgeführt wird, steht eine zentrale Fortbildung zur Zeitzeugenmethode und zu dem Thema „Lernen aus der deutsch-deutschen Geschichte: Sind wir dreißig Jahre nach dem Mauerfall vereint?“ In der Unterrichtseinheit werden die Lehrkräfte mit den Zeitzeug*innen der „Generation 1975“ arbeiten. In einem Teil der Stichprobe kommen die Zeitzeug*innen in die Klasse, in einem anderen Teil wird mit den Videointerviews gearbeitet. Wir wollen untersuchen, ob die reale oder mediale Anwesenheit der Zeitzeug*innen zu differenziellen Effekten hinsichtlich des Interesses, der Kompetenzen und des Wissens der Schüler*innen führt und welche Rolle das Erlebnis der Zeitzeugenbegegnung hierbei spielt.

Fazit

In welcher Nutzung auch immer, das Videomaterial der „Generation 1975“ zeigt eindrücklich, wie unterschiedlich nicht nur die Zeit der Trennung, sondern auch die Wiedervereinigung im Osten und Westen erlebt wurden. Damit möchten wir das Verständnis zwischen den Menschen im Osten und Westen fördern und neue Impulse für die Diskussionen über die Chancen, Brüche und Verluste sowie Gewinne des Zusammenwachsens von Ost und West geben. Wir freuen uns auf den Austausch zwischen der Wissenschaft und der Öffentlichkeit.

LITERATUR

- Arnim-Rosenthal, Anna von/Flohr, Markus (2019): Bloß raus! Magazin ZEIT-Geschichte 5/2019: Die Grenze. Unser geteiltes Land. S. 48–56.
- Bertram, Christiane (2017): Zeitzeugen im Geschichtsunterricht. Chance oder Risiko für das historische Lernen? Eine randomisierte Interventionsstudie im Geschichtsunterricht. Schwalbach/Ts.
- Bösch, Frank (2019): „Sonderfall Ostdeutschland?“ Zum Demokratieverständnis in Ost und West. In: geschichte für heute, 4/2019, S. 21–30.
- Bösch, Frank (Hrsg.) (2015): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000. Göttingen.
- Bösch, Frank (2015): Geteilt und verbunden. Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit den 1970er-Jahren. In: Bösch, Frank (Hrsg.): Geteilte Geschichte. West- und Westdeutschland 1970–2000. Göttingen, S. 7–37.
- Borsutzki, Doreen/Wefing, Heinrich (2019): Jetzt hört mal zu! In: ZEIT vom 02.10.2019, S. 19.
- Brauer, Juliane (2016): (K)leine Frage der Gefühle? Die Erinnerung an die DDR aus emotionshistorischer Perspektive. In: Führer, Carolin (Hrsg.): Die andere deutsche Erinnerung. Tendenzen literarischen und kulturellen Lernens. Göttingen, S. 77–96.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lust (2010): Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen.
- Einert, Benedikt/Ploenus, Michael: Unter Beobachtung. Magazin ZEIT-Geschichte 5/2019: Die Grenze. Unser geteiltes Land. S. 38–41.
- Kleßmann, Christoph (2006): Spaltung und Verflechtung – Ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte 1945 bis 1990. In: Kleßmann, Christoph/Lautzas, Peter (Hrsg.): Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem. Schwalbach/Ts., S. 20–37.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2019): Von der Revolution über den Mauerfall zur Einheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 35–37/2019, S. 4–11.

UNSERE AUTORIN



Prof. Dr. Christiane Bertram, Juniorprofessorin Fachdidaktik in den Sozialwissenschaften an der Universität Konstanz, promovierte am Hector-Institut für Empirische Bildungsforschung, Universität Tübingen, mit einer Interventionsstudie zur Wirksamkeit von Zeitzeugenbefragungen im Geschichtsunterricht, für die sie mit dem Publikationspreis der Gesellschaft für Empirische Bildungsforschung ausgezeichnet wurde. Ein Schwerpunkt ihrer Forschung stellt die differenzielle Wirksamkeit authentischer und digitaler Lernumgebungen dar. Generell geht es ihr darum, wie mit kognitiv und emotional anregenden Unterrichtsmethoden (z.B. Zeitzeugenbefragungen, dramapädagogische oder regionalgeschichtliche Zugänge) historische Kompetenzen, Fachwissen und Interesse an Geschichte gefördert werden können.

- Leh, Almut (2000): Forschungsethische Probleme in der Zeitzeugenforschung. In: BIOS – Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History, 1/2000, S. 64–76.
- Lindenberger, Thomas (2015): Ist die DDR ausgeforscht? Unsere Zeitgeschichte zwischen nationalem Boom und Globalisierung. In: Bösch, Frank/Sabrow, Martin (Hrsg.): ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung. Göttingen, S. 100–117.
- Maubach, Franka (2019): Jenseits von 89. ZEIT Geschichte 5/2019: Die Grenze. Unser geteiltes Land 1949 bis heute. S. 108–109.
- Piper, Nikolaus: Deutsche Bad Bank. In: Süddeutsche Zeitung, 29. Februar/1. März 2020, S. 23.
- Plato, Alexander von (2009): Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die internen Gesprächsprotokolle. 3. Auflage, Berlin, S. 118–121.
- Plato, Alexander von/Leh, Almut/Thonfeld, Christoph (Hrsg.) (2008): Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen im internationalen Vergleich. Wien, S. 443–450.
- Plus-Minus (2020): Öffnung der Treuhand-Akten: Wie die Privatisierung der DDR-Wirtschaft wirklich lief. Sendung am 28.08.2019. URL: <https://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/sendung/treuhand-akten-erstmal-eingesehen-100.html> [13.03.2020].
- Röder, Andreas (2011): Geschichte der deutschen Wiedervereinigung. München.
- Röding-Lange, Ute: Bezeichnungen für ‚Deutschland‘ in der Zeit der ‚Wende‘. Dargestellt an ausgewählten westdeutschen Printmedien. Würzburg 1997.
- Rüsen, Jörn (1983): Historische Vernunft. Die Grundlagen der Geschichtswissenschaft. Grundzüge einer Historik I. Göttingen.
- Sabrow, Martin (2019): „1989“ als Erzählung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 35–37/2019, S. 25–33.
- Sabrow, Martin (2007): Historisierung der Zweistaatlichkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 3/2007, S. 19–24.
- Segert, Dieter (2019): Verpasste Chancen im 41. Jahr. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 35–37/2019, S. 12–17.
- Soch, Konstanze (2019): Schmuckstücke im Kuchen. Magazin ZEIT-Geschichte 5/2019: Die Grenze. Unser geteiltes Land. S. 76–77.
- Stöver, Bernd (2019): Go East. Magazin ZEIT-Geschichte 5/2019: Die Grenze. Unser geteiltes Land. S. 57–58.
- Ther, Philipp (2014): Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europas. Frankfurt am Main.
- Träger, Mandy (2019): Die Treuhand und die Privatisierung der DDR-Presse. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 35–37/2019, S. 34–39.
- Wolle, Stefan (2019): Schutzwall nach innen. Magazin ZEIT-Geschichte 5/2019: Die Grenze. Unser geteiltes Land. S. 28–34.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. auch den Beitrag von Gerhard Sälter in diesem Heft.
- 2 Aufgrund der im letzten Jahr freigegebenen Akten der Treuhandgesellschaft rückt die Rolle des „Leitungsausschusses“ in den Fokus. Diesem Leitungsausschuss gehörten meist junge Mitarbeiter*innen privater Beratungsfirmen an, die unter Hochdruck Tausende ostdeutsche Firmen bewerteten. An ihre Empfehlungen des Leitungsausschusses hat sich der Vorstand der Treuhandgesellschaft in der Regel gehalten (Dierk Hoffmann, Institut für Zeitgeschichte in Berlin, in einer Plus-Minus-Sendung am 28.08.2019).
- 3 URL: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Besserwessi> [13.03.2020].
- 4 Ebenso wurde es zum Unwort des Jahres vorgeschlagen, da es „im Nordosten Deutschlands mindestens ein so herbes Schimpfwort wie in Österreich der Piefke für den ‚preußisch‘ schnarrenden Deutschen“ sei (Röding-Lange 1997: 246).
- 5 URL: https://www.focus.de/politik/deutschland/geschichte-festakt-zur-deutschen-einheit-mit-steinmeier-und-merkel_id_11205440.html [13.03.2020].
- 6 Bezogen auf die Erinnerung an die DDR hat sich die „Generation 1975“ der DDR-Zeitzeug*innen literarisch schon häufiger zu Wort gemeldet, jedoch wurde diese Generation bisher nicht systematisch erschlossen (Brauer 2016).

Für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

Siegfried Wittenburg

Der 1952 in Warnemünde geborene Siegfried Wittenburg war in den 1980er-Jahren einer der wichtigsten Fotografen in der DDR. Als ausgebildeter Funkmechaniker und fotografischer Autodidakt dokumentierte er in dieser bedeutenden historischen Zeitspanne den Alltag in diesem Staat mit einem kritischen und doch liebevollen Blick. 1986 wurde er als Leiter des Jugend-Fotoklubs „Konkret“ entlassen und geriet mit dem Regime in Konflikt, weil er sich einer Zensuraufforderung der SED widersetzte und nicht den Zielen des Staates folgte. An der Ostsee geboren und aufgewachsen, kehrte er dieser Landschaft niemals den Rücken. Auch die spannenden Jahre nach der politischen Wende bis 1996 hat Wittenburg mit der Kamera festgehalten. Nach einer Zwischenphase von 15 Jahren, während dieser er sich in verschiedenen Tätigkeitsbereichen für den Wiederaufbau engagierte, kehrte er 2010 zu seinen künstlerischen Wurzeln zurück. Sein Thema ist wiederum der Alltag der Menschen im vereinten Deutschland. Mit seinen Publikationen in zahlreichen Medien in Bild und Wort, seinen Ausstellungen und Zeitzeugenvorträgen erreicht der Autor und Fotograf ein Millionenpublikum. Sein Engagement speist sich aus eigenem Erleben, als folgende Werte für ihn nicht existierten: Freiheit, Demokratie und Menschenwürde. ■

Rostock-Warnemünde, 1991

Der Leiter des Kulturhauses der Warnowwerft macht ein ernstes Gesicht, als er mich als Leiter des Fotoklubs „Konkret“ auffordert, ein Konzept zu erarbeiten, wie die Zukunft dieser Arbeitsgemeinschaft vorzustellen wäre. Die Warnowwerft, vorher VEB, jetzt GmbH, gehört der Treuhand und es wird verhandelt, diese an einen norwegischen Konzern zu verkaufen. Angesichts des für moderne Anforderungen unwirtschaftlichen Betriebes ist das Kulturhaus unmittelbar am Leuchtturm für die neuen Investoren ein Filetstück. Die Warnowwerft unterhält das Haus und etwa 20 Volkskunstzirkel von einer Trachtengruppe über einen Holzschnitzzirkel bis hin zum aufmüpfigen Fotozirkel können dort in ihrer Freizeit kostenlos tätig sein. Allein die Fotogruppe mit über 20 Mitgliedern nutzt einen Raum und ein Labor für mehrere Arbeitsplätze sowie entsprechende Technik. Sie erhält jährlich ein Budget von 5.000 Mark, das sie gar nicht verbraucht. Weiterhin betreiben die jungen und engagierten Freizeitkünstler mit hohen Ansprüchen eine Fotogalerie. Alles Engagement ist von innen heraus gewachsen in einem Staat, der Kunst und Kultur in seinem Sinne zu lenken versuchte, was junge Menschen zunehmend in Frage stellten. Sie leben in Wohnheimen, bei ihren Eltern oder mit ihren Familien in Plattenbauten, wo es keine Möglichkeiten gibt, eine Dunkelkammer einzurichten. Die Werft wird verkauft. Die komplette Laboreinrichtung und die Beleuchtung der erst neuen Galerie landen auf

dem Müllhaufen der Geschichte. Ich finde für die Fotogruppe Räume in einer neu gegründeten Medienwerkstatt, die in einem verschlissenen Altbau mit ihrer Tätigkeit beginnt. Bei Hochwasser der Ostsee steht das Labor im Keller knietief unter Wasser. Doch allein das Herstellen von Schwarzweißfotos macht keinen Sinn mehr, denn alle kulturellen Tätigkeiten in der Öffentlichkeit, die weitgehend vom Kulturbund getragen und organisiert wurden, finden abrupt ein Ende. Mir ist es gelungen, Geld zu verdienen, jetzt D-Mark, doch mir gelingt es nicht, die Kultur in die neue Zeit zu retten. Der Verlust schmerzt, und es bleibt eine emotionale Leerstelle.

Auch Künstler kommen jetzt aus dem Westen. Wir wollen diese live erleben, die sonst nur über den Bildschirm in die ostdeutschen Wohnzimmer flimmerten: Musiker wie The Rolling Stones, Tina Turner, die Toten Hosen ... Sie wurden den Ostdeutschen nicht geschenkt, für die Tickets haben sie bezahlt. Die Stadtverwaltung Rostock setzt als Direkto-



Das Gebäude im Hintergrund war ursprünglich ein Hotel und wurde 1952 während der Aktion Rose enteignet. Danach war es ein Kulturhaus für die Einwohner Warnemündes, unterhalten vom VEB Warnowwerft. Nach 1990 wurde es nach Norwegen verkauft und zu Ferienwohnungen umgebaut. Für die Tourismuswirtschaft wurde die Kultur der Menschen in diesem Ort ersatzlos gestrichen.

Foto: Siegfried Wittenburg



„Kirche offen für alle“ steht heute noch vor dem Haupteingang der Leipziger Nikolaikirche. Der Pfarrer Christian Führer (1944–2014) öffnete sie für alle Menschen. Sie stand für Jugend und Innovation. Selbst die Punkband „Wutanfall“ durfte hier auftreten. Die Friedensgebete und die dortigen Montagsdemonstrationen leiteten das Ende der DDR ein.

Foto: Siegfried Wittenburg

rin für die Kunsthalle eine Kunsthistorikerin aus Frankreich ein. Sie reißt die Wände ein und präsentiert Werke in riesigen Formaten, die niemand versteht. Und niemand hat Zeit, sich damit zu beschäftigen. Es geht ums Überleben.

Im Gegenzug landen 23.000 Kunstwerke der DDR in einem Archiv im brandenburgischen Beeskow, ob sie nun staatskonform waren oder nicht. Auch einige meiner Werke müssten dort gelagert sein, bisher unauffindbar. Fotografen aus dem Westen kommen auf mich zu und suchen Möglichkeiten, in Rostock oder anderswo im Osten auszustellen. Sie kommen mit Wucht und besitzen alles, was man braucht. Für das Zusammenwachsen in der deutschen Einheit ist alles gut, schön und notwendig. Doch es gibt kaum etwas dagegenzusetzen. Jedenfalls nicht in diesen wilden Jahren.

Leipzig, Januar 2019

Mich erreicht die Meldung, dass Leipzig die schönste Stadt Europas sein soll. Ich verhalte mich solchen Bewertungen gegenüber sehr skeptisch, denn die Kriterien sind sehr unterschiedlich und das Ergebnis kann nur subjektiv gefärbt sein. Ich mag viele Städte Europas, darunter Rotterdam, Danzig und Bad Nauheim, je nachdem, wo ich mich an interessante Begegnungen mit den dort lebenden Menschen erinnern kann. Bitte haben Sie Verständnis, dass ich nicht

alle aufzählen kann. Allerdings freue ich mich, dass inzwischen auch die Städte in Ostdeutschland in der subjektiven Wahrnehmung weit nach oben gerückt sind. Wir alle wissen, dass dieses in Vorzeiten vollkommen anders war. Ich weiß, wovon ich spreche. Nur fordern solche Hitlisten den Besucher heraus, doch genauer hinzuschauen, um eventuell noch einen schwerwiegenden Makel zu erkennen. Aber was ist eine schöne Stadt?

Nach meinem Besuch im Zeitgenössischen Forum kehre ich zum Hauptbahnhof zurück. Keine Frage, der größte Kopfbahnhof Europas ist ein Erlebnisbahnhof. Haben die Züge der Bundesbahn Verspätung, kann ich Rolltreppe fahren, in der Shopping-Meile shoppen gehen, den Bettlern Münzen in den Hut werfen oder eine Bratwurst essen. Ich entschieße mich spontan, mit einer Straßenbahn eine Stadtrundfahrt zu unternehmen. Dazu benötige ich ein Ticket. Doch der Ticketautomat möchte mein Geld nicht, jedenfalls nicht meinen 20-Euro-Schein. Ich frage in zwei Läden die Verkäuferinnen, ob sie den Schein in zwei kleinere wechseln würden. Nein, das dürfen sie nicht. So kaufe ich eine Ansichtskarte, erhalte Wechselgeld und kann nach Connewitz fahren. Dort sind die Häuserwände kunstvoll mit Graffiti besprüht und ich überlege, ob das Punkte bei der Bewertung gegeben hat. Vielleicht zählten auch die zahlreichen Tattoo-Studios.

Nach der Rundfahrt verbreitet sich in Leipzig beleuchtete Dunkelheit. Ich checke in einem Hotel nahe am Augustusplatz ein, das mir alles bietet, was ich für eine Nacht benötige. Am Abend streife ich durch die Leipziger Innenstadt mit ihren hell erleuchteten Geschäften. Sie befinden sich zwar auf dem Niveau deutscher Großstädte, doch ich vermisse Individualität. Auch die Klotzigkeit der Gebäude behagt mir nicht. Es gibt kaum Plätze zum Verweilen. Die Mädlerpassage treffe ich menschenleer an, und nach dem Studium der Abendkarte am Auerbachs Keller wende ich mich aus preislichen Gründen ab, weil erst Mittwoch ist. Ebenso ergeht es mir beim Anschauen der Speisekarten im Barfußgässchen: Sie sind schick, entsprechen aber nicht meinem Budget mitten in der Woche. Dann fiel mein Blick auf den Augustiner am Markt. Dort, wusste ich, gibt es bayerisches Bier und ein Gericht passend zum Portemonnaie. Beim Betreten des stilgerechten Wirtshauses, das in der Größe dem Münchner Original kaum nachsteht, empfängt mich die komplette Personalschaft im Dirndl bzw. in Lederhose. Ich sage: „Hier muss ich wohl Grüß Gott sagen?“ Die Personalschaft lächelt und sagt tatsächlich „Grüß Gott.“ Ich möchte jetzt einwenden, dass Ostdeutschland die atheistischste Region der Welt und Leipzig sicher keine Insel der Frömmigkeit ist. Nachdem ich kulinarisch versorgt wurde, frage ich die im Dirndl gekleidete Kellnerin, ob sie aus Bayern oder aus Sachsen kommt. „Aus der Ukraine“, antwortet sie. Anschließend stelle ich dem Kellner in Lederhose und kariertem Hemd die gleiche Frage. „Ich bin Sachse“, antwortet er, „aber diese Kleidung hat schon August der Starke getragen.“ Es ist schon zu spät, diese Aussage auf ihre historische Korrektheit zu überprüfen und ich frage verständnisvoll: „Sicher wollen Sie bayerisches Bier verkaufen?“ „Ja.“

Beim Bier aus München muss ich über diese Aussage nachdenken. Ich kenne das Selbstbewusstsein der Bayern („Mir san mir!“), das das der Sachsen („Weschn was flennste denn nu schonwider rum?“) haushoch überragt. Auch verbreitet sich die Vermutung in mir, dass das Bundesland Sachsen bei der Einführung seines Namenszusatzes „Frei-

staat“ stark nach Bayern geschient hat. Ich grabe in der Geschichte. Der Freistaat Bayern existierte bereits, bevor er ein deutsches Bundesland wurde. Sachsen hingegen legte sich erst am Tag der deutschen Einheit diesen Namenszusatz zu. Eine rechtliche Bedeutung ist damit nicht verbunden, hört sich nur interessanter an.

Doch wie verstehe ich die Sachsen? Die Kellnerin aus der Ukraine ist nach Deutschland gekommen, um Geld zu verdienen. Ob sie dabei einen Blaumann, einen weißen Kittel oder ein Dirndl trägt, ist unerheblich. Zu Hause in Mariupol geht sie wieder in „zivil“. Auch ein Norddeutscher, ein Rheinländer oder ein Saupreiß würde sich ernsthaft nie als ein Bayer verkleiden. Das hat mit Fremdenfeindlichkeit nichts zu tun, sondern mit Kultur in den Regionen der deutschen Föderation. Auch wenn man sich in Bayern umschaute, ist nicht immer Heimat drin, wo Heimat draufsteht. Ein geschäftstüchtiger bayerischer Gastronom steckt seine Personalschaft aus Polen, der Slowakei und Slowenien schon mal in Trachten, um seinen Schmarrn besser zu verkaufen. Diese Geschichte wird anders verlaufen sein: Der Kellner war in Sachsen arbeitslos und musste als Kunde regelmäßig bei der Agentur für Arbeit erscheinen. Diese hat ihm den Job im neu eingerichteten Augustiner vermittelt. Abschlagen durfte er unter Androhung von Kürzung seiner Bezüge nicht. Der bayerische Arbeitgeber, dem mit hoher Wahrscheinlichkeit der Lohn der Personalschaft in den ersten Monaten von der Arbeitsagentur gesponsert wurde, schrieb die Arbeitskleidung vor. Was blieb dem Sachsen übrig, als die Konditionen zu akzeptieren? So entwickelt er für sich persönlich eine neue Identität, verbiegt etwas die Geschichte und beruft sich auf August den Starken. Dabei sächelt er als Atheist sein „Grüß Gott“. Und das in einer Metropole der Helden von 1989!

Ich bezweifle, ob das auf Dauer gut geht. Als ich gehe, lasse ich das Stimmengewirr eines fast voll besetzten Wirtshauses hinter mir. Es wird ein satter Gewinn nach München fließen. Aber hat Sachsen nicht auch ein bekann-

tes Bier? Richtig: Radeberger. Die Brauerei wurde 1872 gegründet und war Hoflieferant Seiner Majestät des Königs Friedrich August von Sachsen. Die Radeberger Gruppe KG, eine Tochter-Gesellschaft der Dr. August Oetker AG, sitzt in Frankfurt am Main. Sie erzielt einen Jahresumsatz von 1,9 Milliarden Euro. Ob diese ihre Getränke in Uniformen des deutschen Kaiserreichs ausschenkt, wie Friedrich August III. sie getragen hat, ist mir nicht bekannt.

Peenemünde, Dezember 2018

Einer Einladung zu einer Buchpräsentation folgend, reise ich bis kurz vor die Grenze zu Polen. Die pommerschen Kleinstädte Torgelow und Eggesin im heutigen Kreis Vorpommern-Greifswald sind als Garnisonsstädte bekannt. Ab 1935 errichteten dort die Nationalsozialisten Rüstungsbetriebe und bauten Wohnanlagen für die Beschäftigten. Männer, die nach dem Krieg dort ihren Wehrdienst bei der NVA geleistet haben, nannten die Gegend „Land der drei Meere: Waldmeer, Sandmeer, nichts mehr“. Richard Kruse (Name geändert) holt mich vom Haltepunkt der Bahn ab. Durch die Scheiben seines BMW sehe ich modernisierte und gepflegte Städtchen. Ebenso erhalte ich einen Eindruck vom größten Arbeitgeber der Region: die Eisengießerei Torgelow GmbH. Sie beschäftigt bei ca. 100 Millionen Euro Umsatz um die 500 Mitarbeiter und befindet sich in österreichischem Besitz. Während der Fahrt durch die Waldgebiete fallen mir die ehemaligen Militärgelände auf. Eine ganze Panzerdivision mit einer Stärke von 322 modernen Panzern zuzüglich weiterer Waffeneinheiten und 8.750 Mann waren hier während des Kalten Krieges stationiert. Richard Kruse erzählt, dass es einem Brigade-

Die vom Leipziger Künstler Wolfgang Mattheuer (1927–2004) im Jahr 1984 geschaffene Bronzeplastik „Jahrhundertschritt“ wird als ein bedeutendes Kunstwerk der DDR bezeichnet.

Die Skulptur von Wolfgang Mattheuer, einem der führenden Vertreter der „Leipziger Schule“, zeigt eine Person, deren lange rechte Hand den Hitlergruß zeigt und deren linke zur proletarischen Faust geballt ist. Der rechte Fuß ist weit nach vorn gestreckt, der linke nach hinten eingeknickt. Dadurch hat die Skulptur etwas Haltloses, verursacht dadurch, dass sie Gegensätzliches in sich vereinigt und das zerrissene 20. Jahrhundert symbolisiert.

Foto: Siegfried Wittenburg



general der Bundeswehr die Sprache verschlagen hat, als er 1990 diese Kampfkraft zu Gesicht bekam.

Die hochgerüsteten Einheiten wurden eliminiert, Berufssoldaten nach Hause in den Frieden geschickt und Siedlungen mit Mehrfamilienwohnhäusern zurückgebaut. Die Einwohnerzahl hat sich fast halbiert. Die Region ist Hochburg der Rechten, denn Rechtssein ist der Protest gegen die rot-schwarze Landesregierung in Schwerin, die sich weit entfernt im Westen befindet. Der Schritt von Schwarz zu Blau oder gar Braun ist kurz. Die Bevölkerung nimmt es ihr übel, dass die Region wirtschaftlich abgehängt ist und darüber hinaus für sie wichtige Krankenhäuser schließt. Historisch gehört die Region zum Wirtschaftsraum Stettin, doch mit einem Federstrich Stalins, der mit den Alliierten den „größten Feldherrn aller Zeiten“ besiegt hat, wurde diese Großstadt mit heute 450.000 Einwohnern von Deutschland abgetrennt und Polen zugeordnet. Eine wichtige Eisenbahnhubbrücke der Strecke von Berlin nach Swinemünde auf der Insel Usedom und weiter zu den Seebädern wurde 1945 von der Wehrmacht gesprengt und ragt seitdem als denkmalgeschütztes Stahlgetüm aus dem Küstengewässer des Stettiner Haffs. Erst 2018 hat Schwerin vergessen, die Bedeutung des Wiederaufbaus der Bahnstrecke gegenüber dem Bund fachgerecht zu argumentieren, um sie im Bundesverkehrswegeplan bis 2030 zu verankern. Eine Stadt der Europäischen Union mit 40.000 Einwohnern wurde einfach vergessen. Wer in Schwerin keine Arbeit findet, fährt morgens nach Hamburg und kommt abends wieder nach Hause. Wer im Osten Mecklenburg-Vorpommerns Arbeit sucht, zieht ganz weg. Die jungen Frauen zuerst.

Die Vorstellung des Buches „Es kommt alles ganz anders“ findet am Abend im Marinemuseum in Peenemünde statt. Der Autor ist Hendrik Born, ehemaliger Vizeadmiral und letzter Chef der Volksmarine. Richard Kruse und ich tasten uns durch das schwach beleuchtete Hafengelände der ehemaligen 1. Flottille. Gleich nebenan befindet sich das Historisch Technische Museum der ehemaligen Versuchsanstalt für Raketentechnik. Am Kai dümpeln zwei schrott-reife Raketenschnellboote, dahinter kommt ein hell er-

leuchteter Flachbau zum Vorschein. In einem Ausstellungsraum werden Schiffsmodelle der Volksmarine, Gemälde, Uniformen und weitere militärische Utensilien präsentiert. In einem anderen Raum locken allerlei Souvenirs zum Kauf. Ein älterer Museumsmitarbeiter, allem Anschein nach ein früherer Offizier, spricht mit mir wie mit einem ehemaligen Parteikumpel und duzt mich unangenehm. Schlechte Erinnerungen kommen hoch und ich gehe auf Abstand.

Die etwa sechzig Sitzplätze im Saal sind ausschließlich von älteren Männern in Zivilkleidung besetzt, einige davon sind weißhaarig. Der Autor wird mit militärischen Ehren begrüßt und die Männer sprechen sich mit ihren ehemaligen Dienstgraden an. Hendrik Born projiziert Bilder auf die Leinwand und erzählt seine Biografie. Er beginnt mit seiner Kindheit, stellt seine Entwicklung als Offizier der Volksmarine dar, berichtet von seinem Studium an der Seekriegs-akademie in Leningrad und seiner Ausbildung für den Einsatz auf dem Küstenschutzschiff „Berlin Hauptstadt der DDR“ in der 4. Flottille in Rostock-Warnemünde. Erst als er über Michail Gorbatschow schimpft, wird er politisch und es wird deutlich, wie loyal er zum Staat stand. Ich muss schmunzeln, als der Admiral stolz von den guten Noten erzählt, die er von seinen Vorgesetzten für die Ausführung der Übungen und Manöver erhielt. Als damals Wehrpflichtiger habe ich anders gedacht, denn diese Übungen galten der Vernichtung des eigenen Bruders im Westen. Aber worauf soll der ehemalige Admiral stolz sein?

Mitten im Umbruch der DDR wurde Hendrik Born (Jahrgang 1944) am 11. Dezember 1989 zum Chef der Volksmarine berufen. „Diese Zeiten brauchen neue Köpfe“, sagte der damalige Verteidigungsminister der Modrow-Regierung, Admiral Theodor Hoffmann. „Sie sind jung und akzeptiert in der Truppe. Sie müssen das machen. [...] Ich war sicher kein Oppositioneller oder Regimekritiker, aber ich betrachtete das DDR-Regime spätestens in seiner letzten Phase mit sehr kritischen Augen“, erinnert sich Born. „Bei einem mehrtägigen Flottenbesuch im schwedischen Göteborg stellte ich für mich fest, dass hier ein Gesellschafts- und Sozialsystem hervorragend funktionierte. Genau so stellten wir uns den Sozialismus in der DDR vor.“



Peenemünde, Hendrik Born, 2018

Dieses Foto zeigt den letzten Chef der Volksmarine, Vizeadmiral a. D. Hendrik Born. Das Gemälde im Hintergrund stellt das Küstenschutzschiff „Berlin Hauptstadt der DDR“ beim Einlaufen in Warnemünde dar. Hendrik Born wurde für dieses Schiff ausgebildet, aber es kam (zum Glück) nie zum Einsatz.

Foto: Siegfried Wittenburg



Eggesin, Ernst Amende, 2018

In einem Ort, der während zweier deutscher Diktaturen eine militärische Rolle spielte, war Ernst Amende als Fotodrogist tätig und für Hobbyfotografen ein fachkundiger Händler und Berater. Mit dem Ende des Kalten Krieges verlor er seine Kundschaft und erlebte einen schmerzlichen Kulturverlust.

Foto: Siegfried Wittenburg

Sein Leben verlief unaufgeregt und stetig aufsteigend, bis der Herbst 1989 den Staat zum Fall brachte. Natürlich hatte Gorbatschow daran seinen Anteil. Bürgerrechtler erschienen im Stab der Volksmarine und junge Matrosen stellten Fragen, worauf die Führung keine Antworten mehr wusste. Er nahm skurrile Meldungen entgegen wie: „Keine besonderen Vorkommnisse. Sechs Mann sind desertiert.“ Ein Schiff der Volksmarine lag laut Einsatzplan ständig auf „Friedenswacht“ vor der Insel Fehmarn. Als die Seeleute an Land gingen, besuchten sie ihre Verwandten in der Bundesrepublik. Der Admiral a. D. stellt die Friedliche Revolution so dar, als ob sie der Besonnenheit des Staates und seiner militärischen Führung zu verdanken sei. In Wirklichkeit waren es die Bürgerinnen und Bürger, die über die nötige Weitsicht und Disziplin verfügten. Hendrik Born wurde am letzten Tag der DDR, am 2. Oktober 1990, entlassen. Er fand Arbeit beim Bremer Vulkan und wurde später Verkaufsleiter für MAN im Gebiet Kaspisches Meer und der Türkei. Weil er Russisch sprach. „Diese Gegend ist für uns noch ein weißer Fleck“, sagten seine neuen Arbeitgeber. Zurück in einem Dorf bei Eggesin stehe ich vor dem Bücherregal von Richard Kruse und bin beeindruckt von seiner Literatur über die jüngste deutsche Geschichte. Er zieht ein Buch heraus und drückt es mir in die Hand. „Der Mann, der die DDR retten wollte“. Der Autor heißt Alexander Schalck-Golodkowski. Er hat das Exemplar persönlich signiert. Ich

schlage zufällig die wichtigste Seite auf und lese: „Das System des real existierenden Sozialismus hatte nach 40 Jahren abgewirtschaftet und war nicht reformierbar. Die inneren Widersprüche waren unauflöslich. Ich denke an die Diskrepanz zwischen dem politischen Führungsanspruch und seiner Entfremdung von den Realitäten unseres Staates. Die deutsche Wiedervereinigung war, alles in allem, ein Glücksfall. Zwar hat es nicht wenige Verlierer gegeben, zu denen ich in gewissem Sinne zähle. Doch wesentlich mehr Menschen, und langfristig vor allem den jüngeren, wurde eine Zukunft eröffnet, die sie in der DDR nicht gehabt hätten. Ohne die Bundesrepublik hätte Ostdeutschland mit noch viel größeren Schwierigkeiten zu kämpfen, als es heute der Fall ist. Das zeigt schon der Blick auf die Situation anderer ehemaliger sozialistischer Länder.“



Rostock, Dr. Thomas Diestel, 2017

Dr. Thomas Diestel gründete 1991 ein Unternehmen der Lüftungs-, Klima-, Kälte- und Reinraumtechnik und startete mit 13 Mitarbeitern. Seine übergroßen Mitbewerber aus den alten Bundesländern drohten, „alles platt zu machen“. Doch er entwickelte trotz der Notwendigkeit, niedrige Löhne zahlen zu müssen, eine einzigartige Unternehmensphilosophie und hat damit Erfolg. Heute beschäftigt er über 100 qualifizierte Mitarbeiter bei zwölf Millionen Euro Jahresumsatz.

Foto: Siegfried Wittenburg

Ernst Amende ist Drogist. Seine Leidenschaft ist die Fotografie und so betrieb er in Eggesin eine Fotodrogerie. Gleichzeitig engagierte er sich für die Amateurfotografie. Mit dabei waren Berufssoldaten der NVA, denn diese gab es in der Gegend reichlich. Ich lernte ihn als einen fachkundigen und vertrauenswürdigen Menschen kennen. In den wilden Jahren nach der deutschen Einheit war ich als Mitarbeiter im Außendienst für Canon tätig und hatte das Glück, dass diese Fotoapparate auch von den ehemaligen NVA-Offizieren, die teilweise von der Bundeswehr übernommen wurden, begehrte waren. So kam ich mit Ernst Amende ins Geschäft. Auf die Rechnung, wie viele Millionen D-Mark alle vier Canon-Kollegen in den „neuen Bundesländern“ erwirtschaftet haben, wie viel Geld davon hängen blieb und wie viel wieder auf anderen Wegen in den Westen zurückgeflossen ist, möchte ich heute verzichten. Ich traf den Drogisten nach etwa 25 Jahren wieder. Er erkannte mich sofort. Jetzt ist er Rentner, hilft gelegentlich im Laden aus, denn die Drogerie führen seine Tochter und sein Schwiegersohn fort. Fotoapparate und Zubehör sind aus dem Sortiment verschwunden. Es ist niemand mehr da, der sich dafür interessiert. Ernst Amende macht auf mich einen traurigen Eindruck. Ich kann nachvollziehen, dass der erlittene Kulturverlust schmerzlich ist.



Erfurt, Bäckereiwagen, 2012

Seit viele Kunden nicht mehr zur Bäckerei kommen, fahren die Bäcker zu den Kunden. Besonders in den Regionen, wo ältere und sozial schwache Menschen wohnen und der öffentliche Nahverkehr eingespart wurde, wird dieser Service gepflegt. Doch das Geschäft wird weniger, denn die Zahl der Supermärkte nimmt ständig zu. Allein in Thüringen reduzierten sich die Bäckereien auf 70 Prozent im Vergleich zu 2008.

Foto: Siegfried Wittenburg

Langen Brütz, Dezember 2017

Thomas D. steht vor mir in der Haustür, groß, stattlich, lächelnd. Er ist der jüngste Bruder meines ehemals besten Freundes. Zuletzt habe ich Thomas gesehen, als er fünf Jahre alt war. Sein Gesicht hat sich nicht verändert und sofort war Vertrauen zu ihm da. Er ist über eine Stunde gefahren, um sich zwei Bücher signieren zu lassen. Doch zuerst muss er mir aus seinem Leben erzählen, natürlich vor allem aus der Zeit nach 1990. Er hat als Ingenieur auf der Warnowwerft gearbeitet, erzählt er. Während der Transformation hat er den Werftdirektor gefragt, ob er einen Betriebsteil übernehmen könne. „Ja“, sagte dieser, „die Klimatechnik, die brauche ich nicht mehr.“

So hat sich Thomas einige Container auf ein altes Werftgelände gestellt und eine Firma gegründet. Im Osten begann der Bauboom. Mecklenburg-Vorpommern brauchte neue Gebäude wie Krankenhäuser, Schulen und Firmensitze – genug Arbeit für qualifizierte Beschäftigte in dieser Branche. Doch Thomas erzählt auch von seinen übergroßen Mitbewerbern aus den alten Bundesländern. „Wir werden euch alle plattmachen!“, war noch die freundlichste Drohung im Prozess der deutschen Einheit. Thomas steuerte dagegen, indem er seinen Arbeitern und Ingenieuren ei-

nen geringeren Lohn zahlte als im Westen üblich. Dafür entwickelte er eine einzigartige Unternehmensphilosophie zum Vorteil seiner Belegschaft. Damit hatte er langfristigen Erfolg. Heute beschäftigt er über 100 Mitarbeiter bei zwölf Millionen Euro Umsatz. Darüber hinaus ist sein kulturelles Engagement hervorzuheben: Er fördert die Kultur in der Stadt Rostock, wo er unternehmerisch tätig ist, besonders das philharmonische Orchester des Volkstheaters.

Erfurt, Juni 2013

Ich erhalte einen Anruf von einem Unternehmen in Erfurt. Der Geschäftsführer ist am Apparat und wünscht sich für eine Messe eine Ausstellung mit meinen Fotografien. In der Regel sind die Vorabsprachen kompliziert, doch von ihm kam kurz und bündig die Ansage: „Ich bin Kaufmann. Nennen Sie mir einen Preis.“ Erst später kam mir eine Ahnung, dass dieser unerheblich war. Nahe der Landeshauptstadt Thüringens erscheint das Ziel meiner Anreise: Ein Fachgroßhandel für Bäcker und Konditoren. Der Hauptsitz befindet sich in Duisburg.

Der Chef, der ein Headset trägt und permanent mit einem Unsichtbaren spricht, zeigt mir kurz angebunden einen großen Raum und bittet mich, dort für seine Kunden meine Bilder aufzuhängen. Dann habe ich ihn nicht wieder gesehen. Kein Plakat, keine Beschäftigung mit dem Inhalt, keine inhaltliche Begleitung, nichts. Bis heute ist mir schleierhaft, wie er auf die Idee gekommen ist, meine Werke in seinem Lagergebäude zu präsentieren. Sie dienen nur zur Umrahmung seiner geschäftlichen Tätigkeit. Nebenan präsentiert ein Zauberkünstler seine Fähigkeiten, irgendwo werden Kinder bemalt, auf dem Hof steht eine Hüpfburg und in einem großen Zelt werden Speisen und Getränke angeboten. Als kultureller Höhepunkt tritt ein Udo-Lindenbergs Double auf, während die Bäcker und Konditoren Thüringens Spanferkel verspeisen. Ich langweile mich, fahre in die Stadt und gehe fotografieren.



Foto:
Anna Elisabeth Bruß

Eine persönliche (Sozial-)Geschichte Ostdeutschlands

Steffen Mau:

Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft.

Suhrkamp Verlag, Berlin 2019.
286 Seiten, 22,00 Euro.

Jahrestage und Jubiläen werden auf dem Buchmarkt zuweilen etwas überbemerkt. Sie gehören jedoch zu Erinnerungspunkten, die zur Reflexion anregen. Dreißig Jahre nach dem Mauerfall sind mehrere politikwissenschaftliche Sachbücher erschienen, die die Friedliche Revolution, die Wende und die Wiedervereinigung samt ihren Folgen bilanzieren. Von den allesamt lesenswerten Veröffentlichungen hebt sich die mit empathischem Blick geschriebene Bilanz des Soziologen Steffen Mau ab. Mau gelingt das Kunststück, soziologische Analyse und ausgewogene Argumentation mit biografischen Erfahrungen gekonnt zu verbinden.

Steffen Mau, Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, wächst in den 1970er-Jahren im Rostocker Neubaugebiet Lütten Klein auf. In der Nacht vom 9. auf den 10. November erlebt er den Mauerfall als Soldat der Nationalen Volksarmee. Drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall zieht er eine sozialwissenschaftliche, aber auch eine persönliche Bilanz des Systemwechsels, der die Menschen in der DDR völlig unvorbereitet traf. Die Einheit versprach Freiheits- und Wohlstandsgewinne, erfolgte jedoch als wirtschaftlicher und sozialer Schock – begleitet von Erfahrungen der Deklassierung und Entmündigung. Mau skizziert und analysiert gekonnt das Nebeneinander von Verbesserungen und Gewinnen, die die Einheit mit sich brachte, nimmt aber auch die Verlustseite, die nicht erfüllten Erwartungen, die enttäuschten Hoffnungen und die nicht eingelösten Versprechen – so z. B. die „blühenden Landschaften“ – in den Blick. Er verwendet hierzu in Anlehnung an die medizinische Terminologie den Begriff der „gesellschaftlichen Fraktur“ und meint damit Brüche des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die zu (inneren) Fehlstellungen und Verschiebungen führen können. Ostdeutschland, so die These von Steffen Mau, ist drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung eine Gesellschaft mit zahlreichen Frakturen. Er konterkariert damit auch Narrative eines relativ bruchlosen ostdeutschen Entwicklungspfades und der sukzessiven Normalisierung.

Steffen Mau betont in seiner Einleitung ausdrücklich, dass er keineswegs eine Gesamtdarstellung der DDR sowie eine umfassende Geschichte der Wiedervereinigung und Transformation beabsichtigt. Vielmehr geht es ihm um sozialstrukturelle Wandlungsprozesse und die damit verbundenen Mentalitätsumbrüche. Zudem betont er seine persönliche Involviertheit, seine Zeitzeugenschaft und seine durchaus gewollte Subjektivität: „Lütten Klein ist [sein] Fenster zur Beobachtung des sozialen Wandels in Ostdeutschland“ (S. 19). Neben den wissenschaftlichen Quellen beziehen sich die Urteile und Schlussfolgerungen von Steffen Mau auch auf Beobachtungen, Erkundungen vor Ort und auf mehr als dreißig Interviews, die er in Lütten Klein zwischen Sommer 2017 und März 2019 führte.

Das Buch hat zwei große Teile: Es beschreibt zunächst den Alltag und die Sozialstruktur in der ehemaligen DDR und

anschließend das Leben der ostdeutschen Bevölkerung im wiedervereinigten Deutschland. Der erste Teil konzentriert sich auf mehrere Fragen: Wie haben die Menschen in der DDR gelebt, gewohnt und gearbeitet? Wie hat die Arbeitsgesellschaft die Menschen integriert? Welche wesentlichen Sozialisationsagenturen gab es? Welche Rolle spielten Konformität und Kontrolle? Wie war es um Familie und Privates bestellt?

Steffen Mau beschreibt eine stark nivellierte, auf die Arbeit konzentrierte und durch die Hofierung und Heroisierung der Arbeiterklasse charakterisierte, geschlossene und ethnisch weitgehend homogene Gesellschaft, die sich von der westdeutschen Gesellschaft grundlegend unterschied. Die letzten Jahre der DDR waren durch mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten, Tendenzen der politischen Erstarrung und eine stetig zunehmende Unzufriedenheit gekennzeichnet – ein ausgelaugtes Land, unfähig zu dynamischen Entwicklungen. Mit der Wiedervereinigung nun, so die Kernaussage des zweiten Teils, wurden strukturelle Besonderheiten der DDR jedoch nicht aufgelöst, sondern mittransportiert, gar verfestigt bzw. vertieft. Gerade die Entwertung ganzer Biografien hat zur Verfestigung alter Einstellungen sowie zu einer Distanzierung von den „neuen“ politischen Institutionen, deren Eliten und Repräsentanten geführt. Diese gesellschaftlichen Frakturen hinterließen „Narben“ und Hypotheken, die eine gewisse Empfänglichkeit für national-identitäre, illiberale und rechtspopulistische Positionen erklären.

Im ersten Teil, der einer dichten Beschreibung gleichkommt, schildert Mau das Leben in den Neubaugebieten, die als „Idealstädte“ alle sozialen Schichten versammelten, zu einem hohen Grad an Wohnzufriedenheit führten und letztlich zur sozialen Nivellierung beitrugen – wohnte man doch zusammen und gleich. In der DDR wohnte fast ein Viertel der Bevölkerung in der „Platte“. Die geplanten Vorzeigeviertel sollten mittels wichtiger Sozialisationsagenturen (Kindergärten und Schulen), Einkaufsmöglichkeiten, Kulturhäuser und durch verschiedene Kollektive (Elternkollektive in Schule und Kindergarten, Hausgemeinschaften usw.) für eine besondere Form der Kollektivierung sorgen. Wenngleich im Rückblick auch idealisiert, hat die DDR dennoch versucht, materielle Ungleichheiten zu beseitigen. In der „nach unten hin nivellierte[n] Gesellschaft“ (Manfred Lötsch) war die Spreizung der Einkommen gering. Gezielt versuchte der Arbeiter-und-Bauern-Staat mit den bürgerlichen Privilegien zu brechen. Ein proletarischer Habitus und die Sozialfigur des klassenbewussten Arbeiters wurden zum Idealbild sozialistischer Lebensweise und -führung erkoren. Die „äußeren“ Strukturmerkmale hinterließen merkbare Spuren in der Lebensführung und prägten die kulturellen Praktiken. In der weitgehend homogenen Gesellschaft der Werktätigen wurde eine bescheidene Lebensweise kultiviert, die Extravaganzen nicht aufkommen ließ und stattdessen auf Konformität Wert legte. Abweichung und Autonomiestreben galten als suspekt, Loyalität hingegen wurde belohnt. Letztlich blieben auch Familie, Privatheit und Erziehung nicht unbeeinflusst. Die ökonomische Abhängigkeit der Frauen war durch die gezielte „Emanzipation von oben“ (Rainer Geißler) in der DDR weniger stark ausgeprägt als dies im Westen der Fall war. (Wenngleich dies nicht bedeutete, dass die geschlechts-

spezifische Arbeitsteilung im Privaten aufgehoben war.) Das Private als Rückzugsraum, geduldete „kleine Freiheiten“ und Strukturmerkmale einer „Nischengesellschaft“ (Günther Gaus) machten Defizite des Systems vergessen. Man darf sich die DDR – so Steffen Mau – nicht als ein ausschließlich totalitäres Gebilde vorstellen, sondern zum Teil als „kommode Diktatur“ (Günter Grass).

Im ersten Teil des Buches überzeugen, wie im Übrigen auch im zweiten Hauptteil, mit dem Fließtext abgestimmte Fotografien, die die vorgetragenen Argumente und Schilderungen stimmig illustrieren. Prägnante Grafiken sorgen für einen raschen Überblick und liefern wesentliche Kennziffern. Der zweite Teil des Buches beginnt mit der Beschreibung des Zusammenbruchs der DDR. Ökonomische Krisensymptome, eine abschmelzende Massenloyalität und politische Zerfallserscheinungen führten zum Umschlagen subjektiver Ohnmacht in kollektive Handlungsmacht. Der Zustand kollektiver Erregung und Euphorie brachte die „versteinerten Verhältnisse, mit Marx gesprochen, nun plötzlich“ (S. 121) zum Tanzen. Steffen Mau skizziert die wesentlichen Stationen der Wiedervereinigung, beginnend mit der Volkskammerwahl im März 1990, deren Wahlergebnis die Zustimmung der Bevölkerung zu einem raschen Beitritt signalisierte (vgl. auch die Beiträge von Eckhard Jesse und Gerhard Säler in diesem Heft). Der Staatsvertrag, der Wahlvertrag und der Einigungsvertrag bildeten wichtige Schritte auf dem Weg zur Wiedervereinigung und führten zur „Eingemeindung“ – kritische Stimmen sprechen von einer „Übernahme“ (Ilko-Sascha Kowalczyk) – der DDR. Der Politikwissenschaftler Klaus von Beyme sprach angesichts des alternativlosen Beitritts und des vormundschaftlichen

Westens von einer „machiavellistische[n] Staatsübernahmestrategie“. Das „nationale Projekt“ der Einheit brachte zwar den „Glanz des Konsums“ (S. 128) mit sich, führte zu Prozessen der Liberalisierung und Privatisierung, schlug sich aber auch in den Mentalitäten und Einstellungen der Menschen nieder. Das Wort von „Modernisierungsdefiziten“ machte die Runde und führte zur Entwertung von ganzen Lebensentwürfen, zur „Bereinigung“ des Marktes von sozialistischen Überbleibseln durch die Treuhand und binnen kurzer Zeit zum dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit bis auf Höchstwerte von mehr als 20 Prozent. Mit der ökonomischen Übernahme ging der Zusammenbruch der Arbeitsgesellschaft Hand in Hand. Ostdeutschland wurde nach der Wende zur „Pionierregion neoliberaler Deregulierung“ (S. 161). Den wenigen Profiteuren und Wendegewinnern stand die große Mehrheit der Wendeverlierer gegenüber: Arbeitslose, Pendler, Gelegenheitsarbeiter und in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen „Geparkte“. Die Abwertung der DDR-Kultur, Selbstwertverlust, soziale Deklassierung sowie der Austausch der Eliten und ehemaligen Kader durch westliches Führungspersonal, die „Aufbauhelfer“, verstärkten den „Vereinigungschock“ (S. 186) und waren mithin die Ursache, dass sich viele Menschen in den neuen Ländern immer noch als „Bürger zweiter Klasse“ fühlen. Die Transformationserfahrungen haben mentale Spuren hinterlassen. Die Wiedervereinigung war eben keine Ehe unter Gleichen, bis heute treten deutsch-deutsche Schieflagen zutage, sei es in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, in (partei-)politischen Bindungen sowie in der politischen Kultur. Als Symbol der deutschen Teilung ist die Mauer mittlerweile länger ver-

Späte Aufarbeitung

LSBTIQ-Lebenswelten
im deutschen Südwesten

Hrsg. von Martin Cüppers und Norman Domeier



lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Späte Aufarbeitung

LSBTIQ-Lebenswelten im deutschen Südwesten

Hrsg. von Martin Cüppers und Norman Domeier

Für Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren die einzigartige Chance ergeben, durch breit angelegte wissenschaftliche Aufarbeitungsprojekte sowohl die Lebenswelten von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, trans- und intergeschlechtlichen sowie queeren Menschen (LSBTIQ) als auch die gegen sie gerichteten Verfolgungsmechanismen umfassend in den Blick zu nehmen.

Dieses Buch präsentiert erste Erträge dieser universitären und ehrenamtlich geleisteten Forschungsarbeit. Vermittelt wird damit ein vielschichtiges Bild, das sowohl die Lebens- und Verfolgungsgeschichte von LSBTIQ im 20. Jahrhundert als auch aktuelle Entwicklungen und Fragestellungen wie die „Ehe für alle“ und die Aufhebung von Urteilen berücksichtigt.

6.50 Euro zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop
der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
E-Book (kostenlos) unter www.lpb-bw.de/e-books.html

Kooperationspartner*innen: www.der-liebe-wegen.org und www.lsbtti-bw.de

lpb
BW

schwunden als sie gestanden hat, doch die Unterschiede zwischen Ost und West sind noch sichtbar. Die Bürden der Vergangenheit sind immer noch eine Last der Gegenwart. Es existiert nicht nur ein ökonomisches und materielles Gefälle, sondern auch ein soziales Gefälle mit Blick auf Selbstbewusstsein, Darstellungsvermögen und gegenseitige Zuhörbereitschaft. Der alleinige Blick auf wirtschaftliche Kennziffern verstellt die virulente Unzufriedenheit und Systemskepsis. Der Osten ist, so schlussfolgert Steffen Mau, eine „Gesellschaft des Verdrusses und der Anfälligkeit für Populismen“ (S. 246) – sicher nicht flächendeckend, aber (wie die letzten Landtagswahlen belegen) auch kein marginales Phänomen. Wenn auch Menschen, Mentalitäten, Einstellungen und politische Kulturen sich inzwischen angenähert haben, werden Unterschiede zwischen Ost und West weiterhin fortbestehen und die innere Einheit belasten. Man muss nicht alle Feststellungen von Steffen Mau teilen, wer jedoch den Osten verstehen will, sollte seine soziologisch brillante Bestandsaufnahme lesen. Versteht sich seine Diagnose der frakturierten Gesellschaft doch als Einladung zur Reflexion über ostdeutsche Lebenswelten und Mentalitäten.

Siegfried Frech

Theorie und Praxis der politischen Bildung

Werner J. Patzelt:

Politische Bildung für ein demokratisches Deutschland. Ziele, Inhalte und Bilanzen.

Ergon Verlag, Würzburg 2019.
275 Seiten, 45 Euro.

Werner J. Patzelt zählte als Professor für Politische Systeme und Systemvergleiche an der TU Dresden zu den wesentlichen Begründern der Fachdisziplin Politikwissenschaft in den neuen Bundesländern. Seine Lehrstuhlberufung erfolgte bereits 1992. Bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2019 befasste er sich somit knapp 30 Jahre lang in unregelmäßigen Abständen mit Aufgaben und Inhalten der politischen Bildung. Mit dem Band „Politische Bildung für ein demokratisches Deutschland“ hat er eine Sammlung seiner (teilweise unveröffentlichten) Beiträge zum Thema von 1992 bis 2013 vorgelegt. Damit gibt der Autor nicht nur einen Einblick in den sich stetig ändernden und gerade in den letzten Jahren neu belebten Forschungsgegenstand, sondern auch Kenntnis über die kontinuierliche persönliche Befassung mit der Thematik.

Werner Patzelt, der sich selbst als „Politikerklärer“ (S. 7) betitelt, will mit dem Sammelband aufzeigen, „Wozu“ und „Warum“ (S. 12) politische Bildung notwendig ist. Methodische und didaktische Fragen bleiben somit außen vor. So unterteilt der Autor den Band in vier Kapitel, die sich nicht chronologisch, sondern thematisch mit den beiden genannten Leitfragen befassen. Im 1. Kapitel setzt er sich mit „Politische Bildung und Politikwissenschaft“, also der Verortung des Fachs im Kanon der Disziplin, auseinander. Es folgt Kapitel 2: „Freiheitliche Demokratie und ihre Anforderungen an die politische Bildung“. Das 3. Kapitel ist überschrieben mit „Einzelaufgaben der politischen Bildung.“ Im letzten Kapitel betrachtet der emeritierte Dresdner Profes-

sor schließlich „Die Wiedervereinigung als Herausforderung politischer Bildung.“

Bereits das erste Kapitel kann dabei mit einer Überraschung aufwarten. Denn während sich der überwiegende Teil der Beiträge im gesamten Band mit den Inhalten der politischen Bildung im Sinne der Vermittlung des politischen Systems der Bundesrepublik befasst, zeigt einer der hier neu aufgelegten Beiträge aus dem Jahr 2012, dass auch der vorrangig in Asien beheimatete Konfuzianismus Impulse für die deutsche politische Bildung geben kann. Denn die Ideen Konfuzius' wirken unter anderem in der Persönlichkeitsbildung. Damit sind sie Grundlage für eine „nachhaltige, da harmonische Stabilität“ (S. 24). Hier wird eine vergleichsweise junge Entwicklung der politischen Bildung angesprochen. Jene, die nicht staats- sondern akteurszentriert arbeitet und damit die Bürgerinnen und Bürger in den Fokus rückt. So wird Demokratie nicht nur als Herrschafts-, sondern auch als Lebens- und Alltagsform begriffen.

Grundlage der politischen Bildung in Deutschland, das zeigen auch Patzelts Beiträge, bilden Demokratieerziehung, Bürgerbildung, Kenntnisse des politischen Systems, die Fähigkeit zur Bekundung der eigenen Interessen und Selbstbestimmungskompetenz. Zusätzlich sind einige der Beiträge Patzelts geprägt vom Begriff des Patriotismus. Dieser unterscheidet sich von der Begriffsverwendung von radikal rechter Seite dadurch, dass er die „bislang nicht richtig geleistete Verbindung von Nation und Demokratie“ (S. 113) anzudenken vermag und Nationalstolz mit Wertschätzung für die Demokratie zu verbinden suche. Diese Gedanken, die der Autor im Jahr 2000 listete, scheinen erneut virulent geworden zu sein. Wenn Pegida und AfD die Formel „Wir sind das Volk“ verwenden und damit versuchen, Demokratie und Nation zu einen – dabei aber von einem homogenen Volksbegriff ausgehen, der weite Teile der Bevölkerung von politischer Mitbestimmung auszuschließen versucht – und eine „echte Demokratie“ fordern, scheint es auch bis heute nicht gelungen, Patriotismus und pluralistische Demokratie zu einen, ohne dabei weite Teile der Gesellschaft abzuwerten.

Politische Bildung ist sicherlich kein Allheilmittel gegen die weiteren Phänomene, welche die Berliner Republik bedrohen und denen sich Patzelt ebenso widmet. Diese stellen praktische Herausforderungen für alle aktiven politischen Bildnerinnen und Bildner dar – vom Sozialkunde- bis zum Volkshochschullehrer. Exemplarisch seien hier genannt: Politik- bzw. Parteienverdrossenheit, Veränderung der Informationsbeschaffung durch die Mediengesellschaft (Stichwort: Fake News), Globalisierung, Radikalisierung. Aber politische Bildung kann und soll Wegweiser an die Hand geben, sich mit diesen Herausforderungen auseinanderzusetzen zu können. Für Patzelt war es Mitte der 1990er-Jahre bereits ein Erfolg, „dass die meisten Leute über Politik, über Wirtschaft und Gesellschaft fast wie über das Wetter und seine Folgen nachzudenken begannen“ (S. 229). Wie das Wetter, so bestimmen auch Politik und Gesellschaft unser tägliches Handeln, unsere Motivation und stellen Möglichkeiten und Chancen der Partizipation. Aber erst mit Hilfe weitreichender Kenntnisse über Politik können eben diese Räume genutzt, Folgen abgesehen, Angriffe auf die Demokratie abgewehrt und eigene Hand-

lungsräume erkannt werden. Insofern ist es nur folgerichtig, dass Patzelt auch immer wieder dafür plädiert, Sozial- und Gemeinschaftskunde in den Schulen auszubauen. Ein bis heute währendes Mantra.

Während sich das Thema politische Bildung in der Schule steter Aktualität erfreut, zeigt Patzels Aufsatzsammlung an einigen Stellen aber auch Alterserscheinungen. So schrieb er noch im Jahr 2000: „In der Tat ist der einzige bewährte Bezugsrahmen für Demokratie ohnehin der Nationalstaat“ (S. 115). Hier zeigte spätestens der Brexit, dass eine europäische Identität mittlerweile ebenso auffindbar ist. Wo sich Identitäten von den Nationalstaaten entfernen, muss auch die politische Bildung reagieren. Dementsprechend erweiterte sich der zu vermittelnde Wertekanon auch um supranationale Elemente.

Den aktuellen Entwicklungen versucht der Autor an einigen Stellen durch Einschübe und Anmerkungen gerecht zu werden. Häufig ergänzen diese die Beiträge und vermitteln so weitergehende Erkenntnisse. An einigen Stellen regen diese selbst zu weiteren Gedanken an. Dass Werner Patzelt die Politik der Bundesregierung in einer Fußnote beiläufig als „Staatsversagen anlässlich des Migrationsgeschehens von 2015/16“ (S. 122, FN 3) bezeichnet, sagt aber schließlich mehr über den Autor, als über den Gegenstand der Analyse.

Deutlich wird aber insgesamt, dass kein Zweifel an der Notwendigkeit der politischen Bildung bestehen darf. Um über Funktion, Stellenwert und Ausprägung der politischen Bildung als Teil der Demokratieerziehung in Wissenschaft und Gesellschaft nachzudenken, bieten sich bei der Lektüre genügend Ansätze. Gerade in Abgrenzung zur Staatsbürgerkunde der DDR, auf die allerdings in den Aufsätzen wenig Bezug genommen wird, zeigt sich Transformations- und Wissenschaftsgeschichte hier auf gedrängtem Raum. Zusammenfassend lässt sich sagen: Aufsatzsammlungen eines Autors sind häufig ein zweiseitiges Schwert. Einige der Aufsätze mögen in ihren Erkenntnissen überholt sein, andere scheinen aber gerade aufgrund aktueller Umstände passender denn je. Patzels Sammlung ist daher ein möglicher Zugang zur Geschichte einer Disziplin, die die Grundlagen unseres Zusammenlebens maßgeblich beeinflusst, in Wissenschaft und Praxis doch aber häufig eher stiefmütterlich behandelt wird. Wie bei einem Mosaik setzt sich bei der Lektüre so ein zunächst noch fragmentarisch erscheinendes Bild über Bedingungen, Herausforderungen und Besonderheiten des Faches zusammen. Erkenntnisreich erweist sich hier zudem die besondere Beachtung der ostdeutschen Nachwendeperspektive. Dennoch bleiben einige Fragen offen: Wie sieht es beispielsweise mit den aktuellen Herausforderungen der politischen Bildung aus? Keiner der Texte ist jünger als eine halbe Dekade – und doch steht das demokratische System der Bundesrepublik seit dem NSU, dem Erstarken von Rechtspopulismus und -extremismus sowie der Bedrohung von Lokalpolitikern vor neuen Herausforderungen, auf die sie neue Antworten finden muss.

Erkenntnisreich ist der Band vor allem für jene, die sich mit der Gründungsgeschichte der politischen Bildung in den neuen Bundesländern nach der Friedlichen Revolution 1989/90 auseinandersetzen wollen. Patzelt kommt in diesem Prozess die Position eines Theoretikers wie Praktikers

zu. Die Aufsatzsammlung ist dabei ein spannender und lohnenswerter Einblick in die Entwicklung des Faches und seiner Implementierung in die Stundenpläne der Schulen. Darüber hinaus ist es in Zeiten, in denen rechtspopulistische Parteien sich auf das vermeintliche Neutralitätsgebot des Beutelsbacher Konsens berufen, besonders wichtig, an die Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik, ihre Entstehung als Demokratiewissenschaft und ihre Vermittlung einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erinnern. Diese Erinnerungsarbeit ist ein nicht zu vernachlässigender Kern des Bandes.

Ronny Noak

Wir leben im Zeitalter der Krisen – nicht

Alexander Görlach:

Homo Empathicus. Von Sündenböcken, Populisten und der Rettung der Demokratie.

Herder Verlag, Freiburg/Breisgau 2019.
192 Seiten, 18,00 Euro.

Der Titel des Buches ist vielversprechend: Homo Empathicus – von Sündenböcken, Populisten und der Rettung der Demokratie. Mit diesen Begriffen trifft er den Ton der Zeit. Vielleicht geben sie endlich die Antwort auf die Frage, wer hat Schuld an der Misere, dass linke und rechte Ränder des politischen Spektrums stark werden? Wie gehen wir mit Populisten um? Wie können wir die Demokratie retten? Alexander Görlach, promovierter Linguist und Theologe, selbsterklärter „Anywhere“ (S. 76), weil wohnhaft in Berlin und New York, hat den Anspruch, Lösungen aufzuzeigen – so steht es zumindest im Klappentext des Buches. Um sich dieser Lösung zu nähern, untersucht er zunächst, wieso wir überhaupt eine solche brauchen. In zehn Kapiteln beschreibt er, welche Krisen uns im 21. Jahrhundert beschäftigen, wie sich die liberale Demokratie verzehrt, welche Werte und Tugenden wir über Bord geworfen haben und wie ein neuer Gesellschaftsvertrag Rettung verspricht.

Somit beginnt das Buch mit einer Aneinanderreihung von Momenten der Nachkriegsgeschichte, die Görlach als Krisen bezeichnet: Flüchtlingskrise, Findungskrise nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 und die Finanzkrise. Insbesondere letztgenannte hat es dem Autor angetan, denn sie offenbart seiner Ansicht nach das Versagen der Politik, vielmehr das der politischen Akteure: Indem Präsidenten und Minister Systeme wie den Finanzsektor nicht regulieren, sondern nur an den ökonomischen Vorteilen für ihr Land oder – schlimmer – an ihrem persönlichen Nutzen interessiert sind, tragen sie die Schuld an eben diesen Krisen. Zu diesem rational kalkulierenden, kapitalistischen und wirtschaftlich-orientierten Homo Oeconomicus skizziert der Autor nach und nach einen Gegenentwurf: den Homo Empathicus. Ein empathischer Mensch, der sich an Moral, Tugenden und Werten, die der Gemeinschaft dienlich sind, orientiert, kann nicht Heraufbeschwörer von den zuvor zitierten Krisen sein. Görlach argumentiert anhand religiöser Motive: Sündenbock, Todsünde, christliche Nächstenliebe. Den Menschen und vor allem den Autokraten und Populisten dieser Welt fehle es an eben diesen moralischen Leitplanken und Werten. Statt Freiheit, Tole-

ranz und Offenheit predigen „Strongmen“ (S. 178) wie Viktor Orbán, Donald Trump und Recep Erdoğan nach Ansicht Görlachs eine Politik der Abschottung und Ausgrenzung. Dies führe dazu, dass wir heute in einer illiberalen Demokratie – als Antithese zur liberalen Demokratie – leben. Dabei ist Demokratie für den Autor „viel mehr als ein Mehrparteiensystem mit Parlamentswahlen“ (S. 69): Sie ist eine solidarische Gesellschaft, losgelöst von kleinlichen Parametern wie Nationalität, Herkunft oder Geschlecht. Populisten bestehen aber darauf, diese Gesellschaft nach Hautfarbe und Glaube zu separieren und erzeugen so Unfrieden. Die Krise der Demokratie ist für Görlach daher eine Krise der Empathie und manifestiert sich im Aufstieg und Erfolg der Populisten.

Görlach schöpft seine Ideen zu eben diesen Krisen nicht etwa nur aus eigenen Beobachtungen, er zitiert bevorzugt aus einem Aufsatz von Ralf Dahrendorf aus dem Jahr 2009. Dieser widmete sich der Rolle eines mündigen Bürgers: der „citizenship“ (S. 16). Staatsbürgerschaft und die Übernahme von Verantwortung sind nicht von ethnischen oder religiösen Merkmalen abhängig – obwohl uns Populisten genau Gegenteiliges weismachen wollen. Dahrendorfs Thesen haben rund zehn Jahre später noch nicht an Aktualität eingebüßt, konstatiert Görlach zu Recht. Flüchtlinge in einem Boot erzeugen mehr Emotionen als die Euro-Rettung Griechenlands und somit auch „starke Bilder“ (S. 9). Görlach begreift, dass Populisten eben diese „starken Bilder“ – oder vielmehr die damit einhergehenden Emotionen – für ihre Zwecke nutzen. Jedoch will er „kein Urteil über die Schädlichkeit oder die Wirksamkeit von Populismus“ (S. 50)

fällen. Schade! Denn der Titel suggeriert, er habe eine Idee gefunden, den Fängen der Populisten zu entkommen und zukünftig Krisen zu vermeiden.

Seine Beispiele aus den USA, aus Deutschland oder seiner persönlichen Vita erzeugen „starke Bilder“, wie er sie in seinem Buch permanent nennt. Er erinnert an die sogenannten Krisen unserer Zeit und kommentiert die aktuellen gesellschaftlichen und moralischen Entwicklungen. Görlach schreibt flüssig, obgleich zahlreiche englische Begriffe, lateinische Zitate sowie Anekdoten aus der Antike und der Bibel der Leserin bzw. dem Leser eine hohe Konzentrationsfähigkeit abverlangen. Allerdings: Der Titel verspricht mehr. Nur in einer utopischen Wunschvorstellung würden sich Staaten von einem Homo Empathicus regieren lassen. Schließlich geht der verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen und Steuergeldern nicht immer mit unendlicher Solidarität und Nächstenliebe einher. Er sagt es selbst: In den USA – der Demokratie schlechthin – wollen die Bürgerinnen und Bürger nicht einmal einen Dollar ihres Geldes in eine Sozial- oder Krankenversicherung stecken, von der dann im Ernstfall Andere profitieren würden. Aber auch das gehört zur Citizenship: die Freiheit, sich gegen etwas zu entscheiden, was man unter Empathie verbuchen könnte. Letztlich ehrt Görlach mit seinen Ausführungen vor allem den Soziologen Ralf Dahrendorf, der sich mit den Herausforderungen unserer Zeit für Mensch und Gesellschaft auseinandergesetzt hat. Sie zeigen: Früher wie heute gab und gibt es Krisen in den westlichen Demokratien. Früher waren es Hungersnöte, Kriege, Ausbeutung. Sie waren essentiell, und jeder war in irgendeiner Art und

Die Reihe MATERIALIEN entwickelt in Zusammenarbeit mit Gedenkstätten Angebote zur Geschichtsvermittlung an außerschulischen Lernorten.



- **„Heraus zum Massenstreik“**

Der Mössinger Generalstreik vom 31. Januar 1933 – linker Widerstand in der schwäbischen Provinz.

Lese- und Arbeitsheft zur nationalsozialistischen Geschichte: Lernen mit regionalem Bezug. Das Heft stellt diese Widerstandsaktion dar, zeichnet die besondere Vorgeschichte in dem Ort nach und beleuchtet die langwierige Aufarbeitung.

Stuttgart 2015, 64 Seiten, kostenlos

- **Hitler-Gegner Georg Elser**

„Ich habe den Krieg verhindern wollen“ – Der Hitler-Gegner Georg Elser und sein Attentat vom 8. November 1939 – die Motive, Vorbereitungen und Folgen.

Das Heft umfasst Texteinheiten mit ergänzenden Arbeitsblättern, die Elzers Lebensgeschichte, seinen Werdegang und das Attentat dokumentieren.

Stuttgart 2014, 66 Seiten, kostenlos

Bestellung oder Download als PDF, kostenlos (ab 500 g zzgl. Versand).

Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale: www.lpb-bw.de/shop

lpb
BW

Weise betroffen. Und heute? Görlach behauptet, auch heute bestimmen Krisen die „starken Bilder“ der westlichen Demokratien. Es ist immer leicht, theatralisch und medienwirksam die nächste Herausforderung, einen Wahlausgang oder Börsensturz als „Krise“ zu betiteln – dies gilt für Politikerinnen, Politiker ebenso wie für Publizisten. Dabei handelt es sich oftmals jedoch einfach nur um ein schreckliches Ereignis, eine unangekündigte Situation, auf die sich Bürgerinnen und Bürger wie Politiker und Politikerinnen erst einmal einstellen müssen. Immer nach der nächsten Krise zu schreien – das ist nicht empathisch, sondern populistisch.

Susanne Thelen

Die permanent aufgeregte Republik

Henrik Müller:

Kurzschlusspolitik. Wie permanente Empörung unsere Demokratie zerstört.

Piper Verlag, München 2020.
256 Seiten, 22 Euro.

Sind wir mittendrin in einer Phase, in der 75 Jahre nach dem Ende des „Dritten Reiches“ unsere Demokratie aufs Neue gefährdet ist? Wird sie gerade schon zerstört? Henrik Müller, bis vor kurzem stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift „manager magazin“ und heute Professor für wirtschaftspolitischen Journalismus an der TU Dortmund, benennt gleich zu Beginn seines Buch „Kurzschlusspolitik“ eine dramatische aktuelle Erscheinung: die „permanente Empörung“. Fast unerschöpflich entstehen neue Krisen, Umbrüche, Konfrontationen und Verwerfungen, Verfallsprozesse, so dass „Unsicherheit“ das Lebensgefühl unserer Zeit geworden ist. Auf der Suche nach den Schuldigen brandmarkt er nicht unbedingt die „üblichen Verdächtigen“ (Eliten in Politik, Topmanager, Finanziers, Populisten, Journalisten, den Turbokapitalismus), sondern den sogenannten „Zerfall der Öffentlichkeit“.

Bisher führten Profis aus Politik und Journalismus, Kultur und Wissenschaft die politische Debatte an. Heute mischt quasi jeder mehr oder weniger Qualifizierte in den Social Media-Kanälen mit. Ursprünglich wurde diese elektronische Form der Beteiligung als Instrument der Demokratisierung enthusiastisch gefeiert. Zunehmend kommt aber nun die dunkle Seite zum Vorschein. „Das abgewogene informierte Urteil wird abgelöst von der impulsiven Meinung“ (Facebook, Whatsapp, YouTube, Tweets). Vernünftige Entscheidungen werden durch „Kurzschlusspolitik“ (so auch der Buchtitel) verhindert.

Der Autor beobachtet „dröhnende Intoleranz“ und Missachtung von demokratischen Kompromissen statt ernsthaften Diskurs. Eine weitere sprachlich gelungene und gleichzeitig besorgniserregende Feststellung über die Informationsflut an Push-Meldungen, Whatsapp-Nachrichten: „In der Wahrnehmung vermischt sich das Triviale mit dem Wichtigen, das Reale mit dem Fiktionalen, Bullshit mit Wahrheit“ (S. 21).

Warum gibt es immer mehr Bullshit? Früher verbreitete er sich beispielsweise am Kneipentresen, und seine Wirkung war wegen der wenigen Menschen, die damit erreicht wur-

den, begrenzt. Im 21. Jahrhundert explodierte quasi das Medienangebot, vor allem in den sozialen Medien.

Viele private Sender fühlen sich nicht primär der Wahrheit verpflichtet, und für privatwirtschaftliche Nachrichtenmedien sei politischer Bullshit ein Geschäft, konstatiert Müller anhand von anschaulichen Beispielen. US-Sender sehen sich kaum in der Lage, all dem Geld auszuweichen, das dadurch in die Kassen gespült werde. Immer mehr Zuschauer bevorzugen eher „Soft News“, statt sich mit der harten und komplexen Realität zu befassen. Müllers Fazit: „Bullshit, der in großer Menge die öffentliche Sphäre verstopft, ist deshalb alles andere als ungefährlich.“

Wer gut für seine Urteilsbildung informiert sein will, muss Zeit und Mühe aufwenden und darf nicht einer Herde von Influencern und unzuverlässigen Quellen hinterherlaufen, was sich mit dem Wortspiel „Blinde führen die Blinden“ gut veranschaulichen lässt. Auch auf diese Weise tragen soziale Medien mit Stimmungsmache, Lügen und Halbwahrheiten zur „Kurzschlusspolitik“ bei. An dieser Stelle fordert Müller deshalb eine Grundversorgung mit Qualitätsmedien, Bildung und Kultur.

Im siebten Kapitel stellt der Autor mehrere Anforderungen an vertrauensvollen Journalismus: ein Thema persönlich durchdringen und für das Publikum „konsumierbar“ machen, die eigene Tätigkeit und Rolle im täglichen Geschäft reflektieren, das Leserinteresse um Hintergründiges, Überraschendes und Kontraintuitives ergänzen! Einen hohen Wert haben exklusive Recherchen und Analysen. Gute Journalisten sollten zudem dreifach unabhängig sein: intellektuell, ideologisch und wirtschaftlich.

Zurück zur gefährdeten Demokratie: Wenn sich unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung nicht weiter auf dem Rückzug befinden soll und Menschen im politischen Betrieb Gehör finden und mitentscheiden wollen, so wäre die Form der Volksabstimmung neu zu bedenken. Dazu gibt es positive Beispiele (die lange Tradition in der Schweiz) und negative (Brexit-Desaster). Müller stellt die Forderung auf: „Referenden sollten über Fragen abgehalten werden, die die Bürger konkret betreffen und deren direkte Folgen sie beurteilen können. Sie sollten viel häufiger als bislang auf lokaler und regionaler Ebene stattfinden“ (S. 208).

„Was können wir gegen den Zerfall der Öffentlichkeit tun?“ – so lautet Müllers letztes Kapitel. Was muss geschehen, dass die liberale Gesellschaftsordnung ihre Bürger und Bürgerinnen nicht verliert? Erste Antwort: Es muss besonders in den sozialen Medien wieder „Anstand“ und „Vernunft“ einkehren – zwei auf bedrückende Art altmodische Begriffe. In der journalistischen Praxis braucht es eine fundierte Ausbildung. Qualitätsjournalismus muss als Gegengewicht den „Verstand betäubenden Lärm“ von Social Media und Populismus übertönen.

Müllers weitere These, dass eine möglichst weite Verbreitung von digitalem Journalismus durch allgemeine Abgaben (vergleichbar mit der Regelung bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten) finanziert werden müsste, ist eine neue Idee, über die sich nachzudenken lohnt. Ebenso einzigartig ist seine Überlegung, eine Art „europäische ARD“ zu gründen.

Auf den letzten Seiten seines Buches fordert Müller zusammenfassend: Niedermachen verboten! Fair sein! Für neue Fakten und Deutungen offen sein! International denken!

Fakten zuerst! Positive Energie entwickeln statt Destruktion!

Fazit: Übersichtlich, gut gegliedert, mit Statistiken sowie Schaubildern veranschaulicht und mit vielen aktuellen Beispielen durchsetzt, lohnt es sich allemal in der heutigen aufgewühlten Zeit, dieses Buch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung zu empfehlen. „Müllers Memo“, seine persönliche wöchentliche „Spiegel“-Online-Kolumne ließe sich ergänzend aktuell als überschaubarer Text heranziehen. Engagierte Lehrerinnen und Lehrer könnten in der Praxis der Medienerziehung so manche von Twitter, Whatsapp und Fake News geplagte Schülerinnen und Schüler ein wenig schlauer machen.

Berthold Schäffner

Zwei Jahrhunderte Kriminalgeschichte

Elmar Erhardt:

Deutsche Kriminalgeschichte. Verbrechen und Strafe als Spiegel der Gesellschaft.

Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2019.
230 Seiten, 29,00 Euro.

Verbrechen und Täter üben seit jeher eine abstoßende Faszination auf Menschen aus. Vergessen wird dabei oft, dass der einzelne Fall bzw. das einzelne Verbrechen immer auch die Signatur des jeweiligen Zeithorizontes widerspiegelt. Verbrechen sind beileibe nicht „geschichtslos“! Der rechtliche Umgang mit den Verbrechen wirft ein Schlaglicht auf den gesellschaftlichen und historischen Kontext. Die historische Kriminalitätsforschung hat sich im angelsächsischen und französischen Sprachraum bereits seit den 1970er-Jahren, im deutschen Sprachraum erst seit etwa 1990 etabliert. Im Fokus steht dabei die soziale Realität der Kriminalität, der Devianz und ihres Umfeldes. Kriminalitätsgeschichte tangiert insofern auch die Sozial-, Politik- und Rechtsgeschichte.

Elmar Erhardt führt die Leserinnen und Leser in seinem jüngst erschienenen Buch „Deutsche Kriminalgeschichte“ anhand berühmter Verbrechen, beginnend mit der Hinrichtung von Johannes Bückler, genannt „Schinderhannes“, am 21. November 1803 bis zur Verurteilung des Mörders des bekannten Münchner Modedesigners Rudolph Moshammer am 21. November 2005, durch zwei Jahrhunderte deutscher Kriminalgeschichte. Erhardt lehrt bis zu seiner Emeritierung Strafrecht, Strafverfahrensrecht sowie Ordnungswidrigkeitenrecht beim Bundeskriminalamt und an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg. Erklärte Intention des Bandes ist es, den Blick über die spektakulären Einzelfälle hinaus auf die zeitgeschichtlichen Strukturen zu lenken.

Die Darstellung der einzelnen Fälle folgt einem bestimmten Muster. Im Mittelpunkt stehen zunächst die Verbrechen selbst, gefolgt von den Täter- und Opferbiographien, den polizeilichen Ermittlungen und den Strafprozessen. Anschließend werden die einzelnen Verbrechen in den kriminologischen und strafrechtlichen Kontext gesetzt. Am Ende eines jeden Falls wird die Rezeption in Literatur, Theater, Musik und/oder Film skizziert. So wird z. B. auf die literarische Verarbeitung des Schinderhannes-Stoffes durch Carl

Zuckmayer oder auf die Novelle „Klein und Wagner“ von Hermann Hesse, die durch den Fall des Amokläufers Wagner angeregt wurde, hingewiesen. Cineasten werden sich über die Hinweise auf Werner Herzogs Verfilmung des Kasper Hauser-Falls („Jeder für sich und Gott gegen alle“) oder den in Anlehnung an die Haarmann-Protokolle entstandenen Film „Totmacher“ (mit Götz George als Fritz Haarmann) freuen.

Die „kriminal-historische Zeitreise“ (Elmar Erhardt) beginnt mit dem Fall des Räuberhauptmanns Schinderhannes, gefolgt von der rätselhaften, in ganz Europa mit großem Interesse verfolgten Geschichte des Findlings Kasper Hauser. Im Anschluss konzentriert sich Erhardt auf den Amoklauf des Lehrers Ernst August Wagner. Dieser erste, in das Lehrbuch der klinischen Psychologie eingegangene Amoklauf hat eine tragische Parallele: Wagner wurde nach seiner Verurteilung im „Irrenhaus“ in Winnenden untergebracht. Am selben Ort startete am 11. März 2009 der 16-jährige Schüler Tim Kretschmer einen Amoklauf in der dortigen Realschule. Geschildert wird in der Folge der Fall des Massenmörders Fritz Haarmann, der es in einem Gassenhauer zur traurigen Berühmtheit brachte: „Warte, warte nur ein Weilchen, bald kommt Haarmann auch zu dir, mit dem kleinen Hackebeilchen, macht er Leberwurst aus dir.“ Als am 27. Februar 1933 der Reichstag brannte, begann die brachiale Durchsetzung der Nazi-Diktatur in Deutschland. Dieses Kapitel beginnt mit den eigentlichen Ereignissen am Abend des 27. Februar und schildert im Anschluss die noch in der Nacht des Brandes beginnende Verfolgung von Funktionären und Mitgliedern der KPD sowie von zivilcouragierten Gegnern der Nazis (Erich Mühsam, Carl von Ossietzky). Parallel dazu wurde die Strategie zur Machtübernahme forciert – noch in der Brandnacht wurde am Entwurf einer neuen Notverordnung gearbeitet, die am 28. Februar als „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ veröffentlicht wurde, gefolgt vom „Ermächtigungsgesetz“ am 23. März 1933. Die Vita des angeklagten Marinus van der Lubbe und der Prozess selbst, in dem die Auseinandersetzung zwischen dem mitangeklagten bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff und Hermann Göring weltweite Aufmerksamkeit fand, werden konzise erörtert. Kommentare zu kriminalistisch-kriminologischen Aspekten und Anmerkungen zur eklatanten Verletzung des Strafrechts, einschließlich der Todesdrohung Görings gegenüber Dimitroff, sind ein weiterer Bestandteil des Kapitels, ebenso wie der „Historikerstreit“ um die Täterschaft.

Die Epoche der Bundesrepublik beginnt mit der Ermordung der Prostituierten Rosemarie Nitribitt, zu deren Kundenkreis die noble Gesellschaft (Krupp, Quandt, Sachs & Co.) gehörte. Der Fall der Vera Brühne mit seinem fragwürdigen Indizienprozess und die Verbrechen des Kindermörders Jürgen Bartsch lösten in der noch jungen Bundesrepublik heftige und kontroverse Diskussionen über die rechtliche Ahndung aus. Schließlich schildert Erhardt zwei Fälle aus der DDR: Erwin Hagedorn, der „Jürgen Bartsch der DDR“ hatte drei Kinder getötet und wurde am 15. September 1972 durch einen Pistolenschuss in den Hinterkopf hingerichtet. Im Fall „Kreuzworträtselmord“ wurde mit der Auswertung von 550 000 Schriften eine große Schriftprobenüberprüfung in die Wege geleitet, die so nur in einem tota-

litären System stattfinden konnte. Mit den vom „Hammermörder“ begangenen Morden und Banküberfällen, die in den Jahren 1984 und 1985 in Baden-Württemberg die Gemüter erregten, setzt sich ein weiteres Kapitel auseinander. Weitere Falldarstellungen konzentrieren sich auf den „intelligenteste[n] Straftäter der deutschen Kriminalgeschichte“ (Elmar Erhardt), auf den unter dem Pseudonym bekannt gewordenen Kaufhauserpresser „Onkel Dagoberth“. Abschließend werden die Fälle des „Kannibalen von Rotenburg“ und die Ermordung des Rudolph Moshammer behandelt.

Bei all diesen Fällen, so spektakulär und schillernd sie auch sein mögen, geht es Erhardt beileibe nicht um das Faszinosum „Verbrechen“. Zwei Aspekte des Buches sind besonders hervorzuheben: Interessant sind zunächst die fachlichen Kommentare und Anmerkungen, die ein überaus breites Spektrum kriminalwissenschaftlicher Themen berühren. Es geht um „Serienmord“, „Trieftäterschaft“ sowie um brisante und kontrovers diskutierte Themen wie „Amoklauf“ oder „Kannibalismus“. Damit kommen auch phänomenologische Täterttypen ins Spiel (z. B. Kindermörder, Serienmörder, Amokläufer, Raubmörder). Im Fokus stehen aber auch strafrechtliche Themen. So geht es bei Mordfällen z. B. um Fragen von „lebenslanger Freiheitsstrafe“ oder die „besondere Schwere der Schuld“. Erhardt streift in den verständlich geschriebenen Anmerkungen, die jeden Fall unter der strafrechtlichen Perspektive erörtern, auch rechtstheoretische und rechtsphilosophische Fragen – etwa die Frage, welchen Zweck die staatliche Strafe eigentlich hat. Diese Kommentare sind deshalb verdientvoll, weil sie auch von strafrechtlichen Laien verstanden werden. Vor allem aber

wird die Darstellung der einzelnen Kriminalfälle dem eingangs geschilderten Anliegen Erhardts gerecht: Kriminalgeschichte findet keineswegs in einem historischen Vakuum statt, sondern ist stets an die politische und soziale Geschichte der jeweiligen Epoche gebunden. Ohne Napoleons Besetzung des Rheinlandes hätte es den Räuberhauptmann Schinderhannes wohl nicht gegeben. Als der Reichstag in Berlin brannte, begannen die Diktatur der Nazis und die Verfolgung politisch Andersdenkender. Der Fall der Edelprostituierten Rosemarie Nitribitt ereignete sich während des Wirtschaftswunders. Fälle aus der Ära Adenauer oder aus der ehemaligen DDR können nur vor dem Hintergrund der jeweiligen gesellschaftlichen Situation angemessen interpretiert werden. Der strafrechtliche Umgang mit zwei Kindermördern, der eine aus der Bundesrepublik (Jürgen Bartsch), der andere aus der DDR (Erwin Hagedorn), ermöglicht einen Vergleich zweier unterschiedlicher politischer Systeme.

Der historische Längsschnitt, der 200 Jahre Kriminalgeschichte anhand spektakulärer Fälle schildert, ist reich bebildert und lässt in allen Fallschilderungen zeitgenössische Quellen zu Wort kommen. Der Band zeigt, dass Kriminalgeschichte primär die Geschichte von Taten, Verbrechen, Ermittlungen und Prozessen ist. Bei der Kriminalgeschichte stehen Taten und Täter naturgemäß im Vordergrund. Und wer nimmt die Opfer in den Fokus? In den Schilderungen hat Erhardt versucht, Geschichte auch aus der Perspektive der Opfer zu schreiben. Elmar Erhardt hat eine nicht nur aufschlussreiche, sondern auch überaus kurzweilige Studie für historisch Interessierte vorgelegt.

Siegfried Frech



Für alle, die mehr wissen wollen - die Zeitschriften der Landeszentrale für politische Bildung BW

- BÜRGER & STAAT – Zeitschrift für Multiplikatoren politischer Bildung, Abonnement: 4 Hefte/Jahr 12.80 Euro, www.buergerimstaat.de
- POLITIK & UNTERRICHT – Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung, Abonnement: 4 Hefte/Jahr 14.00 Euro, www.politikundunterricht.de
- DEUTSCHLAND & EUROPA – Zeitschrift für Politik, Geschichte, Deutsch, Geografie und Kunst, Abonnement: 2 Hefte/Jahr 6.- Euro, www.deutschlandundeuropa.de

Bestellung oder Download als PDF, kostenlos (ab 500 g zzgl. Versand). Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale: www.lpb-bw.de/zeitschriften.html

lpb
BW

Eine südbadische Kleinstadt im Nationalsozialismus

Wolfram Wette (Hrsg.):

„Hier war doch nichts!“ Waldkirch im Nationalsozialismus.

Donat Verlag, Bremen 2020.

528 Seiten, 29,80 Euro.

(Bezug: Stadt Waldkirch, Dezernat II/Abteilung 2.1 Kultur – Stadtarchiv, Freie Straße 17, 79183 Waldkirch; Tel.: 07681/474 08 57 oder: Katja.Stumpe@Stadt-Waldkirch.de)

Bereits Mitte der 1960er-Jahre hat William S. Allen, ein Wegbereiter der lokalen Nationalsozialismusforschung, in seinem Buch *The Nazi Seizure of Power: The Experience of a Single German Town 1930–1935* die lokalen Strukturen der nationalsozialistischen Machtergreifung zu einer entscheidenden Voraussetzung für die Errichtung der NS-Diktatur erklärt. Will man verstehen, wie der Nationalsozialismus an die Macht kam, darf man nicht nur nach Berlin oder in andere Metropolen schauen. Genauso aufschlussreich sind die Prozesse der „Machtergreifung“, der (Selbst-)Eingliederung, der aktiven Aneignung der NS-Ideologie sowie der nationalsozialistischen Politik auf kommunaler Ebene. Bereits 1985 hat der Historiker und Archivar Gert Zang in seinen Reflexionen über den theoretischen und praktischen Nutzen der Regional- und Alltagsgeschichte schlüssig aufgezeigt, dass die lokale und/oder regionale Ebene nicht nur ein funktionalisiertes Partikel des historischen Prozesses ist, sondern mit Blick auf historische Abläufe ein Eigengewicht besitzt. Just in diese Zeit fallen auch der Aufschwung der Lokal- und Regionalgeschichte und die Etablierung vieler Geschichtswerkstätten, die sich mit der Geschichte der Dörfer und Kleinstädte im Nationalsozialismus beschäftigen. Die Vielfalt lokal- und regionalgeschichtlicher Veröffentlichungen in den 1980er- und 1990er-Jahren relativiert die etwas apodiktisch anmutende Aussage von Wolfram Wette, der in seinem einleitenden Beitrag konstatiert, dass die „Geschichte der Kommunen im Nationalsozialismus lange Zeit im Windschatten der nationalen Geschichtsschreibung mehr oder weniger unbeachtet“ (S. 13) blieb.

Der Schwede Sven Lindquist hat 1983 das Motto lokal- und regionalgeschichtlicher Forschungen etwas salopp mit dem Satz „Grabe, wo du stehst“ umschrieben. Genau diesen Zugriff haben die 27 Autorinnen und Autoren, Mitglieder der 2011 gegründeten „Ideenwerkstatt Waldkirch in der NS-Zeit“, des Sammelbandes *„Hier war doch nichts!“ Waldkirch im Nationalsozialismus* gewählt. Die solide recherchierten und quellengesättigten Beiträge zeigen in ihrer Gesamtheit, wie sich die kleinstädtische Gesellschaft in der Diktatur veränderte und wie sie nach 1945 mit ihrer Diktaturerfahrung umging. Die Autorinnen und Autoren konzentrieren sich dabei auf mehrere leitende Fragestellungen: Wie und in welcher Form veränderte sich das Leben in Waldkirch? Wie vollzog sich die Etablierung der Diktatur? Wer waren die Wegbereiter und Initiatoren der Machtübernahme auf der lokalen Ebene? Wer unterstützte die nationalsozialistische Bewegung vor Ort? Wie war die Rolle der Kirche? Wer stellte sich dagegen, leistete gar Widerstand? Welche Rolle spielten die „kleinen Führer“? Wie wurde der Zweite Weltkrieg erlebt? Wie ging man nach der Befreiung 1945 mit den Verbrechen, mit den Tätern und Opfern um?

Die Erinnerungskultur hatte in Waldkirch lange Zeit einen schweren Stand. Platzte doch 1989 die Nachricht in die Kleinstadt, der aus Waldkirch stammende SS-Standartenführer Karl Jäger habe in Litauen als verantwortlicher Kommandeur eines Einsatzkommandos die Ermordung von mehr als 138.000 Juden und anderen Verfolgten geleitet. Dieser „schwer verdauliche Brocken [hing fortan] über der Stadt“ – so Wolfram Wette, der 2011 eine Biographie über Karl Jäger veröffentlichte. Auch in dem vorliegenden Sammelband wird das Massenverbrechen von Karl Jäger kurz skizziert (S. 227ff.). Das Porträt zeigt auf beunruhigende Weise, wie bei ganz normalen Menschen Tötungsbereitschaft erzeugt wird und wie sie imstande sind, massenhaft Menschen zu töten.

Gerade deshalb bekommt die Grundlagenforschung und die Arbeit der „Ideenwerkstatt Waldkirch in der NS-Zeit“ ein besonderes Gewicht. Hat sie doch wesentlich zum Nachdenken über eine angemessene Erinnerungskultur und zur Versachlichung sowie zum Fortgang der lokalen Forschung beigetragen.

Es ist ein schwieriges Unterfangen, den insgesamt knapp 50 Beiträgen in dem Sammelband gerecht zu werden. Die Auswahl und Kommentierung einzelner Aspekte ist daher durchaus dem subjektiven Interesse des Rezensenten geschuldet. Die Spannweite der Beiträge reicht von der Anpassung an die neuen Machthaber und schildert deren Strategie, die von Matthias Maier treffend mit „Indoktrinieren, Infiltrieren, Integrieren und Inszenieren“ (S. 54ff.) überschrieben wurde. Besonders aufschlussreich ist die zunächst „weiche“ und sodann „härtere“ Strategie, politisch unliebsame Bürgermeister aus dem Amt zu entfernen: Fruchtete der Appell an den freiwilligen Verzicht nicht, wurden NSDAP-Kommissare eingesetzt, die faktisch die kommunalpolitischen Entscheidungen blockieren konnten. Letztlich zog sich der in Waldkirch amtierende Bürgermeister Carl Eberle angesichts der Drohungen und Repressalien von seinem Amt zurück. 1934 wurde er vom Reichsstatthalter von Baden in den Ruhestand versetzt. Die auf „braunen“ Kurs gebrachte Tageszeitung „Der Elztäler“ trug im Übrigen durch ihre Berichterstattung ihren Teil dazu bei. Sein Nachfolger, „Parteigenosse“ Max Kellmayer, war kommunalpolitisch kein sonderliches „helles Licht“. Dennoch gelang es ihm, einen Teil der Bevölkerung für seine nationalsozialistische Überzeugung zu gewinnen. Dass es 1945 die „Stunde null“ nicht gegeben hatte, sich in den westlichen Besatzungszonen vielmehr eine „kalte Amnestie“ (Jörg Friedrich) vollzog, zeigt die Kandidatur Kellmeyers bei der Bürgermeisterwahl im Jahr 1957 und sein respektables Ergebnis von 1.552 Stimmen – immerhin 35,2 Prozent. Die geschilderte Bücherverbrennung 1934 (S. 94ff.) und die Einweihung eines Kriegerdenkmals im Jahr 1935 (S. 114ff.) sind nur zwei Beispiele, die die Formierung der „Volksgemeinschaft“ verdeutlichen. An die vom NS-System postulierte Egalität der „Volksgemeinschaft“ war die Exklusion gekoppelt, d.h. die Ausgrenzung und Marginalisierung „Rasse- und Volksfremder“. Denunziation (S. 181ff.), Euthanasie (S. 174ff.) und die Arisierung von Unternehmen (S. 216ff.) ereigneten sich weitab von Berlin auch in der südbadischen Provinz. Ebenso wird die ideologische Unterwanderung von Alltag, Kirche und Schule analysiert (S. 286–359). Sechs Beiträge sind dem Widerstand gewid-

met und thematisieren an sechs Fallstudien das zivilcourageierte Verhalten Einzelner (S. 238–284). Weitere Beiträge nehmen anhand von Feldpostbriefen den Kriegsalltag (S. 152ff.) in den Blick, thematisieren die Erschießung von Wehrmachts-Deserteuren und den Durchhalteterror der letzten Kriegstage (S. 371ff.) sowie das Kriegsende und die unmittelbare Nachkriegszeit.

Das Jahr 1945 bedeutete zwar das Ende des Krieges und der nationalsozialistischen Diktatur, dennoch gab es „mentale“ Kontinuitäten. Ehemalige Nationalsozialisten machten erneut Karriere und integrierten sich nahezu spurlos in die Nachkriegsgesellschaft. Die meisten der ungezählten Mitläufer schwiegen und wollten mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nicht konfrontiert werden. Kollektives Beschweigen war angesagt. Die Entnazifizierung verlief wie in vielen anderen Orten: Gegenseitige Entlastungen bei der Erlangung von „Persilscheinen“ waren auch in Waldkirch eine gängige Methode, mit der Vergangenheit „abzuschließen“. Wie wirkmächtig dieses bewusst gewollte Vergessen ist, zeigen die abschließenden Beiträge des Sammelbandes, die die Aufarbeitung nach 1945 fokussieren. Ein Aufsatz widmet sich z.B. der Frage, wie die Kommune jahrzehntelang mit den Nazi-Bildern an den Wänden im Rathaus umging (S. 416). Ebenso tief blicken lässt der Eklat um die Namensgebung der Schule im Jahr 1987 (S. 429ff.). Nachdem sich die Schülerinnen und Schüler für den Namen „Geschwister Scholl-Gymnasium“ ausgesprochen, sollte Inge Aicher-Scholl – die Schwester der hingerichteten Widerstandskämpfer Sophie und Hans Scholl – für die Festansprache gewonnen werden. Deren Engagement in der Friedensbewegung war willkommener Anlass für Kleingeister in der damaligen Schulleitung, Vor-

behalte zu äußern und das Redemanuskript der Schriftstellerin vorab einsehen zu wollen. Dass die Namensgebung dennoch zustande kam, ist dem Engagement der demokratischen Öffentlichkeit und auch dem zivilcouragierten Verhalten des Kollegiums und vor allem den Schülerinnen und Schülern zu verdanken. Anzumerken bleibt, dass das friedenspädagogische Curriculum dieser Schule besondere Aufmerksamkeit verdient. Das Schulcurriculum schreibt vor, dass jeder Schüler und jede Schülerin sowohl von dem Täter Karl Jäger als auch von dem widerständigen Soldaten Heinz Drossel (S. 462ff.) gehört haben muss.

Den Autorinnen und Autoren ist eine brillante und überaus lesenswerte lokale Studie gelungen. Leserinnen und Leser des Sammelbandes können in den sorgfältig recherchierten und dicht beschriebenen Wirklichkeitsausschnitten einer südbadischen Kleinstadt – gleichsam wie unter einer Lupe – die Wirkkraft nationalsozialistischer Mechanismen und die oftmals kritiklose Anpassung an NS-Herrschaftsstrukturen erkennen. Der Band überzeugt nicht nur durch die soliden Recherchen und lesbaren Beiträge, sondern auch durch seine großzügige Bebilderung. Zeitgeschichtliche Bild- und Textquellen illustrieren und belegen die Argumentation sowie Gedankengänge der einzelnen Beiträge. Die „ikonische Beweisführung“, die manchen Bildquellen innewohnt, ist ein Beleg für die Etablierung der nebulösen „Volksgemeinschaft“ und für das Arrangement mit dem Regime. Der von Wolfram Wette herausgegebene Sammelband ist ein mustergültiges Beispiel für fachlich gründliche, sachlich gehaltene und engagierte Lokalgeschichtsschreibung.

Siegfried Frech



Wenn Sie **BÜRGER & STAAT** abonnieren möchten, erhalten Sie die Zeitschrift für nur € 12,80, vier Hefte im Jahr, frei Haus. Schicken Sie diesen Abschnitt zurück an: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Redaktion Bürger & Staat, Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart.

Sollten Sie jeweils drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, läuft das Abonnement weiter.

Name, Vorname bzw. Organisation

Straße, Hausnummer

Geldinstitut

PLZ, Ort

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift

Datum, Unterschrift

Rechtlicher Hinweis:

Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Redaktion Bürger & Staat, Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart.
Ich habe von meinem Widerspruchsrecht Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift

Ihre Ansprechpartner/-innen bei der LpB

Leitung

Direktion

Lothar Frick 07 11/16 40 99-60
Sibylle Thelen 07 11/16 40 99-30

Büro des Direktors

Sabina Wilhelm 07 11/16 40 99-62

Stellvertretender Direktor

Karl-Ulrich Templ 07 11/16 40 99-40

Stabsstellen

Kommunikation und Marketing

Leiter: Heiko Buczinski 07 11/16 40 99-63
Daniel Henrich 07 11/16 40 99-64
Klaudia Saupe 07 11/16 40 99-49

Demokratie stärken

Leiter: Felix Steinbrenner 07 11/16 40 99-81

Extremismusprävention

Felix Steinbrenner 07 11/16 40 99-81

„Läuft bei Dir“

Stefanie Beck 07 11/16 40 99-740
Stefanie Hofer 07 11/16 40 99-741
Matthias Kathan 07 11/ 16 40 99-742

Team meX

Daniel Can 07 11/16 40 99-82
Yagmur Koreli 07 11/16 40 99-86

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter

Kai-Uwe Hecht 07 11/16 40 99-10

Querschnittsaufgaben

Philipp Eger 07 11/16 40 99-725
Hagen Göltz 07 11/16 40 99-717

Organisation/Innerer Dienst

Tamara Mürter 07 11/16 40 99-11

Haushalt

Gudrun Gebauer 07 11/16 40 99-12

Personal

Sabrina Gogel 07 11/16 40 99-13

Information und Kommunikation

Wolfgang Herterich 07 11/16 40 99-14
Siegfried Kloske 07 11/16 40 99-137

Tagungszentrum Haus auf der Alb

Leitung

Nina Deiß/Julia Telegin 07 11/16 40 99-109

Abteilung

Demokratisches Engagement

Abteilungsleiterin/Gedenkstättenarbeit

Sibylle Thelen 07 11/16 40 99-30
Andreas Schulz 07 11/16 40 99-726

Politische Landeskunde

Dr. Iris Häuser 07 11/16 40 99-20

Schülerwettbewerb des Landtags

Monika Greiner 07 11/16 40 99-25
Stefanie Thiele 07 11/16 40 99-26

Frauen und Politik

Beate Dörr 07 11/16 40 99-29
Sabine Keitel 07 11/16 40 99-32

Jugend und Politik

Angelika Barth 07 11/16 40 99-22
Christiane Franz 07 11/16 40 99-23
Johannes Ulbrich 07 11/16 40 99-702

Freiwilliges Ökologisches Jahr

Steffen Vogel 07 11/16 40 99-35
Max Kemmer 07 11/16 40 99-36
Stefan Paller 07 11/16 40 99-37
Lea Oldenburg 07 11/16 40 99-34

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Neue Medien

Karl-Ulrich Templ 07 11/16 40 99-40

Politik & Unterricht

Robby Geyer 07 11/16 40 99-42

Deutschland & Europa

Ralf Engel 07 11/16 40 99-43

Bürger & Staat/

Didaktische Reihe

Prof. Siegfried Frech 07 11/16 40 99-44

Unterrichtsmedien

Michael Lebisch 07 11/16 40 99-47

E-Learning

Sabine Keitel 07 11/16 40 99-32

Social Media

Bianca Braun 07 11/16 40 99-53
Kata Kottra 07 11/16 40 99-48
Larissa Berner 07 11/16 40 99-51

Digitale Medien

Rebecca Beiter 07 11/16 40 99-48
Wolfgang Herterich 07 11/16 40 99-14
Jeanette Reusch-Mlynárik 07 11/16 40 99-136
Klaudia Saupe 07 11/16 40 99-49

Abteilung Haus auf der Alb

Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach

Telefon: 07 11/16 40 99-100, Fax -100

www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter/Gesellschaft und Politik/ Schriften zur politischen Landeskunde

Baden-Württembergs
Prof. Dr. Reinhold Weber 07 11/16 40 99-146

Schule und Bildung/

Integration und Migration

Robert Feil 07 11/16 40 99-139
Monika Selmecki 07 11/16 40 99-140

Europa – Einheit und Vielfalt/

Internationale Politik

Thomas Schinkel 07 11/16 40 99-147
Tengiz Dalalishvili 07 11/16 40 99-126

Servicestelle Friedensbildung

Claudia Möller 07 11/16 40 99-135

Außenstellen

Regionale Arbeit

Politische Tage für Schüler/-innen

Außenstelle Freiburg

Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg

Telefon: 07 61/2 07 73-0, Fax -99

Leiter:

Prof. Dr. Michael Wehner 07 61/2 07 73-77
Vivianna Klarmann 07 61/2 07 73-33

Außenstelle Heidelberg

Plöck 22, 69117 Heidelberg

Telefon: 0 62 21/60 78-0, Fax -22

Leiterin: Regina Bossert 0 62 21/60 78-14
Stefan Artmann 0 62 21/60 78-13
Mareike Wangemann 0 62 21/60 78-16

Fachbereich Politische Tage im

Regierungsbezirk Stuttgart

Thomas Franke 07 11/16 40 99-83

Fachbereich Politische Tage im

Regierungsbezirk Tübingen

Anja Meitner 07 11/16 40 99-134

LpB-Shops/ Publikations- ausgaben

Stuttgart

Lautenschlagerstraße 20

70173 Stuttgart

Telefon: 07 11/16 40 99-0

Öffnungszeiten:

Mo–Do 9.00–12.00 Uhr

13.00–15.30 Uhr

Fr 9.00–12.00 Uhr

Tagungszentrum

Haus auf der Alb

Hanner Steige 1

72574 Bad Urach

Telefon: 07 11/16 40 99-0

Öffnungszeiten:

Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr

13.00–16.30 Uhr

Außenstelle Freiburg

Bertoldstraße 55

79098 Freiburg

Telefon: 07 61/2 07 73-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 9.00–17.00 Uhr

Außenstelle Heidelberg

Plöck 22

69117 Heidelberg

Telefon: 0 62 21/60 78-0

Öffnungszeiten:

Di 10.00–17.00 Uhr

Mi 13.00–17.00 Uhr

Do 10.00–17.00 Uhr

Newsletter »Einblick«

anfordern unter

www.lpb-bw.de/newsletter

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-0
Fax: 07 11/16 40 99-77
lpb@lpb-bw.de
www.lpb-bw.de



Druckausgaben neuerer Hefte können Sie (auch im Klassensatz) im Webshop der Landeszentrale www.lpb-bw.de/shop bestellen. Die Hefte sind kostenlos. Ab einem Sendungsgewicht von 500 g wird eine Versandkostenpauschale berechnet. Keine Bestellung per Telefon, Post, Fax oder E-Mail.



Die Ausgaben der Zeitschrift finden Sie im Internet zum kostenlosen Download auf der Seite www.buergerimstaat.de